

Stenographischer Bericht

12. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 12. Juni 2001

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Tasch.

1. Mitteilungen.

2. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform über den Bericht der Volksanwaltschaft, Einl.-Zahl 309/1, betreffend den 19. und 20. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (1999 bis 2000).

Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.

Redner: Abg. Hammerl, Abg. Hagenauer, Abg. Stöhrmann, Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Gross, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Hammerl.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 319/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter: Abg. Straßberger.

Redner: Abg. Wiedner, Abg. Majcen, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Hagenauer, Abg. Dietrich.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 99/1, der Abgeordneten Hamedl, Dr. Lopatka, Riebenbauer und Gödl, betreffend Förderung von Pilotprojekten zur kommunalen Kriminalprävention.

Berichterstatter: Abg. Hamedl.

Redner: Abg. Hamedl, Abg. Lafer.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 321/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Margarethe Gruber und Halper, betreffend die Ablehnung des Ankaufs von neuen Abfangjägern.

Berichterstatter: Abg. Mag. Lackner.

Redner: Abg. Mag. Lackner, Abg. List, Abg. Pußwald, Abg. Hagenauer, Abg. Wiedner, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Rieser, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Lackner, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 224/1, Beilage Nr. 8, Gesetz über das Inverkehrbringen, die Errichtung und den Betrieb von Feuerungsanlagen (Steiermärkisches Feuerungsanlagengesetz – FanlG) sowie die Änderung des Baugesetzes und des Gasgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Schleich.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 133/1, der Abgeordneten Kaufmann, Prattes und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Umfahrung Vordernberg der B 115.

Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 142/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit im Abschnitt Johngaben der B 76, Radlpaßbundesstraße.

Berichterstatter: Abg. Kröpfl.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 9.

Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Lafer, Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Kreisverkehr Großhartmannsdorf.

Berichterstatter: Abg. Wiedner.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 9: Abg. Kreisl, Abg. Kaufmann, Abg. Hagenauer, Abg. Prattes, Abg. Kreisl, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 48/1, der Abgeordneten Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Fußball gegen Rassismus.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Hagenauer, Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 320/1, der Abgeordneten Beutl, Ing. Ober und Lafer, betreffend Finanzierungsbeitrag am „Projekt Therme Bad Gleichenberg – Neu“.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Redner: Abg. Beutl, Abg. Schleich, Abg. Ing. Ober, Abg. Lafer, Abg. Schleich.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 375/1, betreffend den ergänzenden Bericht „Bautechnische Prüfung der Gemeinde Sankt Stefan ob Stainz, 8510 Sankt Stefan ob Stainz“.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 13.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 376/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Siedlungsgenossenschaft Donawitz, 8704 Leoben-Donawitz.
Berichterstatter: Abg. Kreisl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13: Abg. Kollegger, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 377/1, betreffend Überprüfung „Schiliftprojekt Zusammenschluss Dachstein-Tauern-Region“.
Berichterstatter: Abg. Stöhrmann.
Beschlussfassung.

Dringliche Anfrage der ÖVP betreffend Drogenproblematik in der Steiermark an Herrn Landesrat Dörflinger.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Hamedl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dörflinger.

Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Lafer, Abg. Mag. Erlitz, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Wiedner, Abg. Hamedl, Abg. Mag. Drexler, Abg. Mag. Zitz.

Beschlussfassung.

Dringliche Anfrage der SPÖ betreffend die Sicherung des Qualitätsstandards an steirischen Pflichtschulen an Herrn Landesrat Schützenhöfer.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Schützenhöfer.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Beutl, Abg. Detlef Gruber, Abg. Majcen, Abg. Böhmer, Abg. Mag. Dr. Rauch.

Beschlussfassung (714).

Beginn der Sitzung: 10:02 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die zwölfte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze. (Beifall bei der ÖVP.)

Entschuldigt ist Herr Abgeordneter Tasch.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus!

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns.

Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller vollendete am 24. Mai 2001 ihr 40. Lebensjahr und Herr Landtagsabgeordneter Dr. Hans-Helmut Forenbacher vollendete am 10. Juni 2001 sein 60. Lebensjahr. Wir gratulieren dazu recht herzlich. (Allgemeiner Beifall.)

Auflagen und Zuweisungen:

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass elf schriftliche Anfragen und 14 Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Einbringung der Dringlichen Anfragen:

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der ÖVP an Herrn Landesrat Günter Dörflinger, betreffend Drogenproblematik in der Steiermark.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 68 der GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von zehn Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Des Weiteren wurde eine Dringliche Anfrage der SPÖ an Herrn Landesrat Hermann Schützenhöfer, betreffend die Sicherung des Qualitätsstandards an steirischen Pflichtschulen eingebracht.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 68 der GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von zehn Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

2. Bericht des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform über den Bericht der Volksanwaltschaft, Einl.-Zahl 309/1, betreffend den 19. und 20. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (1999 bis 2000).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (10.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seinen Sitzungen am 24. April und 29. Mai 2001 über die Einl.-Zahl 309/1, 19. und 20. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (1999 bis 2000) beraten – das ist Ihnen auch schriftlich zugegangen. 349 der 372 Landes- und Gemeindeverwaltung betreffenden Beschwerden wurden im Berichtszeitraum erledigt. Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der 19. und 20. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag (1999 bis 2000) wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (10.09 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (10.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Bericht Volksanwaltschaft: Es ist Aufgabe der Volksanwaltschaft, behauptete oder vermutete Missstände in der Verwaltung zu prüfen. Sie übt öffentliche Kontrolle im Dienste des Rechtsstaates und der Demokratie aus. Nicht zuständig ist die Volksanwaltschaft für Rechtsfragen und Probleme, die sich zwischen Privatpersonen oder im Verhältnis von Privatpersonen zu privaten Betrieben ergeben. In der Kontrolle öffentlicher Amtsträger prüft die Volksanwaltschaft, ob jemand eine ordnungsgemäße Behandlung und Beurteilung seiner Anliegen erfährt und ob im Sinne des Gesetzes vorgegangen wird und bekämpft so Mängel in der Rechtsanwendung. In vielen Fällen, meine Damen und Herren, tritt die Volksanwaltschaft auch als Mittler zwischen Bürger und Behörde auf. Jedermann, unabhängig von Alter, Staatsangehörigkeit oder Wohnsitz, hat das Recht, sich mit einer Beschwerde über eine österreichische Verwaltungsstelle an die Volksanwaltschaft zu wenden. Die Beschwerde kann erst dann behandelt werden, wenn ein Verfahren abgeschlossen ist. Die Beschwerde bei der Volksanwaltschaft ist gebührenfrei und mit keinen Kosten verbunden. Dies dürfte auch der Grund sein, meine Damen und Herren, und das ist meine Meinung, dass sich relativ oft Querulanten mit vermeintlichen oder tatsächlichen Benachteiligungen an diese Institution wenden. Es ist das auch in mehreren Berichten nachzulesen. Ich habe mir die Berichte österreichweit von den Bundesländern angeschaut. Sie können auch Einsicht nehmen. Da meines Erachtens der Zweck der Volksanwaltschaft darin besteht, Mängel in der Verwaltung und Rechtspflege nicht nur in dem Beschwerdefall, sondern auch für die Zukunft in ähnlich gelagerten Fällen zu beheben, ist es bedeutsam, dass für die Volksanwaltschaft eine Pflicht zur Berichterstattung über ihre Tätigkeit besteht. Da auch das Land Steiermark der Kontrolltätigkeit der Volksanwälte unterliegt, wurde dem Steiermärkischen Landtag der Bericht für die Jahre 1999 bis 2000 übermittelt. Für den Landtag besteht dadurch die Möglichkeit, Konsequenzen aus den Beanstandungen und festgestellten Mängeln der Volksanwaltschaft zu ziehen. Und wir sollten uns die Frage überlegen, wo entsprechende Konsequenzen in Rechtsgebung und Verwaltung gezogen werden könnten. Ich möchte aus den für die Jahre 1999 bis 2000 vorgelegten Berichten der

Volksanwaltschaft nur drei Berichte kurz ansprechen. Zum ersten Bericht: In Bezug auf das Gesundheitswesen beanstandet die Volksanwaltschaft Verfahrensfehler bei der Ablehnung der Einfuhrbewilligung für das Medikament Melatonin. Die von einer steirischen Apotheke beantragte Einfuhrbewilligung von Melatonin wurde vom Landeshauptmann per Bescheid abgelehnt. Angesichts der Problematik dieses Medikamentes scheint diese Ablehnung, meine Damen und Herren, berechtigt zu sein. In Amerika war Melatonin bis vor Monaten sogar in Drugstores ohne ärztliche Genehmigung erhältlich. Es ist nicht auszudenken was passieren könnte, wenn dieses Medikament im Zusammenhang mit Drogen beziehungsweise Alkohol eingenommen wird. Es muss aber, meine Damen und Herren, in Zukunft ein Modus gefunden werden, der die Zuständigkeit von Gesundheitsministerium und Landesregierung in ähnlich gelagerten Fällen regelt. Zum zweiten Bericht: In Bezug auf die Regelung, dass Heimbewohner nicht verpflichtet werden dürfen, auch ihr Pensionstaschengeld oder die Pensionsonderzahlungen zur Deckung der Unterbringungskosten einzusetzen, vertrat die Steiermärkische Landesregierung in „Altfällen“ die Auffassung, „dass rückwirkend auch der Ersatz der durch die Legalzession nicht gedeckten Sozialhilfeaufwendungen beansprucht werden könnte“. Es dauerte sehr lang, bis eine Lösung zugunsten der alten Menschen gefunden werden konnte. Zu Recht ist im Bericht festgehalten, meine Damen und Herren: „Die Volksanwaltschaft bedauert, dass die Steiermärkische Landesregierung auf dem Rücken von sehr betagten besachwalteten Personen langwierige rechtliche Auseinandersetzungen nicht gescheut hat.“ Hohes Haus! Wir müssen uns auch fragen, ob wir nicht in Zukunft schneller zugunsten der Schwächsten, der älteren Generation in der Gesetzgebung im Hause hier handeln können. Zum dritten Bericht: Im Punkt 7.2.3 „Lärmbelästigung durch Pferdehaltung“ wird die fehlende Baubewilligung für Nutzungsänderung von Rinderstall zu Pferdeestall in der Gemeinde Mitterdorf im Mürztal angeprangert. Die Nutzungsänderung berührt hier die Nachbarrechte. Hinzu kommt noch, dass durch die Machtverhältnisse – der Bürgermeister Kollege Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann hier ist angesprochen – die Sache einen entsprechenden Akzent bekommt. Wenn in die Sache Involvierte zugleich Entscheidungsträger sind, wird es oft sehr schwierig sein, dass der Bürger, meine Damen und Herren, zu seinem Recht kommt. (Präsident: „Die Ordner sind aufgefordert, das Transparent zum Einrollen zu bringen. Herr Abgeordneter, ich bitte fortzusetzen. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hammer!“ – Abg. Majcen: „Der Verfassung angelobte Funktionäre des Landesschulrates verstoßen gegen das Gesetz!“ – Präsident: „Meine Damen und Herren! Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hammerl. Bitte fortzusetzen!“ – Unruhe bei der SPÖ. – Präsident: „Ich wiederhole: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hammer!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Ich fahre zum Punkt des dritten Berichtes fort: Wenn man Zeitungsmeldungen Glauben schenken kann, ist die Chance sehr groß, dass Kollege Bürgermeister Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann mit einem zweifelhaften Grundstückstausch für einen Kinderspielplatz in der Gemeinde Mitterdorf im Mürztal in einen der nächsten Berichte der Volksanwaltschaft Eingang findet. Die Unterlagen bezüglich dieses Kaufes gibt es. Es gibt auch einige Zeitungsberichte darüber. Jetzt kommt noch ein sehr wichtiger Punkt, meine Damen und Herren: Wie die Beispiele zeigen, hat die Volksanwaltschaft durchaus ihre Berechtigung. Es muss nur die Bereitschaft bestehen, aus den aufgezeigten Beispielen die Konsequenzen zu ziehen. Hier muss die Zusammenarbeit zwischen Volksanwaltschaft und Landesregierung noch intensiver werden. Ebenso wichtig ist es aber auch, dass die eigenen Kontrollinstrumente im Land gestärkt werden. Was mit viel Aufwand, ich betone, mit viel Aufwand von außen aufgedeckt wird, könnte bei entsprechender Kontrolle im Inneren schon an der Wurzel angefasst werden und so schneller, effektiver und vor allem kostengünstiger werden. Der von der FPÖ, meine Damen und Herren, vorgeschlagene neue Volksanwalt Ewald Stadler will der Volksanwaltschaft mehr Biss verleihen. Nach einem Bericht im „Format“ vom 28. Mai 2001 fordert er für diese Institution die Öffnung neuer Geschäftsfelder, unter anderem die „Bekämpfung von Steuergeldmissbrauch“. Ich finde diese Einstellung sehr positiv. Vielleicht sollte man erste Aktionen in diese Richtung in der Volksanwaltschaft selbst setzen. Ich darf hier vermerken, dass ein Volksanwalt im Monat zirka 160.000 Schilling plus Spesen verdient. (Abg. Gennaro: „Im Jahr!“) Das ist 14-mal im Jahr! Bei drei Volksanwälten, meine Damen und Herren, ein schönes Sümmchen. Und die wenigsten wissen es, die Volksanwaltschaft beschäftigt 21 Juristen, insgesamt 43 Mitarbeiter. Wir nähern uns so an die 100-Millionen-Schilling-Grenze. Man spricht hier knapp noch einmal von 100 Millionen. Hoher Landtag! Meine Meinung hiezu: Kontrolle, meine Damen und Herren, ist notwendig, Kontrolle muss uns auch etwas wert sein. Ob aber die durch die Volksanwaltschaft entstehenden Kosten nicht zu hoch sind, das ist eine berechtigte Frage, die sich auch die Bürger in unserem Lande stellen und ich bitte auch, hier dahin gehend einmal zu diskutieren. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.18 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenuer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenuer (10.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte gleich anschließen bei dem, was Herr Kollege Hammerl vorhin gesagt hat, nämlich dass die Volksanwaltschaft Geld kostet. Herr Kollege Hammerl, frei nach Friedrich Schiller: Dem Manne kann geholfen werden. Ich hätte einen Vorschlag und Sie haben ihn eigentlich indirekt selbst gemacht am Beginn Ihrer Wortmeldung. Sie haben nämlich gesagt, das, was da drinnen steht, soll man ernst nehmen. Nur leider haben Sie dann Ihre Wortmeldung mit dem Hinweis auf die Kosten der Volksanwaltschaft beendet. Und das kann zu Missverständnissen Anlass geben. Nämlich das, dass man sagt, tun wir einfach sparen bei den Geldern für die Volksanwaltschaft, stellen wir weniger Personal ein. Ich bin der bescheidenen Meinung, wir sollten einfach hergehen und das ernst nehmen, was in dem Bericht drinnen steht, Sie haben es ja selber erwähnt, und sollten diese Missstände abstellen. Und die Steiermark ist – wie Sie auch erwähnt haben – da drinnen immer prominent vertreten

in den Tätigkeitsberichten der Volksanwaltschaft und auf diese Art und Weise Posten und Gelder für die Volksanwaltschaft einsparen. Das scheint mir der einzige logische und sinnvolle und politisch verantwortbare Weg. Das Zweite, was Sie angeschnitten haben, dass die Damen und Herren gut bezahlt sind beziehungsweise was Sie nicht erwähnt haben vorsichtigerweise und ich jetzt nachhole ist das, dass man politische Funktionäre im Ausgedinge mit einem derartigen Posten versieht. Das ist in der Tat problematisch und sicherlich kein Qualifikationskriterium, wenn ich auch gerne zugebe, dass hier auch von den amtierenden Volksanwälten Sachkenntnis da ist und sie sich bemühen. Aber das entscheidende Kriterium, der Parteienproporz, ist sicherlich nicht angebracht. Da gibt es vermutlich bessere und wenn es bessere gibt, dann soll man sie nehmen. Und wenn es nicht bessere gibt, wird es sich ohnehin herausstellen.

Jetzt zum Bericht konkret in diesem Sinne:

Was kann man denn tun, damit die Volksanwaltschaft weniger zu tun hat? Ich möchte hier drei Beispiele herausgreifen. Das eine, der Punkt Verschleppung eines Bauansuchens zur Errichtung von drei Architektenhäusern, wie das hier nicht ganz richtig heißt. Es geht hier um Solarhäuser. Und es passt eigentlich ganz gut, wenn Sie heute hier hereingekommen sind, haben Sie unten von der Energieagentur Weststeiermark unter anderem Prospekte bekommen über die Nutzung von Solarenergie. Und dann geht in der Weststeiermark jemand wirklich her in der Gemeinde Stallhof und macht das und kümmert sich um die Solarenergie und um die Nutzung der Sonnenenergie. Und was passiert ihm? Er scheitert. Er wird papierlt, er wird jahrelang vertröstet und letztlich wird er von der Gemeinde hinausgeekelt mit seinem Projekt, wie da hier sehr richtig beschrieben, mit Hilfe von Bebauungsrichtlinien. Und wie schon richtig erwähnt, Herr Kollege Hammerl, der Landtag ist in der Tat aufgerufen, hier etwas zu tun. Wir haben in dieser Periode das Raumordnungsgesetz zu novellieren. Und das wird sicherlich ein Punkt sein. Es ist das nämlich nicht der einzige Fall in diesem schönen Land, wo ein Bürgermeister oder ein Gemeinderat mit Hilfe von Bebauungsrichtlinien hergeht und ihm unwillkommene Personen, ich rede nicht einmal von Gebäuden, mit Hilfe von Bebauungsrichtlinien, dass er sagt, das Haus, das du da bauen willst, passt nicht in die Gemeinde, hinauskekelt beziehungsweise erst gar nicht in die Gemeinde hineinlässt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Jetzt kann man – wie Sie wissen – lang reden über Geschmäcker und lange streiten, ich werde das hier nicht tun. Ich sage nur eines noch einmal klar und deutlich: Das Land Steiermark, das sonst keine Gelegenheit auslässt sich zu rühmen ob seiner Vorreiterrolle in Sachen Alternativenergie, das eine Landesausstellung in diesem Jahr veranstaltet zu dem Thema und dann in der Praxis das Land und die Landesregierung und die zwei zuständigen Referenten die Finger weglassen, wenn es darum geht, im Zuge der Gemeindeaufsicht beziehungsweise ihrer Verantwortung für das, was in den Gemeinden passiert, diese Verantwortung nicht wahrnimmt und nicht den Gemeinden sagt, passt auf, liebe Freunde, es handelt sich hier zwar um etwas Neues, aber nicht alles, was neu ist, ist deswegen schlecht und die Solararchitektur ist diese Architektur, die in Zukunft ihre Berechtigung hat genauso wie unsere ländlichen Hausformen vor 1000 Jahren auch ihre Funktion hatten und in der Zeit irgendwann einmal entstanden sind. Wenn man nicht den Mut hat, den eigenen Bürgermeistern das zu sagen, pass auf, lieber Freund, das ist so, dann soll man das Ressort überhaupt abgeben. Und noch ist es aber nicht soweit. So dieser Punkt.

Ein zweiter Bereich, klassischer Fall, Gemeinde Rosental an der Kainach. Da gibt es ein Gesetz, da gibt es Bescheide, da gibt es Verfahren, die haben auch sehr viel gekostet. Stöße von Verfahren, die kann man schon fast in Kubikmetern messen und es geschieht nichts, es geschieht einfach nichts. Und ich neige, gerade wenn ich mir diesen Fall Rosental anschau, dann immer zu der Meinung, ich habe da meinen eigenen Zugang zur Verwaltungsvereinfachung. Ich mache nämlich überhaupt kein Verfahren, das ist das Allerschnellste. Wenn ich mir das anschau, wie in diesem konkreten Fall immer wieder ein Bescheid erlassen wurde und dann einfach ohne irgendwelche Folgen geblieben ist, das heißt, der Betreffende hat dort getan in seinem Betrieb was er wollte und auf Anzeigen des Anrainers hat höchstens die Gendarmerie ihm bedeutet, er möge sich jetzt schön langsam ruhig verhalten, weil er wird lästig, er wird ein Querulant. Wenn das so ist, dann gehen wir nicht nur her und machen kurze Verfahren, sondern dann sage ich, machen wir überhaupt keine Verfahren mehr. Der ernste Hintergrund ist freilich ein anderer. Wir haben eine Siedlungsstruktur in der Steiermark, die dadurch gekennzeichnet ist, dass irgendwann einmal ein Gewerbebetrieb wo aufgemacht hat, dass irgendwann einmal neben jemand hingebaut hat und dann ist beides ausgeweitet worden. Der Gewerbebetrieb hat sich ausgeweitet, die Wohnbebauung wahrscheinlich auch oder halt nicht, ist dort geblieben. Und irgendwann kommt es dann zwangsläufig einmal zu sehr ernstesten Konflikten. Der Großschädl, das Stahlwerk in Graz, war einmal ein Schmied und heute ist es ein Stahlwerk. Worauf ich hinaus will ist das, auch hier ist der Landtag in hohem Maße gefordert. Wenn man sich anschaut, etwa in Frankreich tue ich es immer neidvoll, wie da in jeder größeren Gemeinde eine Gewerbezone, eine Industriezone außerhalb des Ortes ist, wo es eine pauschale Genehmigung gibt und dann innerhalb der Zone tatsächlich ein Betrieb eröffnen kann ohne lange Umstände mit einer kurzen Verfahrensdauer, ohne aufreibende und finanziell aufwendige Verfahren mit den Nachbarn, ohne all das. Wenn ich mir das anschau, dann denke ich mir, ja, die Steiermark, wo sind wir da und welchen langen Weg haben wir noch vor uns? Das heißt, die Raumordnung hat in dem Land einen Rückstand und hat Zustände geschaffen, die ohnehin auf Jahrzehnte nicht mehr aufholbar sind. Umso größer ist aber natürlich heute die Herausforderung etwas zu tun. Damit zusammenhängend auch noch ein dritter Punkt, das Beispiel Fohnsdorf betreffend die Vorgangsweise bei der Genehmigung von Supermärkten – das ist auch ein klassischer Fall. Man nehme ein Randgrundstück der Gemeinde, was die Standortgemeinde Fohnsdorf am wenigsten trifft, aber die Nachbargemeinde Zeltweg voll. Die sind mit ihren Handelsbetrieben voll betroffen. Die Gemeinde Fohnsdorf saniert sich finanziell oder glaubt es jedenfalls zu tun und die Gemeinde Zeltweg bezahlt die Rechnung. Auch das ist ein Fall, wie in dem Bericht angezogen wird, dass der Gesetzgeber nicht entsprechend klare Richtlinien oder Gesetzesformulierungen ge-

schaffen hat. Das Land selbst beziehungsweise die Landesverwaltung selbst beruft sich darauf und sagt, sie konnte nichts dagegen unternehmen, weil das steirische Raumordnungsgesetz nicht klar genug ist – eine völlig klare Aussage. Wenn wir selbst als Land Steiermark uns auf unsere eigenen unklaren Gesetze berufen, dann stimmt da irgendetwas nicht. Dann ist da etwas faul und herrscht Handlungsbedarf. Zum Schluss noch ein Punkt auf Seite 67 und wir haben darüber im Landtag schon diskutiert, der die Gewerbeausübung in Gastgärten betrifft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich diese Passagen an. Die Volksanwaltschaft stellt klipp und klar fest, dass das Land Steiermark hier nicht im Sinne des Gesetzes gehandelt hat. Die Volksanwaltschaft stellt klipp und klar fest, dass der Gesetzgeber – in dem Fall der Nationalrat – festgestellt hat in der Gewerbeordnung, dass Ausnahmen möglich sind, aber diese zu begründen, das heißt zu prüfen sind. Hier steht schwarz auf weiß drinnen, dass diese Prüfung nicht erfolgt ist. Es ist heute am Beginn der Sitzung anlässlich der Hissung eines Transparentes lautstark gefordert worden, sich an die Gesetze zu halten. Ich schließe mich der Forderung des geschätzten Kollegen Franz Majcen an. Ich bitte, Herr Landesrat Paierl, sich an die Gesetze zu halten – Seite 67 des Berichtes der Volksanwaltschaft. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wirfst du mir einen Gesetzesbruch vor?“) Herr Landesrat Paierl – für das Protokoll – hat mich gefragt, ob ich ihm einen Gesetzesbruch vorwerfe. Nicht im Sinne des Strafrechtes. Ich bin kein Jurist, aber ich unterscheide zwischen Strafrecht und Verwaltungsrecht allemal. Man kann sich auch an das Verwaltungsrecht nicht halten. Die Volksanwaltschaft, die ich nur zitiere, denn von mir kommt der Vorwurf ja gar nicht, sondern er kommt von der Volksanwaltschaft, stellt fest, dass das Land beziehungsweise Herr Landesrat sich nicht an das Gesetz hält (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was wirfst du mir konkret vor?“), nämlich dass nicht geprüft wurde, wo man eine Verlängerung der Sperrstunde für Gastgärten machen kann. Das ist auch ganz einfach. In der Steiermark wurde eine Verordnung gemacht und man hat gesagt, überall wird es jetzt aufgemacht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kennst du die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes?“) Die Entscheidung des VwGH kenne ich, weil ich habe es bezahlt, lieber Kollege Paierl. Der VwGH, was du scheinbar nicht kennst, aber ich schon, hat das aus formalen Gründen zurückgewiesen. Der VwGH hat es sich nämlich einfach gemacht, aber das darf er und hat gesagt, diejenigen, die sich beschwert haben, nämlich die Nachbarn, können sich formal gar nicht beschweren, weil die Adressaten, also die Empfänger dieser Verordnung die Gastwirte sind. Die Gastwirte haben den Bescheid erhalten und die könnten sich nur beschweren. Sie haben sich natürlich nicht beschwert, weil für die war er positiv. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Eben!“) Deswegen hat der Verfassungsgerichtshof ein Prüfungsverfahren eingeleitet und wird sich mit den Untrieben im Lande Steiermark noch beschäftigen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich gehe am 15. Juni um Mitternacht mit auf ein Bier!“) Nochmals für das Protokoll: Herr Landesrat Paierl lädt mich ein, um halb zwölf am Färberplatz auf ein Bier zu gehen. Das ist nicht notwendig, denn ich habe dort mein Büro. Ich kenne die Verhältnisse aus eigener Anschauung sehr gut. Ich kenne sie nicht zuletzt auch von der Perspektive, dass ich oft um 10 Uhr von der Arbeit heimgegangen bin, weil es so laut war und ich nicht arbeiten konnte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dort ist es so laut, dass man nicht arbeiten kann. Jetzt muss man dort einmal ein älterer Mensch sein und schlafen wollen. Man muss dort einmal geboren sein, eine Familie gründen und Kinder haben. Das ist der Punkt. Wenn man jetzt von Seiten des Landes hergeht und sagt, ich bin der Wirtschaftsförderungslandesrat und ich fördere dort die Wirtschaft, dann soll man das tun, aber nicht auf Kosten der Leute, die dort wohnen. Wenn um 12 Uhr zugesperrt wird, dann geht die Hetz erst los. Dann werden die Aschenbecher weggeräumt, dann werden die Stühle auf die Tische gestellt und so weiter. Das heißt, vor ein Uhr ist nichts mit dem Schlafen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Das ist gegen jede Geselligkeit!“) Das heißt, wenn das Land hier etwas macht, dann nicht auf Kosten der Menschen. Das ist ein Menschenrecht, das Recht auf Gesundheit. Man soll den Leuten sagen, passt auf, das ist eine einzige große Freilichtgaststätte. Wir wollen das und wir zahlen euch Ersatzwohnungen. Das tut man aber nicht, nicht einmal das. Selbst dann hätten noch die Leute ein Recht, dort ihr Leben zu verbringen, weil es ist ein ganz normaler Wohnort immer noch, der I. Bezirk. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.35 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (10.35 Uhr): Werter Herr Präsident, meine Herren auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mein Name ist Bernd Stöhrmann. (Abg. Dr. Lopatka: „Das wissen wir eh!“) Ich bin seit Ende 1999 Abgeordneter in diesem Haus. Ich bin aber auch seit 1975 Bürgermeister der Marktgemeinde Mitterdorf im Mürztal und in dieser Zeit bereits zum sechsten Mal und fast jedesmal mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt worden. Ich sage das deswegen, damit auch jene, die unbeteiligt hier im Saal sitzen und mithören, was sich hier abspielt, wissen, um was es geht. Ich bedanke mich beim Kollegen Hagenauer für seine sehr sachlich dargebrachte Analyse bezüglich des Berichtes der Volksanwaltschaft. Ich bedanke mich auch beim Kollegen Hammerl, dass er nicht sachlich, auch nicht richtig diesen Bericht zitiert hat. Ich darf dazu folgend Stellung nehmen, und zwar nicht nur im Sinne dieses Hauses, sondern auch in meiner eigenen Angelegenheit: Wir haben im Ausschuss diesen Bericht diskutiert. Zwei Punkte wurden besonders heftig diskutiert. Das eine war die Angelegenheit mit dem Nachbarschaftsrecht, das mich persönlich und meine Pferdehaltung betrifft, das andere, und das hat Kollege Hammerl in seiner Objektivität und in seinem Gleichklang mit den Dingen natürlich nicht erwähnt, war in einer Gemeinde des Kollegen Riebenbauer, wo dieser Gemeinde schikanöse Behandlung vorgeworfen wurde – lassen wir das aber dahingestellt. Ich möchte die Dinge auf den Punkt bringen: Bei dieser Pferdeangelegenheit mit dem Beschwerdeführer meines Nachbarn hat die Volksanwaltschaft deswegen eine Rechtsstellung zuerkannt, weil sie sich auf eine Aussage der Landesregierung berufen hat, die von einer Nutzungsänderung gesprochen hat. Ich

das sagen, weil ich ein reines Gewissen habe!“) Du bist ja auch Bürgermeister, darum musst du auch immer in die Kirche gehen, gell! Damit dich die Bürger dort sehen. Aber man sieht, was passiert, wenn persönliche Betroffenheit herrscht, dann müssen sich Abgeordnete hier zum Pult stellen und Dinge aus der Gemeinde erzählen, aus der persönlichen Betroffenheit heraus. Denn wenn es mich eh nichts angeht sozusagen, weil ich dort ja nicht anwesend war bei den Beschlüssen und ich somit auch keinerlei Schuld habe, dann brauche ich mich doch nicht hier hinstellen und hier ein großes Plädoyer halten. Das ist unverständlich oder hast du doch etwas zu verbergen? (Abg. Stöhrmann: „Ich habe mich ja schon gewundert, dass es dieser Tageszeitung so wichtig ist, mir zweimal eine Doppelseite zu widmen. Jetzt weiss ich es, die Wurzeln liegen ja hier herunter!“)

So viel Beliebtheit herrscht. Das ist ja schön, wie du gesagt hast, wenn man dann bekannter wird. Du hast es ja selber erkannt und die nächsten Gemeinderatswahlen werden es dann ja wieder zeigen, seit '75 habe ich gehört, das wusste ich gar nicht, Gratulation, 2005 wird es ja dann wieder ein Jubiläum sozusagen geben, insofern wird das die Gemeinderatswahl dann sicherlich zeigen, was richtig war und was nicht richtig war. Aber wir haben es im Ausschuss ja auch gehört, es gibt nun einmal unterschiedliche Rechtsmeinungen. Und die Auskunft, die die Volksanwaltschaft auch auf diese Rückfragen des Herrn Bürgermeisters gegeben hat, war, dass es unterschiedliche Rechtsmeinungen gibt und die Volksanwaltschaft hier eine andere Rechtsanschauung hat. Ich verstehe auch nicht, warum die Aufregung so groß ist, weil wenn ein Kollege dann hier im Haus, der Kollege Hammerl, sagt, das sind nur Querulanten, die sich an die Volksanwaltschaft wenden, dann kann ich seine Wortmeldung sowieso nicht mehr ernst nehmen. Denn wirklich, du hast es gesagt, lieber Kollege, alles, was kommt, sind Querulanten, die sich da melden bei der Volksanwaltschaft, und deshalb ist alles Geld zu viel. Ich habe es mir aufgeschrieben: „Es sind oft Querulanten, die sich an die Volksanwaltschaft wenden!“ Wenn die Menschen gar nicht ernst genommen werden, die sich an die Volksanwaltschaft wenden, dann verstehe ich schon, warum jeder Schilling zu viel ist. Aber ich bin froh, dass wir Freiheitliche einen neuen Volksanwalt haben werden, der hier noch mehr Biss – wie schon gesagt worden ist – in die Volksanwaltschaft bringen wird und die Geschäftsfälle erweitern will, denn – und das glaube ich auch, dass es wichtig ist – wenn wir so ein Instrument haben, dann muss dieses Instrument auch Konsequenzen nach sich ziehen. Denn jede Kontrolle, die keinerlei Sanktionen oder keinerlei Konsequenzen nach sich zieht, hat natürlich auch relativ wenig Sinn. Das sehe ich schon ein und insofern ist da auch jedes Geld zu viel investiert. Aber da vermisste ich halt dann auch – wenn wir die Volksanwaltschaft ernst nehmen – dass es hier den einen oder anderen Abgeordneten gibt, der hier irgendeinen Antrag einbringt auf Grund der Dinge, die in diesem dicken Bericht, so dick ist er nicht im Gegensatz zu anderen Berichten, aber in diesem Bericht stehen, die zwei Jahre beinhalten, in der die Volksanwaltschaft auch in der Steiermark gearbeitet hat. Und es gibt keinen einzigen Antrag seitens SPÖ, ÖVP oder den Grünen, die hier irgendwelche Konsequenzen aus diesen Berichten ziehen. Wir Freiheitliche haben das schon gemacht und haben zu zwei Bereichen Anträge eingebracht, unselbstständige Entschließungsanträge, den ersten betreffend bundeseinheitliche konsumentenfreundliche Heimverträge. Hier geht es natürlich um das Problem, wenn Heimbewohner sich anmelden ins Heim zu kommen, dass sehr oft diese Bewohner nicht als Konsumenten gesehen werden in diesem Heim, sondern eher – wie es so schön heißt – als Pflinglinge und als Menschen, die dort betreut werden, aber eben nicht als Konsumenten. Und deshalb schlägt hier die Volksanwaltschaft vor, dass es hier bundesweite konsumentenfreundliche Heimverträge gibt, damit beim Eintritt in das Heim schon klar ist, welche Leistungen werden erbracht, wie sieht es wirklich aus, womit habe ich zu rechnen und was habe ich zu erwarten. Ich glaube, dass das ein wirklich guter Schritt wäre, um eine gewisse Sicherheit auch für die Heimbewohner zu bringen. Wenn man schon einmal im Heim ist, dann ist es relativ schwierig, sich irgendwie auch kritisch zu äußern, weil dann die Angst über etwaige Folgen zu groß ist. Vor allem ältere Menschen haben diesbezüglich sicherlich Probleme, sich gegen etwas, was ihnen nicht so passt, auch zur Wehr zu setzen. Hier könnte ein erster Schritt der Hilfe natürlich diese Heimverträge sein, die auch gut ersichtlich und für jeden vorab schon dargestellt werden. Deshalb stellen die Abgeordneten Lafer und Dr. Bleckmann folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, bundeseinheitliche konsumentenfreundliche Heimverträge zu schaffen. Ein weiterer Antrag betrifft fixe Unterhaltssicherungsbeiträge. Auch das ist eine Anregung der Volksanwaltschaft, auf Grund derer wir unseren Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, der lautet: Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes, die eine Bewilligung von fixen Unterhaltssicherungsbeiträgen – gestaffelt nach Altersstufen – durch den Jugendwohlfahrtsträger vorsieht, vorzulegen. Ich glaube, dass das wenigstens zwei sinnvolle Konsequenzen wären, die sich aus diesem Bericht der Volksanwaltschaft ergeben. Ich würde mich freuen, wenn es auch noch andere Konsequenzen und andere Anträge geben würde, damit diese Berichte, die hier gemacht werden, einen Sinn haben und damit auch die Arbeit der Volksanwaltschaft einen Sinn hat und wir nicht nur dann darüber diskutieren, wenn gerade einmal zwei Bürgermeister, der eine von der SPÖ und der andere von der ÖVP, diesbezüglich betroffen sind, weil die Volksanwaltschaft einen Fall aufgerollt hat, der sich in dieser Gemeinde abgespielt hat. Sonst hat es ja noch nie so eine wilde Debatte zum Bericht der Volksanwaltschaft im Haus gegeben. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (10.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Volksanwaltschaft stellt in ihrem Bericht auch positiv fest, dass die Steiermark das erste Bundesland war, das ein Pflegeheimgesetz und damit verbindliche Standards für die Trägereinrichtungen erlassen hat – und das bereits 1994. Sie kritisiert jedoch bei der Kostentragung für die stationäre Unterbringung und Pflege, dass die

Steiermark restriktiver vorgeht als die übrigen Bundesländer – das ist auch eine Kostenfrage. Darum hat Landesrat Dr. Flecker im Budgetentwurf auch eine Erhöhung der Tagsatzobergrenzen für Pflegeheime eingebracht. ÖVP und FPÖ haben durch die Beschlussfassung dieses Budgets zugelassen, dass diese Erhöhung im Budget nicht aufgenommen wurde und damit auch nicht bedeckt ist. Die Frage der Anhebung der Tagsatzobergrenzen ist aber auch eine Frage der Betreuungsqualität einer Dienstleistung, die darauf ausgerichtet ist, vor allem alten Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt Pflege und Betreuung auf Basis der bestehenden Gesetzeslage zukommen zu lassen. Die Pflegebedürftigkeit der Heimbewohner und -bewohnerinnen in den letzten drei Jahren ist weiter angestiegen. In den Pflegeheimen der Steiermark konzentrieren sich die ältesten und stark pflegebedürftigen Personen in den stationären Einrichtungen. Bedauerlich ist auch, dass diese Veränderungen auch bei der Einstufung der Pflegestufen – auch darauf nimmt die Volksanwaltschaft Bezug – nicht berücksichtigt wird. Ich habe bereits bei der Budgetdebatte dazu Stellung bezogen. Es wird durch die Volksanwaltschaft auch darauf hingewiesen, dass in Oberösterreich Heimverträge bereits nur in Schriftform abgeschlossen werden dürfen. Die Volksanwaltschaft kritisiert auch, dass in keinem Bundesland eine taxative Auflistung der Rechte und Pflichten der Heimbewohner und -bewohnerinnen gesetzlich vorgeschrieben ist. Problematisch erscheint es der Volksanwaltschaft, dass bereits der Eintritt in das Pflegeheim – Frau Kollegin Bleckmann hat schon darauf hingewiesen – in der Steiermark die Wirkung eines Vertragsabschlusses hat. Die allgemeinen Rechte der Heimbewohner und -bewohnerinnen werden in einem Heimstatut festgeschrieben. Meine Damen und Herren! Die FPÖ hat heute einen Entschließungsantrag eingebracht, dem wir aber nicht zustimmen werden. In diesem Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, bundeseinheitliche Heimverträge zu schaffen. Der Vorsitzende des Verbandes für Alten- und Pflegeheimbetreiber Dr. Spari hat vor ungefähr eineinhalb Wochen in einem Gespräch mit Soziallandesrat Dr. Flecker erörtert, dass man einen Mustervertrag für Heimverträge in der Steiermark für die steirischen Heimbewohner entwerfen möge. Landesrat Dr. Flecker hat auch zugesagt, diesen Mustervertrag noch vor dem Sommer an alle steirischen Heimverwalter auszusenden. Es geht unsere Fraktion mit der Aufforderung, dass die Bundesregierung bundeseinheitliche Heimverträge schaffen soll, deshalb nicht konform. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (10.54 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Die Volksanwaltschaft, für deren Arbeit zu danken ist, hat zirka 1100 Beschwerden bearbeitet. Das ist ein erheblicher Verwaltungsaufwand, auch wenn das hier kritisiert wird. Die Volksanwaltschaft ist doch sehr oft die letzte Anlaufstelle, wo der Bürger hingehen kann, um zu seinem Recht zu kommen. Von diesen 1100 Beschwerden hat etwa je ein Drittel das Land und die Gemeinden betroffen. Es sind auch einige Beschwerden, die die Raumplanung betreffen, eingelangt. Ebenso ist ein wichtiger Vorschlag in Richtung Legistik eingegangen, der darauf abzielt, dass im Falle von Umwidmungen oder Rückwidmungen Grundstückseigentümer rechtzeitig in diese Vorgänge einzubinden sind, um nicht Gefahr zu laufen, etwaige Wertverluste auf sich nehmen zu müssen. Dieser sehr ernsten und sehr seriösen Anregung der Volksanwaltschaft werden wir gerne nachkommen und einen entsprechenden Passus in das Gesetz aufnehmen, so dass die Arbeit der Volksanwaltschaft, die sehr wichtig ist, weil sie als zweites Gremium des Parlaments zur Kontrolle der beiden Exekutivorgane eingesetzt wird, ungehindert weitergehen kann und dass die Bevölkerung tatsächlich nachhaltig von dieser Erfolg versprechenden Arbeit der Volksanwaltschaft profitieren kann. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 10.56 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (10.56 Uhr): Frau Kollegin Bleckmann, Sie haben gesagt, ich hätte eine Aussage gemacht, zur Volksanwaltschaft kommen nur Querulanten. Ich möchte richtig stellen und habe Folgendes gesagt: „Die Beschwerde bei der Volksanwaltschaft ist gebührenfrei und mit keinen Kosten verbunden. Dies dürfte auch der Grund sein, dass sich relativ oft Querulanten mit vermeintlichen oder tatsächlichen Benachteiligungen an diese Institution wenden!“ Fragen Sie Herrn Volksanwalt Schender. Ich habe ihn gefragt. Seine Aussage war: „Keine Frage, dass das sehr oft vorkommt!“ Das war einmal die Richtigstellung. Zum Zweiten: Herr Kollege Stöhrmann, du bist sehr empfindlich. Ich habe hier ausgesagt, wenn man Zeitungsmeldungen Glauben schenken kann, ist die Chance sehr groß, dass Kollege Bürgermeister Landtagsabgeordneter Stöhrmann mit einem zweifelhaften Grundstückstausch für einen Kinderspielplatz in der Gemeinde Mitterdorf im Mürztal in einen der nächsten Berichte der Volksanwaltschaft Eingang finden werden kann. Zeitungsmeldungen, meine Damen und Herren, die ich und die auch meine Bekannten oben, auch Damen und Herren der älteren Generation, bekommen haben, sagen aus: „Spielplatz wurde zu einer Pferdewiese. Obersteirischer Bürgermeister tauschte privaten gegen Gemeindegund und erntet Empörung!“ Die zweite Geschichte: „Ortschef hat sich bereichert – Rücktrittsforderungen – Bürger sind empört!“ Das Ganze war auf ein paar Seiten zu lesen. Meine Damen und Herren, lieber Kollege Stöhrmann, machen wir uns alle ein Bild, was jetzt stimmt, A oder B. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 10.57 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 309/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend fixe Unterhaltsbeiträge ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend bundeseinheitliche konsumentenfreundliche Heimverträge ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, möchte ich ganz herzlich den slowenischen Landwirtschaftsminister Herrn Franc But sehr, sehr herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters begrüße ich 20 Damen der Frauenbewegung aus Steirisch Lafnitz unter der Leitung von Frau Ortsleiterin Ingrid Oberweger sowie 38 Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Markt Hartmannsdorf unter der Leitung von Frau Hauptschullehrerin Renate Weingerl und Herrn Hauptschullehrer Johannes Knittelfelder. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße auch zehn Damen und Herren des Seniorenbundes Graz-Andritz unter der Leitung von Frau Obfrau Enderle sowie 40 Damen der Frauenbewegung Hitzendorf unter der Leitung von Frau Gemeinderätin Aurelia Walum und 14 Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Stainz unter der Leitung von Frau Direktor Anna Uhde. Ich freue mich sehr, dass heute auch mein Heimatbezirk Deutschlandsberg bei dieser Landtagsitzung anwesend ist.

Herzlich Willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 319/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (10.59 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Verehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.

Gemäß Paragraph 5 des Landesverfassungsgesetzes vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss für Europäische Integration, LGBl. Nr. 48 hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten. In diesem Sinne wurde seitens der Europaabteilung für das erste Vierteljahr 2001 ein Bericht verfasst, der erstens den Stand der Rechtsanpassung beziehungsweise die erforderlichen Anpassungsschritte in der steiermärkischen Landesrechtsordnung aufzeigt, zweitens wichtige Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene seit Jänner 2001 darstellt sowie drittens die EU-Strukturpolitik und Agrarförderung in der Steiermark beschreibt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 23. April 2001 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der beigeschlossene Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Stand der Europäischen Integration für das erste Vierteljahr 2001 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (11.00 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.00 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter!

In diesem umfangreichen ersten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration unter dem Punkt „Drogenbekämpfung und Strafverfolgung“ ist auch eine sehr interessante Aussage von Innenminister Strasser über die aktuellen österreichischen Erfahrungen im Bereich Drogenhandel beziehungsweise Drogenkriminalität zu finden, wonach die sichergestellte Menge von Heroin um 300 Prozent, jene von Ecstasy um mehr als 400 Prozent angestiegen ist. Diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Sie hier in diesem Land Verantwortung tragen, soll Sie darauf aufmerksam machen, dass hier auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene Zeichen und entsprechende Maßnahmen zu setzen sind. Wenn wir diesen Bericht auf die Steiermark heruntertransferieren, wenn wir diesen Bericht auf die Stadt Graz heruntertransferieren, dann muss ich Folgendes dazu sagen: Die Stadt Graz, wir kennen diese Berichte aus dem ORF, die Stadt Graz ist scheinbar die bettlerfreundlichste Stadt Österreichs. Die Stadt Graz ist jene Stadt, die scheinbar am freundlichsten zu den Sozialhilfeempfängern ist. Die Stadt Graz ist jene Stadt, die am freundlichsten zu Immigranten ist. Und die Stadt Graz war auch vor einigen Jahren die Sandlerhauptstadt Europas, selbst bezeichnet. Wir erinnern uns noch an den „steirischen herbst“, wir erinnern uns noch an Schlingensief. Und jetzt, wenn wir heute den

Berichten glauben – und ich zweifle nicht daran, ich habe mir einige Berichte herausgeschnitten aus den steirischen Tageszeitungen, quer durch die steirischen Zeitungen – wenn wir diesen Berichten glauben, ist die Stadt Graz auf dem Wege zur Drogenhochburg zu werden. Ich habe einige dieser Punkte herausgenommen und speziell ist es ein Bereich, der uns sehr schmerzt dabei. Es ist jener Bereich, dass die Dealer in Graz immer mehr werden. Und hier ist es unbedingt notwendig, an der Wurzel anzugreifen, an der Wurzel, dass jene ausgeschaltet werden, die unsere Jugend mit Drogen überschwemmen. Es ist die Spitze eines Eisberges, was hier bekannt ist und wir wissen, dass es im Bereich des Jahres 2000 eine Steigerung von 41 Prozent an mehr an Drogendelikten gibt. Die Steiermark liegt hier nach Vorarlberg im Österreichvergleich an der zweiten Stelle. Meine Damen und Herren, das lässt die Alarmglocken schrillen und es ist in der Stadt Graz und im Stadtsenat von Graz zu diesem Thema zu einigen Anträgen und einigen Diskussionen gekommen. Es ist von unserer Fraktion des Öfteren darauf hingewiesen worden, dass hier ein Problem auf uns zukommt, das schön langsam nicht mehr in den Griff zu bekommen ist und es ist auch von anderen Fraktionen meiner Meinung nach einfach zu halbherzig auch etwas gemacht worden. Wenn ich mir hier den Antrag anschau von der SPÖ, wo der Bürgermeister der Landeshauptstadt ersucht wird, einen Drogengipfel einzuberufen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben genügend Gipfel, wir haben genügend Enqueten bereits hinter uns, das wird zu wenig sein. Wir müssen in diesem Bereich an der Wurzel angreifen. Ich habe es schon gesagt und ein Drogengipfel allein ist zu wenig. Es ist auch zu wenig, wenn die Grünen sagen, wir müssen mehr Präventivarbeit leisten. Alles recht und schön, auch Präventivarbeit ist wichtig. Es ist auch die Therapie wichtig. Nur, wenn die Therapie zu greifen beginnen sollte, dann ist es bereits zu spät. Wir haben uns daher auch auf der Bundesebene Gedanken gemacht, wo es Zuständigkeiten gibt. Und es ist leider verwunderlich, dass gerade jene beiden Landesräte nicht hier sind, die hier Zuständigkeiten haben bei diesem Thema der Drogen. Wir haben uns auch auf Bundesebene Gedanken gemacht. (Abg. Gennaro: „Zur EU brauchst du jetzt im Zusammenhang mit Drogen nicht reden!“) Wieso? Du hast wahrscheinlich den Bericht nicht gelesen. (Abg. Gennaro: „Ich habe gedacht, du redest zur Dringlichen!“) Es ist mir schon klar, lieber Kollege Gennaro, dass euch das Thema scheinbar nicht passt. (Abg. Gross: „Da brauchst du keine Sorge haben!“) Aber das ist ein Thema, das wichtig ist, das notwendig ist, das hier im Vierteljahresbericht angezogen ist und wir hier nicht sagen können, das in der Steiermark interessiert uns überhaupt nicht. Reden wir darüber, wenn irgend ein Punkt auf der Tagesordnung ist. Hier und jetzt ist meiner und unserer Meinung nach der Zeitpunkt dafür der richtige und wir sprechen darüber. Und, lieber Kurtl Gennaro, das lassen wir uns von dir noch immer nicht verbieten. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Du kannst ja eh reden. Sieben Stunden kannst du reden!“) Die Frau Minister Forstinger hat bundesweit hier aufgerufen dazu, Blut- und Harntest ähnlich wie beim Alkohol auch bei Drogen am Steuer zu machen, also ein Bereich, in dem etwas weitergegangen ist. Wir haben auch im Bereich der Justiz im Bund einiges weitergebracht. Justizminister Böhmendorfer hat hier versprochen eine Verschärfung des Suchtmittelgesetzes zu machen und er hat es auch durchgezogen. Fünf Punkte nur zur Erinnerung dazu:

Erstens: Lebenslang für Drogenbosse.

Zweitens: Einschränkung der probeweisen Anzeigezurücklehnung.

Drittens: Strafrechtliche Berücksichtigung der Zwangslage Süchtiger mit Nachweis.

Viertens: Verbot der Werbung für Suchtgiftmissbrauch erweitert.

Fünftens: Änderung der Suchtgiftgrenzmenge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind erste Schritte und wir haben uns natürlich auch überlegt, was können wir in der Steiermark dazu machen? Es ist natürlich die Präventivarbeit, die Aufklärung ein ganz wichtiger Punkt. Ich frage mich aber auch, wie das unsere Medien sehen. Wie sieht das zum Beispiel unser ORF, wenn Sendungen speziell von unserer Jugend verfolgt werden, die einen Heiminsassen von „Taxi Orange“ im Kutscherhof – das ist Alex, wenn mich nicht alles täuscht, denn so viel habe ich in der Zwischenzeit mitbekommen – darstellt als tollen Burschen, wo jeder weiß, dass er im Drogendealergeschäft tätig war. Ich frage mich über die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ist das der richtige Weg, dass tagtäglich in die Wohnzimmer der Leute Ex-Drogendealer geliefert werden? Diese werden zum Star gemacht. Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht cool. Es ist weder in, noch mega, noch geil oder sonst irgendetwas, Drogen zu nehmen. Das ist ein brutales Geschäft. Es ist dumm, es ist blöd und es ist tödlich. (Beifall bei der FPÖ.) Das muss man wissen und das muss man verfolgen bei allen Maßnahmen. Es ist kein Weg, der in die Freiheit führt. Es ist ein Weg, der in die Unfreiheit führt. Es ist ein Weg, der in die Abhängigkeit führt. Ich verurteile daher Leute, die aus falsch verstandenem Humanismus, aus falsch verstandener sozialer Gesinnung das noch unterstützen, dulden oder zumindest wegschauen dabei. (Beifall bei der FPÖ.) Man kann dabei nicht wegschauen, weil in den Zeitungen steht, dass – und hier zitiere ich Unverdächtige, Herrn Dr. Franz Stingl, und nicht Bürgermeister Stingl – die Hälfte der Verurteilten aus den schwarzafrikanischen Ländern kommt. Das ist auch ein Problem, dem man sich stellen muss. Es ist mir schon klar, dass wieder einige aufschreien werden und sagen, schon wieder die Freiheitlichen. Ist eh klar, pfui und weiß Gott was alles und außerdem schäbig, wie Landesrat Dr. Flecker immer sagt. In dem Fall, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich gerne pfui und schäbig, wenn es darum geht, die Gesundheit und das Leben unserer Jugend zu schützen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir haben dieses Problem anzugreifen. Ich darf aus einer steirischen Tageszeitung zitieren: „Dass viele Schwarzafrikaner von Wien nach Graz abgewandert sind, hat einen guten Grund!“ Der gute Grund ist sicherlich nicht der, dass in Graz die Luft besser oder die Mur schöner ist als die Donau. Der gute Grund ist folgender: Die meisten sind Sozialhilfeempfänger. Wer in Wien, in dieser großen, offenen Stadt, sozialdemokratisch mit Grüner Unterstützung seit der letzten Gemeinderatswahl regiert, auf großem Fuß lebt, muss nachweisen, woher er das

Geld dafür nimmt und riskiert damit sein Auffliegen. Das ist eine ganz gescheite Maßnahme. Ich habe aber gehört, dass das in Graz nicht passiert. Jetzt ist mir auch klar, warum diese Völkerwanderung von Wien und aus anderen Bundesländern nach Graz stattfindet. Das ist einer der Gründe, wo wir bei der Wurzel angreifen müssen. Wir sollten das auch in Graz überprüfen. Wieso nicht? Was hindert uns daran? Wenn das in Wien und in ganz Österreich möglich ist, wird es wohl auch in Graz möglich sein. Wieso also nicht? Das steht auch hier dabei: „In Graz gibt es eine solche (längst fällige) Kontrolle leider nicht!“ Ich sage leider nicht, weil das ist kein Renommee für unsere Stadt. Das ist kein Renommee für die zweitgrößte Stadt in Österreich und für unsere Landeshauptstadt. Wir werden daher auch in dieser Richtung aktiv werden. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt, und zwar zur Dringlichen Anfrage, einen entsprechenden Antrag einbringen. Ich hoffe, dass dieser Antrag eine Mehrheit bekommt. Ich hoffe auch im Sinne unserer Jugend noch auf eine Diskussion, die unsere Jugend schützt und unsere Bevölkerung schützt. (Beifall bei der FPÖ. – 11.13 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (11.13 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt uns wieder einmal – wie der Name schon sagt – ein Vierteljahresbericht vor, nämlich der aus dem ersten Viertel dieses Jahres. Naturgemäß ist dieser Bericht mit einigen tagesaktuellen Dingen hinterher. Trotzdem ist er und ich muss das immer wieder feststellen für all jene, die sich mit den Vorgängen ein bisschen mehr als nur mit den Überschriften beschäftigen, ein hervorragendes Papier, das uns einen Überblick gibt über das, was in der EU, in Brüssel und darüber hinaus in ganz Europa passiert. Der erste Punkt, den ich kurz anziehen möchte, ist der, dass vor dem Europäischen Gerichtshof ein Verfahren gegen Österreich und damit natürlich auch gegen die Steiermark im Hinblick auf die Auskunftspflicht in Umweltangelegenheiten läuft, wo Österreich den Standpunkt vertritt ordentlich zu handeln und eine gute Situation zu haben, die EU allerdings eine gegen-teilige Position vertritt. Wir werden sehen, was bei dieser Sache herauskommt. Das Zweite ist, dass dieser Bericht im Kapitel II wichtige Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene seit 2001 darstellt, die eine Reihe von Punkten anziehen, mit denen wir uns auch heute befassen. Herr Kollege Wiedner hat schon die Drogenproblematik angesprochen und sie eigentlich schon vor der Dringlichen Anfrage diskutiert. Das ist tatsächlich ein sehr wichtiger Punkt, der ebenso auf der Ebene der Minister in der EU diskutiert wurde. Ein weiterer Punkt, der hier angeführt wird und für uns sehr interessant ist, ist auch die Tagung der Bildungsminister im März 2001, in der auch sehr viele für unsere heutige Diskussion zur Dringlichen Anfrage Punkte angeführt werden, wo einige Argumente vorkommen. Auch die Tagung des Rates Bildung und Jugend in Brüssel zeigt uns, dass die EU in viel mehr Bereichen aktuell tätig ist als wir allgemein hin annehmen, weil bei uns alles, was mit EU zu tun hat, immer auf ein paar Schlagzeilen und Überschriften reduziert ist. Natürlich kann man von niemandem verlangen, dass er sich ununterbrochen mit diesen Dingen beschäftigt. Auch die Tagung des Rates für Justiz, Inneres und Katastrophenschutz hat Mitte März sehr interessante Themen und sehr interessante Überlegungen gebracht, mit denen wir uns auch beschäftigen sollten: in der Kriminalprävention, in der Bekämpfung der Cyberkriminalität, also aktuellste Geschehen, die in diesem Bericht angeführt werden. Was für uns in der Steiermark natürlich besonders wichtig ist, ist immer wieder die Frage der Erweiterung. Hier hat es einen, wie manche Kommentatoren sich ausgedrückt haben, herben Rückschlag für die EU gegeben. Ich halte diesen „Rückschlag“ des Beschlusses beziehungsweise dieser Volksabstimmung in Irland für gar keine schlechte Sache, jetzt im Nachhinein, weil die Iren, die so sehr von der EU profitiert haben wie kaum ein anderes Volk in Europa, in Wahrheit nicht gegen die EU gestimmt haben, sondern nur über die Überlegungen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU die Rolle der kleinen Staaten betrifft. Das ist das, was die Iren befürchten, dass sie sozusagen in einem erweiterten Europa als kleiner Staat untergehen und ihnen nicht mehr dieselbe Aufmerksamkeit zugewendet wird als sie es jetzt genießen. Wer Irland kennt, weiß auch, was dort mit Hilfe der EU in den letzten zehn, 15 Jahren geschehen ist und was die Strukturpolitik der EU wirklich zustande bringt.

Und jetzt komme ich zu dem Punkt, der Österreich und die Steiermark betrifft. Es ist der Punkt der Erweiterung, wo wir sagen, wir haben viele alte Nachbarn und wir wollen diese alten Nachbarn als gute Freunde haben, weil es sich auszahlt, sich um ein friedliches Nebeneinander zu bemühen, wenn man nebeneinander lebt und nebeneinander wohnt. Und daher sind alle Bemühungen angebracht die uns helfen, mit unseren Nachbarn in Frieden und auch in guter Nachbarschaft zu leben. Und wenn die Frau Landeshauptmann in den letzten Wochen und Monaten vier ungarische Komitate besucht hat, wenn sie in der nächsten Zeit in Slowenien, in der nächsten Zeit in Kroatien ist, wenn sie im friaulischen Julisch-Venetien und in Friaul sein wird, wenn sie Kärnten besucht, um diese Zukunftsregion, der wir angehören möchten, zusammenzuführen und ihren Teil dazu leistet, dann ist das etwas, wofür man sich eigentlich bedanken muss, dass sie sich diese Mühe macht. Ich glaube, die Steiermark hat hier eine historische Chance, in diesem Teilbereich der Erweiterung gute Dienste zu leisten und positive Schritte zu setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir müssen aber auch aufpassen, dass diese jetzt aufkeimende Stimmung des Dagegensens nicht um sich greift. Wir müssen weg von der reinen Zahlenargumentation. Es ist Wirtschaft wichtig, es sind wirtschaftliche Daten wichtig, es sind Zuwanderungsschätzungen, Abwanderungsschätzungen, arbeitsmarktpolitische Überlegungen wichtig, also alles das, was sich mit Fakten und Zahlen und Daten belegen lässt. Es ist aber auch wichtig, mit dem Herzen auf eine Sache zuzugehen. Und der wichtigste Schritt in der gesamten Erweiterung ist für uns eigentlich der, dass wir mit der Erweiterung ein großes Friedensprojekt betreiben und dass wir die Vorurteile, die zum Teil bei den Menschen da sind, ausräumen müssen und dass wir in diese Richtung argumen-

tieren. Und so möchte ich sagen, dass jeder, der diesen Bericht liest, Einblick bekommt in die wirklich aktuellen Geschehnisse und auch daraus herauslesen kann, dass die Steiermark einen guten Beitrag zu dieser Entwicklung in der EU leistet. (Beifall bei der ÖVP. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (11.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Einige Anmerkungen zu dem soeben Gehörten.

Erster Punkt: Wenn die freiheitlichen Kollegen der Meinung sind, dass sie es wären, die die Retter von Sitte und Anstand im Abendlande wären und dass ihr Justizminister Böhmendorfer der geeignete Mann wäre, um unsere Jugend vor dem Drogenmissbrauch zu schützen, dann frage ich mich nur eines, entweder Sie haben es noch nicht gehört oder Sie haben die Zeitungen der letzten Tage nicht gelesen – hätten Sie tun sollen –, dann würden Sie nämlich den Bericht aus Brüssel kennen, verfasst von Michael Jungwirth, der durchaus nicht im Geruche steht Sozialdemokrat zu sein, so dass Sie den Artikel auch durchaus unbeschädigt lesen hätten können: Österreich legt sich in Brüssel quer. Und wenn Sie nun fragen, gegen was legt sich Österreich quer? Der Justizminister Böhmendorfer verhindert eine europaweite Kampagne gegen die internationale Kriminalität insbesondere im Drogenhandel. Meine Damen und Herren, so viel zur Glaubwürdigkeit der freiheitlichen Aussage. (Abg. Genaro: „Das ist Doppelzüngigkeit!“) Sie müssen den Herrn Jungwirth beklagen, dass er etwas Falsches berichtet. Ich gehe davon aus, dass er in Brüssel dem Herrn Böhmendorfer genauer zugehört hat als Sie. (Beifall bei der SPÖ.) Auch wir haben uns das angehört und haben das sehr wohl mit vernommen. Einer jener Punkte, die mir aufstoßen, wenn Sie sich hier herausstellen und zu diesem Zeitpunkt auch noch assistiert von der Frau Kollegin hier zu meiner ganz Rechten gesagt haben, das ist eine europäische Dimension. Das ist nicht etwas, was man innersteirisch behandeln kann. Sagen Sie das Ihrem Herrn Minister (Abg. Wiedner: „Sagen Sie das dem Kollegen Stingl!“) und dann können Sie sich wieder hier herausstellen. So weit dazu. Ich habe noch nie gehört, dass der Herr Kollege Stingl Justizminister wäre und noch dazu dass er Österreich und Ihre Position in Brüssel vertritt. Nämlich so vertritt, dass er Ihnen in den Rücken fällt. Ihre Unglaubwürdigkeit ist damit plakatiert. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Kollegen Majcen, ich bin absolut bei dir in der Einschätzung der Aktualität dieses Berichtes, in der Einschätzung der Notwendigkeit mit Berichten dieser Art die Bevölkerung – und das ist ja dann unsere Aufgabe, über diesen Bericht auch nach außen die Informationen zu tragen – die Bevölkerung davon in Kenntnis zu setzen, dass die europäische Dimension eine solche ist, der wir uns schlicht und einfach gar nicht mehr entziehen können, unbeschadet dessen, dass die meisten in diesem Hause auch nicht wollen. Einige scheinen aber durchaus noch der Meinung zu sein, hier könnte man die seinerzeitige unglückselige Antiausländervolksbegehrenskampagne fortsetzen, indem sie nun meinen, nämlich diejenigen, die sich immer dagegen verwahrt haben, dass irgendjemand im fernen Ausland sich um österreichische Dimension der Europapolitik kümmern dürfe. Und nunmehr gibt es ein Memorandum in Irland, es wurde richtigerweise schon angesprochen, um was es dort ging, nämlich um alles, nur nicht um die Grundsatzfrage, ist eine Osterweiterung sinnvoll oder nicht. Und wer genau zugehört hat, der hat auch schon gestern und vorgestern in den Medien wieder verfolgen können, dass selbst die irischen Regierungsvertreter intensivst bemüht waren um klarzustellen, dass dieses, was dort geschehen ist, von ihnen selbst zuerst einmal in Ruhe wiederum mit ihrer eigenen Bevölkerung besprochen werden wird. Und man kann beobachten, dass eigentlich die tatsächlichen Europäer in den großen Bereichen von Brodi begonnen über alle Kommissionsmitglieder, über alle Außenminister, die auch schließlich schon in dieser Sache gestern verhandelt haben, mit großer Gelassenheit das mitverfolgt haben. Ich bin mit dieser Gelassenheit nicht ganz einverstanden, weil ich sage, wenn man schon – wie es in Irland und übrigens nur in Irland von allen europäischen Mitgliedsstaaten geschehen, ein Thema ist, mit dem man die Bevölkerung befasst, dann hat man das Votum der Bevölkerung, nämlich ihre Ängste, auch ernst zu nehmen. Und die Ängste der Iren sind nun allemal völlig anderer Natur als diejenigen, die wir auch gemeinsam tragen, nämlich die Frage, was passiert mit der zu erwartenden verstärkten Emigration, was passiert mit dem Arbeitsmarkt, was passiert mit den Umweltstandards? Viele dieser Ängste, die wir haben, bewegen die Iren naturgemäß bei weitem nicht in jenem Maße. Aber viele andere Fragen bewegen die Iren, die bei uns kaum Aktualität haben. Es ist also mehr als fadenscheinig, wenn nunmehr als Vorwand zu diesem Thema auch die österreichische Bevölkerung zu befragen verlangt wird, das, was die Iren gemacht haben, müssen wir auch machen. Einmal abgesehen davon, dass es verfassungsrechtlich in höchstem Maße bedenklich ist, nachdem klargestellt wurde, dass man in Österreich mit einem Volksbegehren über ein Bundesgesetz befinden kann und nicht über etwas anderes, ist es schlicht und einfach eine Frage, wenn man schon das Volk befragt, warum hat man sie nicht gefragt, ob sie Studiengebühren haben wollen? (Abg. Wiedner: „Das ist ein alter Hut!“) So alt ist der nicht, lieber Freund, der stammt von gestern. Es ist hoch aktuell! Selbstverständlich frage ich dasselbe, es wäre auch für dich gut, das nachzuplappern, weil das ist nämlich was Gescheites! (Beifall bei der SPÖ.) Das ist wenigstens was Gescheites, lieber Herr Kollege! Du solltest übrigens auch dich fragen, warum hat man nicht die Unfallrentenbezieher befragt mit Volksbefragung, ob sie ihre Unfallrenten zusätzlich besteuern lassen wollen, warum hat man kein Referendum zum neuen Schulgesetz verlangt und öffentlich befragt? (Abg. Wiedner: „Eure Schulden!“) Ja, selbstverständlich. Warum befragt man nicht die Bevölkerung über eure Schuldenbelastungen, über die Belastungen, die Sie jetzt aufführen? Das Bundesbudget ist eine Schuldenbelastung für die Zukunft. So schaut es nämlich aus. Ihr Wunderknabe Grasser macht kein Nulldefizit – bei weitem nicht. Das hat er sich auch nie vorgenommen. Er überträgt das den Ländern, den Gemeinden und den Bürgern. Selbst denkt er gar nicht daran. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir schon dabei sind, ein weiterer Punkt, der ganz wichtig erscheint und weil wir über die europäische Dimension reden: Beachten Sie, was die Europäer von Österreich zu sagen wissen und über den Bereich reden, von dem Sie die Bevölkerung belügen, indem Sie sagen, dieser Staat ist am Rande des Ruins. Deshalb müssen wir sparen. Derjenige, der so etwas behauptet, weil der sollte wissen, dass europaweit mittlerweile eines klar gestellt wurde, und zwar von Unverdächtigen, nicht von Ihnen, von Unverdächtigen, Wissenden und Kennern der Materie. Diese haben mittlerweile festgestellt, dass Österreich nicht mehr das viertreichste, sondern seit einigen Monaten das drittreichste Land Europas geworden ist. Von dem behaupten Sie immer, das haben die Sozialdemokraten an den Rand des Ruins getrieben. Das ist unverantwortlich, die Bevölkerung so hinter das Licht zu führen. (Beifall bei der SPÖ.) Hinter diesen falschen Aussagen bauen Sie all Ihre Politik auf, indem Sie der Bevölkerung weismachen wollen, für das ist kein Geld da, für das ist kein Geld da und es ist überhaupt kein Geld mehr da. Österreich ist das drittreichste Land Europas geworden. (Abg. Dr. Lopatka: „Weil die SPÖ nicht mehr in der Regierung ist!“) Das ist auch einer der Punkte, der in diesem Bericht ganz entschieden dazugesagt gehört. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf noch einen Satz sagen, weil ich gerade auf diesen Zwischenruf so lange gewartet habe. Es hat lange gedauert, bis er gekommen ist, aber jetzt ist er gekommen, weil die SPÖ nun nicht mehr in der Regierung ist. Lieber Kollege, es dürfte dir entgangen sein, dass diese Berichte auf folgenden Daten basieren: Diese Berichte umfassen die Ergebnisse der letzten fünf Jahre. Die ersten drei Jahre dieser Betrachtungsweise stammen von den europäischen Statistikern. Die letzten Jahre, nämlich das Jahr 1999 und das Jahr 1998, werden vom Finanzministerium vermeldet. Ihr Finanzminister hat über das berichtet, was die letzten Jahre der SPÖ-Regierung ausgemacht haben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (11.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zu dem Punkt ganz kurz etwas einbringen: Ich glaube, wir sollten als Österreicher und als Steirer aufhören, uns selbst etwas vorzumachen, was unsere Vermittlerrolle, Herr Kollege Majcen, bei den Nachbarn anbelangt und unser Image dort. Wenn man sich wirklich die Berichte anschaut, wenn man wirklich mit diesen Leuten redet abseits von Festreden, dann merkt man durchgehend und immer mehr eine tief greifende Enttäuschung im Vergleich der letzten Jahre seit dem Zusammenbruch des Kommunismus vor zirka zehn Jahren, eine tief greifende Enttäuschung über diese unsere österreichische Rolle. Die haben das inzwischen schon mitbekommen, dass es wir sind und Deutschland, die die Übergangsfristen wollen, etwa bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Die haben das mitbekommen. Die haben mitbekommen, dass wir auf der Bremse stehen und dass wir Bedenken haben. Wir sollen uns nicht selber dauernd etwas vormachen und sagen, wir machen hier die Vermittler, im Gegenteil: Die schauen schon über Österreich drüber und halten sich ein bisschen weiter westlich an. Das ist die Realität. Es genügt auch nicht, und sind Sie mir jetzt nicht böse, Frau Landeshauptfrau, die Besuchsdiplomatie. Ich gebe mir keinen Zweifel darüber hin, dass die Leute sich freuen, dass sie, weil wir sind Mitglied, mit uns reden wollen, weil sie mit uns reden müssen und weil sie natürlich jede Gelegenheit nützen, mit uns zu reden. Aber zu glauben, dass sie uns als Brückenkopf sehen und als Vermittler und dass sie uns als diejenigen sehen, die zuerst ihre Interessen transportieren, das ist eine Illusion. Ich gebe mich jetzt nicht irgendwelchen Gefühlsschilderungen hin, sondern das hat auch reale politische Auswirkungen bis hin zu wirtschaftspolitischen Auswirkungen. Das ist eine ernste Geschichte. (Abg. Majcen: „Eine positive Geschichte!“) Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus noch einmal etwas sagen und das betrifft insbesondere die Rolle, die die Freiheitliche Partei in dem Zusammenhang spielt beziehungsweise ihr ehemaliger Obmann. Herr Haider steht in einer ungebrochenen Tradition, die nicht erst mit seiner Obmannschaft und mit der Freiheitlichen Partei beginnt, sondern die eine ältere ist, einen Feind von außen zu suchen und zu sagen, machen wir jetzt einmal etwas gegen die Völkerwanderung, weil der Begriff heute schon gefallen ist, oder machen wir einmal etwas gegen irgendwelche Ströme, die uns überschwemmen könnten. Das ist einfach. Das ist zu einfach. In Wirklichkeit sagt uns Brüssel schon seit Jahren und mittlerweile schon seit Jahrzehnten: Liebe Freunde, bei allen Statistiken, bei allen Tagungen, die wir übrigens hier in Graz habe – ich war in den letzten vier Wochen bei drei Tagungen und war jeweils, mit Ausnahme des geschätzten Kollegen Majcen, der einzige Landtagsabgeordnete, der diese Tagungen beehrt hat, insbesondere von der Freiheitlichen Partei habe ich dort noch nie jemanden gesehen –, kommt immer eines klar und deutlich heraus und das sagen uns die in Brüssel natürlich auch: Liebe Freunde, ihr profitiert jetzt schon seit zehn Jahren massiv von dieser Ostöffnung. Schauen wir uns die Marktanteile an. Wir haben in der Tat im Zuge des EU-Beitritts in den alten, bestehenden EU-Ländern Marktanteile verloren. Uns hat der Beitritt in diesem Sinn, was das anbelangt, und das ist nur ein Aspekt, damit Sie mich nicht falsch verstehen, geschadet. Wie haben wir den Schaden gut gemacht: mit den viel geschmähten neuen Beitrittskandidaten, die wir jetzt nur mehr halb haben wollen, nämlich insoweit sie uns wirtschaftlich tatsächlich nutzen. Jetzt kann man sagen, so ist das Leben. Nur, die da drüben registrieren das, weil die sind ja auch nicht nur blöd. Die kapierten das natürlich, was wir hier machen und dass wir unsere Interessen verfolgen und nicht ihre. Die kapierten das. Ich wollte nur darauf hinweisen. All diese Fakten zeigen uns das und Brüssel hat uns das schon 100-mal gesagt: Ihr profitiert davon und das ist in Gottes Namen eure Aufgabe innerhalb Österreichs. Deutschland ist hier eine andere Geschichte, wie Sie alle wissen, weil die haben in der Tat jetzt seit zehn Jahren auch gigantische Transferprozesse zu den neuen Bundesländern zu leisten. Das ist aber eine andere Geschichte. Aber insbesondere unser Österreich hat das vor allem innerhalb des Landes zu lösen – und da schließe ich meinen Bogen wieder zur Freiheit-

lichen Partei. Das ist für mich Aufgabe der Politik, auch manchmal unpopulär in dem Sinn zu sein, indem man sagt, da gibt es Teile der Wirtschaft, Teile der Bevölkerung, die davon profitieren. Es gibt Teile, wie etwa Bauern, Teile der Landwirtschaft oder auch wie all diese Studien, die wir ja alle hier haben und die wir alle kennen oder kennen sollten, auch durchaus etwa Bevölkerungsgruppen, die nicht gut genug qualifiziert sind, Frauen, die schwer den Wiedereinstieg in den Beruf finden. Die Gruppen und die Maßnahmen sind benannt worden, die hier zu setzen sind. Das ist unsere Aufgabe und das ist der Punkt. Wir profitieren jetzt schon – ich wiederhole mich – in einem hohen Ausmaße und es ist unsere Aufgabe, es ist eine innerösterreichische Aufgabe, eine innerösterreichische Verteilungsaufgabe, es sind, um ausnahmsweise einmal die FPÖ zu zitieren, unsere Hausaufgaben, die wir zu machen haben und die wir zu leisten haben. Alles andere ist eine Illusion und wir schaden uns damit à la longue, nämlich auch wirtschaftlich, und auch das steht in allen Studien. Und ich möchte einmal jemand hören, einen Wirtschaftswissenschaftler, von wem er immer benannt ist, der mir das Gegenteil beweist und ich werde mich dem fügen. Aber ich möchte das einmal von demjenigen hören, der mir nachweist, dass diese zentrale These aller dieser Untersuchungen falsch ist, die da lautet, diese Wirtschaften sind zu integrieren in die europäische, in die westeuropäische, in die der EU und sie profitieren davon. Und wenn man sie draußen hält, dann ist der wirtschaftliche Prozess dadurch eher verlangsamt und es ist niemandem genutzt, dem Beitrittskandidaten nicht und uns auch nicht. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

Und noch etwas zum Schluss, weil ich eine EU-Wortmeldung noch nie ohne diesen Punkt getan habe. Schauen Sie sich die neuesten Bundesbahnfahrpläne an, schauen Sie sich die Verbindungen an, wie sie jetzt ausschauen von wegen Brücke nach Slowenien und nach Ungarn. Sie werden es nicht glauben, es gibt Menschen, die können nicht mit Dienstwagen und Chauffeur durch das Land reisen. Glauben Sie mir, das ist so, das ist eine Realität, es ist so! Und die sind zum Beispiel auf den Zug angewiesen, nicht zuletzt deswegen, weil sie Manager sind oder Leute in hohen Tätigkeiten und sich den Stress und das Risiko des Autofahrens nicht leisten können. Und die fahren dann mit dem Zug von einer Stadt zur anderen zu einer Besprechung etwa von Graz nach Laibach. Und die sind dann unterwegs unter Bedingungen, dass man nicht einmal eine ganz normale Besprechung – schauen Sie sich die Fahrpläne an – nicht einmal eine hundsnormale Besprechung in Laibach abhalten kann, wenn man mit dem Zug unterwegs ist. Du brauchst einen Chauffeur und der Chauffeur kostet Geld, wie wir alle hier in diesem Hohen Landtag wissen und die Dienstwagen et cetera. Und da gibt es eben wie gesagt Bereiche wie die Wirtschaft, die schaut sich das vorher an, bevor sie dafür ein Geld ausgibt und die schickt ihre Leute ganz gerne mit dem Zug oder halt gar nicht – auf das will ich hinaus – halt gar nicht. Und dann findet verschiedenes nicht statt, weil einfach die Verkehrsverbindungen nicht stattfinden. Und dasselbe noch viel abenteuerlicher gilt für die Verbindungen von Graz etwa nach Ungarn. Das heißt noch einmal, Besuche bei den Nachbarn und Pressegespräche und gegenseitige Zurufe recht und schön, aber an ihren Werken sollt ihr sie erkennen! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.41 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (11.41 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der diesmalige Vierteljahresbericht besitzt sehr große Aktualität und vor allem deshalb, weil es sich auch unter anderem um den Vertrag von Nizza handelt. Und es steht schon im Bericht drinnen, dass das Echo auf dieses Vertragswerk quer durch Europa ein sehr unterschiedliches war. Während der französische Präsident Chirac von einem epochalen Ereignis sprach, war die europäische Presse schon sehr geteilt. Und wer die „Salzburger Nachrichten“ gelesen hat, konnte lesen als Überschrift „Jahrmarkt der politischen und nationalen Eitelkeiten, Reformgipfel ist zu einem Bazar geraten“. Darüber hinaus war auch das europäische Parlament diesem Vertragswerk von Nizza gegenüber sehr kritisch in seiner Einstellung. Was wurde denn eigentlich in diesem Vertrag von Nizza festgeschrieben?

Erstens einmal wurden die Leftovers von Amsterdam beseitigt, das heißt für uns als Österreicher wurde festgeschrieben, dass wir in den nächsten 15 bis 20 Jahren sehr wohl einen Kommissar stellen werden und erst dann, wenn das 27. Land der EU beigetreten ist, dann haben wir keinen Kommissar mehr, dann wird sich das im Zyklus abwechseln, welche Länder die Kommissare stellen werden.

Der Punkt 2 war die Stimmengewichtung, auch hier ist Österreich im Vergleich zu den großen Staaten nicht so schlecht weggekommen. Wir werden nach dem neuen Vertrag zehn Stimmen haben, Deutschland 29 und würden wir diese beiden Staaten in Relation setzen, so würden uns wahrscheinlich nur drei Stimmen zustehen. Also sind wir als kleines Land in der EU nicht so schlecht bedient worden.

Und der dritte Punkt war die Ausdehnung der qualifizierten Mehrheit. Wichtig war uns als Österreicher immer dabei, dass Verfassungsfragen einstimmig behandelt werden müssen und dass es auch beim Themenkomplex Wasser und Verkehr nur einstimmige Entscheidungen geben darf.

Nizza bildet die Grundlage der EU-Osterweiterung. Und bis 2002 ist dieser Vertrag in den regionalen Parlamenten zu ratifizieren. Irland, eines jener Länder, das am meisten in den vergangenen Jahren durch die EU profitiert hat, hat sich in einer Volksabstimmung gegen Nizza entschieden. Vielleicht hängt es auch mit der Mentalität der Nordländer zusammen, weil sie nicht bereit sind, jene Projekte, die von der EU gefördert wurden, auch als solche zu deklarieren. Bei den Südländern, so haben wir in Brüssel gehört, sei dies ganz anders. Und dieses Nein von Irland passiert zu einem Zeitpunkt, bei dem einige Staaten bereits 17 von insgesamt 29 Verhandlungskapitel abgeschlossen haben, jedes Kapitel 3000 Seiten und mehr. Dieses Nein passiert auch zu einem Zeitpunkt, wo wir wissen, dass der Fahrplan Richtung EU-Osterweiterung festgeschrieben ist und dass der Zug

bereits fährt. Aber jetzt so zu tun, als ob die Osterweiterung nur Sache einiger Politiker sei, ist grundfalsch. Ich glaube, wir sollten dieses Votum der Iren ernst nehmen, eine Chance daraus machen und versuchen, dass endlich in Europa ein Wir-Empfinden entsteht. Dass es nicht dieses Abgekoppeltsein „von Brüssel“ gibt, na, die in Brüssel, mit denen haben wir nichts zu tun, weil keiner mehr weiß, was da oben da facto wirklich passiert, weil sie in ihren Entscheidungen oft schon so weit sind, dass wir ihnen gar nicht mehr nachfolgen können oder der Informationsfluss nicht vorhanden ist. Sondern wir sollten uns bemühen, dass die Bevölkerung begreift, dass wir, nicht nur wir Steirer, wir Österreicher, sondern wir Europäer, wenn nicht weitergedacht genau in Umweltfragen oder in vielen anderen mehr, wir als Weltbevölkerung gemeint sind. Das gilt es zu vermitteln und das gilt es auch zu begreifen. Ich persönlich glaube, dass die EU-Osterweiterung eine riesige Chance für Europa ist, eine Chance darstellt, einen Wirtschaftsraum aufzubauen, der dem Amerika gegenüber standhalten kann, der wahrscheinlich sogar stärker sein kann. Aber es geht meiner Meinung nach darum, für den Beitritt Rahmenbedingungen genau zu definieren. Das ist auch passiert in den letzten Wochen und passiert noch immer. Und es geht darum, die Bevölkerung mit einzubeziehen. Fragen wie Temelin, wo die Menschen Angst haben, müssen durchdiskutiert werden und wir müssen gemeinsam eine Lösung finden. Ich glaube, es ist unsere Pflicht als Politiker, wir verfügen über die Informationen, Gewinner und Verlierer der EU-Osterweiterung genau zu definieren und den Verlierern auch mögliche Alternativen aufzuzeigen, ihnen zu sagen, wie sie in Zukunft fortkommen können, welchen Broterwerb, welche Möglichkeiten es für sie gibt. Nur zu schweigen über Nachteile ist der falsche Weg. Aus diesem Grunde sind wir für eine Volksabstimmung, weil sie uns zwingt, uns genau mit der Problematik auseinander zu setzen und weil sie eine unheimlich Chance für dieses gemeinsame Europa bringt. In diesem Sinne Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor.

Damit komme ich nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 319/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 99/1, der Abgeordneten Hamedl, Dr. Lopatka, Riebenbauer und Gödl, betreffend Förderung von Pilotprojekten zur kommunalen Kriminalprävention.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Eduard Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (11.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Gemeinden, Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner Sitzung nach einer Stellungnahme der Landesregierung neuerlich am 29. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Riebenbauer, Gödl und Hamedl, betreffend Förderung von Pilotprojekten zur kommunalen Kriminalprävention, beraten. Der Verein Österreichisches Zentrum für Verbrechensvorbeugung und Opferschutz führt Präventionsprojekte durch, die ergänzend zu den staatlichen Möglichkeiten zur Verbesserung des Sicherheitsgefühles der Bevölkerung und Verminderung der Kriminalitätsrate führen. Der Ausschuss für Gemeinden, Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Ausweitung des Projektes „Sichere Gemeinde“ auf zwei ausgewählte, für die Kriminalitätsrate typische Gemeinden mit unterschiedlichen Strukturen entsprechend zu fördern und die Ergebnisse dieses Projektes für die Erhöhung der Sicherheit in den Gemeinden zu nutzen. Ich bitte um Annahme! (11.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (11.50 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Wir haben diesen Antrag deshalb im Landtag eingebracht, weil es in unserer heutigen Gesellschaft immer wichtiger wird, gewisse Sicherheitsbereiche zu übernehmen, zu der der Staat allein nicht in der Lage ist und weil Prävention Vorrang vor Repression haben muss, Herr Kollege. Das weißt du – so glaube ich – ganz genau. Schon vor mehr als 200 Jahren schrieb der italienische Aufklärer Cesare Beccaria in seinem Traktat „Dei delitti e delle pene“: Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen als sie zu bestrafen. Dies ist der Hauptzweck jeder guten Gesetzgebung, die in der Kunst besteht, die Menschen zum größtmöglichen Glück oder zum geringstmöglichen Unglück zu führen. Sie sehen, dass dieser Satz bereits 1764 geschrieben worden ist, sich aber bei uns leider noch immer nicht ganz durchgesetzt hat. In anderen Ländern, wie in der Schweiz, Deutschland und anderen Nachbarländern, wird Kriminalprävention bereits seit 20 Jahren erfolgreich betrieben. Es sind auf Landesebene eigene Präventionsräte eingeführt, die dort die Koordination übernehmen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass durch solche Präventionsprojekte die Kriminalitätsrate bis zu 10 Prozent gesenkt werden konnte und vor allem das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger enorm gesteigert wurde. Ich glaube, das subjektive Sicherheitsgefühl ist für die Lebensqualität sehr entscheidend. Genau das wollen wir mit diesen beiden Pilotprojekten in Knittelfeld und in Hartberg erreichen. Wie entsteht nun Kriminalität? Ein bekannter Psychologe hat einmal

gesagt: Kaufen Sie sich eine andere Zeitung! Er hat damit nicht ganz Unrecht, wenn wir unsere Zeitungen aufschlagen. Ich glaube aber, so einfach können wir uns das nicht machen. Bei uns besteht die Bekämpfung der Kriminalität noch immer vorrangig in repressiven Maßnahmen.

Doch durch solche Maßnahmen allein haben sich die Kriminalität, wie wir alle wissen, und das Sicherheitsgefühl der Bürger nur wenig verändert, weil diese Maßnahmen nur die Symptome gesellschaftlicher Defizite bekämpfen. Sie greifen aber nicht das Problem an der Wurzel an – Kollege Wiedner hat darauf schon hingewiesen. Die Exekutive ist auch nur bedingt in der Lage Vergehen vorzubeugen, weil sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen, wie Beziehung, Schule, Wohnsituation oder Freizeitverhalten, ganz wenig Einfluss hat. Das muss für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Wir müssen daher versuchen, die Kriminalität in den Anfangsphasen zu verhindern. Es ist zwar sehr leicht gesagt, aber die Wurzeln der Kriminalität sind natürlich vielschichtig. Sie liegen in der Erziehung, im Elternhaus, im Schulbereich, in der Wohnstruktur, im Arbeitsbereich, dem Freizeitverhalten unserer Jugendlichen und natürlich auch in den mangelnden Zukunftsaussichten, vor allem auch in der Werthaltung und in der Auflösung familiärer Strukturen. Die Angsträume, wie unbeleuchtete Tiefgaragen, Keller, Gewerbesiedlungen, Wohnblöcke mit wenig Grün und schlechtem Ruf, auch wenn dort die Kriminalität gering ist, und unbeleuchtete Wege tragen zu einem Unsicherheitsgefühl bei. Erst wenn wir dann mit den Leuten reden wird uns klar, wie nachhaltig diese Menschen in diesem Zusammenleben und in ihrem individuellen Sicherheitsgefühl beeinträchtigt sind.

Wenn Sie die heutige Tageszeitung aufschlagen, lesen Sie in einem Bericht, wie ein junges Mädchen in der Obersteiermark niedergestochen wurde. Sie können sich gut vorstellen, wie es ihrer Mutter geht. Ich hoffe, dass das Mädchen überlebt.

Die Menschen leiden darunter und es werden dadurch automatisch viele Aktivitäten eingeschränkt. Ein allgemeines Misstrauen entsteht, die Furcht vor den Fremden wächst. Dies wiederum schwächt die Integration und die allgemeine Lebensqualität sinkt. Da die Kriminalität vor allem örtlich entsteht, müssen wir auch versuchen, sie örtlich zu bekämpfen.

In dieser Präventionsarbeit gibt es das Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Bereiche, wie Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Sozialarbeit, Exekutive, die Medien, die Kirche, die Vereine und vor allem wir selber. Jeder einzelne von uns ist gefordert hier mitzutun. Ziel dieses Projektes ist es daher auch, möglichst viele Bürger in dieses umfassende Konzept der Kriminalprävention mit einzubinden. Die beiden Pilotprojekte sollen in den Bezirksstädten Hartberg und Knittelfeld, wie ich bereits erwähnt habe, durchgeführt werden. Mit den beiden Bürgermeistern habe ich bereits Kontakt aufgenommen und sie haben ihre Zustimmung gegeben und warten bereits sehnsüchtig auf die Umsetzung dieser Projekte. In den beiden Städten ist auch eine Steigerung der Kriminalität festzustellen. In Hartberg beträgt die Häufigkeitszahl der Vergehen und Verbrechen, bezogen auf 100.000 Einwohner, 3700, in Knittelfeld über 5000. In Graz beträgt die Häufigkeitszahl 8000. Sie sehen, dass es auch in den Städten draußen leider einiges an Kriminalität gibt. In der Steiermark wurden im Jahr 1999 56.000 strafbare Handlungen angezeigt. Jedes dieser Verbrechen und Vergehen kostet uns auch einiges an Geld. Eine Studie errechnete für Österreich Gesamtkosten in der Höhe von 86 Milliarden Schilling. Das kostet uns jährlich die Kriminalität. Der finanzielle Faktor sollte zwar nicht im Vordergrund stehen, aber es lohnt sich gerade deshalb, Kriminalprävention durchzuführen. Wie schauen nun diese Projekte im Detail aus? Durch eine Marktforschung wird das subjektive Sicherheitsgefühl und die individuelle Kriminalitätsfurcht erhoben und mit dem tatsächlichen Kriminalitätsgeschehen verglichen. Ein Präventionsausschuss wird vor Ort gebildet, Schwerpunkte in den Arbeitsgruppen festgelegt und koordiniert. Wie ich schon erwähnt habe, ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Teil. Diese von mir angesprochenen Bereiche, wie Schulen, Kindergärten, Wirtschaft, Selbsthilfegruppen, müssen motiviert werden mitzumachen. Es ist auch eine Evaluierung dieses Programmes vorgesehen. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt. Die konkreten Ziele sind wie erwähnt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern, kriminalitätsfördernde Strukturen abzubauen, auf die Entwicklung der Kriminalität einzuwirken, Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen, potenzielle Opfer aufzuklären und die Tatgelegenheiten auch zu reduzieren. Und ich glaube, gerade jetzt, wo ein großer Teil der Kriminalität, nämlich der illegale Drogenhandel und Konsum unsere Jugendlichen und unsere Gesellschaft stark gefährdet, ist dieses Präventionsprojekt eine Chance, aktiv, ich meine aktiv zur Bekämpfung der Kriminalität beizutragen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Lafer. Ich erteile es ihm.

Abg. Lafer (11.59 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Zum Antrag des Abgeordneten Hamedl ist anzuführen, dass diese Idee des Pilotprojektes zur kommunalen Kriminalprävention eine sehr gute ist, aber in Wahrheit das Problem nicht abdeckt. Wir werden diesen Antrag selbstverständlich unterstützen, aber auch dies unter folgenden Aspekten genauer betrachten. Herr Kollege Hamedl hat das Sicherheitsgefühl angesprochen. Das Sicherheitsgefühl ist in Österreich einer jener Bereiche, der zu den wichtigsten Themen überhaupt gehört. Pilotprojekte sind zwar wichtig, aber was noch wichtiger ist, ist überhaupt die Exekutive selbst. Ohne Exekutive wird es in diesem Land auch kein Sicherheitsgefühl geben, deshalb heißt es auch, dass wir der Exekutive jenes Augenmerk schenken müssen, das sie auch verdient. Wer ist für die Sicherheit in diesem Land zuständig? Die Exekutive. Die Exekutive überwacht bei Tag, überwacht bei Nacht, damit eben dieses Sicherheitsgefühl oder auch dieses subjektive Sicherheitsgefühl klar zum Ausdruck kommt. Der Kollege Hamedl hat die Prävention angesprochen. Die Prävention ist schon immer das Sorgenkind in

der Exekutive vor allem auch beim subjektiven Sicherheitsgefühl gewesen, denn Prävention ist nicht messbar. Und hier wäre es richtig anzusetzen, genau auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen, damit man auch Präventionsaufgaben entsprechend wahrnehmen kann, um hier die richtigen Schritte für die Zukunft einzuleiten. Was aber noch viel wichtiger dabei ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Exekutivbeamte selbst. Wie kann ich einen Exekutivbeamten motivieren, um dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auch tatsächlich nachzukommen? Wir haben in den letzten Jahren der roten Regierung oder zumindest unter dem roten Minister miterlebt, wie seit dem Jahre 1994 es immer wieder zu Einsparungen, zu Verkürzungen und zu Verminderungen gekommen ist, was natürlich sich nicht positiv auf die Motivation der Exekutivbeamten ausgewirkt hat. Ich möchte gar nicht näher eingehen, welche Punkte das gewesen sind. (Abg. Schrittwieser: „Die Postenschließungen sind auch nicht motivierend!“) Lieber Siegi, Postenschließungen, dem werden wir mit Sicherheit auch nicht zustimmen, genau so wie wir dies 1994/95 unter dem roten Minister getan haben. Das sage ich auch einmal ganz offen dazu. Es wird hin und wieder in gewissen Bereichen notwendig sein Schritte zu setzen, um die Effizienz zu erhöhen. Das ist auch begründbar und vertretbar. Aber nur zuzusperren, so wie man halt glaubt, damit man einspart, damit man Planstellen einspart, das wird es nicht geben. Aber ich möchte hier auf die positiven Dinge zu sprechen kommen. Und zwar insofern, dass es unter dieser neuen Regierung und vor allem unter der Frau Vizekanzlerin Susanne Ries-Passer doch zu Verbesserungen bei der Exekutive gekommen ist und noch kommen wird. Als ersten Punkt möchte ich einmal anführen, dass vor allem unter Anstrengung der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher, kurz AUF genannt, lieber Siegi, das wird dir ein Begriff sein, Fakten umgesetzt werden konnten. Und zwar Folgendes: Ein Rechtsschutz für Exekutivbeamte kommt. Das ist eines der wichtigsten Anliegen überhaupt gewesen und ich bin froh, dass ich hier federführend mitwirken konnte, damit diese Forderung auch umgesetzt wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Bisher war es nur so, dass der Rechtsschutz nur nach dem Regulativ angewandt wurde. Das heißt, es wurde darüber entschieden, ob der Exekutivbeamte überhaupt vertretungswürdig ist oder nicht. Das ist in Zukunft vorbei, die Exekutivbeamten bekommen automatisch Rechtsschutz. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Bezugs- kürzungen ab dem siebenten Krankenstandsmonat aufgehoben wurden, und zwar rückwirkend. Das ist ein ganz besonderer Punkt, denn bisher war es so, dass der Exekutivbeamte ein Gehalt bezieht und Nebengebühren. Die Nebengebühren entfallen nach dem 28. Tag, das heißt, das Gehalt vermindert sich automatisch um ein Drittel wenn nicht mehr und nach den letzten gesetzlichen Bestimmungen wäre das Gehalt nach dem sechsten Monat noch einmal um ein Drittel vermindert worden. Das wurde repariert und das ist eine Aufgabe, die sich die AUF gestellt hat und auch durchgesetzt hat. Wir danken hier unserer Frau Vizekanzlerin. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vorschussleistung für Schmerzensgeld. Das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz, ein besonderes Anliegen von mir, da habe ich 1995, 1996 im Parlament schon die entsprechenden Anträge eingebracht, konnte damals jedoch nicht positiv erledigt werden, ist nun endlich umgesetzt worden. Auch ganz, ganz wichtig! (Beifall bei der FPÖ.)

Ein weiteres Faktum nach dem Wachbediensteten-Hilfeleistungsgesetz ist der Anspruch, der auf 1,5 Millionen Schilling erweitert wurde. Endlich sind auch andere Bereiche, wie etwa Verkehrsüberwachungen, Anhaltung, Patrouillenfahrten und so weiter abgesichert. Das war bisher nicht der Fall. Ganz, ganz wichtig! Karenzurlaub, volle Anrechnung der Zeiten auf das Dienstverhältnis. Endlich ist auch dies passiert, damit es hier zu keinen Benachteiligungen für den Exekutivbeamten kommt. Und die Zukunft scheint unter dieser Bundesregierung ein sehr positives Zeichen zu setzen auch für die Exekutive. Bei kürzlich stattgefundenen Verhandlungen konnte sichergestellt werden, dass für die Exekutive ein neues Exekutivdienstgesetz kommt. Die folgenden Eckpunkte und Schwerpunkte dabei sind die Ausbildung, das Einkommen, die Besoldung, die Dienstverrichtung und der Pensionsanspruch. Wesentlich dabei ist, dass dieses Exekutivdienstgesetz auf jene Beamte Anwendung findet, die einem exekutiven Außendienst nachgehen und nicht für den Innendienst. Das ist besonders berücksichtigungswürdig, denn genau jene Beamte sind besonders schweren Dingen ausgesetzt, wie etwa dem Wechseldienst, dem Schichtdienst, dem Sonn- und Feiertagsdienst, dem Nachtdienst und so weiter. Hier wird entsprechend der Dienstverrichtung endlich einmal Rechnung getragen und das auch entsprechend gewürdigt. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich persönlich bin froh, dass es diese Änderungen für die Exekutive gibt und dass hier endlich einmal Taten und Fakten gesetzt werden, die auch auf die Motivation der Exekutivbeamten ausgerichtet sind. Mit einer guten Motivation wird es möglich sein, auch dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung endlich Rechnung zu tragen. (Beifall bei der FPÖ. – 12.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 321/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Margarethe Gruber und Halper, betreffend die Ablehnung des Ankaufs von neuen Abfangjägern.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (12.07 Uhr): Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seiner Sitzung am 29. Mai 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 321/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Margarethe Gruber und Halper betreffend die Ablehnung des Ankaufs von neuen Abfangjägern beraten. Bei der Abstimmung bleibt der gegenständliche Antrag in der Minderheit. Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag der Abgeordneten Mag. Lackner, Mag. Erlitz, Margarethe Gruber und Halper, betreffend die Ablehnung des Ankaufs von neuen Abfangjägern, wird zur Kenntnis genommen. (12.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Mag. Lackner (12.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Abgeordnete!

Sie kennen diesen Antrag, der in der letzten Ausschusssitzung ohne Diskussion von ÖVP und FPÖ abgelehnt wurde. Sein Inhalt bezieht sich auf ein neues Kapitel einer unseligen Fortsetzungsgeschichte, deren Auswirkungen die Steiermark bereits in den letzten 13 bis 16 Jahren belastet hat und zukünftig eine neuerliche Belastung darstellen könnte. Ich muss in der Geschichte nicht so weit zurückgreifen wie mein Kollege Hamedl. Ich gehe in die achtziger Jahre und möchte an ein paar Dinge erinnern und wieder ins Gedächtnis rufen, die für den diesmal neuen Antrag eine große Rolle spielen. Ich erinnere an den Beschluss der damaligen Bundesregierung, die Draken zu kaufen und allesamt in der Steiermark zu stationieren. Im Jahr 1986 wurde dann das Volksbegehren durchgeführt, das fast 245.000 Unterschriften bekommen hat. Schon damals wurde im Text dieses Volksbegehrens ausdrücklich festgehalten, dass es zu keiner Stationierung in Österreich kommen dürfe, dass es drängendere Probleme in Österreich gibt, dass Nachfolgekäufe notwendig werden und dass die Bevölkerung mit unzumutbaren Lebensbedingungen zu rechnen hat. Dieser für die Steiermark so bedeutsame und höchst dramatische Konflikt hat sogar dazu geführt, dass die steirische ÖVP damals einen Misstrauensantrag gegen den eigenen Minister, zuständig für Verteidigung, gestellt hat. Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung haben damals schon die Sorgen und die Befürchtungen der Bevölkerung bei weitem übertroffen: im Bereich Lärm, Umwelt und Erkrankungen. Im März 1987 haben im Landtag die Parteien, außer die FPÖ, gegen die Stationierung gestimmt, ich sage noch einmal 1987 gegen die Stationierung. Da war die ÖVP mit dabei. Es sollte keine Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg geben, es sollte kein Ignorieren des Volksbegehrens geben und es sollte kein Ignorieren des Umweltverträglichkeitsgutachtens geben. Damals wurde auch ein dringender Appell von der Landesregierung an die Bundesregierung gerichtet, keine Stationierung der Abfangjäger in der Steiermark vorzunehmen. Das alles ist noch nicht so lange her. Wir schreiben das Jahr 2001. 13 Jahre nach der Landung des ersten Drakens in der Steiermark hat die Bundesregierung den Beschluss zum Ankauf neuer Abfangjäger gefasst. Ende Juni soll die Ausschreibung erfolgen, wie aus dem Verteidigungsministerium verlautet. Die Kosten belaufen sich auf 25 Milliarden Schilling – 25 Milliarden Schilling. Die ÖVP hat mit ihrem Wehrsprecher im Parlament Murauer bereits im Jänner verlauten lassen, dass nach bundesheer-internen Plänen zufolge entweder Linz-Hörsching oder Graz-Thalerhof als militärischer Flughafen geschlossen werden soll. In der Steiermark hat man von der ÖVP und von der FPÖ bis jetzt noch überhaupt nichts gehört. Es hat sich noch niemand zu diesen Plänen geäußert. Diese Verweigerung passiert mit einer sehr großen Beharrlichkeit. Es gibt eine Anfrage an Frau Landeshauptfrau Klasnic von Wolfgang Erlitz und mir, die beantwortet wurde, aber in Wirklichkeit keine einzige Frage, die wir gestellt haben, einer Antwort zuführt. Es wird auf ein-einhalb kurzen Seiten lediglich auf Paragraphen und auf Formalismen verwiesen. Ein Satz wurde inhaltlich festgehalten, ich zitiere: „Die gegenständliche Anfrage hat primär verteidigungs- beziehungsweise wehrpolitische Angelegenheiten zum Inhalt!“ No na. Es geht ja um die Stationierung der neuen Militärjets. Eine andere Antwort ist leider ausgeblieben, nämlich die, wenn es um die Sorgen und die Befürchtungen in der Bevölkerung geht. Wir haben auf die Gefahren hingewiesen, die mit einer neuerlichen Stationierung der Abfangjäger in der Steiermark verbunden sind. Es ist beschämend und enttäuschend, dass die Sorgen und die Probleme der Bevölkerung nicht ernst genommen werden. Seit Jänner wird in Österreich über den Ankauf der neuen Abfangjäger diskutiert. Es hat sich, wie schon gesagt, der ÖVP-Wehrsprecher Murauer gemeldet. Es hat sich im Jänner auch Bundeskanzler Schüssel gemeldet. Ich zitiere auch ihn, denn er hat gesagt: „Es bedarf viel Phantasie, um diesen Ankauf durchzuführen, aber wir können uns diese Abfangjäger leisten!“ Das steht auch in der „Standard“-Ausgabe vom Jänner. Dabei könnte jetzt die Steiermark endlich in dieser Sache richtig und rechtzeitig eine Entscheidung für die Menschen in diesem Land treffen, eine richtige und rechtzeitige. Ich frage jetzt die Vertreter der ÖVP, ob sie keine Meinung hat zu diesem Thema und wo denn die Courage aus den achtziger Jahren geblieben ist und wir wissen auch, dass keine Antwort auch eine Antwort darstellt, überhaupt zu so einem komplexen Thema. (Abg. Wiedner: „Was wäre richtig?“) Richtig wäre eine klare Ablehnung auszusprechen. (Abg. Wiedner: „Aber das ist deine Meinung!“) Das ist nicht meine Meinung. (Abg. Wiedner: „Dem Kräuter seine?“) Auch nicht. (Abg. Wiedner: „Wo hast du das her?“) Aus Umfragen weiß man auch, dass die Bevölkerung im Ausmaß von 80 bis 90 Prozent eine neuerliche Stationierung der Abfangjäger ablehnt. Ich glaube, du wirst dich auch noch zu Wort melden, lieber Karl, zu diesem Thema, weil es dich auch sehr bewegt. (Abg. Wiedner: „Ich muss dir zuerst zuhören!“) Tu das. Es ist ganz wichtig für die Argumentation von euch. Die Sorgen und Nöte betreffen im Bezirk Graz-Umgebung, im Großraum Graz unmittelbar 16 Gemeinden und auch den Süden von Graz. Im Murtal ist im Prinzip das gesamte Aichfeld betroffen. Graz-Umgebung hat in den letzten Jahren ein sehr hohes Wachstum zu verzeichnen, sowohl im wirtschaftlichen als auch im Bevölkerungsbereich. Die Bevölkerungsdichte wird immer

größer und auch die ökologischen Belastungen damit. Graz-Thalerhof hätte auch mit der Aussage von ÖVP-Wehrsprecher Murauer und aus dem Ministerium die einmalige Chance, ein Zivilflughafen zu werden, ein reiner Zivilflughafen ebenso wie Zeltweg, weil dafür setzen auch wir uns seit vielen Jahren ein. Ich fordere Sie auf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, Stellung zu beziehen und der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Beachtlich habe ich heute den Antrag von FPÖ und ÖVP gefunden, wo Herr Kollege Rieser mit hinaufgegangen ist als Vertreter jener Partei, die sich vehement gegen die Stationierung der Draken in den achtziger Jahren ausgesprochen hat und heute stellt er sich hin und fordert die Beibehaltung, den Ausbau und die Absicherung des Militärflughafens in Zeltweg. Da frage ich Sie jetzt alle, worauf kann sich die Bevölkerung verlassen oder wurde sie bereits von Ihnen verlassen? Es gibt nämlich im Gegensatz zu den 25 Milliarden Schilling, die diese Fluggeräte kosten werden, an allen Ecken und Enden von anderen politischen gesellschaftlichen Bereichen viel zu wenig Geld: im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich und in der Familienpolitik. Wir werden uns heute noch gesondert mit zwei Themen in Form der Dringlichen Anfrage befassen. Wahrscheinlich wird auch der eine oder andere dann erklären, dass es sich ja nur um Kompensationsgeschäfte handelt, wo in Wirklichkeit Geschäfte abgewickelt werden, die sowieso gemacht werden. Diese Kompensationsgeschäfte sind ja auch nur in diesem Bereich möglich, weil sie nicht den EU-Vergaberichtlinien entsprechen. Ich fordere Sie deshalb noch einmal auf, gegenüber der Bundesregierung ein klares Nein zum Ankauf der neuen Abfangjäger auszusprechen und ich fordere Sie weiters auf jetzt zu handeln, nämlich richtig und rechtzeitig, die Zeit nicht zu versäumen im Interesse der Bevölkerung in der Steiermark. (Beifall bei der SPÖ. – 12.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchten wir 39 Schülerinnen und Schüler der Volksschule Oberwölz und Winklern mit ihrer Begleitung, den Herren Friedrich Schock und Helmut Brandstätter, herzlich willkommen heißen. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (12.18 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Werte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Liebe Kollegin Mag. Uschi Lackner, ich zeige dir später dieses Foto. Ich beginne mit einem Zitat von Prinz Eugen von Savoyen aus dem Jahre 1704: „Sie schreien nach uns um Hilfe, wenn Ihnen das Wasser in das Maul rinnt und wünschen uns vom Hals, kaum als einen Augenblick dasselbige verschwunden!“ Ich glaube, nichts könnte treffender passen auf Sozialdemokraten und Grüne hier im Hause und im Land, wenn es um Angelegenheiten der Landesverteidigung und des Österreichischen Bundesheeres geht. Deshalb darf ich jetzt einige sicherheitspolitische Aspekte zu diesem heiklen Thema ausführen. Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, ich muss daran erinnern, dass es durchwegs sozialdemokratische Bundeskanzler waren, die Verträge zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union unterzeichnet und mitgetragen haben. Die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik ist festgeschrieben. Sie ist bereits verankert. Das heißt möglichst große Solidarität! Und ist ein Konzept der Zukunft in der Union. Das wird aber auch von den anderen neutralen Staaten in der Europäischen Union ähnlich gesehen, etwa von Schweden. Sie sehen es nämlich gleich. Österreich hat sich in diesen Verträgen ebenfalls verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten. Dazu gehören neben einer modernen Konzeption, dass auch die Ausrüstung und die Streitkräfte Österreichs möglichst auf europäisches Niveau gebracht werden. Selbstverständlich auch in der Luft. Die Polemik jetzt, geschätzte Damen und Herren, die von dir, Frau Kollegin, und vor allem vom Nationalratsabgeordneten, von deinem Bezirksobmann, von Dr. Kräuter, jetzt hier gegen die Luftraumüberwachung gebracht wird, diese ist fadenscheinig und echt unseriös. Gerade die Sicherheit des Luftraumes ist ein Teil des Verteidigungskonzeptes und daher auch künftig unverzichtbar. Die Notwendigkeit einer funktionierenden Luftraumüberwachung wurde bereits vor zehn Jahren, nämlich 1991 eindrucksvoll bestätigt und leider auch gerechtfertigt. (Abg. Kröpfl: „Da habt ihr schon umgefragt in Graz?“) Herr Kollege Kröpfl, ich glaube, ihr Sozialdemokraten und vor allem du als einer aus dem Grenzgebiet, aus dem Bezirk Deutschlandsberg, ihr dürftet diese gefährliche Situation bereits vergessen haben. Damals, als nämlich an unserer Staatsgrenze zu Jugoslawien Truppen aufmarschiert sind. Du hast es jetzt gesagt, ich kann mich auch noch gut erinnern, als ein tiefer Überflug am Flughafen Graz-Thalerhof stattgefunden hat. Eine sowjetische MIG der Jugoslawischen Volksarmee hat hier einen Aufklärungsflug durchgeführt. Die Bedrohung aus der Luft und für das gesamte Österreich war damals wahnsinnig gefährlich und sie drohte auch zu eskalieren. Jetzt pass bitte auf! Erst dann, ab dem Zeitpunkt, als unsere Draken, die so genannten Luftraumüberwachungsflugzeuge in der Luft waren und im Luftraum in Grenznähe bewaffnet patrouillierten, mieden die jugoslawischen Flugzeuge, Kampflugzeuge und Jagdflugzeuge das österreichische Hoheitsgebiet und die Staatsgrenze. Ich behaupte wirklich hier in diesem Haus, dass durch diese Sicherung der Heimat, durch die Anwesenheit der Luftraumüberwachungsflugzeuge in der Luft mit den Draken eine Eskalation und ein Übergreifen der Kampfhandlungen auf die Steiermark verhindert werden konnte. (Abg. Kröpfl: „Das ist aber schon ein starkes Stück!“)

Dieser Einsatz, geschätzte Damen und Herren, war zum Schutze Österreichs notwendig und war eine erste Hilfe für die besorgte und beängstigte Bevölkerung, für die Bewohner im Grenzgebiet. Niemand von Ihnen oder von uns hätte vorher gedacht, dass es hinter unserer südlichen Staatsgrenze zu kriegerischen Handlungen kommen wird und dass Jagdbomber südostwärts Radkersburg Oberradkersburg bombardieren und Städte angreifen werden. Das hätte niemand für möglich gehalten. Und gerade diese Ereignisse vor zehn Jahren haben gezeigt, wie wichtig die Verfügbarkeit von Abfangjägern zum Schutze der Steiermark ist. Die Luftraumüberwachung muss auch künftig funktionieren. Nur durch die Wahrung der eigenen Lufthoheit und durch die Sicherung unseres Luftraumes mit neuen Abfangjägern können ähnliche Krisen verhindert und auch bewäl-

tigt werden. Das im Gegensatz zu Ihnen, zu euch von der Sozialdemokratie, die auch Sorgen und Ängste um die Bürger haben, wie du es bereits angeführt hast. Wir haben ebenfalls Sorgen und Ängste um unsere Bürger vielleicht aus einer anderen Sicht der Dinge. Uns sind auch die Leute nicht egal. Wir spielen aber nicht mit diesen Ängsten, weil es nicht notwendig und schlecht ist. (Abg. Mag. Lackner: „Beistandsverpflichtung!“) Jetzt noch nicht, liebe Kollegin Uschi Lackner. Erst dann, wenn es notwendig ist. (Abg. Mag. Lackner: „Keiner will sie mehr, keiner braucht sie!“) Wir wollen hier nämlich die bestmögliche Sicherung für alle Bedrohungsfälle aus der Luft bieten. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich stelle fest, dass das auch eine Art ist Politik zu machen! Es ist die falsche Politik, wie die Kollegen, der Nationalrat und Bezirksparteiohmann der Sozialdemokraten und seine Stellvertreterin jetzt im Bezirk Graz-Umgebung Politik machen. Und ich glaube auch und stelle hier aus meiner Sicht der Dinge fest: Sie haben nämlich aus den leidigen und über Jahre ziehenden Diskussionen – wie du bereits gesagt hast – zur Einführung der Draken, zur Beschaffung des Drakens und zur Standortfrage nicht viel gelernt. Es war bekanntlich Ihr Kanzler Vranitzky, der 1985 mit der Bundesregierung die Stationierung aller 24 Draken in der Steiermark beschlossen hat und beschließen ließ. Das war eine überfallsartige Entscheidung Vranitzkys. Verteidigungsminister war vorerst ein Freiheitlicher. Aber der es umgesetzt hat, war ein Verteidigungsminister der ÖVP.

Liebe Uschi, während der gesamten Einführungsphase und in der Stationierungsfrage hat Vranitzky dem damaligen – wie bereits gesagt – ÖVP-Verteidigungsminister den Rücken gestärkt. Ein Zitat aus der damaligen „Kronenzeitung“ oder aus dem „Kurier“: „Vranitzky stärkt Lichal für Graz den Rücken!“ Der Kanzler wörtlich: „Mit mir ist alles abgestimmt!“ Alles erledigt! Das bedeutet, Ihr Kanzler Vranitzky ist für die Ist-Situation verantwortlich. Für die Ist-Situation, dass alle 24 Luftraumüberwachungsflugzeuge in die Steiermark gekommen sind und auch stationiert blieben. Was wurde denn alles unternommen? Das Antidrakenvolksbegehren wurde eingeleitet und durchgeführt, wie du es bereits erwähnt hast mit über 240.000 Unterschriften. Der Altlandeshauptmann Krainer zeigte Muskeln gegen die Bundes-ÖVP. Demonstrationen wurden durchgeführt, so genannte Großdemonstrationen, die vor allem aus dem Umfeld der Grünen oder von Grünen organisiert wurden. Aus Zeitungsartikeln noch zu lesen, wurden hier sogar radikale Berufsdemonstranten aus Wien angemietet und herbeigekarrt. Und angemietet wurde auch ein Grundstück für eine lächerliche Zeltstadt Ihrer Aktivisten gegen die Draken in Feldkirchen. Es sollte ein Hainburg 2 entstehen. Das ist aber leider in die Hosen gegangen, alles umsonst. Alle 24 Draken wurden in die Steiermark gesandt und auch hier stationiert. Schuld daran ist Ihr Bundeskanzler, der damalige. Die SPÖ hat aber alle diese Ereignisse vergessen. Jetzt soll eine Volksbefragung von Kräuter und von dir andiskutiert werden. Ich weiß nicht, ob ihr 240.000 Unterschriften zusammenbringen werdet. Die Latte ist zu hoch. (Abg. Kröpfl: „Viel mehr!“) Ähnlich wie die damaligen Bürgermeister eine Petition gegen das Drakenunheil durchgeführt haben, werden jetzt von euch Briefe an alle verantwortlichen Fraktionsführer in den Kommunen rund um den Flughafen Graz-Thalerhof versandt. Gemeinderatsbeschlüsse sollen gegen den Ankauf von neuen Abfangjägern und ihre Stationierung gefasst werden. Damals, 1988, haben 43 Bürgermeister der Flughafenumgebungsgemeinden von Zeltweg und Graz trotz ihrer Petition an Altlandeshauptmann Krainer die Stationierung in der Steiermark nicht verhindern können. Vranitzky hat sich durchgesetzt: Alle 24 Draken wurden in der Steiermark stationiert. Das Schreiben ist zwar nett und freut mich, aber ich denke, es ist nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben wurde. Schließlich wurde sogar die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und sollte die tödliche Gefahr, den Draken, für die Flughafenanrainer verhindern. Die ÖVP hat sich hier geändert. Der jetzige Landesrat und damalige LandesparteiSekretär wurde in der „Kronenzeitung“ als Kamikaze bezeichnet. Landesrat Hirschmann hat Schiffbruch erlitten, auch mit seiner Forderung, keine Draken in die Steiermark. Lichal hat damals mit der Bundes-ÖVP die steirische Landes-ÖVP in die Schranken gewiesen. Im Gegensatz zur SPÖ ist die steirische ÖVP aus dieser Geschichte, aus den Ereignissen klug geworden und hat gelernt. Ich glaube, jetzt sollten wir zu einem Bereich kommen und diesen gemeinsam anerkennen, nämlich wie hervorragend die Leistungen aller Piloten, Techniker und Bediensteten im Team der Luftraumüberwachung sind, die für den reibungslosen Flugbetrieb seit mehr als 13 Jahren garantieren. Trotz anfänglicher zahlreicher Unkenrufe wurde der Draken professionell eingeführt und wird auf dem höchsten Standard betrieben. Davon konnten sich auch einige Sozialdemokraten überzeugen, dass das der Fall ist: Klubobmann Siegi Schrittwieser war damals dabei, auch Otto Heibl, der heute nicht mehr unter euch weilt sowie die Kollegin Barbara Gross. Barbara hat sich informiert und hat sehr wohl von der Qualifikation und von den Tätigkeiten dieses Systems einen Eindruck erhalten. (Abg. Gross: „Wenn du mich lobst ist das immer gefährlich!“) Ich darf sagen, dass von den 24.000 gekauften Flugstunden über 18.500 bereits verfliegen wurden. Das heißt, insgesamt wurden mehr als 102.000 Flüge, das sind Starts und Landungen zusammen, unfallfrei – die Betonung liegt hier auf unfallfrei – im Dienste der Luftraumüberwachung zum Schutze der Bürger dieses Landes durchgeführt. Das wird, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, auch international bestätigt. Die Höchstleistungen dieser Mitarbeiter, Bediensteten, Beamten, Piloten und Techniker verdienen die Wertschätzung und die Anerkennung dieses Hauses. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Der Draken, geschätzte Damen und Herren, ist in die Jahre gekommen. Technische Probleme können wohl oder übel auftreten und stellen damit ein vermehrtes Sicherheitsrisiko dar. Die Entscheidung für das Nachfolgemuster der Abfangjäger muss in Bälde fallen. Damit bringt eine moderne Luftraumüberwachung weiterhin die Wahrung der Lufthoheit. Hightech-Arbeitsplätze werden geschaffen und gehalten, massive wirtschaftliche Vorteile sind zu erwarten, ein Beitrag zur Stabilität in Europa wird geleistet und bringt mehr Sicherheit für Österreich. Ohne Abfangjäger gibt es nämlich keine Souveränität in der Luft, keine neuen Arbeitsplätze, keine Kompensationsgeschäfte, keine neuen Technologien in diesen Bereichen und auch keine internationale Solidarität mit Österreich in Europa. Wir Freiheitlichen wollen keinen Drakennachfolgekrieg, wie von einigen in

diesem Haus provoziert oder wie versucht wird zu provozieren. Die SPÖ verharrt mit ihrem Antrag in Zeiten des Kalten Krieges und hat offensichtlich die europäische Entwicklung verschlafen. Dieser gestellte Antrag von dir und ebenfalls im Bund von Bezirksparteiobmann Dr. Kräuter ist ein gefährlicher Umgang mit der Sicherheit der Österreicher. Wir Freiheitlichen, geschätzte Damen und Herren, bekennen uns mit allem Nachdruck zur umfassenden Landesverteidigung und damit zur Luftraumüberwachung von der Steiermark aus. So schaut's aus. (Beifall bei der FPÖ. – 12.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Pußwald (12.33 Uhr): Frau Landeshauptmann, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich war schon vor 13 Jahren im Landtag. Wir haben uns deswegen vor dem Draken gefürchtet, weil er ein Produkt war, das bereits in Schweden lange im Einsatz gestanden ist. Es ist heute das Wunder schlechthin für mich, dass dieser Draken nach 13 Jahren immer noch einsatzfähig ist und dass es noch zu keinem einzigen Problem mit diesem Gerät in Österreich gekommen ist – so weit, so gut. Ich stehe auch da als Sozialpolitikerin und denke mir manchmal, das ist wahnsinnig viel Geld, das da notwendig ist, um die Nachbeschaffung zu ermöglichen. Aber ich habe ein Erlebnis gehabt, sehr geehrte Damen und Herren: Im Rahmen des Jugoslawienkrieges und des Auseinanderfallens dieser Republik Jugoslawien lebten zwei junge Brüder, ein Brüderpaar, von Weihnachten oder Nikolaus bis Ostern bei mir in der Familie – ich erinnere mich noch sehr genau daran. Als sie dann schon Deutsch gesprochen haben, haben sie gesagt: „Nein, in unserer Stadt kommt der Krieg nicht vor. Bei uns in Bosnien leben Kroaten, Muslime und Bosnier nebeneinander. Das kommt bei uns nicht vor, was sich in Kroatien jetzt abspielt!“ Zu Ostern, meine Damen und Herren, ist der für mich intelligentere junge Bursch nicht mehr zu halten gewesen. Der Krieg hat übergeschwappt auch auf seine Heimatstadt Travnik. Dieser Bursche ist zum Bahnhof gerannt und hat gesagt: „Ich muss heim! Ich kann das nicht verstehen, es ist mir unverständlich, dass meine Stadt gegeneinander kämpft!“ – und er ist gefallen. Das ist ein Beispiel, ein tragisches. Ich glaube aber, dass der Flughafen und die Fliegerwerft Zeltweg für uns in der Region noch eine viel andere Bedeutung hat und deswegen stehe ich jetzt und heute da. Wir haben 275 zivile Bedienstete in dieser Werft und es sind 510 Militärpersonen, die in diesem Flughafen Zeltweg die höchst technisch, qualifiziertesten Arbeitsplätze in unserer Region haben. Diese Arbeitsplätze sind untereinander vernetzt. Ich glaube, wenn ich von Technologie spreche, dann wird aus meiner Sicht heraus die Flug- und Raumfahrttechnologie auch die Technologie des 21. Jahrhunderts sein. Ich bekenne mich hier dazu. Ich stehe deswegen da und sage, ich möchte diesen Militär- und Zivilflugplatz Zeltweg für meine Region erhalten wissen, weil ich diese technische Vernetzung haben möchte mit europäischen Partnern, die zielgerichtet auf Kompetenzcluster ausgerichtet sind und wo es vor allem auch für uns eine Chance gibt. Wir haben über die ÖBB-Lehrwerkstätte vor einigen Wochen hier gesprochen. Wir haben AVL List in Graz, wir haben die Montanuniversität in Leoben und die Technische Universität und das Joanneum Research in Graz und wir haben den Fahrzeugcluster da. Ich denke und ich träume davon, dass es möglich sein müsste, diese wichtigen Transport- und Fahrtransferchancen miteinander zu verbinden, miteinander insofern zu verbinden, als dass ja auch das Überleben der ÖBB-Lehrwerkstätte in Frage gestellt ist. Herr Landesrat Paierl und Frau Landeshauptmann Klasnic haben sich wieder für ein Jahr bereit erklärt, für die Lehrwerkstätte Geld zur Verfügung zu stellen, damit dort Lehrlinge weiter ausgebildet werden können. Die regionale Wirtschaft steht dahinter. Das Schulungszentrum Fohnsdorf, die HBLA Zeltweg werden ein Projekt für Facharbeiterausbildung unter Einbindung auch der regionalen Firmen für Geschäftsfelder Metall, Kommunikation, Elektronik, Kunststoff, Fertigungs- und Prüfungsmöglichkeiten für unsere Region passend dazu mit entwickeln. Und einer, der auch sehr kritisch dieser ganzen Drakenfrage gegenübergestanden ist, hat das bereits erkannt. Das ist der Knittelfelder Bürgermeister Siegfried Schaffarik. Er hat heuer im Winter eingeladen, Wirtschaft, Meinungsbildner, Ausbilder und dergleichen zu einer Informationsrunde eingeladen. Es ging genau darum, eine Vernetzung zusammen mit der Wirtschaftskammer und mit den Wirtschaftskammern der Region zusammenzubringen, um eine gute Facharbeiter- und Arbeitsplatzsicherung zu betreiben. Ich glaube, Bürgermeister Schaffarik denkt wir, wir von unserer Fraktion auch denken, dass es nur dann soziale Leistungen im Sinne der Umverteilung gibt, wenn vorher Wertschöpfung, wenn vorher die Möglichkeit von Arbeitsplätzen mit Steuerabgaben geschaffen werden, dann kann ich soziale Leistungen weitergeben und umverteilen. Und deswegen stehe ich da und deswegen bekenne ich mich heute für diese Zukunftschance der Region.

Gestatten Sie mir noch ein Wort: Vor etwa 14 Tagen oder vor knapp 14 Tagen gab es einen Lehrlingsbeziehungsweise Schülerkongress in der HAK in Judenburg. Junge Leute haben mit regional Verantwortlichen diskutiert und haben auch von ihren Ängsten, von ihren Zukunftsängsten gesprochen. Die jungen Menschen sagen, sie haben in unserer Region keine Chance mehr, wenn sie eine entsprechend gute und hohe Qualifikation über den Bildungssektor erwerben. Ich will nicht sagen, der Flugplatz Zeltweg ist das Allheilmittel, aber es ist auch ein Standort, wo technisch hoch interessierten, versierten jungen Menschen ein Arbeitsplatz verschafft werden kann, zusammen mit anderen Projekten, die sich vielleicht noch entwickeln. Und ich sage im Sinne von Saint-Exupéry: „Willst du ein Schiff bauen, dann lehre die Menschen die Sehnsucht nach dem Meer!“ Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (12.41 Uhr): Welche Sehnsucht, Frau Kollegin Pußwald?

Welche Sehnsucht haben Sie angesprochen? (Abg. Pußwald: „Die Sehnsucht nach Frieden!“) Auch die des jungen Bosniers? Das Beispiel. Was war die Botschaft, welche Sehnsucht?

Ich habe dem – nichts für ungut – überhaupt nicht folgen können. Was ist die Botschaft gewesen, die Sie uns hier erzählen wollen, wenn der junge Mann nach Bosnien fährt und dort fällt? (Abg. Pußwald: „Die Botschaft ist, dass es von heute auf morgen ganz anders ausschauen kann!“) Ich weiß, das habe ich auch schon beobachtet in meinem Leben, dass von heute auf morgen vieles anders ausschauen kann. Da braucht man die Landstube hier gar nicht verlassen. Da brauche ich mir nur anschauen die Beteuerungen der ÖVP zum Beispiel zum Thema Abfangjäger und zu anderen Punkten. Das ist mir bekannt, ja!

Viel klarer als eine Empfindungslage eines jungen Betroffenen aus Ex-Jugoslawien waren Ihre Aussagen zum Thema Wirtschaft, viel klarer. Das habe ich nachvollziehen können. Und ich halte es für unzulässig aus Sicht der Grünen, für zynisch und für sachlich falsch. Es gibt genügend Beispiele auf dieser Welt, das berühmteste ist die amerikanische Volkswirtschaft und von Wirtschaftsforschern lange genug und oft analysiert, welchen Beitrag dort der militärische Komplex zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet hat. Nämlich im Verhältnis, Herr Kollege Wöhry, zum Einsatz der Mittel einen geringen. Das ist an sich ausdiskutiert. Eine Wirtschaftsförderung in Form von Unterstützung des militärischen Sektors ist der Bereich, wo man am meisten Geld ineffizient einsetzt. Und das ist nicht meine Privatmeinung, das ist auch nicht einmal die Meinung der Grünen, sondern das ist Stand der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte weltweit. Ich halte das für zynisch deshalb, weil man einer Region, der es wirtschaftlich schlecht geht, immer wieder mit den selben Methoden kommt, dass man sagt, jetzt habt ihr eh schon das und jetzt kommt das und das noch dazu. Am Beispiel Zeltweg sehr schön nachzuvollziehen, da geht es der Region in der Tat wirtschaftlich schlecht, dann kommt man ihnen mit den Draken, wo die ganze Region darunter stöhnt und sagt, bitte, das ist doch notwendig für die Arbeitsplätze. Und dann kommt man ihnen mit der Müllverbrennung und dann kommt man ihnen mit dem A1-Ring und sagt, das passt eh alles zusammen. Und in der Tat, es passt alles zusammen. Nur frage ich Sie, in welcher Hinsicht passt das alles zusammen? Nämlich unter der Devise: „Ist die Kuh hin, soll das Kalbl auch hin sein!“ Wie man das dann ins Hochdeutsche übersetzt für das Protokoll, werden wir noch sehen. So kann es nicht sein. Klar war auch für mich relativ die Aussage des Kollegen List vom europäischen Niveau bei der Verteidigung. Eine noble Formulierung für das, was an sich öffentlich ist, habe ich ihm dazu nichts vorzuwerfen, dass die Freiheitliche Partei und ihr Ex-Vorsitzender unbedingt in die NATO hineinwollen. Um das geht es ja hier. (Abg. Wiedner: „Cap auch!“) Kollege Cap auch, ist richtig! Stimmt auch das, was Sie gesagt haben, Herr Kollege List, in Richtung Sozialdemokratie, ist richtig. Die Sozialdemokratie hat hier ein Linienproblem, keine Frage, wenn man die Vergangenheit anschaut. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Van de Bellen auch!“) Die Freiheitliche Partei will in die NATO, sie spricht daher vom europäischen Niveau der Verteidigung und sie entscheidet sich auch gleich für das entsprechende Modell, nämlich nicht für das europäische, sondern für die NATO. Es geht nicht um ein europäisches Niveau der Verteidigung, das gibt es nicht, weil es kein europäisches Verteidigungssystem gibt. Es gibt eine NATO-Kompatibilität oder eben nicht. Und es gibt eine österreichische Neutralität. Wenn Sie heute in der Früh Irland zitieren und jetzt – zwei Stunden später – wieder das Irland auf die Seite schieben mit Ihren Bedenken und sagen, jetzt reden wir vom NATO-Beitritt indirekt, dann muss ich Sie aufmerksam machen, dass Ihr Gedächtnis auch ein bisschen ein besseres sein könnte. Ich meine das politische, wohl verstanden.

Ein weiterer Punkt: Herr Kollege List, im Vorbeigehen, Sie haben es eh schon gemerkt. Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, was die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien anbelangt, damals in dieser „kriegerischen Auseinandersetzung“. Und ich habe es an der Stelle schon einmal gesagt. In Wirklichkeit ist Jugoslawien zerfallen unter tragischen Umständen und es wäre besser gewesen, erstens wenn dieses Jugoslawien weniger Flugzeuge und anderes kriegerisches Gerät gehabt hätte. Was nicht heißt, dass ich diese Verhältnisse auf Österreich wohlverstanden übertragen will. Aber grundsätzlich muss man das einmal festhalten. Die Flugzeuge in Jugoslawien waren kein Beitrag zum Frieden in der Region und in diesem Land.

Zum Zweiten: Ich halte das für kühn, diese Aussage, zu sagen, nicht nur dass die Abfangjäger, nämlich die Draken im konkreten Fall verhindert hätten ein Übergreifen des Krieges und erst recht ein Bombardement von Radkersburg. Das halte ich milde formuliert für kühn. (Abg. List: „Nicht zugehört!“) Sie können sich erinnern damals an die Situation, es hat ein jugoslawisches Militärflugzeug gegeben, das in österreichisches Hoheitsgebiet eingedrungen ist und der alte SAAB, die Schulungsmaschine, die von Zeltweg zufällig unterwegs war zum Thalerhof, hat dieses jugoslawische Modell gekreuzt, worauf dann die jugoslawische Maschine umgedreht hat. Es war kein Draken. Das war es! Ich sage das deshalb, weil es immer die Kritik gegeben hat von den Grünen, und nicht nur von uns, selbst ein militärischer Sinn von Abfangjägern, wenn das einen Sinn haben sollte, ist der bestritten worden. In Wirklichkeit ist es das, wovon wir heute stehen, nämlich das Heranführen Österreichs an die NATO, das Heranführen Österreichs in ein großes europäisches oder atlantisches Vaterland des Mitmarschierens. An der Stelle vielleicht ein Zitat aus Martin Wabls Gedichtband: „Oh du schöner Westerwald, wer mitmarschiert, der wird nicht alt!“ Die Grünen sind gegen den NATO-Beitritt und die Grünen können keinen Sinn erkennen, hier Milliarden hineinzunvestieren in einen NATO-Beitritt. Die Grünen können keinen Sinn erkennen, dass Österreich jetzt und unbedingt und sofort 25 Milliarden Schilling allein für neue Abfangjäger ausgeben muss, weil unsere Sicherheit bedroht ist. Die Grünen können nicht erkennen, dass wir unbedingt einen Beitrag zu dieser Sicherheit Europas leisten müssen, indem wir Abfangjäger kaufen. Wir können das tun, indem wir uns etwa im Rahmen von Friedensmissionen auf europäischer Ebene profilieren und unseren Beitrag der Solidarität leisten. Da sind wir gefordert, und nicht im Hintennachmarschieren oder Mitmarschieren. (Beifall bei den Grünen. – 12.49 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (12.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich darf mit dem Neutralitätsgesetz beginnen. Gemäß Gesetz sind wir noch immer neutral, auch wenn wir darüber diskutieren, inwieweit die Neutralität schon ausgehöhlt wurde beziehungsweise inwieweit sie schon von Ihrer Regierung mit Beitritten zur EU und dergleichen ausgehöhlt wurde. Ich darf damit beginnen und sage, dass es ein ganz kurzes Gesetz ist. Es beinhaltet nur zwei Artikel. Im ersten Artikel steht zum Schluss dieses kurzen Artikels Folgendes: Österreich erklärt aus freien Stücken seine immer währende Neutralität und Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Was heißt das? Wir sind völkerrechtlich dazu verpflichtet, unsere Neutralität, unsere Souveränität, unser Staatsgebiet aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Und da ist nicht nur gemeint, dass das sich irgendwo nur am Boden abspielt. Wie Sie wissen, gehört auch der Luftraum zum Staatsgebiet. Wenn man jetzt davon spricht, dass mit 24 oder 30 Abfangjägern keine Verteidigung aufrechtzuerhalten ist, dann hat man teilweise damit sicherlich Recht. Aber man kann damit seinen Neutralitätspflichten nachkommen und die Neutralitätswacht damit machen. Das ist eine ganz entscheidende und wichtige Sache. Wir sind dazu verpflichtet, Übergriffe nicht identifizierter Flugzeuge auf den österreichischen Luftraum zumindest festzustellen und mit Flugzeugen diese zu verhindern. Es genügt nicht, wenn man das mit einem Radargerät feststellt, sondern man muss das verhindern, weil ansonsten, und alle, die im Völkerrecht bewandert sind, wissen das, könnte diese Aufgabe für uns ein anderer Staat übernehmen. Das könnte, wenn sich ein anderer Staat bedroht fühlt, im Extremfall ein anderer Staat für uns übernehmen. Und das wollen wir sicherlich nicht. Wir werden selbst auf unsere Sicherheit, auf unsere Souveränität schauen. Wir werden uns nicht darauf verlassen, dass das vielleicht ein anderer macht. (Beifall bei der FPÖ.)

Heute ist schon öfters der Fall Jugoslawien gekommen. 29. Juni 1991: Wir begehen diesen Tag, diesen Gedenktag, heuer in Spielfeld an der Grenze mit einem großen Festakt. Ich glaube, ich bin im Haus ziemlich der Einzige, der ab dem zweiten Tag aktiv bei diesem Einsatz mit dabei war. Ich war damals Ende Juni auf Urlaub. Im Radio hörte ich von dieser Meldung und ein paar Stunden später hat mich der Anruf ereilt, dass ich sofort einzurücken habe. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie können mir glauben, ich kann als Zeitzeuge berichten, wie das dort war. Eines ist klar: Es hat diese Übergriffe fremder Flugzeuge gegeben. Es haben sich nicht irgendwelche Flugzeuge verirrt, Herr Kollege Hagenauer, sondern das war ein gezielter Flug eines MIG-Kampfbombers Richtung Graz. Eines war auch klar: Ab dem Zeitpunkt, als unsere viel geschmähten Draken aufgestiegen sind, hat es keine Luftraumverletzung mehr gegeben. Ist das nicht ein großer Erfolg dafür gewesen? Das ist meiner Meinung nach ein großer Erfolg der Draken. Jetzt kann man über die Draken diskutieren so viel man will. Eines müssen wir auch wissen, liebe Freunde von der SPÖ: Die Draken sind eine Erbschaft von euch. Als Herr Blecha und seine Freunde nach Schweden zu seinem damaligen Freund Palme gefahren sind, hat es auf einmal die Entscheidung für den Draken gegeben. So schaut es aus, und nicht anders. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Sollten wir jetzt lachen oder weinen?“) Man hat sich im Bundesheer bemüht, und das sehr erfolgreich, wie das Kollege List schon gesagt hat, dieses Gerät über viele Jahre zu betreiben. Jetzt sind wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit des Betriebes. Wir haben von einem kleinen Zwischenfall, der aber bravourös durch die gute Ausbildung der Piloten gemeistert wurde, gehört. Es ist jetzt die Grenze erreicht, wo der Betrieb normalerweise eingestellt werden müsste und wo die Entscheidung für ein neues Fluggerät zu fallen hat. Und hier brauchen wir uns auf nichts auszureden. Dazu sind wir natürlich verpflichtet. Man kann nicht hergehen und sagen, man sieht weit und breit keine Bedrohung. Alle rundum sind friedlich, es passiert ohnehin nichts auf der großen, weiten Welt. 1991 hat man gesehen, wie schnell etwas auf der großen, weiten Welt passieren kann, und das nicht nur auf der großen, weiten Welt, sondern unmittelbar in der eigenen Nachbarschaft. Wenn so etwas passiert, dann müssen wir darauf vorbereitet sein. Man kann nicht sagen, es passiert nichts. Wenn es soweit ist, dann werden wir uns schon irgendwie helfen oder wir werden schon ein Bundesheer aufbauen und sofort Flugzeuge beschaffen und werden dieser Bedrohung begegnen. Das geht in dem Fall nicht. Genauso wie eine Feuerwehr nicht von heute auf morgen aufgebaut werden kann, die nicht von heute auf morgen in den Einsatz gehen kann, sondern kontinuierlich aufgebaut, ausgebildet und vorbereitet werden muss. Auch in diesem Fall ist kontinuierlich aufzubauen, kontinuierlich Gerät zu beschaffen, auszubilden und vorzubereiten. Und dabei soll es keinen billigen Populismus geben, liebe Frau Kollegin Uschi Lackner, die ich dich sonst sehr schätze. Hier hast du aber eine Auftragsarbeit von deinem Kollegen Kräuter erledigt, mehr ist es nicht, der den Auftrag aus Wien hat. Scheinbar gibt es momentan für euch nur Aufträge aus Wien, die ihr hier weiterführt, auch früher beim Kollegen Grabner war das so. Das ist ein krampfhaftes Suchen nach Themen, bei denen ich vielleicht irgendwo ein paar Wählerstimmen noch herbringen kann. Das ist aber ein unverantwortliches Spiel mit unserer Sicherheit, mit der Sicherheit unserer Bürger, mit der Sicherheit unserer Steirer. Und dieses Spiel lehnen wir ab. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn ihr aus Umfragen zitiert, dass zwei Drittel der Österreicher den Kauf neuer Abfangjäger ablehnen, dann frage ich mich, woher ihr diese Umfragen habt. Ich sehe hier eine große Zustimmung zu unserem Heer, zu unseren Piloten, zu unseren Abfangjägern. Waren Sie schon einmal in Zeltweg oder am Thalerhof beim Flugtag? Dort waren 250.000 begeisterte Besucher, die unseren Piloten zugejubelt haben. Gehen Sie einmal zu solchen Flugtagen und schauen Sie sich das an. Die Grünen sind wenigstens so ehrlich und gehen gar nicht hin. Sie sagen lediglich, das interessiert sie nicht. Auch eure Leute sitzen dort oben und applaudieren, wenn der österreichische

Draken fliegt, und sagen, das sind klasse Burschen, die sind auf Zack, die machen das gut. Dann geht man her und gibt ihnen das Gerät nicht in die Hand, um einen Auftrag zu erfüllen. Das ist doppelbödig, das ist unehrlich, was ihr hier betreibt. (Beifall bei der FPÖ.)

Noch eine Sache, weil es mit Neutralität und auch mit dem Beistandsgedanken zu tun hat, der uns in der EU doch verfolgen wird, möchte ich ein bisschen differenzieren: Man kann nicht nur das Ganze mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten argumentieren. Man kann sicherlich nicht sagen, da gebe ich dem Kollegen Hagenauer in Teilbereichen Recht, ein Wirtschaftsargument, das ist es nicht. Es ist ein sicherheitspolitisches Argument, das sicherlich auch wirtschaftliche Auswirkungen hat, wenn wir die Kompensation sehen, wenn wir sehen, dass beim Hubschrauberankauf, über 200 Prozent Kompensation, und das genau in jener Region, die es am notwendigsten hat, passiert, genauso wird es beim Abfangjäger sein. Welche Type es sein wird, Herr Kollege Hagenauer, das steht noch nicht fest. Es gibt noch mehrere, die im Rennen sind. Aber dass wir sie brauchen, ist unbestritten und ich ersuche doch die ehemalige staatstragende Partei der SPÖ hier von ihrem Verhinderungskurs wegzugehen und endlich einzusehen, dass etwas, was notwendig und wichtig ist, nicht mit kleinkarierten Argumenten weg-zureden ist. Ich ersuche um Unterstützung! (Beifall bei der FPÖ. – 12.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile es ihr.

Abg. Margarethe Gruber (12.59 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es gibt die Geschichte vom Regenschirm: „Nimm ihn mit, lass ihn da“ und gleich ist die Debatte um die NATO, NATO nein, NATO ja, je nachdem, wie man es gerade braucht. Und ich weiß eines ganz gewiss, dass die Bevölkerung rund um den Flughafen Zeltweg ganz sicher keinen NATO-Stützpunkt dort will.

Wir haben heute einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Dietrich und Pußwald zum Flughafen Zeltweg und ich kann nur sagen, willkommen, denn es ist auch unser Anliegen, diesen Flughafen für die zivile Luftfahrt zugänglich zu machen. Und wenn es hier heißt „seit Jahren“, dann stimmt es, denn bereits seit 1994 unter dem Abgeordneten Korp gibt es hier Bestrebungen zusammen mit der Bevölkerung, diesen Flughafen auch für zivile Fahrten zugänglich zu machen, weil alle anderen Zufahrtswege, wie es heißt, Trampelpfade sind und zum großen Teil noch immer sind.

Es gab auch Debatten hier im Hohen Haus, die diesen Punkt betreffen und ich kann hier zitieren, dass am 20. November 1996 der Landtag hier einen fast einstimmigen Beschluss gefasst hat, dass die Landesregierung beauftragt wird, an die zuständigen Bundesstellen heranzutreten und so weiter, und so weiter, und so weiter.

Am 27. April 1999 ist wieder ein Antrag eingebracht worden betreffend die Öffnung des Militärflughafens für zivile Zwecke. Und auf Grund dessen wurde von Landesrat Ressel eine Studie in Auftrag gegeben, die ausloten soll, inwieweit die wirtschaftlichen Gegebenheiten zusammenpassen. Es hat diese Zusammenkunft von Experten gegeben, ausländischen Experten, österreichischen Experten auf höchster Ebene und es gibt diese Studie, die vorliegt, nur, ob sie wirklich dann wirtschaftlich machbar sein wird, das werden andere Menschen zu beschließen haben. Es wird auch die hohe Politik damit konfrontiert sein, weil es nicht der Landtag allein beschließen kann. Und ich bin dankbar, dass auch Landeshauptmannstellvertreter Schögggl sich dafür einsetzt, dass es eine Öffnung des Militärflughafens Zeltweg geben wird. Ich kann nur sagen, wenn alle vereint sind, dass es zu dieser Öffnung kommt, dann kann es für die Region nur von unschätzbarem Wert sein, dass auch unsere Firmen Zugang haben. Und es gibt gute Firmen in dieser Region, es gibt die VAE, es gibt die ATS, und wenn dieser Flughafen für diese Firmen zur Verfügung steht, kann es auch in der Weiternutzung für den Holzcluster von enormer wirtschaftlicher Bedeutung sein. (Beifall bei der SPÖ. – 13.03 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Rieser (13.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich hätte zu meinen Vorrednern sicherlich einiges zu sagen, aber ich möchte es nicht allzu sehr in die Länge ziehen.

Zum Kollegen Hagenauer, euer Motto ist ja bekannt: „Angst mal Angst ist Fürchten!“ Und ihr seid einfach nicht bereit, ein bisschen hineinzudenken, dass die Menschen auch Arbeit brauchen, dass die Menschen auch andere Gefühle haben. Und wenn die Grete Gruber vorher natürlich dieses Thema angesprochen hat, für das wir uns alle in der Region seit Jahren bitte bekennen, muss uns eines aber auch klar sein, dass wir – wenn wir auf der einen Seite gegen Abfangjäger sind, nicht auf der anderen Seite wir uns erwarten können, dass der militärische Flugbetrieb aufrecht bleibt. Eine sachliche Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Thema Luftraumüberwachung kann nur auf Basis der bestehenden Gesetze und auch auf Grund der Basis der Rechtslage sowie der nationalen und internationalen Vereinigung erfolgen. Und die Grundlagen drücken den politischen Willen aus, von dem alle Maßnahmen der Sicherheitspolitik in der Militärstrategie abzuleiten sind. Im Wesentlichen sind es für Österreich – und ich muss es hier sagen, damit wir wissen von was wir sprechen – das Völkerrecht, die UN-Charta, ist die Bundesverfassung, ist das Neutralitätsgesetz, das Wehrgesetz, das Schengen-Abkommen Jänner 1990 und März 1995, die Petersberger Erklärung Juni 1992, der Vertrag von Amsterdam Juni 1997, der Gipfel von Washington April 1999, der Gipfel von Köln 1999, die OSZE-Charta von November 1999 in Istanbul, der Gipfel von Helsinki Dezember 1999, alles unter der Führung der Sozialdemokraten. Es gab

dann den Gipfel von Gera im Juni 2000, das Treffen der EU-Verteidigungsminister in Frankreich, das Treffen der Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel November 2000 und schlussendlich den Gipfel von Nizza im Dezember 2000. Das sind die Grundlagen, auf denen die Luftraumüberwachung, auf denen die Sicherheitspolitik aufgebaut ist. Wer die Notwendigkeit der Luftraumüberwachung in Frage stellen will, muss daher die genannten Quellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Diskussion bringen. Eine Armee und ihre Organisationsargumente sind letztlich das Ergebnis der politischen Willensbildung, das Ergebnis der politischen Willensbildung und nichts anderes. In der vergangenen Woche, der Kollege Wiedner hat es angesprochen, musste ein Drakenpilot in Zeltweg notlanden, weil eine technische Panne in der Sauerstoffzufuhrleitung in einer Höhe von 12.000 Meter entstand. Gegenüber unseren Militärpiloten ist die politische Willensbildung über das Nachfolgemodell des seit 35 Jahren in Betrieb stehenden Draken, davon 16 Jahren in Österreich, von höchster Bedeutung. Sein technologisches Konzept stammt aus den fünfziger Jahren und ist eigentlich bereits schon zweimal überholt. Das Aufrechnen und Abwägen von Verteidigungsbereitschaft gegen Sozialleistungen ist größter Populismus und sicherheitspolitisch unverantwortlich. Deshalb haben wir – und ich sage es hier in aller Deutlichkeit – im Ausschuss über diesen Antrag auch nicht diskutiert. Die Strategie für Stabilität und Wohlstand in unserem Land muss eine gesamtpolitische Demission haben. Sozial-, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Wirtschaft, handelspolitische Aktivitäten sind als eine voneinander unabhängige Gemeinschaft zu sehen.

Ein Wort, weil dieser Krieg angesprochen wurde: Nichts ist in einem Land, das seit Jahrzehnten, seit 56 Jahren, das Glück hat, in Frieden zu leben, leichter zu ignorieren als Krieg, als Waffengewalt. Was dabei völlig vergessen wird ist die umgekehrte Realität, und zwar jene Kriege, die Gott sei Dank nicht stattgefunden haben, weil die Antikriege gewonnen wurden: Nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, durch Reden, nicht durch Gebete, nicht durch Demonstrationen, nicht durch Aufmärsche und nicht durch einschlägige Transparente, sondern mit Maßnahmen, die es mit den Kriegen aufnehmen konnten, die es zu verhindern galt. Krieg, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein sozialer Prozess: brutal, dramatisch und schrecklich in seinen Konsequenzen. Die bedeutendste Sozialleistung eines Staates ist eine Sicherheitspolitik, die seine Bürger vor dem Krieg bewahrt. Der Sicherheitsbegriff, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist schwer zu definieren und manche werden ihn auch nicht verstehen. Sicherheit ist nicht anfassbar, Sicherheit ist nicht essbar, Sicherheit ist auch nicht riechbar. Es genügt nicht, allgemeine Bekenntnisse zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik abzugeben. Wer in Europa Sicherheit haben will, muss Sicherheit produzieren. Die Milliarden teure Anschaffung von Abfangjägern in Zeiten eines harten Sparkurses ist zweifellos auch dazu angetan, für öffentliche Erregungen zu sorgen. Wer jedoch statt zu agieren plakatiert, dass mit dem Verzicht auf derartige Geräte mehr Sicherheit gegeben wäre, der gefährdet auch die medizinische Versorgung, oder mit diesem Geld natürlich auf die Studiengebühren verzichtet werden könnte, verwechselt nicht nur Äpfel mit Birnen, verwechselt nicht nur Tag und Nacht, sondern beweist auch seine Ahnungslosigkeit, Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit im Bereich der Sicherheitspolitik. (Beifall bei der ÖVP.)

Kollege Wiedner hat dieses Thema angesprochen, als der Draken in Graz aufgestiegen ist. Ich kann mich noch gut an meinen Besuch an der Grenze erinnern, als es Applaus gegeben hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre besser, wenn gerade ihr, meine lieben Kollegen von der Sozialdemokratie, darüber nachdenkt, warum eigentlich alles so gekommen ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zitieren, die am 11. Oktober 2000 unter dem Titel „Ohne Manieren“ schreibt – ich zitiere: „Österreich hat ein gewisses Geschick darin entwickelt, Leistungen in Anspruch zu nehmen und andere für die Kosten aufkommen zu lassen. Das Land lehnt den Beitritt zur NATO ab, genießt deren Schutz. Es spricht sich vehement gegen die Nutzung der Kernkraft aus und bezieht seinen Strom aus einem Netz, das von Kernkraftwerken gespeist wird. Wer sich so verhält, sollte wenigstens nicht auch noch schlechte Manieren an den Tag legen!“ – Zitatende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir das notwendig? Man spricht in unserer Region von einem Raum- und Luftfahrtcluster. Ich bin überzeugt davon, dass es für uns eine Chance ist. Wir haben in der Region über die politischen Parteigrenzen hinweg auch daran gearbeitet. Scheinbar, und ich bin schon ein bisschen entsetzt, hat die SPÖ-Fraktion es vergessen. Es ist das Eine ohne das Andere ohne Nachfolge eines neuen Modells nicht realisierbar. Gemeinsame Anträge zur Öffnung des Militärflughafens Zeltweg für den Zivilluftverkehr wurden gestellt. Wir haben nicht vergessen, dass der damalige Verkehrsreferent Ing. Ressel im September 1999 in einer Fragestunde angekündigt hat, dass er ein Gutachten in Auftrag gegeben hat. Wir haben es nicht vergessen, wollen aber wissen, was in diesem Gutachten drinnen steht und wie das Ergebnis dieses Gutachtens ist. Deshalb heute der Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Dietrich und Pußwald betreffend Flughafen Zeltweg. Ich verlese die Begründung des Antragstextes nicht, sondern nur mehr den Antrag. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die im Zusammenhang mit der Öffnung des Militärflughafens Zeltweg für die zivile Luftfahrt erstellte Wirtschaftlichkeits- und Machbarkeitsstudie dem Landtag bis spätestens September 2001 vorzulegen. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der ÖVP. – 13.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (13.14 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, in der vergangenen Diskussion wurde das Thema der Abfangjäger schon sehr umfassend behandelt. Dabei wurde immer wieder der NATO-Beitritt angesprochen: „Ihr wollt ja zur NATO!“ Ich möchte von diesem Rednerpult aus einmal ganz klarstellen, dass wir immer schon die Linie vertreten haben, NATO nur nach

einer Volksbefragung. (Beifall bei der FPÖ.) Wir sind nämlich jene Partei, die sehr wohl demokratische Spielregeln anwendet, die das Volk aufklären und danach befragen will. Von uns will niemand irgendjemanden anderen hineinschupfen. Bitte, Herr Kollege. (Abg. Hagenauer: „Wir sind auch für eine Volksbefragung, aber stimmen gegen einen NATO-Beitritt. Ist die FPÖ dafür oder dagegen? Sie können ja auch einmal selber eine Meinung haben!“) Herr Kollege, bei Ihnen ist es immer so, dass Sie die Dinge alle negativ sehen bis zum geht nicht mehr. Ich bin ein positiver Mensch. (Beifall bei der FPÖ.) Ich würde mich freuen, wenn auch Sie einmal etwas Positives sehen würden.

Wenn wir jetzt vom Flughafen Zeltweg reden, dann gibt es zwei Perspektiven, wie man ihn betrachten kann: Einerseits sicherheitspolitisch, und das wurde schon in vielen Diskussionen angesprochen, und andererseits wirtschaftspolitisch. Als regionale Abgeordnete dieser Region bekenne ich mich dazu, dass das ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserer Region ist. In Zeltweg werden viele Arbeitsplätze gesichert und durch diesen Wirtschaftsbetrieb viele Familien erhalten. Ich würde mich nicht getrauen, leichtfertig vom Rednerpult aus mit einem gesicherten Job zu sagen, naja, sperren wir, braucht niemand. Man muss den Menschen Alternativen anbieten. Man kann nicht gegen alles und jedes sein. Man kann sehr wohl negative Dinge erkennen. Man kann sagen, der A1-Ring – Lärm, Schmutz. Aber man kann auch sagen, Arbeitsplätze. Wenn man sich den Militärflughafen Zeltweg anschaut, so ist es in der Vergangenheit nicht gelungen, der Bevölkerung, die viele Nachteile in Kauf nehmen musste, nämlich Nachteile wie Lärm, wie Luftverschmutzung, entsprechende Vorteile anzubieten. Unser Weg ist es, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen in einer Demokratie die Nachteile für die Gemeinschaft in Kauf nehmen müssen und dementsprechend auch Vorteile bekommen. Ich bin froh, dass Landeshauptmannstellvertreter Leo Schögl ein Mensch ist, der Visionen hat, der Ideen hat. Er ist derjenige, der den Luft- und Raumfahrtcluster vorantreiben will, der die Idee hat, dass dort rund um Zeltweg Betriebe angesiedelt werden sollten. (Abg. Gennaro: „Damit er richtig abheben kann, wenn er es braucht!“) Abheben tun andere, lieber Kurtl Gennaro. Wir nicht. Manche sind schon abgehoben.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, der Militärflughafen Zeltweg ist eine Chance für die Region und diese Chance gilt es zu nützen.

Ich möchte einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Rieser, betreffend Sicherung des Flughafens Zeltweg, einbringen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, bei allen Entscheidungen betreffend das österreichische Bundesheer die große wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zeltweg zu berücksichtigen und nach Möglichkeit Maßnahmen zu setzen, damit der Militärstandort Zeltweg auch in Zukunft erhalten bleiben kann. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Lackner (13.19 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ich bin überzeugt davon, dass die heutige Diskussion nicht die letzte gewesen sein wird, die wir in diesem Haus zu führen haben. Und gestatten Sie mir die Bemerkung, dass die Diskussion schon einen sehr skurrilen Charakter auch angenommen hat, weil ich mir denke, wofür die Draken hergenommen werden, für welche Argumente in der Region Aichfeld oder auch in Graz-Umgebung. Ich habe schon die Verpflichtung, auch die Interessen der Bevölkerung in dem Sinne, wie wir das auch verstehen, von der Sozialdemokratie aus zu vertreten. Und, Kurt, wir werden uns bei gewissen Dingen inhaltlich nicht treffen. Da sind die politischen, die gesellschaftlichen Gegensätze einfach zu groß. Und ihr interpretiert die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ganz anders als wir das tun. Und das gilt auch für den Kollegen Wiedner. Ich glaube aber, dass ihr mich ganz falsch einschätzt, wenn ihr feststellt, dass ich eine Auftragsarbeit zu erledigen hätte. Ihr kennt mich einfach zu schlecht, es ist meine Aufgabe, diese Dinge auch ernst zu nehmen, die an mich, an uns im Bezirk, aber auch in der Obersteiermark herangetragen werden. Und die Steiermark hat 13 Jahre lang die Belastung der Draken auf sich genommen. Und wenn heute auch sehr unbedarft – das muss ich einfach auch sagen – argumentiert wird, dass Arbeitsplätze nur mit dem Militärflughafen zusammenhängen, dann muss ich auch dagegen sagen, dass sich sowohl im Aichfeld als auch in Graz-Umgebung Wirtschaftsbranchen herausgebildet haben, die im Vergleich unglaublich mehr Arbeitsplätze geschaffen haben und die auf Grund der Entwicklung, die sich abzeichnet, auch noch weitere Arbeitsplätze schaffen werden. Und das wissen alle, die hier die Entwicklungen im Wirtschaftsbereich beobachten. Und auch ein Raumfahrts- und Luftcluster muss ja nicht unbedingt im Zusammenhang nur mit dem Militärbereich, sondern kann auch mit dem Zivilbereich identifiziert werden und in Zusammenhang gebracht werden. Ich möchte auch noch dazusagen, dass wir eine eindeutige Positionierung der ÖVP zur Stationierung der Draken noch nicht gehört haben. Und dass diese Antwort schon noch schuldig geblieben wurde. Und, Kurt, wir haben nicht begonnen Angst zu machen zu diesem Thema Sicherheit, sondern es war vor wenigen Tagen Bundeskanzler Schüssel, der als Einziger in der EU diese Beistandsverpflichtung, die sonst niemand will außer er, der dieses Thema angezogen hat. Ich glaube einfach, dass wir auch hier an dieser Stelle verpflichtet sind zu sagen, wir Sozialdemokraten, dass sich mit dem Beitritt Österreichs zur EU kein sicherheitspolitischer Aspekt wirklich geändert hat, dass es NATO-Staaten gibt, dass es paktunabhängige Staaten gibt und dass es neutrale Staaten gibt so wie Österreich und dass wir im Gegensatz wahrscheinlich auch zu euch noch immer zur Neutralität stehen und zur Verfassung. Das ist, glaube ich, auch ein Unterschied, der hier noch gesagt werden muss.

Und wenn auch der Aspekt der Landesverteidigung angesprochen worden ist, dann glaube ich, dass wir uns profilieren müssen als Staat in der Beteiligung am Aufbau einer europäischen Sicherheitspolitik, deren Ziel die Konfliktbereinigung ohne kriegerische Mittel ist, weil das ist heute noch nicht gesagt worden. Es geht um die Erhaltung von Frieden, es geht um den Wiederaufbau von zivilen Gesellschaften nach Konflikten und es geht um Kriegsprävention. Es geht um den nationalen und internationalen Katastropheneinsatz genauso wie um die Friedenssicherung in Form von Entsendung von Blauhelmen an die entsprechenden Krisengebiete in der näheren und weiteren Umgebung. Und es geht um den Assistenzeinsatz an der Grenze. Dazu bekennen wir uns sehr wohl und wie gesagt, lassen Sie mich noch einmal abschließend feststellen, dass ich nicht glaube, dass diese Diskussion heute beendet sein wird und dass es nicht nur darum geht, dass wir es zum Thema gemacht haben, diese Art, die Ängste und Sorgen der Bevölkerung wahrzunehmen und hier hereinzubringen, sondern dass die Menschen, die dann betroffen sind, sehr wohl dann selbst hier anklopfen werden und fragen werden, wie wir denn dazu stehen. Natürlich kommen die Leute mit ihren Familien zu den Präsentationstagen des Bundesheeres, aber wenn es darum geht, den Draken zu stationieren, dann schauen die Begeisterung und das Interesse schon anders aus. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (13.25 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Hoher Landtag!

Gerade nach dieser Rede glaube ich ist sehr deutlich erkennbar, dass noch sehr viel Aufklärungsbedarf und Informationsbedarf im Lande besteht, worum es überhaupt geht. Es geht hier – und ich glaube, wir sollten alle die Souveränität sehr ernst nehmen, denn die Souveränität eines Staates ist eines seiner höchsten Güter. Ich bekenne mich dazu. Souveränität hört nicht am Boden auf. Souveränität erstreckt sich auch über den Luftraum. Jeder Staat, der sich selbst ernst nimmt, der ein Selbstverständnis hat, ist verpflichtet, seine Souveränität auch im Luftraum wahrzunehmen. Das ist so, dazu bekennen wir Freiheitlichen uns und ich denke, wenn wir das nicht machen, dann wäre das so, wie wenn wir ausländische Verkehrspolizisten einsetzen würden, um unsere Verkehrsflüsse zu überwachen. Das nur einleitend gesagt. Wenn der Kollege Hagenauer da Kritik übt, dann ist natürlich die Position der Grünen für mich immer eine ein bisschen zu gelinde gesagt missverständliche Position, weil die Grünen für diese Belange in der Republik ja noch nicht Verantwortung zu tragen hatten. Und was dann passiert, wenn sie in die Verantwortung kommen, könnten wir an dem Beispiel Deutschland durchaus drastisch ableiten. War es doch der Außenminister Fischer, der abseits seiner umstrittenen Vergangenheit ja doch einer der Ersten war, der die NATO-Angriffe auf Restjugoslawien gut geheißen und begrüßt hat. Da wird also immer eine sehr zwiespältige Haltung eingenommen.

Aber worum geht es im konkreten Fall? Im konkreten Fall geht es darum, dass der Draken – es wurde hier schon erwähnt – lebensdauermäßig und leistungsmäßig am Auslaufen ist, weil es keine Ersatzteile mehr gibt und eine Nachbeschaffung dringend ansteht. Die Nachbeschaffung muss im Sinne des vorhin Gesagten erfolgen und eine weitere Verzögerung wäre sehr, sehr schädlich. Aber was hängt damit zusammen? Ich habe mich sehr für die Öffnung des Flughafens Zeltweg eingesetzt im Sinne dessen, dass diese Öffnung bewirken soll und kann, dass dieser Flughafen ein Ausgangspunkt für weitere Ansiedlungen von hoch qualifizierten Unternehmen in dieser Region sein soll und muss. Es passen also sehr gut zusammen die dort vorhandenen Ausbildungsstätten, der Flughafen als Nukleus, als Kern und auch der Österreicherling, der also auch qualifizierte Möglichkeiten beinhalten würde, dort verstärkt Firmen im Hightechbereich anzusiedeln. Das ist die Ausgangsbasis, aber der erste Schritt sollte dahin gehend erfolgen. Der gesamte Flughafen kann und soll nicht sofort für die ganze Zivilluftfahrt geöffnet werden. Da gibt es auch handfeste wirtschaftliche Argumente, die dagegen sprechen. Wichtig wäre, dass man die dort vorhandenen Kapazitäten – Instandhaltungs-, Wartungs- und Servicebereich – einsetzen kann für die Reparatur und die Dienstleistungen an zivilen Flugzeugen. Es wären nur geringe Investitionen notwendig und das könnte man auch ohne entsprechende große Maßnahmen und Investitionen umsetzen. Das wäre ein erster Schritt, um die dort verfügbaren Arbeitsplätze im Hightechbereich zu erhalten. Die Leute haben auch die entsprechenden Qualifikationen aufrechtzuerhalten und das sollte dann der Ausgangspunkt für weitere Etablierungen von Firmen sein. Wir sind sehr stolz darauf, in der Steiermark im Bereich Forschung und Entwicklung auch sehr viel beitragen zu können zum Thema Luft- und Raumfahrt. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass in Graz zum Beispiel die Treibstoffleitungen für die Ariane-Raketen gefertigt werden – das nur als Beispiel. Es gibt viele weitere Möglichkeiten im Bereich der Werkstoffe und im Bereich der Weiterentwicklung. Diese Dinge gilt es zu nützen, und zwar unverzüglich. Jede Verzögerung wäre schädlich. Ich hoffe, dass es gelingt, diese Bemühungen erfolgreich weiter zu betreiben. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 13.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 321/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ betreffend Flughafen Zeltweg ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ich ersuche nochmals die Damen und Herren um Abstimmung über den Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Flughafen Zeltweg,

der folgenden Wortlaut hat: „Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die im Zusammenhang mit der Öffnung des Militärflughafens Zeltweg für die zivile Luftfahrt erstellte Wirtschaftlichkeits- und Machbarkeitsstudie dem Landtag bis spätestens September 2001 vorzulegen.“ Ich komme zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Sicherung des Flughafens Zeltweg, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

6. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 224/1, Beilage Nr. 8, Gesetz über das Inverkehrbringen, die Errichtung und den Betrieb von Feuerungsanlagen (Steiermärkisches Feuerungsanlagengesetz – FAnlG) sowie die Änderung des Baugesetzes und des Gasgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (13.32 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 224/1, Gesetz über das Inverkehrbringen, die Errichtung und den Betrieb von Feuerungsanlagen sowie die Änderung des Baugesetzes und des Gasgesetzes. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 27. März und 29. Mai 2001 die Beratungen über die obgenannte Regierungsvorlage durchgeführt. Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 224/1, Gesetz über das Inverkehrbringen, die Errichtung und den Betrieb von Feuerungsanlagen sowie die Änderung des Baugesetzes und des Gasgesetzes wurde mit folgenden Änderungen angenommen. Die Änderungen sind explizit angeführt. Ich stelle namens des Ausschusses für Infrastruktur den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Errichtung und den Betrieb von Feuerungsanlagen (Steiermärkisches Feuerungsanlagengesetz) sowie die Änderung des Baugesetzes und des Gasgesetzes wird zum Beschluss erhoben. (13.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (13.33 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Es ist vielleicht eine etwas spröde Materie, das Feuerungsanlagengesetz, aber es ist eine sehr wichtige Materie, wie Ihnen auch die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben. Es ist notwendig, dass wir die Kontrolle, die Überwachung und die Genehmigung der Feuerstätten entsprechend ernst nehmen. Das wird auf der Basis dieses Gesetzes erfolgreich möglich sein. Ich bedanke mich bei allen im Ausschuss Tätigen und an der Gesetzgebung beteiligten Abgeordneten sehr herzlich. Ich hoffe, dass es gewährleistet sein wird, mit diesem Gesetz einen wesentlichen Beitrag zum sicheren Betrieb der Feuerstätten zu leisten und zu sichern. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (13.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schleich, Hagenauer und Stöhrmann, betreffend Inhalte der Verordnung zum Feuerungsanlagengesetz, einbringen. Schon in der XIII. Gesetzgebungsperiode ist in der Sitzung des Unterausschusses zur Beratung des neuen Feuerungsanlagengesetzes am 14. Juni 2000 die Einigung über diesen Gesetzesentwurf erfolgt, der sodann von der Steiermärkischen Landesregierung an die Europäische Kommission zur Notifikation übermittelt wurde. Dieser Gesetzesentwurf war dem Notifikationsverfahren betreffend technische Vorschriften gemäß Paragraph 4 Absatz 2 des Steiermärkischen Notifikationsgesetzes, LGBl. Nr. 4/1998 in der Fassung LGBl. Nr. 48/1999 zu unterziehen. Diese Notifikation ist mittlerweile erfolgt. Da dieser Gesetzesentwurf umfangreiche Verordnungsermächtigungen beinhaltet, ist man im Unterausschuss am 14. Juni 2000 übereingekommen, die angesprochenen Details zwar nicht im Gesetz zu regeln, aber der Landesregierung die Vorstellungen des Landtages zum Inhalt dieser Verordnung auf diesem Weg mitzuteilen. Der Antrag beinhaltet neun Punkte, die aus der Vorlage ersichtlich sind. Ich bitte um Genehmigung. (Beifall bei der SPÖ. – 13.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 6 liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 224/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und Grünen, betreffend Inhalte der Verordnung zum Feuerungsanlagengesetz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

(Abg. Schrittwieser: „Zählen!“ – Abg. Kröpfl: „Wie oft soll sich das noch wiederholen in diesem Haus?“ – Unruhe bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren! Der Wunsch der SPÖ ist es, die Abstimmung zu wiederholen oder nicht? (Abg. Kröpfl: „Unser Wunsch ist, dass zu dem Zeitpunkt, wo die Abstimmung ist, gezählt wird!“) Wenn Sie eine Abstimmung nicht wünschen, dann fahren wir mit der Tagesordnung fort.

Bei den Tagesordnungspunkten 7 bis 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 133/1, der Abgeordneten Kaufmann, Prattes und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Umfahrung Vordernberg der B 115.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (13.39 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 133/1, der Abgeordneten Kaufmann, Prattes und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Umfahrung Vordernberg der B 115 hat der Ausschuss für Infrastruktur in seinen Sitzungen am 6. März und am 29. Mai 2001 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt.

Zum Antrag mit der genannten Einl.-Zahl der Abgeordneten, die ebenfalls genannt wurden, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

In den letzten beiden Jahrzehnten wurde diese Bundesstraße abschnittsweise den Verkehrserfordernissen entsprechend ausgebaut. Die letzten beiden großen Bauvorhaben waren der Abschnitt „Radmer–Wegmacherbrücke“ zweiter Teil mit 55 Millionen Schilling und der Abschnitt „Kalvarienberg“ mit 29 Millionen Schilling sowie der Abschnitt „Sankt Peter-Freienstein“ mit rund 10 Millionen Schilling. Zurzeit befindet sich der Abschnitt „Wegmacherbrücke–Leopoldstein“, Kilometer 108,8 bis 113,1 mit Gesamtkosten von rund 85 Millionen Schilling in Bau. Die Bauarbeiten sind in vollem Gange und werden voraussichtlich bis 30. Juni 2001 abgeschlossen sein. Noch nicht inbegriffen in diese Baumaßnahmen ist jedoch der Neubau der Eisenbahnunterführung zirka bei Kilometer 111,4 mit geschätzten Kosten von rund 25 Millionen Schilling sowie die Sanierung beziehungsweise der Neubau der Wegmacherbrücke mit geschätzten Kosten von rund 15 Millionen Schilling.

Der Abschnitt „Umfahrung Vordernberg“ stellt daher das letzte große Bauvorhaben auf diesem Straßenzug dar. Die rund 3,2 Kilometer lange Umfahrung an der Westseite von Vordernberg erfordert sowohl eine 250 Meter lange galerieartige Unterflurtrasse und anschließend nach einer kurzen offenen freien Strecke einen 650 Meter langen bergmännischen Tunnel. Die topografischen Verhältnisse sind insgesamt schwierig, so dass die geplanten Ausbaumaßnahmen rund 250 Millionen Schilling betragen. Für diesen Abschnitt sind die Detailplanungen abgeschlossen und werden zurzeit die umfangreichen Umweltuntersuchungen für die Umweltverträglichkeitserklärung durchgeführt. In der zehnjährigen steirischen Bauprogrammvorschau ist die Realisierung der Umfahrung Vordernberg enthalten.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 133/1, der Abgeordneten Kaufmann, Prattes und Dr. Bachmaier-Geltewa betreffend Umfahrung Vordernberg der B 115 wird zur Kenntnis genommen. (13.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 142/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kolleger, betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit im Abschnitt Johngraben der B 76 Radlpaßbundesstraße.

Berichtersteller: Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (13.43 Uhr): Zum Antrag mit der Einl.-Zahl 142/3 gibt es einen schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur der Abgeordneten Kröpfl und Kolleger, betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit im Abschnitt Johngraben der B 76 Radlpaßbundesstraße.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 6. März und 29. Mai 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 142/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kolleger, betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit im Abschnitt Johngraben der B 76 Radlpaßbundesstraße liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Der Bundesstraßenverwaltung, Fachabteilung 2 a, ist die grundsätzliche Verkehrsproblematik (Fehlen einer Kriechspur für Langsamfahrzeuge, Umbau der Kreuzung in der Talsohle) im gegenständlichen Abschnitt bekannt. Deshalb wurde veranlasst, ein entsprechendes Projekt zur Verbesserung der Situation zu erarbeiten. Das

vorliegende Projekt mit Gesamtkosten von 27,5 Millionen Schilling sieht die Errichtung von Kriechspuren sowie die Anlage eines kreuzungsfreien Anschlusses vor. Das Projekt befindet sich derzeit in Umsetzung und soll im nächsten Jahr fertig gestellt werden.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 142/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit im Abschnitt Johngraben der B 76 Radlpaßbundesstraße wird zur Kenntnis genommen. (13.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich komme zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Lafer, Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Kreisverkehr Großhartmannsdorf.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (13.45 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Lafer, Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Kreisverkehr Großhartmannsdorf.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 6. März und 29. Mai 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der vorgenannten Abgeordneten liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Die im gegenständlichen Antrag angesprochene Kreuzung verbindet die Landesstraßen L 403, L 404 und L 436. Die am stärksten frequentierte Straße ist die L 403, Feistritzalstraße mit einem DTV von 1800 Kfz am Tag und einem Lkw-Anteil von 7 Prozent als Teil einer Querverbindung des Raumes Birkfeld/Anger mit dem Raum Ilz/Fürstenfeld. Die L 404 und L 436 werden von 1530 beziehungsweise 800 Kfz pro 24 Stunden frequentiert.

Derzeit besteht auf Grund der Verkehrsverhältnisse und Anlageverhältnisse der Kreuzung sowie der derzeit geltenden 70-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung seitens der Landesstraßenverwaltung keine Dringlichkeit zur Realisierung eines Kreisverkehrs.

Um jedoch eine Steigerung der Verkehrssicherheit zu erreichen, werden derzeit in Zusammenarbeit mit der BBl. Hartberg, der Gemeinde Großhartmannsdorf und der Fachabteilung 2 a und 2 b versucht, entsprechende Maßnahmen, wie Geschwindigkeitsmessgeräte, Bodenmarkierungen und Beschilderungen zur Geschwindigkeitsreduktion und Verbesserung der Verkehrssituation erarbeitet.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Lafer, Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Kreisverkehr Großhartmannsdorf, wird zur Kenntnis genommen. (13.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kreisl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kreisl (13.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren!

Bezüglich Umfahrung Vordernberg kann ich mich erinnern, dass im Jahre 1996 von Frau Landtagsabgeordneter Kaufmann aus Vordernberg ein Antrag bezüglich Umfahrung gestellt wurde. Ich glaube, das stimmt. Obwohl dieses Ressort bis zum Jahre 2000 Finanzlandesrat Ressel innehatte, ist es in diesem Zeitraum nicht möglich gewesen, dieses Projekt in die Tat umzusetzen. Eines meiner Anliegen vor der Landtagswahl 2000 war die Umfahrung Vordernberg. Ich bin aber der Meinung, dass allein das Fordern zu wenig ist. Man sollte zumindest versuchen, sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen und eventuell eine machbare Lösung zu finden. Immerhin, meine Damen und Herren, kostet dieses Projekt über 300 Millionen Schilling. Es wäre auch zu überlegen, ob die große Anzahl von Brücken und auch der Tunnel wirklich erforderlich sind. Wie die meisten von uns wissen, wurde der Personenverkehrszug Leoben-Vordernberg an diesem Wochenende aus wirtschaftlichen Überlegungen eingestellt. Daher ergibt sich die Möglichkeit, die teilweise frei gewordenen Grundstücke der Bundesbahnen in dieses Projekt mit einzubeziehen. Es besteht daher die Möglichkeit, eine kostengünstigere Variante für dieses Projekt anzubieten und hiebei auch der Tunnel nicht erforderlich wäre. Es wäre daher umgehend notwendig, einen Geologen zu beauftragen, diese Möglichkeit sofort zu prüfen. Da diese Umfahrung so schnell wie möglich realisiert werden soll, ist es auch erforderlich, die Bevölkerung in dieses Projekt mit einzubinden. Ich fordere daher den Verantwortlichen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, auf, eine Bürgerbefragung in der Gemeinde Vordernberg durchzuführen, a) ob die Bevölkerung mit einer finanziell günstigeren Variante ohne Tunnelprojekt und raschen Baubeginn und b) oder mit dem jetzigen Projekt und Baubeginn frühestens 2010 einverstanden ist. Es gibt aber in dieser Region noch ein wichtiges Straßenprojekt, das umgehend in die Tat umgesetzt werden muss. Das wäre das projektierte Straßenstück von Leoben entlang der VOEST-Alpine Richtung Trofaiach. Auf Grund der bereits erwähnten Einstellung des Eisenbahnpersonenverkehrs ist auch mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen und wird diese Strecke zusätz-

lich belastet. Dieses Projekt könnte mit 25 Millionen Schilling verwirklicht werden, da immerhin über 15.000 Autos diese Strecke benützen. Auf Grund der Wichtigkeit dieser stark befahrenen Strecke ist es dringend erforderlich, mit diesem bereits geplanten Projekt zu beginnen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (13.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Kreisl, ich muss dir sagen, ich bin jetzt sehr verwundert. Ich kann mich noch sehr gut an den ersten Tag nach der Landtagswahl erinnern, als du im Radio „Grün-Weiß“ gesagt hast, es ist dir das wichtigste Anliegen deiner zukünftigen Arbeit, dass die Umfahrung Vordernberg gebaut wird. Jetzt sagst du, sollte man nicht und könnte man nicht und außerdem ist es zu teuer. Du hast 100 Ausreden. Was ist mit deinen Versprechungen, die du damals gemacht hast? Sind diese jetzt alle hinfällig? Jetzt verlangst du eine Befragung der Vordernberger. Glaubst du wirklich, dass wir auf das warten, was du uns vorschlägst? Das wäre dann die dritte Befragung der Vordernberger. Die Vordernberger sind schon zweimal befragt worden und die Vordernberger haben sich entschieden. Wenn du vielleicht ein bisschen mehr über deinen Kirchturm hinausschauen würdest, dann würdest du das wissen. Es ist gut zu wissen, wie deine Einstellung dazu ist, dass dein Versprechen eigentlich gar nichts gilt, das du gemacht hast. Du bist jetzt auf Linie. Du hast erwähnt, dass am Samstag die Bahnstrecke Vordernberg–Leoben zugesperrt wurde. So wie ich die Frau Landeshauptmann hier vermisste, so habe ich sie auch an diesem Tag vermisst. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, ich habe auch Sie am Samstag vermisst. Herr Kollege Kreisl, wo warst du am Samstag, als die Bahnstrecke Vordernberg–Leoben gesperrt wurde? Ich möchte fast sagen, der Samstag war einer der schwärzesten Tage in der Geschichte meines Heimatortes. Ich habe euch alle sehr vermisst. Wenn irgendetwas zugesperrt wird, ist man ziemlich allein. Es ist natürlich viel schöner, wenn man irgendwo dabei ist, wenn etwas eröffnet wird. Ich nehme an, die Frau Landeshauptfrau Klasnic war bei irgendeiner Eröffnung und hat dort eine wunderschöne Rede geschwungen. Wir haben sie in Vordernberg vermisst, wenn nach 129 Jahren Betrieb eine Eisenbahnstrecke zugesperrt wird. Wie schon gesagt, es war sicher einer der schwärzesten Tage meiner Heimatgemeinde. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, Ihr Vorgänger, unser Landesrat Ressel, hat mit der ÖBB einen Vertrag für die Erhaltung der Bahnstrecke bis zum Jahr 2007 abgeschlossen. Sie sind acht Monate im Amt und Sie haben zugelassen, dass der Vertrag gebrochen und nicht eingehalten wurde. Erklären Sie das bitte der Bevölkerung in Vordernberg oder erklären Sie es bitte dem Bürgermeister von Vordernberg. Er sitzt dort hinten und ich möchte ihn ganz herzlich begrüßen und seine Gemeinderäte genauso. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, erklären Sie uns jetzt und hier, und die Frau Landeshauptmann dazu, leider ist sie nicht da und irgendwo anders beschäftigt, warum Sie in blindem Gehorsam für die Nullen in der Bundesregierung Ortschaften, wie zum Beispiel Vordernberg, aushungern, indem Sie Bahnlinien zusperrern, indem Gendarmerieposten zugesperrt werden, indem Postämter zugesperrt werden. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wenn die Vordernberger mehr gefahren wären, würden wir noch fahren!“) Sagen Sie das bitte dem Bürgermeister und seinen Mitstreitern, dass seine Bemühungen, die Abwanderung zu stoppen, umsonst sind. Sie haben das Problem sicher nicht. Der Bürgermeister hat mit der Abwanderung zu kämpfen. Wir wollen, dass unser Ort Vordernberg erhalten bleibt. Ihnen ist das egal. Sie haben ja andere Probleme. Für uns sind das Probleme. Ihnen ist das scheinbar Wurscht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt heute die Antwort von der Regierung vor, ein Antrag, der von mir ist. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie können sich gerne nach mir zu Wort melden und können dann gerne auf meine Fragen eine Antwort geben. Jetzt bin ich am Wort. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie sind sehr aggressiv!“) Jawohl, ich bin sehr aggressiv, weil es geht um sehr viel. Es geht nicht nur um Vordernberg. Es gibt sehr viele andere Orte, denen es gleich geht, die ausgehungert werden. Ganze Regionen werden ausgehungert. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist die Treffsicherheit der Regierung. Sie trifft alle kleinen Ortschaften. Es geht heute um einen Antrag, den ich gestellt habe und um die Antwort von Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Es geht um die Zukunft von meinem Heimatort Vordernberg. Es geht um mehr Lebensqualität, um mehr Sicherheitsgefühl der Bewohner. Es geht um den Bau der Umfahrung von Vordernberg im Zuge der B 115, die durch die jetzige Regierung wahrscheinlich zu einer unendlichen Geschichte ausarten wird – wenn ich mir die Antwort anschau, die Sie gegeben haben, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Es ist ja nicht das erste Mal, dass ich zu diesem Thema hier spreche – Herr Kollege Kreisl hat es schon gesagt. Es wird auch ganz sicher nicht das letzte Mal sein, wie ich befürchte. In der Stellungnahme vertröstet uns Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl um zehn Jahre. Meine Damen und Herren, zehn Jahre ist für die Bevölkerung von Vordernberg unzumutbar. Ich weiß nicht, ob Sie oder die Frau Landeshauptmann wissen, wie die Ortsdurchfahrt aussieht. Sind Sie schon einmal durch Vordernberg durchgefahren? Wissen Sie, wie es dort ist? (Landeshauptmann Klasnic: „Natürlich bin ich schon durchgefahren!“) Das freut mich. Dann wird es auch für Sie ein Anliegen sein und wir werden eine ganz starke Vertretung haben für Vordernberg. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Es hat sich dort sehr viel verbessert!“) Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die engen Ortsdurchfahrten von Vordernberg kennen. Ich weiß nicht, ob Sie die neuesten Zahlen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit kennen, die vom 30. Mai stammen. Die Zahlen sagen, dass mittlerweile 5462 Fahrzeuge sich innerhalb von 24 Stunden durch unsere Ortschaft quälen müssen. Von diesen Fahrzeugen sind rund 10 Prozent Schwerfahrzeuge. (Abg. Straßberger: „Hat dich der Landesrat Ressel auch im Stich gelassen mit dem Projekt?“) Ich verstehe dich hier draußen so schlecht. (Abg. Gross: „Der hat wenigstens einen Betrag verhandelt!“) Es ist eine Bundesstraße und es war auch der vorherige Minister für Verkehr, Minister Fahrleitner, wenn ich mich erinnern kann, der auch die

Mittel gekürzt hat für die Straßen in der Steiermark. Und es ist noch immer die Frau Landeshauptfrau, die die Mittel aushandelt für die Steiermark. Und es ist der Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, der die Prioritätenliste setzt für den Straßenbau. (Landeshauptmann Klanic: „Danke vielmals, bis November war das nur der Ressel, auf einmal bin ich es!“) Es hängt sehr wohl an Ihnen. Und man kann sich jetzt nicht einfach so abputzen, nur damit man das Nulldefizit erreicht. Erklären Sie das den Steirern, erklären Sie das der Bevölkerung, die der Lärmbelastung ausgesetzt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Horchen Sie mir gut zu, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Zweimal hat es die Situation gegeben, wo Lkws ungebremst in den Ort hineingerast sind. Es war mehr als Glück, würde ich sagen, dass nicht mehr passiert ist. Es hat einen Toten gegeben, es hat einen Querschnittgelähmten gegeben. Ich frage mich, wie viele Tote, wie viele Schwerverletzte braucht man, um vorgereicht zu werden als Ort? Wie viele braucht man dazu? Es ist uns wie gesagt schon einmal versprochen worden, der Baubeginn für 2002. Dann sind wir auf 2005 vertröstet worden als Vordernberger und am 19. März 2001 haben Sie, Herr Schögggl, auf ein Schreiben der Marktgemeinde geantwortet und ich darf das vorlesen, ist nämlich interessant: „In der Bedarfsfeststellung des Bundes für Bundesstraßen 1999 wurde diese Baumaßnahme mit Gesamtkosten von 250 Millionen Schilling in der Dringlichkeitsstufe eins mit einer ersten Baurate im Jahr 2005 berücksichtigt. Auf Grund der einschneidenden Sparmaßnahmen im Bundesstraßenbudget wird sich die Finanzierung dieser Maßnahmen voraussichtlich um mindestens ein bis zwei Jahre verschieben!“ Da sind wir schon noch weiter hinten. Im Ausschuss wurde in der Vorlage 133/2 geschrieben, in der zehnjährigen steirischen Bauprogrammvorschau ist die Realisierung der Umfahrung Vordernberg enthalten. Da sind wir nur mehr enthalten. „Auf Grund der restriktiven“ – und der Satz gefällt mir schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter – „auf Grund der restriktiven Budgetpolitik des Bundes muss jedoch mit gravierenden Verschiebungen gerechnet werden.“ In der ersten Beantwortung und in der zweiten Beantwortung steht das. Und heute liegt ein schriftlicher Bericht vor, da ist von der restriktiven Budgetpolitik des Bundes nichts mehr zu lesen. Jetzt habe ich schon eine Frage, Herr Landeshauptmannstellvertreter, schämen Sie sich für die Politik des Bundes? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wollen Sie meine Berichte schreiben?“) Sie haben Recht, ich täte mich auch schämen für die Politik. Nur, wieso steht es dann im Ausschussbericht nicht mehr drinnen, dass es die restriktive Bundespolitik ist, dass die die Sparmaßnahmen so setzt? Da herinnen erzählt ihr den Steirern etwas anderes und draußen schaut es auch ganz anders aus. Ich frage mich nur, wie lange will man die Bevölkerung von Vordernberg noch hinhalten? (Beifall bei der SPÖ.)

Unter dem Landesrat Ressel sind viele Millionen Schilling Gott sei Dank in die Region geflossen. Wir haben den Präbichl ausbauen können, es ist viel investiert worden, nur die neue schwarz-blaue Regierung hat keinen Schilling mehr für diesen Bereich. Den lässt man einfach – wie gesagt – aushungern. Nur eines möchte ich auch zu bedenken geben. Der Druck der Bevölkerung auf die Kommunalpolitiker wird immer größer. Der Herr Bürgermeister wird das bestätigen können. Und auch bei uns wird der Ruf immer lauter, dann sperren wir eben einmal die Straße, dann setzen wir uns eben einmal auf die Straße, dann wird eben da einmal zugesperrt sein und dann wird einmal ein paar Stunden kein Verkehr mehr gehen. Es sind die Kommunalpolitiker draußen, die den Kopf hinhalten müssen und die das dann wieder ausbügeln müssen. Es seid nicht ihr, weil ihr geht ja nicht raus. (Abg. Gennaro: „Die machen nur Versprechungen. Ich bin gespannt, ob Sie, Frau Landeshauptmann, etwas dazu sagen. Sie sagen ja überhaupt nie was. Sie lächeln immer nur. Das wird Ihnen aber auch vergehen!“) Auf der Homepage von der Frau Landeshauptmann steht im Arbeitsprogramm von 2000 bis 2005: Die Frau Landeshauptmann wird sich dafür einsetzen, dass die Bahnstrecke Vordernberg nicht geschlossen wird. Am 9. Juni, Frau Landeshauptfrau, ist sie für immer geschlossen worden nach 129 Jahren. Nur, Sie sind bei Eröffnungen dabei, aber bei Schließungen nie. Ich habe es zuerst gesagt, ich will es aber auch sagen, weil sie jetzt herinnen sind. Ich will es Ihnen noch einmal direkt sagen.

Ich und meine Fraktion werden den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen. Es wird der Bericht von uns nicht zur Kenntnis genommen, wir lassen uns nicht mehr vertrösten. Wir wollen konkrete Antworten, wir wollen Antwort auf die Frage, wann wird in Vordernberg mit der Umfahrung begonnen? Wir wollen Antwort auf die Frage, werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Budgetpolitik des Bundes so ausschaut, dass man in der Steiermark wieder Straßen baut, und zwar Straßen nicht nur in der Ost- und Weststeiermark, sondern auch im Bezirk Leoben, auch in der Obersteiermark? (Beifall bei der SPÖ.)

Ich erwarte mir, dass solche Anträge ernst genommen werden, weil es stehen dort die Bedenken und die Sorgen einer Bevölkerung dahinter. Ich erwarte mir, dass ich eine anständige Antwort bekomme und nicht irgend einen Zettel, wo steht, es wird in den nächsten zehn Jahren berücksichtigt. So einen Bericht nehmen wir nicht zur Kenntnis. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (14.04 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptfrau! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte dazu auch Stellung nehmen zu diesem Punkt, weil es sich hier nicht nur um eine doch große Summe von 250 Millionen Schilling handelt, was alleine also das Projekt Vordernberg jetzt ausmacht, sondern weil es sich hier um einen aus unserer Sicht auch exemplarischen Fall handelt, einmal mehr, wie in der Steiermark Verkehrspolitik gemacht wird beziehungsweise nicht gemacht wird. Das eine ist schon angesprochen worden. Man lässt die Bahn verkommen, sie wird immer unattraktiver, es fahren immer weniger Leute damit und

dann wundert man sich, wenn nebenher um sehr viel Geld die Straßen ausgebaut werden müssen und redet die ganze Zeit, dass man natürlich selbstverständlich beides braucht und tut so, als ob das eine mit dem anderen nichts, aber überhaupt nichts zu tun hätte. Es wird irgendwann oder auch nicht einmal der Tag kommen, wo man zur Kenntnis nimmt, dass die ÖBB die Intercity-Züge nach Linz nicht gaudihalber einstellt, sondern einfach deswegen, weil dort nebenher eine Autobahn gebaut wurde, fast fertig, wo die Leute in Gottes Namen doppelt so schnell unterwegs sind als mit dem Zug. Da darf ich mich nicht wundern. Und da helfen auch nicht Resolutionen, sondern da hilft nur eine Verkehrspolitik, die in dem Fall die Eisenbahn von vornherein zumindest konkurrenzfähig macht oder wenn es ein bisschen mehr sein darf, bei der Eisenbahn das einmal getan wird, was bei der Straße eben gang und gäbe ist, nämlich zuerst die Straße attraktiv zu machen, dann sollte man einmal umkehren und nicht im bisherigen Trott weiterfahren. Das Land ist voll mit solchen Beispielen, etwa jüngstes Beispiel, der Herr Kollege Majcen weiß, was jetzt für eines kommt, die Verbindung Ilz–Heiligenkreuz. Auch da wird wieder von den Ortsumfahrungen gesprochen und auch das ist exemplarisch. Man baut zuerst dort zwischendurch, wo es leicht geht. Und ich sage, mit Absicht tut man das, mit Absicht! Und dann lässt man den Verkehr voll hineindonnern in den Ort und dann soll sich natürlich der Politiker, die Politikerin einmal trauen und dagegen etwas sagen, wie wir hier gerade mitbekommen. Nur, erzählen Sie mir nicht, dass das nicht System hat. Das heißt, worauf ich hinaus will ist das, man müsste in diesem Land einmal Verkehrspolitik machen, man müsste einmal Verantwortung übernehmen dafür und zuerst die Ortsumfahrung bauen. Was halten Sie denn von dem Vorschlag? Einmal zuerst Ortsumfahrungen bauen und dann zwischendurch, nur, das tut man nicht, und zwar mit Absicht nicht, und zwar diejenigen auf welcher Ebene sie immer tätig sind. Ich bin ja durchaus der Überzeugung, dass nicht alle politischen Verantwortungsträger das auch jeweils durchschauen. Aber es gibt genug Leute, die tun das und bereiten die Entscheidungen entsprechend vor und machen genug Druck. Und da ist Vordernberg nur ein, wenn auch tragisches Beispiel, weil dort natürlich eine Umfahrung nicht so leicht zu bauen ist. Deswegen, und das gebe ich auch offen zu, bin ich hier auch als Grüner in einem Dilemma, weil ich an sich immer dafür eingetreten bin, dass Ortsumfahrungen gebaut werden. Ich höre heute von Herrn Kollegen Kreisl, dass es eine Variante gibt, die unter Umständen weit weniger kostet – wenn das stimmt. Bei einer Summe von 250 Millionen Schilling kann ich natürlich als Abgeordneter nicht einfach hergehen und sagen, das ist nichts, gehen wir zur Tagesordnung über. So ist das nicht. Das heißt, wir werden diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen, weil ich darauf von den Verantwortlichen in der Landesregierung eine klare Aussage haben will. Und da meine ich nicht nur den zuständigen Landeshauptfraustellvertreter, sondern ich hätte mir gerne vom Finanzreferenten einmal ein klärendes Wörtchen erwartet, wie er zur Verwendung von einer Viertelmilliarde Schilling steht. Ich hätte gerne eine Stellungnahme gehabt. Ist das so, wie die Bedenken der Kollegin Bachmaier hier lauten, dass es eine zehnjährige Verzögerung oder um wie viele Jahre immer gibt? Zum Zweiten ist es so, wie Kollege Kreisl sagt, dass man hier unter Umständen erhebliche Summen einsparen kann, wenn man eine andere Variante plant. Die beiden anderen Sachen nehmen wir zur Kenntnis. Da werden wir, und so geht das in Ordnung, zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 14.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Prattes zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Prattes (14.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Landtages, meine sehr verehrten Damen und Herren auf den Zuseherängen!

Nachdem ich auch einer der Mitunterzeichner dieses sehr wichtigen Antrages bin, gestatten Sie mir, dass ich auch zu diesem für unseren Bezirk so wichtigen Straßenbauvorhaben das Wort ergreife. Wie gerne, Frau Landeshauptmann, würde ich sagen, was lange währt wird endlich gut. Wenn man sich die Genesis anschaut, bis es ein Projekt geworden ist, dann frage ich mich, wie lange kann, wie lange will und wie lange darf man eine Bevölkerung noch quälen, und ich sage bewusst quälen, die durch einen Engpass durch einen wunderschönen Ort in der Obersteiermark fahren müssen? Ich lade alle sehr herzlich ein, kommen Sie nach Vordernberg, schauen Sie sich an, wie wunderschön es dort ist. Wie lange möchte man eine Bevölkerung noch quälen, die in einer Volksbefragung, in einer Volksabstimmung sich für die Trasse ausgesprochen hat? Auch der Gemeinderat hat bereits im Jahr 1992 das Projekt Nr. 10 a – Westtrasse – beschlossen. Mir hat der Bürgermeister gesagt, es gibt ungefähr 17 Projekte und das Beste wurde ausgewählt. Meine Damen und Herren, wenn man jetzt hergeht und auf einmal sagt, mit dem Einstellen der Eisenbahn, das uns sehr getroffen hat, ergibt sich eine neue Möglichkeit, nämlich auf der alten Eisenbahntrasse zu fahren, dann kann man das jetzt nicht so hinwerfen und sagen, das ist viel billiger. Ja, was ist denn das? Das ist Verschleppungstaktik zum Quadrat. Das ist nicht zur Kenntnis nehmen und ist ungeheuerlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Straße, die bereits mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung beschlossen wurde und wo es gültige Beschlüsse auch im Bund gibt, muss endlich gebaut werden. Man kann nicht hergehen und sagen, das alles gilt nicht mehr. Aber wir haben ja Zeit. Es ist durchaus sehr wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu hinterfragen, wie denn der Zeitplan ausgeschaut hätte. Für 1999 war der Baubeginn bereits in Aussicht gestellt. Dann wurde er auf das Jahr 2002 verlagert. In einer Beantwortung einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage vom 22. April 1999 hat der damaligen Minister Dr. Farnleitner den Beginn der Arbeiten im Jahr 2005 in Aussicht gestellt. Dann war schon wieder alles anders: Am 24. Februar 2000 hat der inzwischen zuständige Bundesminister Dr. Bartenstein in Beantwortung einer weiteren schriftlichen Anfrage überhaupt keinen Termin mehr genannt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtagswahlkampf liegt noch nicht sehr lange hinter

uns. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass es sehr gut möglich ist, dass dieser Baubeginn 2005 wieder nicht halten wird. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich darf eine große Presseaussendung der Freiheitlichen herzeigen: „Empörung bei der FPÖ über Aussagen von Landtagskandidat Erich Prattes – SPÖ. Die Freiheitlichen stellen richtig!“ Man hat damals flugs den Infrastrukturminister Michael Schmid nach Leoben geschickt, der hier dann bezüglich der Umfahrung Vordernberg mitgeteilt hat, und hier zitiere ich ihn, dass er sich bemühen wolle, das von seinen Vorgängern in Reihe 6 für 2005 eingeteilte Projekt vorzuziehen. Dann steht da noch ein Schmankerl: Hätte Stadtrat Prattes am öffentlichen Gespräch teilgenommen oder sich bei den Medienvertretern erkundigt, dann hätte er sich die gemachten Unterstellungen ersparen können. Etwas später war dann die damalige Spitzenkandidatin Zierler in Leoben, hat die „Kleine Zeitung“ besucht und hat auch gesagt: Für den Bezirk Leoben sind einige Vorhaben vordringlich. Besonders am Herzen liege ihr aber die Umfahrung Vordernberg. Soweit vor der Wahl. So nach dem Motto „Nichts Genaues weiß man nicht“ war dann Funkstille. Ich bin froh, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie jetzt in dem Bericht wenigstens einmal Farbe bekennen und sagen, aufgeschoben, zurückgereiht. Dieser eine Satz, der so mutig wegen der restriktiven Budgetpolitik hineingeschrieben wurde, findet sich nicht mehr. Vielleicht ist die Farbe ausgegangen beim Drucker oder sonst irgendwo. Wir nehmen zur Kenntnis, es gibt keinen Termin. Aber wir nehmen das nicht zur Kenntnis. Liebe Frau Landeshauptmann, jetzt richte ich an Sie die Bitte und Aufforderung, machen Sie sich stark bei der Bundesregierung. Sie werden mit allen hier in der Landstube einen starken Partner finden, wenn es darum geht, die Interessen der Steiermark und unserer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Da erwarten wir Ihren Aufschrei. Genauso bei Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie sich beim Bund dafür stark machen, und das ist ein Credo. Lieber Kollege Straßberger, wenn du auch freundlich herauslächelst, wirst du mir Recht geben müssen, nur eine gute Infrastruktur sichert eine gute Entwicklung einer Region. Und das fordern wir ein und das brauchen wir.

Eines möchte ich auch noch sagen, weil Kollege Kreisl sich auch stark macht und sagt, Trofaiach, Leoben, ja selbstverständlich. 14.000 bis 18.000 Fahrzeuge verkehren an Spitzenzeiten auf dieser Strecke. Eines ist mir schon klar und da stimme ich mit Ihnen durchaus überein, ohne Geld keine Musi. Aber es ist Aufgabe der Politiker zu schauen, wie etwas geht und nicht pausenlos zu erklären, warum etwas nicht geht. Wir fordern einen fixen Termin für den Ausbau der Umfahrung Vordernberg und selbstverständlich auch den Ausbau der wichtigen weiteren Verbindung zwischen Trofaiach und Leoben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Kreisl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kreisl (14.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Ganz kurz noch zum Herrn Abgeordneten Prattes: Mit dem Fordern allein ist es zu wenig. Wir müssen auch versuchen, wie wir das lösen können, weil gefordert wurde das schon im Jahr 1996 von Frau Abgeordneter Kaufmann. Unter Landesrat Ressel ist auch nichts weitergegangen. Jetzt sollen wir von heute auf morgen das in ein paar Wochen erledigen. Die Frau Abgeordnete hat mich gefragt, wo ich am Samstag war. Ich bin ihr keine Rechenschaft schuldig. Ich war in Eisenerz und am Rückweg sah ich in Vordernberg am Marktplatz eine Hupfburg und es hatte den Anschein eines Marktfestes. Ich konnte an dieser Feier nicht teilnehmen, da ich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister nach Kammern musste, wo der SC Sankt Peter durch einen Sieg in die Oberliga Nord aufgestiegen ist.

Ich konnte daher an eurer Eisenbahndemonstration nicht teilnehmen.

In Sankt Peter-Freienstein wurde bereits am Freitag bezüglich der Zugeinstellung demonstriert. Diese Demonstration wurde etappenweise im Vordernberger Tal durchgeführt. Wir müssen versuchen nach vorne zu schauen und es wirtschaftlich besser zu machen.

Wir brauchen nicht jammern, in zehn Jahren ist überhaupt nichts passiert in Vordernberg. Es ist geplant worden, dann höre ich, seit 1992 hat die Planung begonnen. Bitte, wer hat da die Verantwortung gehabt, was ist dort passiert? Und jetzt sollen wir in acht Monaten alles durchziehen.

Und was ich heute gesagt habe, das war ein Vorschlag und ich möchte es noch einmal wiederholen, dass es wichtig ist, dass die Bevölkerung mit eingebunden gehört, und nicht nur gefordert wird, weil 300 Millionen Schilling ist eine ganz schöne Summe und ich bedanke mich hier beim Abgeordneten Hagenauer, der meine Idee auch begrüßt hat. Und Abgeordneter Prattes, Geld spielt für dich – glaube ich – keine Rolle. Du hast im Bezirksfernsehen eine Aussage getätigt, dass es eine Schweinerei ist, dass im Budget 2001/2002 kein Schilling für ein Projekt „Erz und Eisen“ vorhanden ist, sagst aber selber, dass bis 2000 55 Millionen aufgebraucht worden sind und weißt selber nicht wohin. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (14.19 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Geschätzter Landtag!

Auf Grund der engagierten Worte auch der Frau Abgeordneten Kaufmann. Selbstverständlich ist es wichtig, dass unsere Infrastruktur ausgebaut wird. Und wo es nur irgendwie geht Gelder freizumachen, Gelder zu lukrieren für den Infrastrukturausbau werden wir sie zweckmäßig, sparsam nach bestem Wissen und Gewissen

einsetzen. Selbstverständlich! Aber bitte, wenn wir schon die Geschichte betrachten, dann sollten wir auch so objektiv sein, dass man sagt, wo sind denn die Fehler passiert? Die Fehler sind natürlich danach passiert, als man die Zweckbindung der Mineralölsteuer zum Beispiel für den Straßenausbau abgeschafft hat. Wer war denn da Finanzminister zum Beispiel? (Abg. Kröpfel: „Jetzt können wir das Ballerl hin und her schupfen!“) Ich meine nur, schauen Sie, wenn ich heute das Geld hätte, was – (Abg. Kaufmann: „Herr Landeshauptmann ...!“) Ich habe Ihnen zugehört, Frau Abgeordnete, bitte hören Sie mir auch zu. Wir können uns gegenseitig anschreien, kommen damit aber sicherlich nicht weiter.

Wir setzten uns für die Zweckbindung der Mineralölsteuer ein. Wir setzen uns dafür ein, dass sie zumindest teilweise wieder kommt. Infrastrukturausbau ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, ein wichtiger Teil der Wirtschaftsförderung. Es würde vielleicht dienlich sein, über Bundesmittel Wirtschaftsfördermittel auch in den Infrastrukturausbau zu verlagern, da wird verhandelt. Selbstverständlich wollen wir ausbauen. Gerade speziell zu Vordernberg, ich kenne Vordernberg sehr gut, zwei Anmerkungen: Es hat zum Beispiel die Zahnradbahn auf den Präbichl gegeben, würde heute ein touristisch sehr interessantes Projekt sein. Das Erste, was passiert ist, man hat dieses Zahngestänge abgebaut, so dass die Attraktivität nicht mehr in dem Maß gegeben ist, man hat damit ein touristisches Kleinod faktisch demontiert, auch nicht mein Verantwortungsbereich. Wenn man jetzt über die Eisenbahnlinie Leoben–Vordernberg Tränen vergießt, tut es mir auch leid. Ich sage das ganz offen. Wir haben gekämpft darum. (Abg. Kaufmann: „Wer hat gekämpft darum?“) Ich habe gekämpft um die Aufrechterhaltung. (Abg. Kaufmann: „Wo haben Sie gekämpft?“) Hören Sie mir bitte zu. Ich habe Ihnen zugehört. Schauen Sie, müssen sich Regierungsmitglieder von Abgeordneten beschimpfen lassen oder wie ist das jetzt? (Abg. Kaufmann: „Ich will nur wissen wo!“) Ich verstehe ja die Emotion, aber dann frage ich Sie, fahren Sie mit dem Zug? Die Züge waren leer. Es hat keinen Sinn, tonnenweise leeren Stahl durch die Gegend zu fahren. Ich bitte auch wirklich die Vordernberger, die da sitzen, sich einmal selber persönlich zu fragen, wann sie das letzte Mal mit dem Zug gefahren sind. Ich kenne die Strecke sehr gut, wir haben auch sofort die Landesmittel, die zur Unterstützung dieser Linie vorgesehen sind, abgezogen, um den Vordernbergern und auch allen, die an dieser Linie leben, ein entsprechend alternatives attraktives Busangebot zu machen. Die Schiene hat natürlich einen Nachteil. Die Haltestellen liegen immer abseits von bewohnten Gegenden, also etwas abseits. Und Leute, die die Schiene frequentieren, müssen mit dem Eingekauften, mit ihrer Tasche, mit ihrem Rucksack eine Strecke gehen. Der Bus hat die Möglichkeit doch einer gewissen variablen Haltestellengestaltung und auch die Haltestellen so zu wählen, wie sie von der Bevölkerung angenommen werden. Wir werden zusätzliche Buspaare einrichten. Ich bin überzeugt davon, dass das Angebot im Vordernberger Tal bis Vordernberg ein sehr gutes sein wird. Es ist wichtig, dass man auch andere Aktivitäten rund um den Präbichl hat und gemeinsam mit Eisenerz die Weiterentwicklung des Tourismus als zweites attraktives Standbein neben der Schwerindustrie, die dort im Abnehmen begriffen ist, betreibt. Es hat jetzt keinen Sinn, die Augen davor zu schließen. Und da ist viel zu tun. Da haben wir in der Eisenerzer Ramsau etwas zu tun, wir haben am Präbichl weitere Maßnahmen zu setzen, wir haben das Projekt Eisenstraße voranzutreiben. Aber nicht in einer gigantomanischen Form, dass ich sage, 250, aber da ist die Sozialdemokratie beim Ausgeben fremden Geldes immer sehr großzügig gewesen, dass man sagt, man macht Projekte, egal, kostet es 250 Millionen Schilling, 300 Millionen, 400 Millionen, das ist eben nicht in dem Ausmaß machbar. Die Umfahrung Vordernberg wird kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Detlef Gruber: „Wann?“) Ich greife den Vorschlag vom Abgeordneten Kreisl sehr gerne auf. Wenn es dort noch eine billigere Alternative geben würde, das wird sich sehr rasch klären lassen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vielleicht noch ein Beispiel, weil Sie sich so ereifern: Wir beginnen heuer mit der Strecke Zeltweg–Weißkirchen, ein wichtiges Projekt, das wissen alle hier. 30 Jahre hat man unter Ihrer Führung auf dieses Projekt gewartet – 30 Jahre! Wir beginnen heuer mit dem Ausbau der Strecke Kapfenberg–Bruck. 20 Jahre haben sie die Sozialdemokraten versprochen. Sie versprechen in Wirklichkeit und wir halten, meine Damen und Herren! (Abg. Gross: „Herr Landeshauptmann, nur zur Korrektur ...!“) Nehmen Sie das zur Kenntnis, nehmen Sie das so zur Kenntnis, weil Tatsachen lassen sich nicht wegdiskutieren.

Noch ein dritter Punkt war da als Vorlage, nämlich die Verbesserung der Situation im Johngaben. Da redet keiner etwas drüber, dass wir arbeiten, dass wir diese Sachen verbessern, dass es zu einer Verbesserung der Situation für die Bevölkerung kommt. Und der Vorschlag vom Herrn Abgeordneten Hagenauer, zuerst die Umfahrungen zu bauen, bevor man die Ortschaften hat, ist sicher sehr interessant und es wurden sicher Fehler in der Raumplanung auch gemacht. Man hätte vielleicht zuerst die Räume anders planen müssen. In Amerika macht man das so. Da baut man zuerst die Infrastruktur und dann siedelt man die Leute dort an. Das ist bei uns bisher nicht üblich gewesen, aber ich werde diesen interessanten Vorschlag der Grünen sicherlich weiter zur Diskussion stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kurz zusammengefasst:

Der Ausbau der Infrastruktur ist eines unserer wichtigsten Anliegen auch im Sinne der Qualität des Wirtschaftsstandortes Österreich. Wir haben viele Entscheidungen vor uns, wo es um Schaffung tausender Arbeitsplätze geht, wo es darum geht, dass zusätzliche Auf- und Abfahrten gewünscht sind, um dort ganze Fremdenverkehrsgebiete zu entwickeln. Wir haben gestern verhandelt über eine zusätzliche Abfahrt im Bereich Dürrgraben, um das Gebiet Semmering besser zu erschließen, eine Riesenchance für den Fremdenverkehr, eine Riesenchance für das obere Mürztal. Es gibt jede Menge Bedarf an Straßenprojekten, um – wie gesagt – Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Steiermark zu verbessern. Wir arbeiten daran, aber wir können die jahrzehntelangen Versäumnisse unter roter Führung nicht von heute auf morgen aufholen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 133/1 (Tagesordnungspunkt 7) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 142/1 (Tagesordnungspunkt 8) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 154/1 (Tagesordnungspunkt 9) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

10. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 48/1, der Abgeordneten Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Fußball gegen Rassismus.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (14.28 Uhr): Der Ausschuss für Kultur und Sport hat in seinen Sitzungen am 6. Februar und 29. Mai 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 48/1, Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 48/1, der Abgeordneten Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Fußball gegen Rassismus liegt inzwischen eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Der Ausschuss für Kultur und Sport stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport zum Antrag, Einl.-Zahl 48/1, der Abgeordneten Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Fußball gegen Rassismus wird zur Kenntnis genommen. (14.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (14.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Antrag der Grünen wurde vor einer Zeit gestellt, als diese jüngste Aktualisierung, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, noch nicht erfolgt ist. In dem Antrag geht es uns darum, Aktivitäten im Lande zu fordern beziehungsweise in die Wege zu leiten, die europaweit inzwischen angelaufen sind, von ganz großen Fußballklubs bis hin zu den kleinen Vereinen, die im Gefolge von rassistischen Entwicklungen rund um Fußballspiele beziehungsweise Veranstaltungen erfolgt sind. Es gibt auf diesem Gebiet, wie ich schon gesagt habe, vorbildliche Aktivitäten. Die Stellungnahme des Landes geht jetzt auf diese Aktivitäten ein und hält im Wesentlichen fest, dass von Seiten des Verbandes in der Steiermark einige Schritte erfolgt sind. Ich muss aus grüner Sicht festhalten, dass das bezeichnenderweise kleine Vereine sind, die hier vorbildlich agieren. Ich sage das der Vollständigkeit halber dazu, weil, und damit komme ich zum Entschließungsantrag, den ich auch einbringen möchte und wofür wir um Ihre Zustimmung bitten, es nicht nur darum gehen kann, genau die kleinen Vereine mit diesen, so lobenswert das ist, Aktivitäten der Bekämpfung des Rassismus rund um Fußballveranstaltungen zu beschäftigen, sondern natürlich gerade die großen Profiklubs. Es sind die Profiklubs und es sind nicht zuletzt ihre Präsidenten, die hier natürlich entsprechende Öffentlichkeitswirksamkeit haben und daher auch eine bestimmte Rolle und eine bestimmte Verantwortung zu tragen haben und in diesem Sinne von der Politik auch eine Verantwortung wahrzunehmen ist, entsprechend beobachtet werden müssen beziehungsweise wir uns nicht nur als Beobachter betätigen können, sondern gefordert sind uns klar zu äußern. Sie wissen, worauf ich hinaus will: Es ist die jüngste Äußerung des Sturm-Präsidenten Kartnig, die der Anlass für diesen Entschließungsantrag war. Grund ist, wie schon gesagt, seine Stellung in der Öffentlichkeit, die er zweifellos hat und Grund ist auch das, dass er das nicht zum ersten Mal macht, sondern zum wiederholten Male. Grund ist natürlich auch, das sei der Vollständigkeit halber gesagt, dass wir als Land beziehungsweise als Landtag natürlich diese Vereine auch entsprechend fördern, die öffentliche Hand fördert und kann daher auch hier sich vor einer Verantwortung nicht drücken und muss Stellung beziehen. Ich bringe daher einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 10, betreffend rassistische Äußerungen im steirischen Fußball, ein. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Präsidenten des SK Sturm heranzutreten und diesem mitzuteilen, dass das Land Steiermark erstens rassistische Äußerungen und Verhaltensweisen im steirischen Fußball mit Entschiedenheit verurteilt; zweitens besorgt ist über rassistische Äußerungen, die der Präsident des SK Sturm getätigt hat. Es waren dies Äußerungen, wie „Negermannschaft“ und „wenn ein Perser, dann nur noch ein Teppich“ beziehungsweise „Jugopartie“ sowie drittens an alle führenden Funktionäre im Fußball appelliert, ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Grundwerte unserer Gesellschaft und der Werte des Fußballs gerecht zu werden. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei den Grünen. – 14.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Bittmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Bittmann (14.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Ihren Worten, Herr Abgeordneter Hagenauer, ist nicht viel hinzuzufügen. Sie haben vollkommen Recht, denn solche Äußerungen sollte man nicht machen. Ich bin jedoch der Meinung, dass man das auch nicht überbewerten sollte. Wenn jetzt die Steiermärkische Landesregierung von Ihnen aufgefordert wird, an den Präsidenten des SK Sturm heranzutreten, dann meine ich, die Äußerungen sind sicher nicht klug, aber es ist auch nicht nachzuvollziehen, warum diese gesagt wurden. Wenn man sich jetzt zum Beispiel eine mögliche Mannschaftsaufstellung von SK Sturm anschaut, dann könnte sie voriges Jahr so ausgeschaut haben: Im Tor Sidorczuk, in der Abwehr Milanic, Popovic, Minavand, Korsos, im Mittelfeld Foda, Schupp, Koutsupias, Angibeaud, im Sturm Amoah und Sczabics, Ersatzspieler Yuran, Ersatzspieler Baruwa. Man sieht, dass hier Spieler beschäftigt werden, die gerne in unserem Land aufgenommen wurden und dass den Spielern zugejubelt wird. Sie kennen den Bericht, dass Gott sei Dank in Österreich und auch in der Steiermark die Situation auf den Fußballplätzen harmlos ist. Anders ist das im Ausland. Anders wie zum Beispiel in Italien, wo es einen Fall gegeben hat, dass Verona einen Spieler verpflichten wollte und dann auf rassistischen Druck der Fans diese bereits vorgenommene Verpflichtung wieder zurücknehmen musste. So dumm diese Urwaldrufe sind, wenn ein Spieler von einer auswärtigen Mannschaft, ein afrikanischer Spieler, am Ball ist, so würde ich das nicht gleich als rassistisches Vorgehen deuten, sondern durchaus als Vorgehen gegen diesen Gastverein. Es ist dumm und es ist zu verurteilen. Jetzt gleich die Steiermärkische Landesregierung mit so einer Aufgabe zu betrauen, wäre vielleicht eine Überbewertung des Themas. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.37 Uhr.)

Präsident Purr: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Damit komme ich nun zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 48/1 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend rassistische Äußerungen im steirischen Fußball, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 320/1, der Abgeordneten Beutl, Ing. Ober und Lafer, betreffend Finanzierungsbeitrag am „Projekt Therme Bad Gleichenberg – Neu“.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (14.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Wir kommen zum Antrag der Abgeordneten Beutl, Ober und Lafer betreffend Finanzierungsbeitrag am Projekt „Therme Bad Gleichenberg – Neu“.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, so rasch wie möglich mit privaten Investoren Gespräche beziehungsweise Verhandlungen über eine Finanzierungsbeitrag am Projekt „Therme Bad Gleichenberg – Neu“ aufzunehmen, wobei bei diesen Verhandlungen besonders darauf Wert zu legen ist, dass eine nachhaltige Nutzung im Interesse der regionalen, wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung sichergestellt ist. Ich bitte um Annahme. (14.39 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (14.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Bad Gleichenberg ist ein Traditionskurort, der sich seinen ausgezeichneten Ruf in nahezu 170 Jahren erworben hat. Mit seinem Herzstück, dem wunderschönen Kurpark und dem vielfältigen Therapieangebot und dem neuen Trend, sich als Oase der Erholung zu positionieren, hat sich Bad Gleichenberg eine unverwechselbare Stellung im Thermenland geschaffen. Dieser Kurort ist langsam in 170 Jahren gewachsen und nicht so wie andere Thermen, man könnte das salopp sagen, auf die grüne Wiese gestellt worden. Das ist zum Teil heute ein Handicap, denn große Teile des Kurortes stehen unter Denkmalschutz, unter Landschafts- und Naturschutz, so dass sich eine längst fällige Modernisierung und eine Neugestaltung des Ortes und auch der Therme auch aus diesen Gründen recht schwierig gestaltet.

Seit vielen Jahren wird von den Lokalpolitikern, aber auch von uns als regionale Abgeordnete und Vertreter gemeinsam parteiübergreifend mit dem Land an einer Weiterentwicklung von Bad Gleichenberg gearbeitet. Ich sage es vor allem auch deswegen, weil wir uns einig waren und einig sind, dass nur dann, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, wir den größten Erfolg für Bad Gleichenberg und für die Region erlangen können. Und deshalb habe ich es eigentlich bedauerlich gefunden, dass beim letzten Budgetlandtag der Abgeordnete Schleich, dass du, Franz, einen Antrag einbringst, in dem du unterstellst, dass – wortwörtlich heißt es hier – „bei geänderten politischen Zuständigkeiten darf das Land Bad Gleichenberg nicht im Stich lassen“, dass du also

unterstellt, dass das Land Gleichenberg im Stich lässt. Das stimmt ganz sicher nicht, denn wenn wir uns zurückerinnern, ein erster und wichtiger Erfolg unserer gemeinsamen Vorgangsweise war es ja, dass vor etwa zwei Jahren das Aktienpaket der Gleichenberger und Johannisbrunnen AG. vom Land übernommen wurde. Gleichzeitig wurden damals auch vom Land 165 Millionen Schilling für den weiteren Ausbau der Therme sichergestellt. Eine weitere wichtige Basis für den weiteren Thermenbetrieb und eine Absicherung dieses Thermenbetriebes war die Tatsache, dass kürzlich die Tiefenbohrung, die angestellt wurde, genügend heißes Wasser zutage gefördert hat, so dass also das auch eine weitere Absicherung der Therme, eine ganz wichtige Absicherung der Therme ist. Und als besonderen Faktor speziell für Bad Gleichenberg, und wer Bad Gleichenberg ein wenig näher kennt, wird wissen, was ich damit meine, als besonders wichtigen Faktor möchte ich auch erwähnen, dass vor wenigen Wochen die Gemeinde mit allen Fraktionen gemeinsam ein Konzept für eine umfassende Ortserneuerung beschlossen hat und dass sich daran nun ein Bürgerbeteiligungsprozess angeschlossen hat, der von allen Kräften der Bevölkerung getragen wird und den geplanten und in Plan befindlichen Thermen-ausbau unterstützen und begleiten soll.

Das alles sind wichtige Voraussetzungen für eine positive Entwicklung des Ortes und der Region. Allerdings war schon vor zwei Jahren bei der Aktienübernahme klar, dass es für die Sanierung der Therme einen höheren Finanzierungsbedarf geben wird und es ist von einer Größenordnung von etwa 500 Millionen Schilling die Rede. Es geht ja nicht nur um den Neubau oder Ausbau der neuen Steintherme, sondern auch um Hotel-sanierungen, um einen Hotelbau mit Vier-Sterne-Qualität, um Parkplatzbeschaffung und vieles mehr. Um Bad Gleichenberg also tatsächlich dem heutigen Thermenstandard entsprechend ausbauen zu können und vor allem, um mit den anderen Thermen gleichziehen zu können, ist zusätzlich zur Hilfe des Landes, zur Förderung des Landes auch das Engagement von finanzkräftigen Privatinvestoren nötig. Dass das Land Steiermark in Bezug auf Förderungen an EU-Richtlinien gebunden ist, das ist eine Gegebenheit. Und ich kann mich erinnern, dass knapp vor der Landtagswahl anlässlich einer Pressekonferenz in Bad Gleichenberg auch der damals zuständige Landesrat Ressel das angesprochen hat und auch er hat die Notwendigkeit von Privatinvestoren, privaten Geldgebern bestätigt, wollen wir wirklich, dass in Gleichenberg umfassend in einer großzügigeren Form erneuert wird. Und wenn du, Kollege Schleich, meinst oder dem Herrn Landesrat Hirschmann vorwirfst, das sei nur ein Vorwand, diese EU-Richtlinien und du hast auch Beispiele etwa aus dem Burgenland angesprochen, möchte ich auch dazusagen, das Burgenland ist Ziel-1-Gebiet und dort sind eben andere Voraussetzungen gegeben als in der Steiermark. Ich habe es eigentlich auch bedauert, dass damals auf meine Frage hin an den Herrn Landesrat Ressel, inwieweit er initiativ geworden ist in Richtung Privatinvestoren, ich damals keine positive Antwort von ihm erhalten habe. Umso mehr bin ich froh, dass der nun zuständige Landesrat Hirschmann sehr aktiv diese Linie verfolgt, Gespräche führt und wie ich ihn kenne, diese auch erfolgreich in Verhandlungen zu Ende führen und zu einem positiven Abschluss bringen wird. Gleichzeitig unterstützt unsere Frau Landeshauptmann den Orts-erneuerungsprozess als Gemeindereferentin und setzt sich vehement für die Errichtung der Fachhochschule in Bad Gleichenberg ein. Auch hier ein ganz, ganz großes Danke an dich, Frau Landeshauptmann, dass du immer wieder dein Bekenntnis zu Bad Gleichenberg abgibst, dass du nach Bad Gleichenberg kommst und dort diese Aufbruchstimmung damit auch bekräftigst. Ich glaube, dass aus diesen Gründen, die ich hier angeführt habe, die ständigen Behauptungen, das Land sei nicht engagiert genug um Bad Gleichenberg bemüht, ins Leere gehen. Das Gegenteil ist der Fall und ich hätte mir schon in der Vergangenheit den Einsatz, so wie ihn Landesrat Hirschmann nun forciert, auch damals schon gewünscht. Ich bitte um Zustimmung unseres Antrages. (Beifall bei der ÖVP. – 14.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (14.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Antrag der ÖVP und zu den Worten der Kollegin Beutl habe ich natürlich einiges zu sagen. Es stimmt, dass wir gemeinsam – und ich finde, das soll man auch an dieser Stelle sagen – für Bad Gleichenberg gekämpft haben, vielleicht der eine manches Mal ein bisschen mehr, der eine ein bisschen weniger. Aber weniger glaube ich nicht, denn es wollte jeder mehr. Aber ein paar Dinge muss ich schon sagen. Wenn Joachim Ressel und Peter Schachner immer mit dem gleichen Einsatz hinter Bad Gleichenberg gestanden wären, wie es jetzt Herr Landesrat Hirschmann tut, dann hätten wir in der Vergangenheit in Bad Gleichenberg sterben müssen. Weil den Eindruck habe ich wirklich nicht und deshalb muss ich am Anfang so beginnen, es ist leider sehr, sehr traurig, als die Bohrung erfolgreich war, habe ich nicht einmal einen zuständigen Landesrat gesehen, weil freuen hätte er sich wenigstens können, wenn er damals schon nicht den Antrag für die Mittel gestellt hat, weil er nicht zuständig war. Aber man soll nicht sagen, der eine hat, der andere hat nicht. Die Freude für Bad Gleichenberg hat mir wirklich gefehlt, selbst dort, wo es eine Freude gab, wo man durch die Medien hätte hinausposaunen können, in Bad Gleichenberg tut sich etwas, es ist positiv, es ist Wasser gefunden worden, worauf wir so lange gewartet haben und das ist ja ein entscheidender Faktor in jeder Therme.

Bad Gleichenberg ist eine der ältesten Thermen, eine der bekanntesten Thermen und das Thermenland ist eines der besten Tourismusgebiete überhaupt, das zeigen, entschuldige, wenn ich nur zwei nenne, Loipersdorf und Radkersburg. In Bad Gleichenberg ist es gerade für die regionalen Abgeordneten wirklich ein Kampf gewesen zu erreichen, dass mit dieser privaten Situation, die es da gegeben hat, wo Jahrzehnte nicht mehr investiert wurde, deshalb das besondere Misstrauen, warum man gegen Private misstrauisch ist. Nicht dass die nicht investieren können. Ich möchte das als Bekenntnis sehen. Ich habe nichts gegen Private, im Gegenteil, wenn Private kommen, wir brauchen sie und die müssen dort investieren, ob es bei Hotels oder bei etwas

anderem ist. Aber das Herz, die Therme, ich glaube, das sollte schon in Landeshand bleiben, weil wir haben ja in anderen Bereichen bewiesen, dass das Land das kann. Ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Faktor, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn jeder weiß, wie schnell dort Reparaturen notwendig sind durch das aggressive Thermenwasser. Man weiß, dass im Hotelbereich alle acht Jahre neu investiert werden muss. Wenn man schaut in den Thermen Loipersdorf und Radkersburg, dort wurden jährlich Neuinvestitionen getätigt. Und dann wollen wir sagen, in Bad Gleichenberg brauchen wir in Wirklichkeit nur Private? Warum haben wir gegen den Antrag im Ausschuss gestimmt? Ich habe dort noch keine Presseaussendung gemacht. Ich möchte das auch den regionalen Abgeordneten sagen und, Sepp, da gehörs du auch dazu. Wenn du auch neu bist, weil sonst kannst so eine Aussendung nicht machen oder das nicht hineinschreiben – ich habe mir sie inzwischen faxen lassen. Herr Kollege Ober behauptet, dass wir diese positive Entwicklung in den vergangenen Jahren zu stören versuchten. Alles kann man mir vorwerfen, wenn man schon politisch agiert, aber dass ich zu stören versucht habe, dass in Gleichenberg etwas weitergeht, ich glaube, das kann man von der Burgi Beutl nicht behaupten und von mir auch nicht, weil ich glaube, wir haben gekämpft, dass dort etwas passiert, das muss man offen sagen. Nur, mit welchem Rezept, das ist natürlich ein Unterschied. Solche Dinge weise ich wirklich zurück, weil das ist eine ungerechte Sache. Und wenn man die Länder vergleicht – und ich möchte das auch da hier sagen – gerade weil wir nach dem Finanz-Ausschuss keine Aussendung gemacht haben, weil ich nicht gleich wieder einen Krieg anfangen wollte und weiß, was dann herauskommt. Das ist leider von der ÖVP passiert. Natürlich muss man dann dazu auch die Meinung sagen, wie es tatsächlich ist. Denn dagegengestimmt haben wir nur, weil dort drinnen steht, nur die 165 Millionen, für die Landesrat Ressel gesorgt hat und dann nur mehr private Investoren und nichts mehr, dass zusätzlich etwas hereinkommt. Was steht in unserem Antrag drinnen? Wenn ihr ihn genau lesen würdet, anscheinend habt ihr das nicht getan, dort steht drinnen, dass das Land dafür sorgen soll, dass die Restfinanzierung erfolgen kann. Diese Therme, diese Region braucht die Hilfe und das ist die einzige in unserem Bezirk, liebe Abgeordnete. Also so kann man das ja wirklich nicht sehen. Lasst mich euch ein bisschen vorrechnen, da muss man nicht sehr geschickt sein, aber wenn man die Burgenländer anschaut – und das möchte ich wirklich hier betonen –, da muss man kein Mathematikprofessor sein, Sepp, wenn du schon lachst, man braucht nicht immer einen Computer, man kann vielleicht auch manches so rechnen. Burgenland hat die Therme Lutzmannsburg und hat die Therme Stegersbach. Für Stegersbach will ich die Zeit dafür gar nicht rauben, ihr wisst, dass um einen Schilling das Umfeld wieder dem Land angeboten wurde, weil eben da nichts zu verdienen ist. Und wenn einer ein bisschen Unternehmer ist und ihr werdet ja nur einen finden können, der auch ein Geld hat und der rechnet, dann weiß man, dass diese blau-schwarze Regierung im Bund mit ihren Gesetzesänderungen im Steuerrecht sehr wohl eines eingeführt hat, die stille Beteiligung ist weg. Warum sollte sich dann dort noch einer beteiligen? Wenn er keine stille Beteiligung hat und sie nur eins zu eins absetzen kann und keinen Vorteil, dann muss mir einer erklären, warum sich dort einer beteiligen soll. Das ist nicht möglich. Und wenn es einer macht, dann muss irgendetwas anderes mit verpackt sein, dann muss er mehr Rechte haben wie die anderen im Ort und dann hat man so eine gewachsene Struktur wie in Bad Gleichenberg. Dann hat man dort das Problem, dass welche benachteiligt sind. Das kann aber keine Motivation vor Ort sein. Deswegen meine Aufforderung an die ÖVP und FPÖ bei diesem Antrag mit uns mitzugehen, denn es steht nichts anderes drinnen als bei euch, nur eines, dass sich das Land nicht verabschieden soll, sondern dass es dabei bleiben soll.

Und jetzt eine kleine Rechnung. Wenn man immer sagt, durch die EU kann man dort nicht mehr finanzieren, weil wenn man bei 27 Prozent angelangt ist, dann darf man das nicht. Wenn man Gewinn bringend orientiert ist, weiß jeder in der EU und ich habe es voriges Mal im Finanz-Ausschuss auch gesagt und dann hat mir Herr Landesrat Hirschmann gesagt, ja vielleicht Slowenien, Ungarn und andere Länder. Ich habe nichts dazu gesagt, weil was soll man dazu sagen? Er weiß ganz genau, was ich gemeint habe. Es hat Italien in seine Schigebiete investiert und hat vielleicht ein Verfahren. Aber es hat Burgenland wesentlich anders gemacht. Wie zum Beispiel in Bad Gleichenberg die Parkgarage – die Frau Landeshauptmann sitzt ja hier. Die Parkgarage in Bad Gleichenberg wird zirka 40 bis 50 Millionen kosten, die Bohrung zirka 20 Millionen Schilling. Das sind 65 Millionen Schilling. Diese Infrastrukturmittel hat Burgenland zum Beispiel mit Bedarfsmitteln finanziert, weil das Infrastruktur ist und weil auf diesen Parkplätzen auch die Allgemeinheit parken kann. Und damit habe ich einmal 65 Millionen weg, die Bad Gleichenberg sehr helfen würden und durch diese Summe ändert sich natürlich auch der Förderungsschlüssel und dann kann man noch etwas dazugeben und man hat gleich wieder 100 Millionen flüssig. Dann kann ich vielleicht auch vom Land ohne einen privaten Investor direkt bei der Therme – ich habe nichts dagegen, wenn man eine Regelung findet, ob es jetzt mit einem Baurechtsvertrag oder mit anderen Dingen ist, wenn man dort ein Hotel baut, das wird man brauchen, da würden wir uns alle freuen, sondern dann ist vielleicht das Herz diese Therme auch für die Zukunft für die Region gesichert und eine Region lebt dort wieder und das wollen wir in Wirklichkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Investition, wenn sie mit Bedarfsmitteln erfolgt – und die Frau Landeshauptmann war ja dort bei der Bürgerversammlung und hat gesagt, es wird in die Infrastruktur finanziert. Das Konzept, diesen Beschluss gibt es, das ist alles in Ordnung, pro Jahr 4 Millionen. Ja, wenn sie die Zinsen in Bad Gleichenberg für zehn Jahre zahlen müssen, was finanziert ist, wird es schon einmal schwierig werden.

Ich fordere wirklich hier die ÖVP auf, sie hat dort die Verantwortung dafür, diese Infrastrukturmittel mit Bedarfsmitteln zu fördern, dann werden wir uns leichter tun, auch mit den EU-Richtlinien, diese Therme Bad Gleichenberg finanzieren zu können und damit auch einer sicheren Zukunft entgegenzugehen.

Vielleicht noch etwas zur Fachhochschule. Ich glaube, gerade Peter Schachner als Verantwortlicher in der vorigen Periode hat sich einwandfrei für Bad Gleichenberg entschieden, dass in der Steiermark der Standort Bad Gleichenberg drankommt und so ist es auch in den Bundesfachschulrat weitergegangen. Ich hoffe, dass das auch

unter der jetzigen Regierung und den jetzigen Einflüssen so bleibt und dass in Bad Gleichenberg diese Fachhochschule kommt. Bad Gleichenberg ist eine Region mit einer enormen Infrastruktur und Bad Gleichenberg braucht Hilfe und ich glaube, wir alle brauchen die Therme und wollen eines nicht: Diese Linie, die vom Bund herunter kommt, alles zu verschern und zu verkaufen, für das wir ewig gekämpft haben, auch durchzuführen und direkt dort vor Ort zu verschneiden. Entschuldigung, dass ich das so nenne. Das wollen die Bürgerinnen und Bürger der Region nicht. Reden Sie mit den Menschen, ob das Unternehmer sind, ob das Hotelbesitzer sind, ob das Pensionen sind, ob das Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sind, in unserer Region wollen das die Menschen nicht. Sie vertrauen auf das Land und sie wollen, dass das Land dort investiert genauso wie in Loipersdorf und Bad Radkersburg, um die Gleichstellung zu haben und um eine Chance zu haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf den Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, der so ähnlich lautet wie der vorige, meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts anderes als dass sich das Land nicht verabschieden soll.

Unselbstständiger Entschließungsantrag betreffend Finanzierungsbeitrag am Projekt der Therme Bad Gleichenberg – Neu der Abgeordneten Schleich und Böhmer.

Dem Steiermärkischen Landtag liegt der Antrag, Einl.-Zahl 320/1, vor, mit dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert werden soll, mit privaten Investoren Gespräche über eine Finanzierungsbeitrag an der Therme Bad Gleichenberg aufzunehmen.

Da leider nicht zu erwarten ist, dass private Investoren zu finden sein werden die beabsichtigen, sich direkt an der Therme zu beteiligen, muss der Ausbau der Therme Bad Gleichenberg auch ohne private Finanzierungsbeitrag sichergestellt werden. Daher muss eine eindeutige Formulierung auf die Finanzierung des Ausbaues der Therme Bad Gleichenberg durch das Land Steiermark hinweisen. Da Thermen eine regionale Infrastruktureinrichtung sind, die in einer ganzen Region die Wirtschaft und die Arbeitsplätze sichert, darf es dabei keinen Unterschied zu den finanziellen Unterstützungen des Landes für andere Thermen, wie Loipersdorf oder Radkersburg, geben.

Daher ist eine massive finanzielle Beteiligung des Landes anstelle einer fragwürdigen Einladung an private Investoren, sich am Ausbau der Therme zu beteiligen, sicherzustellen.

Ein diesbezüglicher Abänderungsantrag zur Einl.-Zahl 320/1 wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Arbeitsplatz, Telekommunikation und Tourismus mit Mehrheit von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Diese finanzielle Unterstützung des Landes wäre aber für die Entwicklung der Region und für die Menschen in und um Bad Gleichenberg dringend notwendig.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Menschen in und um Bad Gleichenberg das Projekt „Therme Bad Gleichenberg“ massiv mit Landesmitteln im zumindest selben Ausmaß im Wege einer Beteiligung des Landes zu unterstützen wie es bei den Thermen Loipersdorf und Bad Radkersburg der Fall war.

Ich bitte Sie um die Zustimmung, dass wir hier mit dem Bau beginnen können, bevor Ungarn und Slowenien ihre Thermen ausbauen und durch die billigen Arbeitsplätze und dort billige Infrastrukturkosten uns Konkurrenz machen. Bad Gleichenberg braucht eine Chance. (Beifall bei der SPÖ. – 15.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (15.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Landeshauptmann! Werte Mitglieder des Landtages!

„Therme Neu in Bad Gleichenberg“ mit sehr, sehr guten Zukunftsansätzen, wie die Frau Abgeordnete Walburga Beutl das auch angeführt hat, mit einem sehr, sehr gut eingeleiteten Bürgerbeteiligungsprozess stehen die Gleichenberger hinter dieser neuen Idee, sich selbst auch eine Zukunft zu geben und dieser Antrag, den wir auch eingebracht haben, gibt auch dieser Region Zukunft.

Lieber Abgeordneter Franz Schleich! Ich glaube deinen Worten nicht mehr ganz. Du bist zehn Jahre neben einem guten Finanzlandesrat, der viel Geld gehabt hat, gesessen, hast unsere Region vertreten, ich möchte nicht so lange neben einem Finanzlandesrat und einem Landesrat Gerhard Hirschmann sitzen und dass die Therme nicht gebaut wird. Das möchte ich nicht, das ist nicht mein Ziel. Wir sind gut unterwegs. Und ich habe mit „stören“ gemeint, lassen wir einmal diese Investorengruppe, die sich jetzt dem Land angeboten hat, das Konzept vorlegen. Es soll dem Landtag übermittelt werden und dann reden wir darüber. Natürlich müssten Öffentlichkeitsrechte dieser Therme gesichert sein. Ich glaube, dem Land Steiermark kann es in dieser Situation sehr recht sein, wenn sich private Investoren auf Grund des sehr guten Klimas, das jetzt in Gleichenberg vorherrscht, um diesen Ausbau bemühen. Ich weiß eines mittlerweile, dass die Therme noch größer gebaut werden muss, damit man den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. Sie ist zu klein geplant bislang, damit man auch wirtschaftlich das betreiben kann. Und die Gleichenberger freuen sich auf diesen Ausbau und damit habe ich nur gemeint, da soll man im Interesse der Region wirklich darum kämpfen, dass es jetzt auch endgültig Realität wird. Zehn Jahre war die Chance da, zehn Jahre wurde aus der Landesholding sehr viel Geld in andere Regionen investiert, nur nicht in unseren Bezirk. Und da möchte ich jetzt nicht ins gleiche Horn blasen. Ich glaube an Gleichenberg, ich glaube an unsere gute Arbeit, ich glaube an den Landesrat Gerhard Hirschmann, der es machen wird und ich glaube vor allem an die Privatinvestoren, die für diese Region sehr wichtig sind.

Abschließend noch eine Bemerkung. Ich glaube, dass wir uns nicht aus diesem Grund in dieser Region, wo wir sehr gut zusammenarbeiten, auseinanderdividieren lassen sollten. Ich war nie am Bohrturm abgebildet, ich war nie in einer Presseausendung vertreten, auch habe ich keine Pressekonferenz dazu gegeben. Es hat zehn, 15, 30 Pressekonferenzen gegeben. Wir brauchen keine machen, wir brauchen es nur für die Bürger bauen. Darum fordere ich auch den Steiermärkischen Landtag auf, diesem Antrag zuzustimmen, damit wir im Herbst planen und im Frühjahr bauen können. Ich danke herzlich jetzt schon für die Zustimmung. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 15.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (15.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Ich trete ebenfalls in den Wettstreit der regionalen Abgeordneten mit ein. Wenn man sich die Vorgangsweise um die Therme Bad Gleichenberg anhört, dann ist das ja eine Geschichte, die unendlich wird. Unendlich deshalb, weil Bemühungen schon vor langer, langer Zeit getätigt worden sind und bis dato wirklich nichts umgesetzt worden ist.

Ich möchte hier nicht ganz so harmlos die Dinge sehen, sondern auch darauf verweisen, dass in den Jahren 1997/98 Beschlüsse hier im Landtag gefasst worden sind, dem ich damals noch nicht angehört habe, die darauf abzielten, dass es mit der Therme Bad Gleichenberg aufwärts gehen muss. Bad Gleichenberg, eine Therme, ein sehr traditioneller Kurort in der Oststeiermark, der sich nahtlos in diese Thermenlandschaft eingebunden hat oder noch besser gesagt, die Thermenlandschaft hat sich rund um Bad Gleichenberg eingefunden, muss gefördert werden, muss ausgebaut werden, muss dem Standard angepasst werden, wie er bereits in der gesamten Thermenregion vorhanden ist.

Hier glaube ich, dass die finanziellen Mittel, die hier anstehen oder bereits beschlossen worden sind, ehestmöglich ausgeschüttet werden müssen, damit mit der Umsetzung dieser Therme Neu in Bad Gleichenberg begonnen werden kann.

Dass natürlich auch hier Privatinvestoren notwendig sind, um einen gewissen Standard, einen gewissen Ausbau zu ermöglichen, ist unbedingt erforderlich. Unbedingt erforderlich deshalb, weil das Land in seinen Finanzierungsmöglichkeiten nicht mehr alles aufbringen kann, nicht mehr alles fördern kann, so wie es vielleicht in der Vergangenheit war, sondern man muss sich auch hier umsehen nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten.

Franz Schleich hat sehr wohl auch richtig angeführt, dass er diesen Bereich unterstützt. Nur, lieber Franz, eines geht mir in deinem Antrag ab. Du beschreibst es so, „da leider nicht zu erwarten ist, dass sich dort Privatinvestoren beteiligen werden“. So kann ich dir trotzdem entgegenhalten, dass es bereits Gespräche gibt mit Privatinvestoren, die bereit sind, in Bad Gleichenberg Neu zu investieren. Genau diesen Weg, lieber Franz, müssen wir beschreiten, sonst wird sich in der nächsten Zeit in Bad Gleichenberg wieder nichts verändern.

Bad Gleichenberg kann es sich nicht mehr erlauben, hier noch zu warten, dass vielleicht das Land mit der großen Finanzspritze Hand anlegt, um sich alles auf Landeskosten finanzieren zu lassen. Hier sind Alternativen zu suchen. Hier sind auch Alternativen möglich. Und genau diesen Weg müssen wir nutzen.

Zehn Jahre, das ist eine sehr, sehr lange Zeit, wo nichts passiert ist. Daher werden wir auch den Antrag unterstützen beziehungsweise ich bin sogar auf den Antrag mit hinauf gegangen und werde den anderen Antrag nicht unterstützen können.

Ein Wort noch zu dem Angesprochenen. Der Kollege Schleich hat angesprochen, die blau-schwarze Regierung wird jetzt alles verscherbeln und so weiter, und so fort. Das ist nicht richtig. Es wird im Bereich der Politik notwendig sein, sich auch hier neue Wege zu überlegen, wie gewisse Dinge in Zukunft umgesetzt werden können.

Wir haben das ja schon vorher gehört bei der Debatte der Infrastruktur, dass auch hier in jenem Bereich und auch in anderen Bereichen neue Wege beschritten werden müssen, weil sonst werden wir in Zukunft bald nichts mehr bauen können. Und das wäre tragisch genug.

Private sind aufgefordert sich zu beteiligen. Jeder, der hier Hand anlegen kann, ist aufgefordert hier mitzuhelfen, damit wir nicht nur in Bad Gleichenberg, sondern auch in anderen Bereichen es zu jenem Ziel bringen, das wir uns selbst setzen. Dahin gehend ist die Politik aufgerufen und das werde ich auch unterstützen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.07 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Schleich gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (15.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein paar Dinge muss ich ins richtige Lot rücken. Ich beginne beim Kollegen Ober.

Wenn du zehn Jahre im Landtag gesessen wärest, wie ich bis jetzt und nicht nur zugeschaut, sondern dich wirklich bemüht hast für Bad Gleichenberg und weißt, wie schwierig das war, eine Beteiligung zu erzielen, um dort aus dem Privaten, aus dem Dilemma ins Richtige zu bringen und dann sich da herstellen und so aufzutreten. Jetzt glaube ich auch, dass du das so gesagt hast, wenn du es auch vorher anders gemeint hast. Das ist traurig, aber ich will damit keine Zeit verschwenden.

Ich möchte nur eines noch einmal richtigstellen, den schwarzen Peter jemand umzuhängen und zu sagen, Schleich und die SPÖ sind gegen Bad Gleichenberg, weil wir diesem Antrag in der Form im Ausschuss nicht zugestimmt haben, weil da nicht drinnen steht, ob 51 Prozent wohl beim Land bleiben, wie viel Prozente will man hergeben, weil man andere nicht informiert, das ist natürlich auch eine Art, die nicht sehr schön ist. Aber auf der anderen Seite werde ich euch sagen, ich erwarte mir und das wird ja in der Regierung dann zu behandeln sein, dass man Bad Gleichenberg nicht verscherbelt und wir haben auch nichts dagegen, dass dort Private mitbeteiligt werden. Deshalb werden wir eurem Antrag auch zustimmen, aber wir werden ganz genau aufpassen heute, ob ihr unserem Antrag zustimmt, dass sich das Land nicht verabschiedet und sich weiterhin dort an der Bezahlung beteiligt, an der Investition beteiligt und vielleicht so, wie ich es vorher vorgeschlagen habe, dass man einfach sagt, man übernimmt dort das Parkdeck, man übernimmt die Bohrung und man hat neue Mittel frei.

Wenn die ÖVP und die FPÖ wirklich für Bad Gleichenberg sind – und bei der FPÖ muss ich sagen, ich habe eigentlich nie etwas anderes erwartet, wenn ich Radkersburg anschau – ich hoffe, lieber Franz, ich schätze dich menschlich sehr, dass wir gemeinsam für die Region kämpfen und hier wirklich etwas weiterbringen. Ich fordere hier wirklich auf und ganz besonders die ÖVP auf, sie hat alleine die Macht, wie man auch merkt. Ihr habt alleine die Macht und wollt so tun, als ob vorher nichts war, Bad Gleichenberg Neu. Bad Gleichenberg gibt es, Bad Gleichenberg lebt und seid für Bad Gleichenberg und redet euch nicht aus. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.09 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Damit komme ich nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 320/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Finanzierungs-beteiligung am Projekt Therme Bad Gleichenberg Neu ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 12 und 13 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 375/1, betreffend den ergänzenden Bericht „Bautechnische Prüfung der Gemeinde Sankt Stefan ob Stainz, 8510 Sankt Stefan ob Stainz“.

Berichterstatter: Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.10 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 29. Mai 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nr. 14, betreffend den ergänzenden Bericht „Bautechnische Prüfung der Gemeinde Sankt Stefan ob Stainz, 8510 Sankt Stefan ob Stainz“, Einl.-Zahl 375/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (15.11 Uhr).

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

13. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 376/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Siedlungsgenossenschaft Donawitz, 8704 Leoben-Donawitz.

Berichterstatter: Herr Landtagsabgeordneter Friedrich Kreisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kreisl (15.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 29. Mai 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nr. 15, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Siedlungsgenossenschaft Donawitz, 8704 Leoben-Donawitz, Einl.-Zahl 376/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Siedlungsgenossenschaft Donawitz, 8704 Leoben-Donawitz, wird zur Kenntnis genommen. (15.12 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (15.13 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Hoch interessiert habe ich diesen ergänzenden Bericht zu den Bauvorhaben in Sankt Stefan ob Stainz gelesen. Wenn man den Prüfbericht durchliest, gewinnt man eigentlich den Eindruck, dass man diesen Berichten des Landesrechnungshofes nicht sehr viel Beachtung schenkt. Wenn man dabei bedenkt, dass vor einem Jahr bereits ein solcher Bericht in diesem Hause behandelt wurde und bereits damals darauf hingewiesen wurde, dass in den Prüfungsunterlagen und auch in den Abrechnungsplänen sehr große Mängel aufgetreten sind und diese Mängel auch in diesem ergänzenden Bericht wieder vorkommen, dann stellt sich mir als kleinem Regionalpolitiker und Bürgermeister einer kleinen Gemeinde die Frage, wie kommen wir dann eigentlich dazu, dass man einem kleinen Häuslbauer, der heute um irgendeine Förderung im Lande Steiermark ansucht, es aufhalst, dass er peinlichst genau jede Unterlage zu bringen hat, in der Bauausführung genau jede Meldung abgibt und erst nach abgegebener Meldung, ob das jetzt die Rohbaubeschau ist oder die Endkommission, er sein Geld bekommt? Dieses Bauvorhaben wurde bereits 1997 fertig gestellt und die Berichte wurden bis dato noch nicht klar und richtiggestellt.

Es ist, glaube ich, der zuständige Referent gefordert, diese Mängel abzuklären und richtigzustellen. Denn eines stört mich hier schon, ich wäre nämlich nur neugierig, wenn dieses Bauvorhaben in einer SPÖ-Gemeinde stattgefunden hätte. Danke. (Beifall bei der SPÖ. –15.15 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Hagenauer. Herr Hagenauer ist am Wort.

Abg. Hagenauer (15.15 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Drei Berichte haben wir hier vorliegen. Ich möchte auf alle drei ganz kurz eingehen. Stainz ist ein ergänzender Bericht. Wir haben diesen Bericht seinerzeit zurückgestellt, den Landesrechnungshof gebeten, das zu ergänzen, weil die Gemeinde Sankt Stefan ob Stainz beziehungsweise ihr Bürgermeister es nicht für wert befunden hat, dem Landesrechnungshof die Unterlagen für seine Tätigkeiten überhaupt nur zukommen zu lassen. Inzwischen hat man gnadenhalber ein bisschen mehr zur Verfügung gestellt, aber die Unterlagen sind trotzdem nicht so vollständig und im Grunde genommen, wie die zuständige Rechtsabteilung dazu feststellt, macht es auch gar nicht viel Sinn, weil es handelt sich hier ohnehin um eine Pauschalförderung, das heißt, die Rechtsabteilung 14 hat es in einer aus meiner Sicht etwas diplomatischen Formulierung vorgezogen zu sagen, sie könne das nicht prüfen, weil eben eine pauschale Förderung vorliegt. Damit ich da nicht missverstanden werde, das ist keine Kritik an der Abteilung, natürlich nicht, sondern das ist richtig, es ist nur eine sehr neutrale Formulierung. In Wirklichkeit geht es uns darum, es auf den Punkt zu bringen, um ein Beispiel wirklich schöner Männerfreundschaften. Der Ex-Landesrat hat mit dem Bürgermeister sehr gut können und hat sich das dort mit ihm ausgemacht und gesagt, du kriegst soundso viel und fertig aus. Und in der Tat, was sollen die Beamten dann auch kontrollieren, wenn sie für ihre Kontrolle gar keine Grundlage haben, weil pauschal ist pauschal, wie das Wort schon sagt?

Das heißt, wir werden hier insofern Konsequenzen zu ziehen haben, als dass man sich einerseits natürlich eine Meinung bildet, das ist nicht verboten, über den Umgang mit Steuergeldern ganz allgemein von bestimmter Seite und auf der anderen Seite natürlich ist dieses Sankt Stefan nicht das einzige Beispiel, wo eine Gemeinde, nicht ganz nur aus Unfähigkeit, sage ich einmal, einen derartigen Ballwatsch aufführt, sondern sicherlich auch – und da wird man Konsequenzen zu ziehen haben – einfach überfordert ist.

Überfordert unter Anführungszeichen, weil ein Bürgermeister, wenn er gleichzeitig Auftraggeber über ein derartig großes Projekt ist, auf gewisse Grenzen stößt, unter Anführungszeichen, wie gesagt, auf gewisse Grenzen stößt bei der Einhaltung von einer ordentlichen Vergabe und einfach zu sehr versucht ist, hier örtliche Kriterien einfließen zu lassen, wie das in diesem Fall auch geschehen ist.

Man kann das Wirtschaftsförderung nennen. Ich nenne das nicht Wirtschaftsförderung. Das ist ein bisschen etwas anderes.

Die zweite Geschichte, eben Donawitz. Hier ist der Schlüsselpunkt der, dass ein Obmannwechsel stattgefunden hat, wie gesagt vom Vater auf den Sohn. Das ist auch ein schönes Beispiel von Traditionsbewusstsein in diesem Lande. Der Posten wird vererbt und nicht nur vererbt, sondern bei der Gelegenheit wird es eben auch ein Volltimejob, obwohl gleichzeitig die Genossenschaft mehr ausgegeben hat für die Beratung. Sie hat Know-how zugekauft. Das heißt, eigentlich hätte sie eben weniger ausgegeben müssen, sie hat aber mehr ausgegeben.

Auch unbefriedigende Stellungnahme von Seiten der Verantwortlichen. Nämlich man beschränkt sich auf die gesetzliche Deckung dessen. Daraus kann man schließen, dass offenbar das Gesetz zu viel zulässt an Gehältern, obwohl das wahrscheinlich so einfach im Gesetz nicht zu regeln ist, das Gehalt eines Obmannes, kann ich mir vorstellen. Wesentlich wäre, dass einfach hier von Seiten der Verantwortlichen im Lande darauf geschaut wird und dass man sich nicht darauf beschränkt, was gesetzlich zulässig ist, sondern in Zeiten des Sparpaketes und einschneidender Maßnahmen auch und nicht zuletzt im Sozialbereich und wir werden ja jetzt anschließend im Zuge einer Dringlichen Anfrage, Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, Gelegenheit haben, genau über diese Einsparmaßnahmen zu diskutieren, kann ich mich nicht damit zufrieden geben, dass man als Verantwortlicher des Landes, als Landesregierung sich darauf beschränkt und sagt, der Obmann darf das verdienen. Nachdem es sich hier um geförderten Wohnungsbau handelt, ist es angesagt, auch hier zu sparen und hier auf den Schilling zu schauen und der Genossenschaft zu sagen, passt auf, liebe Freunde, so nicht. Dass ihr da den

Obmann bedient, Länge mal Breite, das kann es nicht sein. Wenn ihr so viel Geld habt, dann werden wir übrigens einmal nachdenken, ob wirklich so hoch gefördert werden muss oder nicht. Im Übrigen gibt es keinen Grund, Obleute derart fürstlich zu bedienen. Es handelt sich übrigens nicht um eine SP-nahe Wohnungsgenossenschaft. Es ist nicht alles rot, was in Donawitz seinen Sitz hat. Es handelt sich um eine ÖVP-nahe Genossenschaft.

Der dritte Bericht, Dachstein-Tauern. Falls hier irgendjemand die Absicht hat herauszugehen und zu sagen, es handelt sich um so ein wichtiges Projekt, bitte mir das zu ersparen. Mir ist das bekannt, dass das als wichtig eingeschätzt wird, diese Schischaukel. Aber das ist nicht die Lösung, sondern das ist das Problem. Denn in der Bauwirtschaft und insbesondere wenn es um Absprachen und um das Baukartell geht, ist genau das die Arbeitsteilung. Bei den großen Infrastrukturprojekten, die einmalig sind, wo man weiß, da steht die Politik absolut dahinter, dort bedient man sich, dort holt man sich das Geld, um dann mit demselben Geld in anderen Bereichen, zum Beispiel Klein- und Mittelbetriebe, gnadenlos zu unterfahren und aus dem Wettbewerb zu werfen. Hier auch sehr schön nachvollziehbar in diesem Bericht. Auch wenn – ich sage das der Vollständigkeit halber dazu – nicht alles derartig manipuliert wurde und derartig schief gelaufen ist bei diesem Projekt, so ist es doch in einigen Bereichen passiert und die sind mustergültig. Das ist eben wieder einmal mehr dieses Lehrbeispiel, wie funktioniert das Baukartell. Nämlich – hier im Bericht sehr schön nachzulesen – man geht her und schreibt ein Projekt derart ungenau aus, dass natürlich dann einmal für denjenigen, und das ist jetzt der Punkt, ich könnte hergehen und könnte sagen, da war Eile, da war Not am Mann und daher ist es nicht genau ausgeschrieben worden, das ist es nicht, sondern, wie der Rechnungshof sehr schön nachgewiesen hat, es war der Billigstbieter, der offenbar Informationen hatte, was dann wirklich ausgeführt wurde. Und der Rechnungshof hat sich dankenswerterweise der Mühe unterzogen nachzurechnen, was wäre denn gewesen, wenn das Projekt mit den Preisen ausgeführt worden wäre vom Zweit- und vom Dritt- und vom Viertbieter. Er ist zu dem Ergebnis gekommen – was mich überhaupt nicht überrascht –, es wäre nicht der Billigstbieter gewesen, der dann zum Schluss bei der Abrechnung den Zuschlag hätte bekommen müssen, am Ende also der Günstigste war, sondern es war der Zweitbieter beziehungsweise sogar der Viertbieter. Das ist eben genau das, kennen wir alles. Einer hat eine Information, was wirklich kommt, und dann, oh Wunder, kann er diese Sachen günstig anbieten, die gar nicht kommen und oh Wunder verrechnet er diese teurer, die dann überraschenderweise tatsächlich zur Ausführung kommen. Wenn es nicht so ärgerlich wäre, müsste man darüber lachen.

Fest steht, ich sage es auch hier noch einmal, erstens, man kann nicht brutal in allen möglichen Bereichen sparen in diesem Land, wo es den Leuten wirklich weh tut und auf der anderen Seite derartige Großzügigkeit walten lassen. Das geht ganz allgemein nicht. Und im Besonderen sind in diesem Bericht auch ein paar Anregungen drinnen, die wirklich aufzugreifen sind. Ansonsten müssen sich die politisch Verantwortlichen irgendwann auch einmal die Frage gefallen lassen, ob sie diese ihre Verantwortung wahrnehmen.

Also, dem Landesrechnungshof konkret muss die Möglichkeit gegeben werden, bei solchen Großprojekten seine begleitende Kontrolle auszuüben. Es wird auf die Dauer nicht gehen, dass man sagt, wir haben uns beeilen müssen und daher hat der Rechnungshof hintennach seinen Senf dazu abgeben können. Das geht nicht. Dazu geht es um zu viel Geld. Wenn es um solche Summen geht, dann muss man das machen, wie hier angeregt, neu ausschreiben und ordentlich abwickeln und das nicht aus einer Prinzipienreiterei, sondern eben weil es um sehr viel Geld geht.

Im Übrigen noch eine Anregung drinnen – damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen –, die auch erwähnt werden muss, nämlich es ist einerseits lächerlich zu sagen, die Baukosten sind eh nicht überschritten worden. Ersparen Sie mir bitte solche Hinweise. Da lacht sich jeder aus der Baubranche die Hose voll wegen so einem Argument. Das ist natürlich klar, das ist ja alles vorher einkalkuliert. Machen wir uns nicht auch noch lächerlich. Genauso wie es klar ist, dass dieses Theater, dass man Rabatte, wie hier im Bericht drinnen steht und diverse Nachlässe herausverhandelt, um dann einen Bestbieter zu haben, hintennach darin münden, dass dann der alte Preis erst recht wieder erzielt wird bei der Schlussabrechnung. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.27 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 375/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmig Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 376/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 377/1, betreffend Überprüfung „Schiliftprojekt Zusammenschluss Dachstein-Tauern-Region“.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Bernd Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (15.28 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 377/1, betreffend Überprüfung „Schiliftprojekt Zusammenschluss Dachstein-Tauern-Region“.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner letzten Sitzung vom 29. Mai diesen Bericht beraten und stellt den Antrag, ihn zur Kenntnis zu nehmen. (15.29 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und wir kommen zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der ÖVP betreffend Drogenproblematik in der Steiermark an Herrn Landesrat Günter Dörflinger. Ich erteile Herrn Abgeordneten Hamedl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Am Wort ist Eduard Hamedl.

Abg. Hamedl (15.30 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Ich vermissen noch den zuständigen Landesrat, Herrn Dörflinger. Ich hoffe schon, dass es ihm so ein Anliegen ist, dass er dabei ist. (Abg. Gennaro: „Mach doch keine Show, er kommt schon!“) Herr Kollege, du solltest dich nicht so aufregen. Tatsache ist, dass er nicht da ist. Das ist Tatsache. (Abg. Gennaro: „Mein Gott na, er kommt eh gleich!“)

So, und wenn ihr jetzt wieder ruhig seid, dann kann ich anfangen, danke. (Abg. Gross: „Wann ich ruhig bin, das sage ich noch selber!“ – Abg. Gennaro: „Du bist ja kein Oberlehrer!“ – Präsident: „Am Wort ist der Abgeordnete Hamedl!“)

Ich bin kein Oberlehrer, Herr Kollege Gennaro, das weißt du ja. (Abg. Gennaro: „Die nehmen sich eine Präpotenz heraus, die ist ja sagenhaft!“ – Präsident: „Herr Abgeordneter Hamedl, bitte mit der Rede fortfahren!“) Ich danke, Herr Präsident. (Abg. Gennaro: „Was, er soll fortfahren? Das kann uns nur recht sein!“)

Vorige Woche habe ich eine sehr schöne Broschüre in die Hand bekommen mit dem Titel „Treten wir der Sucht entgegen – Sucht hat viele Ursachen!“ In einem Vorwort ist ein ganz schönes Bild vom Herrn Landesrat Dörflinger drinnen. (Abg. Gennaro: „Er ist ja fesch!“ – Abg. Schrittwieser: „Hätte ein Foto von der Frau Landeshauptmann drinnen sein sollen?“) In dieser Broschüre stehen ganz, ganz wichtige Dinge drinnen vom Vier-Säulen-Modell, wie Sucht entsteht und wie man sie bekämpfen kann. Herr Landesrat Dörflinger sagt hier, jeder Drogentoter ist ein Toter zu viel und dass die Suchtproblematik nicht mit Anzeigen zu lösen ist, sondern dass wir vorsorgen müssen, dass es erst gar nicht zur Abhängigkeit kommt, weil Strafen und Verdrängen sicherlich der falsche Weg sind, sagst du da, Herr Landesrat. Ich gebe dir da Recht. Aber in der gestrigen „Kronenzeitung“ hast du etwas ganz anderes gesagt. Da versucht du plötzlich der Polizei und dem Innenministerium den Ball zuzuschieben und sie dafür verantwortlich zu machen. (Landesrat Dörflinger: „Wo steht das?“)

Das stand gestern in der „Kronenzeitung“, du sagst, das Innenministerium ist dafür verantwortlich. Und so einfach ist das nicht. Ich glaube, du solltest deine Verantwortung nicht auf andere abschieben. Wir machen das auch nicht. Die Indianer würden sagen, Herr Landesrat, du sprichst mit gespaltener Zunge. (Abg. Stöhrmann: „Das haben Sie von mir!“) Richtig, jawohl, sehr gut. Ich glaube, meine Kollegen von der Polizei und Gendarmerie, die bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gehen, die machen eine sehr gute Arbeit. Das zeigt auch die Aufgreifung von Suchtmitteln und die Sprengung von ganz großen Drogenringen. Und ohne die Arbeit der Polizei wäre unsere Jugend noch stärker gefährdet. Der Suchtgiftrichter hat das letzte Mal gesagt, die Drogendealer sind eigentlich die Mörder unserer Kinder und ich glaube, da kann man ihm Recht geben.

Herr Landesrat, mich wundert aber, nachdem du die Situation in Graz zu kennen scheinst oder eigentlich am Drogensektor kennen müsstest und sie ist nicht erst seit einigen Wochen so dramatisch, wie sie jetzt in den Medien dargestellt wird, dass du trotzdem ganz, ganz wichtige Punkte des Drogenkonzeptes nicht umgesetzt hast.

Ich denke mir, es ist halt zu wenig, wenn man in Zeitungen aufscheint – es gibt ja viele Bilder von dir drinnen. Und am 27. Jänner 2001 in der „Kleinen Zeitung“ sagst du das ganz Gleiche, dass jeder Drogentote zu viel ist und dass es nur fünf Drogentote gegeben hat. Du meinst auch, dass die Zahl der Drogentoten wieder stagniert. Das stimmt nicht. Im Jahre 2000 hat es bereits wieder zwölf Drogentote gegeben. Das wirst du auch wissen. Ich glaube, wenn man von Zahlen spricht, dann muss man dahinter die Menschen sehen, die da stehen, der Drogentote und der Süchtige. Da wären diese Maßnahmen zur Integration und zur Behandlung, um den Süchtigen wieder zurückzuführen auf den Weg der Gesundheit wichtig – es passiert aber nichts. Und welche Behandlungen, Herr Landesrat, gibt es in der Steiermark für Süchtige? Wir hätten schon erwartet, dass du als Gesundheitslandesrat für die Suchtkranken Behandlungen und Integration möglich machst, aber bis dato ist nichts geschehen.

Bevor ich eigentlich zum Kernpunkt unserer Dringlichen Anfrage komme, will ich Ihnen die Drogensituation in der Steiermark und in Graz erklären. Es hat zwar sehr viele Zeitungsmeldungen in letzter Zeit gegeben, aber ich glaube, dass ich Ihnen das als Polizist ein bisschen objektiver aufzeigen kann. Der Kollege Wiedner hat zwar auch schon versucht, so wie jetzt aus seiner Sicht die Dinge ein bisschen darzustellen, die sind aber nicht ganz objektiv. (Abg. Wiedner: „Na, bitte!“) Herr Kollege, das muss ich dir leider sagen.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass die Drogenkriminalität im Steigen ist. Im gesamten Bundesgebiet ist sie von 1988 auf 2000 um 3,5 Prozent gestiegen und in der Steiermark im gleichen Zeitraum um 55 Prozent. Also um mehr als die Hälfte hat die Drogenkriminalität in der Steiermark zugenommen. In Graz war noch

eine viel eklatantere Steigerung um sage und schreibe 125 Prozent zu verzeichnen. Von 1998 auf 1999 sind die Verbrechenstatbestände nach dem Suchtmittelgesetz, nach dem Paragraphen 28 um 262 Prozent gestiegen. Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Zahlen sehen, dann glaube ich, dass es mehr als fünf vor zwölf ist in unserer Drogenpolitik. Aber es stimmt nicht ganz, wenn wir sagen, es ist erst in letzter Zeit so.

Schon seit 1996 war ein eklatanter Anstieg zu verzeichnen und, Herr Landesrat, du hast das gewusst. Du hast dich mit den zuständigen Suchtgiftrichtern, mit der Polizei und mit den Drogenpräventionsstellen zusammengesetzt und hast versprochen, schon 1996 einen Drogenkoordinator und eine Drogentherapiestation einzurichten. Bis heute ist in dieser Richtung in diesen zwei Punkten nichts geschehen. Die Zahl der Süchtigen steigt und die Süchtigen werden mit ihrer Krankheit allein gelassen. Du bist auch seit Jänner 1996 der Gesundheitslandesrat und zu dieser Zeit war auch das Finanzressort in eurer Hand. Ihr hättet also alle Möglichkeiten gehabt, fünf Jahre habt ihr Zeit gehabt, diese Maßnahmen umzusetzen.

Ich glaube, jetzt mit faulen Ausreden zu kommen, dass kein Geld da ist, das entspricht nicht den Tatsachen. (Abg. Stöhrmann: „Das ist eine Ausdrucksweise, die kann man nicht mehr tolerieren!“)

Ich frage dich jetzt ganz persönlich, Herr Landesrat, warum hast du keinen Drogenkoordinator aus deiner Fachabteilung eingesetzt? Eine neue Planstelle zu fordern, um sich so deiner Verantwortung zu entziehen, ich glaube, so einfach ist das nicht.

Der Kollege Prattes hat heute etwas Wichtiges gesagt. Das ist sehr symptomatisch für eure Partei. Wörtlich, Kollege Prattes: „Die Politiker haben dafür zu sorgen, wie etwas geschehen kann und nicht, warum es nicht geschehen kann!“ Wie etwas geschehen kann! Und ihr versucht jetzt nur zu sagen, es geht nicht und warum es nicht geht. Sorgen Sie dafür, dass etwas geht! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe in meiner Funktion als Polizist viel mit Sozialarbeitern, mit Drogensüchtigen und mit Angehörigen zu tun gehabt. Wer die Tragödien in den Familien kennt, wo eine Tochter oder ein Sohn Heroin nimmt oder schwer drogensüchtig ist, der weiß, wovon ich spreche. Ich habe das in meiner Dienstzeit öfters erlebt, dass wir in einer WC-Anlage oder irgendwo in einem Eck einen Drogensüchtigen tot oder halbtot aufgefunden haben. Da wäre dringend für diese Leute gewesen, dass es eine Therapiestation gibt. Es gibt aber keine in Graz. Seit langer Zeit ist diese gefordert. Die Leute haben keine Möglichkeit, eine Langzeittherapie in Graz durchzuführen.

Unser Gesundheitssprecher, der Herr Primarius Forenbacher, hat sich mit dem Suchtgiftbeauftragten Dr. Berthold zusammengesetzt. Wenn Sie da die Medienberichte lesen, Dr. Berthold sagt wörtlich: „Am liebsten würde ich diesen Krempel hinschmeißen!“

Das ist eure Politik. Ich glaube, es wäre mehr als Zeit, das endlich umzusetzen, was wir schon lange fordern.

Aber zurück zur Drogensituation in der Steiermark. In der Steiermark sind nicht nur nigerianische Banden unterwegs, sondern auch Banden aus dem Kosovo. Albaner – (Landesrat Dörflinger: „Soll ich mit denen Präventionsarbeit machen?“) Warte, Herr Landesrat, Augenblick, warte ein bisschen.

Bulgaren und natürlich auch Österreicher sind im Drogenhandel beschäftigt. Wenn in einer Zeitung gestanden ist, dass in letzter Zeit oder seit 1997 105 Schwarzafrikaner verhaftet worden sind, so entspricht das der Tatsache. Die Zahl ist eigentlich auch alarmierend. Gleichzeitig muss aber gesagt werden, im gleichen Zeitraum sind 131 Österreicher und 79 andere Personen aus dem Ausland festgenommen worden.

Meine Damen und Herren, das sind leider harte Fakten und entspringen nicht einem Krimi. Die Dealer sind in allen Ecken in der Stadt unterwegs, sind mit Handy ausgerüstet, lassen sich anrufen, holen ihre Drogen und geben sie an unsere Jugendlichen weiter. Wer sich auskennt, braucht nur sagen, is eight hundred okay, und sie kriegen ihre Droge. Vor drei Jahren hat es diese offene Drogenszene in Graz nicht gegeben. Jetzt ist sie leider Alltag. Und weil du, Herr Landesrat, sagst, du brauchst nicht mit den Drogendealern verhandeln, das macht die Polizei. Wir schauen auch sehr gut und das beweisen auch die Aufgriffe, die wir haben, dass wir eine gute Arbeit machen.

Aber Drogenbekämpfung besteht nicht nur aus der Arbeit der Polizei. Du sagst es selbst, es gibt noch mehrere Teile dazu. Du kennst das Vier-Säulen-Modell. Du sagst, wenn eine Säule fehlt, stürzt dieses Modell ein. Und es fehlt eine Säule in der Steiermark.

Natürlich hat es auch damit zu tun, dass vielleicht eine gewisse Liberalisierung bei den Jugendlichen zu den Drogen eingetreten ist. Der Preisverfall von Kokain von 3000 Schilling auf 800 Schilling, von Heroin von 3000 bis 4000 Schilling auf 1000 Schilling hat natürlich dazu beigetragen, dass unsere Jugendlichen, die Drogensüchtigen – leisten will ich gar nicht sagen – leichter zu Drogen kommen. Das große Problem sind natürlich auch die synthetischen Drogen. Ob das Ecstasy ist, ob das flüssige Ecstasy ist, ob das LSD ist. Diese Drogen sind im Vormarsch. Aber wir von der Polizei leisten unseren Teil.

Ein Problem ist natürlich auch die Begleitkriminalität. Die Jugendlichen müssen sich das Geld beschaffen, um an die Drogen zu kommen. Wer aufmerksam die Zeitung liest – und das nehme ich von Ihnen allen an –, vor kurzem hat vor der Oper ein Trio eine Frau überfallen. Die Frau wollte ihre Handtasche festhalten, stürzt, bricht sich beide Hände. Die Täter haben wir ausgeforscht. Es waren drei Jugendliche, ein Mädchen war auch dabei, die angegeben haben, sie haben das Geld für ihren Heroinkonsum gebraucht. Es ist zwar nur ein Einzelfall, aber es zeigt sich immer wieder, dass auch diese Begleitkriminalität stark steigt. Da werden auch wir von der Polizei gefordert sein.

Der zuständige Suchtgiftrichter sagt mir, dass er 120 Drogenakte pro Jahr in Graz alleine zu bearbeiten hat. Pro Akt gibt es aber zwei bis fünf Abnehmer dazu. Wenn dann der ganze Ring aufgedeckt wird, sind es mindestens bei einem Akt 200 bis 250 Süchtige, die ihre Drogen auf der Straße kaufen. Es werden immer mehr Konsumenten, das wissen wir auch.

Es gibt eine neue Studie, die besagt, dass bereits 2 Prozent unserer Jugendlichen im Alter von 12 bis 13 Jahren zu harten Drogen greifen: 2 Prozent der 12- bis 13-Jährigen zu Drogen wie Heroin oder Kokain. Und das hat schon auch mit Prävention zu tun, Herr Landesrat, nicht nur mit der Polizei.

Eine Grazer Schülerzeitung hat eine Umfrage gemacht und hat einige Süchtige oder Konsumenten befragt, wie viel sie glauben, dass Jugendliche mit Drogen schon Kontakt haben. Die haben eine Zahl genannt von 60 bis 80 Prozent.

Dazu kann ich wirklich nur sagen, quo vadis, steirische Drogenpolitik?

Herr Landesrat, du hast ja am 20. Juni ein Drogenkonzept in Auftrag gegeben beziehungsweise wurde das am 20. Juni beschlossen. In der Vorlage steht wörtlich: „Auf Grund der föderalistischen Struktur der Bereiche Gesundheit, Soziales kommt den Ländern bezüglich der Gestaltung und Umsetzung drogenpolitischer Maßnahmen eine große Bedeutung zu. In den letzten Monaten wurden von einigen Bundesländern Aktivitäten zur Erarbeitung von Drogenkonzepten unternommen.“

Neun Bundesländer haben dieses Drogenkonzept beschlossen und auch umgesetzt, nur die Steiermark nicht, Herr Landesrat. In Vorarlberg, das in dieser Hinsicht wirklich eine Vorreiterrolle hat, gibt es jährlich einen Drogenbericht. Jährlich wird von der Landesregierung, vom zuständigen Gesundheitslandesrat ein Drogenbericht herausgegeben. Da gibt es auch ein Vorwort, zwar ohne Bild. Aber vielleicht kennen die den schon. (Abg. Schrittwieser: „Eure Frau Landeshauptmann lacht überall herunter. Gegen euch sind wir Waisenkinder!“) Das ist auch die Frau Landeshauptmann, Herr Kollege.

Ich muss jetzt noch einmal zu dir zurückkommen, Herr Landesrat, du lachst zwar, aber das Thema ist zu ernst, um zu lachen, das möchte ich dir nur sagen. (Landesrat Dr. Flecker: „Ist auch viel zu ernst für so ein Kasperltheater!“) Das ist kein Kasperltheater. Ich möchte nur aufzeigen, wie dramatisch es ist, Herr Kollege. (Landesrat Dr. Flecker: „Ihr benützt ein ernstes Problem für billige Parteipolitik!“) Das macht vielleicht ihr, aber nicht wir.

Herr Landesrat, du hast selbst gesagt, dass das gesamte Konzept der Drogenpolitik einstürzt, das habe ich schon einmal gesagt, wenn nur eine Säule fehlt. Und in der Steiermark ist diese Drogenpolitik längst eingestürzt, weil, glaube ich, nicht nur eine Säule fehlt.

Die konkrete Umsetzung der Drogenpolitik sollte die Arbeit des Drogenkoordinators sein, den es nicht gibt. Noch einmal, seit 1996 ist die Drogensituation so dramatisch. Du hättest aus deinem Fachbereich jemanden einsetzen können.

Auch die Drogentherapiestation, die schon lange gefordert wird, gibt es noch immer nicht. Ich weiß, dass es in Eggenberg Bestrebungen gegeben hat und dass die abgelehnt wurden. Aber auch deine Parteifreunde von der Stadtregierung haben dagegengestimmt. Also nicht nur die ÖVP. Da gibt es einen schönen Schriftverkehr, wo das aufgeführt ist. Man kann sich nicht ausreden, dass nur die ÖVP oder die Eggenberger das verhindert hätten. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass wir in der Steiermark nur einen Standort für eine Drogentherapie finden. Es muss doch mehrere Standorte geben. Die „Kleine Zeitung“ hat damals im Jänner 2000 geschrieben: „Bleibt zu hoffen, dass Dörflinger mit seiner Vogel-Strauß-Politik das Zentrum nicht zu Tode geschwiegen hat.“ Ich zitiere das aus der „Kleinen Zeitung“. Und wenn du sagst, es gilt Therapie statt Strafe, dann finde ich das gut. Aber was sollen sie jetzt machen? Vom Landesgericht wurden mehrere Straftäter einer Therapie zugeführt. Der Straftäter hat unter gewissen Voraussetzungen das Recht, eine Therapie zu machen. Nur, in der Steiermark war es seit 1997 nicht möglich, auch nur einen Drogensüchtigen in der Steiermark einer Therapie zuzuführen. Wenn es den „Grünen Kreis“ in Österreich nicht geben würde, dann würden wir schlecht ausschauen. Dazu muss noch gesagt werden, dass die Kosten einer solchen Therapie zu 100 Prozent vom Bund übernommen werden.

Meine Damen und Herren, man sieht also, man hat seit 1996 die Drogensüchtigen und unsere Jugend zum Teil im Regen stehen gelassen. Der längst fällige Drogenkoordinator könnte mit dem gezielten Ausbau der Primär- und Sekundärprävention, der Jugendpsychiatrie und der Sicherstellung für die Übernahme der gesamten Kosten bei einer Psychotherapie für Jugendliche und eines straff geführten und überprüfbaren Drogenersatzprogrammes wesentlich dazu beitragen, den Suchtkranken eine Chance zu geben und die Drogenkriminalität einzudämmen.

Wir stellen daher an Sie, Herr Landesrat, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Warum haben Sie wichtige Teile des bereits am 20. Juni 2000 vom Landtag beschlossenen Drogenkonzeptes nicht entsprechend umgesetzt, obwohl schon die damalige Drogensituation ein rasches Handeln erfordert hätte?

Zweitens: Wann hat eine Evaluierung des Steirischen Drogenkonzeptes stattgefunden?

Drittens: Wie beurteilen Sie die von vielen Fachleuten als Besorgnis erregend bezeichnete Entwicklung des illegalen Drogenkonsums in der Steiermark, vor allem im Zusammenhang mit Suchtgiftmissbrauch bei Jugendlichen?

Viertens: Welche Maßnahmen der Primär- und Sekundärprävention haben Sie als Gesundheitslandesrat gesetzt?

Fünftens: Wie viele Personen befinden sich in einem Drogenersatzprogramm?

Sechstens: Bestehen klare Rahmenbedingungen für das Drogenersatzstoffprogramm und hat eine Evaluierung bereits stattgefunden?

Siebtens: Welche konkreten Maßnahmen treffen Sie, um die Drogensituation in der Steiermark zu entschärfen?

Achtens: Warum haben Sie den Landtagsbeschluss vom 20. Juni 2000 nicht umgesetzt, den Arbeitskreis Suchtprävention dahin gehend zu erweitern, dass diesem auch der zu besetzende Drogenkoordinator, der Kinder- und Jugendanwalt und Vertreter aus den steirischen Regionen angehören?

Neuntens: Warum haben Sie für die längst notwendige Drogentherapiestation für Suchtgiftentzug noch immer keinen neuen Vorschlag eingebracht?

Zehntens: Warum haben Sie bisher keinen Drogenkoordinator aus dem Personalstand der Fachabteilung für das Gesundheitswesen eingesetzt? Ich danke für das Zuhören. (Beifall bei der ÖVP. – 15.51 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich Herrn Landesrat Dörflinger das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrat Dörflinger (15.51 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich gehe einmal prinzipiell in der Politik davon aus, dass das, was gesagt wird, auch ehrlich gemeint wird und dass man nicht gewisse in den Vordergrund rückt, wenn man andere Ziele damit verfolgt. Ich versuche, diese Anfrage, die du, glaube ich, sehr engagiert hier gestellt hast, auf den Sachgehalt hin zu beantworten und nicht auf die Zwischentöne und auf die Art und Weise, wie sie gestellt wurde, weil natürlich die Vermischung zwischen den ausländischen Drogendealern, die mit Handys bewaffnet alte Frauen überfallen und den Maßnahmen der Suchtprävention ein legitimes Mittel ist um so zu sagen, mein Gott schau, die bösen Roten sind schuld, dass alles so ist – rhetorisch legitim, inhaltlich weiß jeder, der etwas davon versteht, dass es nicht so ist.

Der zweite Punkt und das sage ich auch sehr sachlich und fair. Ich bin der Letzte, der die Polizei und die Gendarmerie dafür verantwortlich macht, dass das alles so stattfindet. Aber wenn eine Partei wie deine hergeht und eine Dringliche Anfrage an den Gesundheitsreferenten richtet, was er angeblich alles an Versäumnissen zu verantworten hat, dann muss es auch legitim sein, dass man nachfragt, was eine Partei wie deine, die den Innenminister stellt, tut, um jenen Maßnahmen entgegenzutreten, die du hier geschildert hast. Um jenen Sachen entgegenzutreten, die vorhanden sind. Da sage ich dir schon, da bin ich ein bisschen überrascht, dass das von dir so locker hingenommen wird, gerade von deinem Berufsstand her. Ich habe heute mit ein paar Mitarbeitern der Grazer Polizei geredet und habe mit ein paar telefoniert und wir haben uns ein paar Zahlen besorgt und die sage ich dir, ohne dass ich sie jetzt gegenseitig aufrechne oder irgend etwas. Wenn die Entwicklung im Drogenbereich so schlimm ist, wie du sie schilderst und ich gehe davon aus, dass sie nicht sehr viel anders sein wird, dann frage ich mich schon, wie ernsthaft die Bundesregierung diese Maßnahmen hier begleitet, wenn zum Beispiel von den 140 Kriminalbeamten, die das Landesgendarmeriekommando Steiermark haben müsste, 30 nicht besetzt sind. Von 140 Kriminalbeamten, die wir haben müssten, gibt es 30 nicht (Abg. Mag. Erlitz: „Ist ein Skandal!“), weil diese 30 nicht bezahlt werden können, weil es Sparmaßnahmen gibt. Ich frage mich, wie man zur gleichen Zeit, in der die Drogenkriminalität explodiert, die Überstunden für die Polizei und Gendarmerie um 20 Prozent kürzt. Du weißt selber, welche Auswirkungen das hat. Und das ist kein gegenseitiges Aufrechnen. (Abg. Hamedl: „Herr Landesrat, die Situation besteht auch nicht erst jetzt, seitdem es die neue Bundesregierung gibt. Die Drogenkriminalität entwickelt sich langsam!“)

Herr Abgeordneter Hamedl, jetzt der Versuch, das auch wirklich sachlich zu machen. Wir haben gesagt, die Prävention ist wichtig, aber auch polizeiliche Maßnahmen sind wichtig. Und wenn man den einen Teil beachtet, dann darf man den anderen Teil nicht außer Acht lassen, um nicht Gefahr zu laufen beschuldigt zu werden, das ist eine politische Attacke und das andere ist Wurscht. Grazer Polizei: Von den derzeit 160 Dienstposten bei der Kripo in Graz sind ganze 16 Dienstposten nicht besetzt. (Abg. Hamedl: „Es wurde eine zweite Suchtgiftgruppe eingerichtet!“) Vor zwei Jahren wurde eine zweite Suchtgiftgruppe eingerichtet. Von den acht Suchtgiftbeamten, die es gibt, ist einer im Ausland und es können sich nur mehr sieben darum kümmern. Ich glaube schon, dass man hier einmal, wenn man das ernst meint und ich würde das wirklich unterstützten und ich würde froh sein, dass man hergeht und sagt, Freunde, kürzen wir nicht herunter, reduzieren wir nicht, sparen wir nicht Überstunden ein, sondern schauen wir, dass die Polizisten und Gendarmen, die hier gute Arbeit leisten, diese auch machen können und uns nicht irgendwann einmal zusammenbrechen, weil sie schlicht und einfach nicht mehr weiter können und das nicht mehr weiter machen. Also nicht nur den einen Bereich anschauen, sondern den anderen auch. (Beifall bei der SPÖ.)

Der zweite Bereich und auch nicht gegenseitig aufrechnen, sondern ganz ehrlich und offen. Was tun die einzelnen Gebietskörperschaften allein vom Mitteleinsatz her, um dieses Problem zu bekämpfen? Jetzt sage ich dir die Zahlen. Der Bund setzte für die Bundesdrogenpolitik im Jahre 1999 25 Millionen Schilling ein, nicht in der Steiermark, in ganz Österreich, davon 1,1 Millionen in die Steiermark. Im Jahre 2000 sind aus den 25 Millionen 23 Millionen geworden und im Jahre 2001 sind es genau noch 20 Millionen Schilling. Wir werden in der Steiermark vom Bund für die Drogenberatungsstellen und so weiter, wenn überhaupt, eine Million Schilling kriegen. Wenn das eine Schwerpunktsetzung ist, dann frage ich mich auch, wie diese ausschaut.

Ich wollte es nur wirklich vorweg schicken, nicht gegenseitig aufrechnen. Ich bin dir dankbar, dass du das auch angeführt hast, dass wir nämlich genau das versucht haben zu durchbrechen, was sehr lange in der Drogenpolitik ein riesiges Problem war, dass nämlich die Kieberer geglaubt haben, die Streetworker sind alle irgendwelche mit langen Haaren, die Blödsinn machen und umgekehrt, sondern dass wir die an einen Tisch gebracht

haben, dass die miteinander geredet haben, dass wir die Jugendrichter, die Suchrichter zusammengebracht haben, dass wir geschaut haben, welche anerkannten Stationen gibt es, wo können wir sie hinführen und ob das der Dr. Wlasak ist oder sonst wer, der wird dir das bestätigen, dass sie das als sehr wohltuend empfunden haben. Dass wir trotzdem einem fast unüberwindlichen Wall gegenüberstehen, das wird jeder von Ihnen sehen und Sie wissen selber, wie schwierig es ist. Nur, ein Gesundheitslandesrat in der Steiermark wird die Steiermark nicht drogenfrei machen und nicht nur die illegalen, sondern auch die legalen Drogen. Und da biete ich euch auch eine Zusammenarbeit an. Wir haben vor drei Jahren einen Versuch gemacht.

Wir haben zehnjährige Kinder mit Schultaschen am Rücken ausgestattet und haben sie durch zehn Grazer Innenstadtlokale geschickt, mit einer Schultasche am Rücken, und haben sie beauftragt, dort Alkohol zu kaufen, Schnaps, Bier, Wein. In neun von zehn Lokalen haben zehnjährige Kinder mit einer Schultasche am Rücken das bekommen. Wir haben vergeblich versucht, hier über den Jugendschutz et cetera einzugreifen, weil es ganz einfach keine wirklichen Sanktionsmaßnahmen gegen Wirte gibt, die so etwas tun. Und ich sage, das ist kriminell, wenn ich an Zehnjährige Schnaps ausschenke. Das kann man nicht tun. Wir sind aber auch dort angestanden und haben nichts zusammengebracht.

Ich sage das deswegen bewusst ein bisschen emotional, weil ich mich wirklich in den fünf oder sechs Jahren, in denen ich dieses Ressort führe, gerade in diesem Bereich bemüht habe und ehrlich bemüht habe etwas weiterzubringen, nicht Show zu machen, nicht Plakate aufzuhängen, sondern mit seriöser ordentlicher Arbeit etwas weiterzubringen. Und das kann ich auch hier anhand der zehn Fragen durchaus beleuchten.

Noch einmal, ich will kein Trara und kein Hickhack im Landtag. Vielleicht kommen wir heute einen Schritt weiter, dann wäre diese Dringliche Anfrage für alle zusammen etwas Positives gewesen.

Zur Frage eins: Wesentliche Teile des Drogenkonzeptes wurden umgesetzt. Es wurden insgesamt sechs VIVID-Regionalbüros in der Steiermark neben dem Zentralbüro in Graz errichtet, Projekte in Kinderbetreuungs- und Jugendeinrichtungen, Schulen und Gemeinden durchgeführt, Informationsveranstaltungen sowie Fortbildung von Multiplikatoren, Ausweitung der Beratungsstellen auf die ganze Steiermark, Angebote in Graz, Judenburg, Murau, Knittelfeld, Trofaiach, Liezen, Kapfenberg, Deutschlandsberg, Hartberg, Leibnitz, Feldbach, Bruck, Fürstenfeld, Radkersburg, Leoben und Weiz durchgeführt. Ich sage das auch dazu, wenn ich mir die 20 Millionen des Bundes anschau, knapp die Hälfte der gesamten Vorsorgemittel, die die Steiermark im Budget hat, knapp die Hälfte geht in die Suchtprävention, geht in die Suchtarbeit. Die weiteren Maßnahmen, die noch nicht drinnen sind, sind Aufgabe des Drogenkoordinators sie durchzuführen.

Zur Frage zwei: Das Drogenkonzept wurde vom OBIG im Zuge der Erstellung des Bundesdrogenkonzeptes und der Erstellung des Berichtes zur Drogensituation evaluiert, wurde positiv beurteilt. Wir werden aber, wenn es der Wunsch ist und ich habe da überhaupt nichts dagegen, im Gegenteil, wir werden eine steirische Evaluierung des Drogenkonzeptes in Auftrag geben und ich werde dem Landtag gerne darüber berichten.

Zur Frage drei: Ich teile die Besorgnis der Fachleute und habe dazu bereits mehrmals dieses Haus auch informiert. Ich erinnere dich an die Budgetdebatten und an andere Geschichten. Es handelt sich um eine internationale Entwicklung, die leider vor der Steiermark keinen Halt macht, wobei die Bekämpfung auf mehreren Ebenen notwendig ist. Wir haben das mit diesen vier Säulen auch definiert.

Die näheren Maßnahmen, was die Prävention betrifft, beantworte ich bei der Frage vier.

Und da sage ich auch zur Frage vier: Es tut mir Leid, dass wir irgendwie so in diese steirische Falle hineintappen. Wenn wir irgendwas gut machen, muss unbedingt immer einer aufstehen und sagen, das ist ja nichts, ihr bringt ja nichts zusammen und wir sind da so furchtbar.

Wo wir hinkommen, beim Treffen von Gesundheitsreferenten, beim Treffen von Jugendreferenten, sind wir gefragt worden, wie macht ihr das mit der Fachstelle für Suchtprävention, mit dem VIVID? Das ist großartig. Wir kriegen die Unterlagen. Können wir das nachmachen? Es werden in anderen Bundesländern Kampagnen, die wir machen, kopiert, in anderen Bundesländern durchgeführt.

Ich sage ausdrücklich, und die Frau Abgeordnete Gross ist da, ich bedanke mich bei der Volkshilfe, ich bedanke mich bei der Caritas, dass wir hier gemeinsam, ohne dass wir einen Riesenapparat geschaffen haben, dass zwei Organisationen gemeinsam diese Fachstelle geschaffen haben, dass zwei Organisationen diese Fachstelle gemeinsam tragen und wirklich mit der Barbara Gross und dem Franz Küberl hier zwei Leute dahinter stehen, die das wirklich ernst meinen, die das tun. Meine Mitarbeiterinnen haben euch und Ihnen hier den Bericht der Fachstelle für Suchtprävention der letzten Jahre hergelegt. Es kann jeder Einsicht nehmen. Es kann auch jeder von uns haben.

Ich sage dazu nur ein paar Stichworte:

Wir haben angefangen mit Suchtprävention in Kindergärten. Und man hat uns gesagt, seid ihr schon völlig verrückt worden, was soll das in Kindergärten? Aber wenn man sich die Entwicklung anschaut, wenn man sich die Studien anschaut, wenn man weiß, was es zum Beispiel auch von Eltern Druck auf Kinder bereits in der Unterstufe gibt und wenn man sich den Drogenbericht genau anschaut, dass bitte Kinder in der Unterstufe vor Schularbeiten Beruhigungs- oder Aufputzmittel von Eltern kriegen, vor lauter Angst, dass sie bei der Schularbeit versagen, wenn man weiß, was in machen Bereichen des Sports passiert, dann kann man nicht sagen, wir haben da nichts getan. Ich kann Ihnen die Projekte von Untersuchungen von Fußballern, über Konzepte, die wir in vielen anderen sportmedizinischen Untersuchungsstellen gemacht haben bis hin zu den Projekten in den Kindergärten beweisen, wo uns die Leute schon ein bisschen komisch angeschaut haben und gesagt haben: „Was wollt ihr denn mit Fünfjährigen?“ Wir wissen aus den fachlichen Beurteilungen der Fachleute, dass es gerade dort notwendig ist etwas zu machen.

Darüber hinaus – und das war das Schwierigste in der Präventionsarbeit – sind wir nicht hergegangen und haben gesagt, machen wir ein classes Zentrum in Graz, bauen wir ein schönes Haus, picken schöne Plakate auf und schicken Flugblätter aus, sondern wir haben gesagt, wir gehen ganz bewusst den Weg der Regionalisierung. Ich hätte alle gerne eingeladen und ich glaube, drei Monate habe ich diese Funktion gehabt, als wir in Trofaiach oben innerhalb kürzester Zeit – du wirst es wissen – fünf oder sechs Drogentote gehabt haben. Wir sind dann dort hingefahren und haben gesagt, gehen wir es gemeinsam an. Und vom Bürgermeister über den Pfarrer bis zu den Sportvereinsobmännern sind alle dazu gestanden. Wir haben dann dort etwas zusammengebracht mit dem Risiko, dass das auch danebengehen hätte können.

Und das sage ich grundsätzlich zu der ganzen Arbeit. Jeder, der mir heute daherkommt und erzählt, ich habe das Rezept, so machen wir die Steiermark drogenfrei, dem zahle ich alles in der Welt, was wir haben. Nur, ich befürchte, dass er das Rezept auch nicht haben wird und dass er uns nur Dinge verspricht, die er in Wirklichkeit nicht halten kann.

Wir haben also die Regionalisierung vorangetrieben. 1998: Oststeiermark, 1999: oberes Murtal, Graz-Umgebung, 2000: Weststeiermark, Ennstal, Mürztal.

Im Jahr 2000 wurden vom VIVID – ich sage die Zahlen bewusst so, weil es immer heißt, es ist ja nichts passiert, es ist ja alles zu wenig, zu wenig ist es immer – im Jahr 2000 wurden 387 Multiplikatoren ausgebildet, 387 Multiplikatoren, Lehrer, Schülervorteiler, Kindergärtnerinnen und was es da alles gibt, in Seminaren und Workshops.

Wir haben im Suchtbereich, und das ist hauptsächlich Präventionsarbeit, die wir hier leisten, in dieser Legislaturperiode von 1996 bis zum Jahre 2000, Herr Abgeordneter Hamedl, das Budget von 4 Millionen auf 16 Millionen gesteigert, von 4 Millionen auf 16 Millionen.

Und ich lasse auch den Vorwurf nicht zu, dass man sagt, ihr sitzt immer nur da und wollt halt mehr Geld haben. Obwohl das Vorsorgebudget in diesem Jahr um 20 Prozent gekürzt worden ist, haben wir den Bereich der Suchtprävention wieder gesteigert. Und wir haben ihn gesteigert ohne Dringliche Anfrage. Wir haben ihn gesteigert, ohne dass wir jetzt in irgendeiner Form ein Trara gemacht haben, sondern weil wir die Arbeit ernst nehmen.

Ich sage noch einmal dazu. 16 Millionen Schilling Steiermark für Suchtarbeit, 20 Millionen Schilling Bundesregierung für ganz Österreich. Das ist auch ein Vergleich.

Zur Frage fünf: Derzeit befinden sich ungefähr 350 Personen in einem Drogensubstitutionsprogramm, also 350.

Zur Frage sechs: Am 22. Mai 2001 wurde die Neufassung des Durchführungserlasses zum Substitutionsprogramm in der Steiermark erlassen. Auf Grund des Erlasses werden Qualitätszirkel der behandelnden Ärzte eingerichtet, die die Sicherstellung der Qualitätssicherung übernehmen.

Zur Frage sieben: Grundlagen für eine möglichst suchtfreie Gesellschaft kann nicht ein Gesundheitslandesrat allein schaffen. Hiezu bedarf es der Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen, vor allem der vier im Drogenkonzept festgelegten Säulen – Prävention, gesundheitsbezogene Maßnahmen, Therapie, soziale Maßnahmen, Sicherheit. Die Frage zur Prävention habe ich Ihnen unter der Frage vier beantwortet.

Bei der Frage acht, gebe ich zu, haben wir uns schwer getan, weil entweder meint ihr etwas anderes oder habt ihr eine gewisse Information nicht. In dieser Frage acht – ich lese die Frage acht noch einmal vor. „Warum haben Sie den Landtagsbeschluss vom 20. Juni 2000 nicht umgesetzt, den Arbeitskreis Suchtprävention dahin gehend zu erweitern, dass diesem auch der zu besetzende Drogenkoordinator, der Kinder- und Jugendanwalt und Vertreter aus den steirischen Regionen angehören?“

Sie gehören dem Beirat an. Das ist eine Information, die offensichtlich bei euch nicht durchgekommen ist. Der einzige von den Forderungen, die ihr erhebt, der Drogenkoordinator, der kann nicht drinnen sein, weil wir haben ihn nicht. Faktum ist, dass der Kinder- und Jugendanwalt seit Juni 2000 an den sechswöchigen Beratungen dieses Suchtpräventionsarbeitskreises teilnimmt und dass die Vertreter der Regionen in diesem Arbeitskreis drinnen sind.

Eine Liste des Arbeitskreises stelle ich euch gerne zur Verfügung. Ich sage auch ehrlich dazu, wenn ihr das Gefühl habt, es gehören die einen oder anderen noch dazu, dann nehmen wir die gerne dazu.

Zur Frage 9 und, meine Damen und Herren, das sage ich jetzt ganz ehrlich und ich sage das auch mit einer persönlichen Betroffenheit, die Frage der Drogentherapiestation. Wenn ich normal bei der Rede reagiert hätte, wäre ich über den Tisch hinausgewachsen und hätte zum Schreien angefangen, im Interesse der Sache tue ich das nicht, sondern ich versuche es sachlich zu machen. Mir hier Untätigkeit vorzuwerfen ist entweder Uninformiertheit, politische Hinterlist oder Nichtwissen. Ich sage es ganz einfach. Wir haben in dieser Frage minutiös und ich werde Ihnen das jetzt darlegen, was wir dort alles unternommen haben. Jetzt herzugehen und zu sagen, schau, der hat nichts zusammengebracht, angesichts dessen, was vorher war, ist politisch nicht korrekt und ist nicht in Ordnung und du weißt das auch. Bei deiner Rede hast du dir dort auch am schwersten getan, weil du Dinge gesagt hast, von denen du nicht überzeugt bist und das hat man gespürt. Jetzt sage ich dir, was wir bei der Drogenstation gemacht haben, Punkt für Punkt.

Im Dezember 1996: Anbotsentwurf des Projektes „Walk about“. Jänner 1997: Auftragserteilung. September 1997: Fertigstellung des Konzeptes. Oktober 1997 bis 1998: Standortsuche, Standortüberprüfung, neun mögliche Standorte. Ich sage die neun möglichen Standorte da nicht. Wenn sie wer haben will, sie stehen oben. In diesem Dreivierteljahr haben Architekten, die selber Kinder haben und gesagt haben, wir wollen euch helfen, diese

Objekte überprüft und angeschaut. Da waren Objekte drinnen, die von der Lage her toll waren, da war ein Schlössl, das ein Privater verkaufen wollte, das 20 Millionen Schilling gekostet hätte und von dem uns ein Architekt gesagt hat, mein Gott das Herrichten kostet noch einmal 40. Das haben wir ausgeschieden, weil wir gewusst haben, wir werden uns das nicht leisten können. Da waren Objekte dabei, wo es keine Anschlüsse gegeben hat, etwa zu Krankenhäusern oder Sonstiges. Wir haben von den neun Objekten, die alle durchgesehen wurden, auf ihre Verfügbarkeit hin geprüft wurden, einen Standort in Eggenberg herausgenommen. Ich bin der Letzte, der jetzt sagt, ihr bösen Schwarzen seid schuld, ihr bösen Blauen seid schuld. Ich weiß, dass da auch in meiner eigenen Partei nicht alle Feuer und Flamme waren, aber zwischen nicht Feuer und Flamme sein und politische Agitation gegen ein Drogentherapiezentrum gibt es einen feinen Unterschied und ich lese dir etwas vor. Das ist keine böse Schrift von Roten, Linken oder Bösartigen oder sonst irgend jemandem, es ist die Bezirkszeitung der ÖVP Eggenberg. Ich sage vorweg, ein Drogentherapiezentrum ist eine geschlossene Anstalt, in der Leute, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind und sich für Therapie statt Strafe entschieden haben, freiwillig einen dreimonatigen Entzug machen. Dann flattert in jeden Haushalt von Eggenberg – und ich lese gar nicht alles vor, nur ein paar Sachen. Originalzitat, ergangen an jeden Haushalt in Eggenberg: „Aus Berichten ist bekannt, dass solche Therapiezentren auch für die Umwelt problematisch sein können. In der Nähe dieser Zentren findet man gebrauchte Spritzen, in Amerika sogar Blutflecken und anderes mehr. Wie es im Bericht weiter heißt, soll das geplante Therapiezentrum ausschließlich Menschen dienen, die mit illegalen Drogen Probleme haben. Haschisch, Ecstasy, LSD, Heroin.“ Gebrauchte Spritzen und Blutlacken! Es waren manche Journalisten, die mich heute gefragt haben, in Eggenberg bei der Bürgerversammlung und da sind siebenjährige Kinder dort gestanden mit einem Transparent und haben gesagt: „Herr Landesrat, sind Ihnen Drogendealer wichtiger als Kinder?“ Und ich bin mutterseelenalleine oben gestanden und ich hätte mich gefreut, wenn alle jene, die die Dringliche Anfrage einbringen oder wenigstens einer davon dort aufgestanden wäre und gesagt hätte: „Nein, aber wir müssen das irgendwo bauen!“ Weil diese Kirchturmpolitik wird auch nicht gehen. Ich kann euch jeden einzelnen Standort geben, wie das in Eggenberg gescheitert ist, weil sich dort 400 bis 500 Leute, ich sage dazu verunsichert, aufgehetzt, attackiert auch aus verschiedensten Gründen, in Eggenberg dagegen ausgesprochen haben, da haben wir uns in Gösting nur ein Haus anschauen brauchen, sind die Bezirksvertreter von Gösting gekommen und haben gar nicht über das Drogentherapiezentrum geredet und haben gesagt, aha, für Eggenberg ist es zu schlecht und bei uns wollt ihr es schon machen? Und ich sage das da hier im Landtag, ohne dass ich mich irgendwie entblöße, ich alleine köpfe ich mich da zu Tode, wenn es da nicht einen politischen Konsens gibt, wenn es da nicht Leute gibt, die bereit sind zu sagen, jawohl, wir wissen, es gibt mit Anrainern Probleme. Wenn wir das nicht gemeinsam machen, wenn ich da die Unterstützung nicht habe, können Sie nächstes Jahr eine Dringliche stellen, übernächstes Jahr eine Dringliche stellen, wir werden immer den gleichen Zustand haben, dass wir noch immer die Drogentherapiestation nicht haben.

Ich habe es mir auch nicht so leicht gemacht und habe gesagt, ihr seid alle blöd, ihr versteht das nicht. Ich bin hergegangen und habe die Bezirksvertreter von Eggenberg, Vertreter der wirklich besorgten und der zu Recht besorgten Vertreter von Elternvereinen eingeladen und habe gesagt, schauen wir uns bitte so eine Einrichtung in Wien an. Es gibt in Wien Kalksburg. Wir haben uns diese Drogentherapie angeschaut, wir sind mit dem Bus hinausgefahren, haben mit den Leuten, mit den Insassen dort geredet, mit den Ärzten geredet. Wissen Sie, wer der direkte Nachbar dieses Drogentherapiezentrums in Kalksburg ist? Das Elitegymnasium Österreichs, das Jesuiten-Colleg Kalksburg. Wir haben den Direktor dieses Gymnasiums geholt und haben gefragt: „Herr Direktor, seit 18 Jahren gibt es diese Drogentherapiestation, gibt es ein Problem?“ Er hat gesagt, es gibt überhaupt kein Problem, er hat gesagt: „Wir sind froh, dass wir diese Drogentherapiestation haben, denn wenn wir bei unseren Kindern irgendwo das Gefühl haben, es gibt ein Problem, holen wir uns die Fachleute herüber und wir machen gemeinsam etwas.“ Wir sind einen Tag durch Kalksburg marschiert, wir haben uns das angeschaut, mit allen Leuten geredet. Drei Tage später bei der Diskussion über den Standort ist das gleiche Theater wieder gekommen, Blutlacken, Drogendealer und Spritzen und alles zusammen. Dann dürfen wir uns nicht wundern, dass sich die Bevölkerung dagegen wehrt und dass wir es nicht zusammenbringen. Ich sage das jetzt ehrlich, ich bitte Sie und euch inständig, wenn beim nächsten Standort das gleiche Theater kommt, dann passiert das Gleiche wieder, wenn wir das machen wollen, müssen auch verantwortliche Leute von allen Parteien hin, dann ist es keine rote Station, dann ist es keine blaue Station. (Abg. Dr. Lopatka: „Herr Landesrat, darf ich nur eines sagen? Ich bin sehr froh über die sachliche Beantwortung unserer Anfrage. Nur, eines muss ich schon deutlich sagen, das zuletzt war jetzt nicht sehr sachlich, denn ich könnte jetzt auch einen Brief von Bürgermeister Alfred Stingl vorlesen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Was hat das damit zu tun?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Nein, der passt genau zu dem. Wir kommen ja keinen Schritt weiter, wenn Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, gegenseitig aufgerechnet werden. Wenn es uns darum geht – Herr Kollege Flecker, darf ich kurz ausreden – die Lage ist ernst und ich meine es ehrlich und sachlich, dann müssen wir aus Fehlern lernen!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Haben Sie den Kollegen Hamedl nicht gehört, das ist eure Politik, was war denn das anderes als Aufrechnung?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Kollege Flecker, wir haben uns letztes Wochenende in Vorarlberg diese Einrichtungen angeschaut. Zwei Therapiezentren, aber nicht im Stadtzentrum. Man muss eine Alternative suchen!“ – Präsident: „Bitte, am Wort ist der Herr Landesrat Dörflinger. Wortmeldungen danach!“)

Es geht mir ganz bewusst – und ich sage das noch einmal, auch wenn es manchen nicht passt – ich habe es nur deshalb genommen, weil ich sage, wenn so etwas in die Haushalte kommt, dann kann man auf gut Steirisch brausen gehen. Dann ist es vorbei. Wenn dir die siebenjährigen Kinder mit dem Transparent sagen: „Herr Landesrat, sind Ihnen Drogendealer wichtiger als die Kinder?“ (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin auch dagegen, dass Kinder demonstrieren gehen, das weißt du!“)

Okay. Dann sprechen wir über die konkrete Geschichte. Meine Damen und Herren, wir haben dann die nächsten Projekte durchgemacht. Wir haben dann fünf weitere Projekte den Stadtvätern und Stadtmüttern mitgeteilt und die fünf weiteren Projekte haben das Schicksal erlebt, das das vorige Projekt erlebt hat, dass nämlich zum Teil die Eigentümer die Zusage, es uns zur Verfügung zu stellen, zurückgezogen haben oder die jeweiligen Bezirksvertreter gesagt haben, es geht nicht.

Ich sage einen vierten und letzten Punkt zur Drogentherapiestation, auch an alle in diesem Haus gerichtet. Wir haben ein Projekt fertig und wenn Sie mich zwingen, sage ich heute wo das ist. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich weiß nicht, soll ich es heute sagen, soll ich es nicht sagen? Ich würde Sie bitten, dass wir gemeinsam versuchen, diesen Standort zustande zu bringen, mit Profis gewählt, mit einer professionellen Führung, dass wir das dort wirklich machen.

Und dann billigt mir den zweiten Punkt zu. Dann hätten wir heute einen Riesenschritt weiter gemacht. Kommt dann bitte nicht her und sagt super, bau es, aber tu intern umschichten. Diese 40 Millionen Schilling kann ich nicht von der Prävention hin zur Drogentherapiestation umschichten, weil dann kommt der Kollege Hamedl und sagt, ein Wahnsinn, der macht keine Prävention. Wenn ich das Geld nicht umschichte, habe ich keine Drogentherapiestation.

Wir werden heute einen Entschließungsantrag einbringen – und ich bitte Sie dem zuzustimmen –, wo wir jede Möglichkeit der Finanzierung offen lassen. Geben wir es in den „PFIFF“ hinein, machen wir ein sell an lease back. Es ist mir Wurst, wie die Geschichte heißt, nur schauen wir, dass wir es zustande bringen.

Ich gehe davon aus, dass der jetzige Standort, wenn er nicht politisch mutwillig kaputtgemacht wird, hält und dass wir den machen können.

Entschuldigen Sie es mir, dass ich das ein bisschen emotioneller gesagt habe, aber ich bin selber Vater von drei Kindern.

Was ich dort miterlebt habe, war einzigartig in der Politik, nämlich wie böseartig und mit welchen – sage ich – Vorurteilen dort gearbeitet wird. Ich habe den Schreiber dieser Zeilen selber angerufen und mit ihm einen Kaffee getrunken. Ich habe zu ihm gesagt, was denkst du dir dabei, wenn du so etwas schreibst? Er hat gesagt, stell dir vor, ich war in San Franzisko und dort habe ich das gesehen und das ist alles mit Blut voll und die sind am Boden herumgelegen. Es hat sich herausgestellt, es war eine Station, wo Süchtige Spritzen tauschen können. Das hat mit dem überhaupt nichts zu tun gehabt.

Dass das in einem Wohngebiet nichts verloren hat, ist klar. Aber dass Eggenberg so ein schöner Wohnbezirk ist und das Schloss Eggenberg so schön ist und da können so Drogensüchtige nicht herumwachen, dass das auch keine Argumentation ist, die funktioniert, glaube ich, können wir an dieser Stelle auch festhalten.

Ich komme zur Frage 10 und auch das sage ich sehr sachlich und offen: Ich könnte Ihnen jetzt einen Berg an Briefen vorlesen an die Personalreferenten der letzten drei Jahre. Alle diese Briefe, alle diese Gespräche haben nicht zum Ergebnis geführt, dass wir einen Drogenkoordinator haben. Ich kenne auch den Entschließungsantrag der ÖVP. Sie können mit Ihrer Mehrheit den Antrag beschließen. Sie können mit Ihrer Mehrheit sagen, Dörflinger suche aus deiner Fachabteilung für Gesundheitswesen einen aus und der ist Drogenkoordinator. Sie können das mit Ihrer Mehrheit machen. Ich bitte Sie, beschließen Sie das nicht.

Ein Drogenkoordinator ist keiner, wo der Landesrat oder der Leiter der Fachabteilung – der Hofrat Feenstra sitzt hinten – durch die Fachabteilung gehen und sagen kann, so, du bist ab morgen Drogenexperte. Wir haben Superleute in der GW, aber du brauchst für einen Drogenkoordinator ganz spezielle Voraussetzungen. Wir haben ein detailliertes Anforderungsprofil für diesen Drogenkoordinator erarbeitet. Ich sage ganz ehrlich, es kann doch nicht an diesem einen Dienstposten scheitern, dass man den nicht kriegt. Ich bin zu jeder Konzession bereit, schreiben wir ihn intern aus, schreiben wir ihn extern aus. Aber schieben wir uns nicht laufend das Ballerl zu und verlangen Sie nicht von mir Dinge, die ich nicht machen kann. Ich kann einer Lebensmittelprüferin nicht sagen, gnädige Frau, ab morgen sind Sie Drogenexpertin. Ich kann einem Amtsarzt, der in der Impfstelle arbeitet, nicht sagen, ab morgen bist du Drogenfachmann. Man kann das von mir verlangen, ich kann und muss es dann auch durchsetzen. Ob wir dann den Drogenkoordinator haben, den wir uns, glaube ich, wirklich alle wünschen, weil wir alle eine Verbesserung haben wollen, wage ich zu bezweifeln.

Ich bedanke mich – gar nicht zynisch – für die Anfrage, ich bin froh, dass wir das inhaltlich einmal diskutieren haben können. Wenn wir in der Frage der Drogentherapiestation und beim Drogenkoordinator heute weitergekommen sind, dann war das eine der Dringlichen Anfragen, die wirklich einen Sinn gehabt haben, wenn wir es zusammen probieren und wenn wir es ehrlich meinen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.22 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT hin, dass kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Die nächste Wortmeldung kommt dann vom Herrn Abgeordneten Lafer.

Abg. Mag. Zitz (16.22 Uhr): Herr Landesrat, Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Es ist für mich ziemlich interessant, dass im Landtag jetzt eine Dringliche Anfrage abgehalten wird, die aus meiner Sicht nur durch eine enge und strukturierte Zusammenarbeit zwischen ÖVP und SPÖ bewältigt werden kann und leider im Moment der zweite Part zu diesem Bereich nicht anwesend ist, nämlich der Personal- und Jugendlandesrat, der Herr Landesrat Schützenhöfer.

Herr Landesrat Dörflinger, Sie haben vorher aus meiner Sicht sehr strukturiert und sehr gut nachvollziehbar argumentiert. Ich möchte aber trotzdem einige Ergänzungen und durchaus auch Kritikpunkte von Seiten der Grünen Ihrer bisherigen Arbeit gegenüber einbringen, bei all der Wertschätzung für die Maßnahmen und die Initiativen, die Sie gesetzt haben.

Der erste Punkt ist, und ich zitiere jetzt eine ganz unauffällige Unterlage: In den Erläuterungen zum Budget, die von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen erstellt worden sind, sind einige ganz klare Defizite angeführt, die in der Steiermark noch nicht umgesetzt worden sind im Bereich Abhängigkeitserkrankungen.

Das Erste ist, es gibt neben der zitierten fehlenden Drogentherapiestation, wo man einen Opiatentzug machen kann und neben dem fehlenden Drogenkoordinator in der Steiermark in Graz keinen Kontaktladen.

Ein Punkt ist, und da habe ich eine teilweise andere Position als Sie, ich glaube, dass es dringend notwendig wäre, dass es in Graz eine Stelle gibt, wo Leute tatsächlich in einer guten, strukturierten Form auch Spritzen tauschen können. Diese Stelle gibt es teilweise im Rahmen von Drogenstreetwork. Aber da müsste man sich auf jeden Fall etwas überlegen, auch in Richtung Aufstellen einer öffentlichen Möglichkeit, um Spritzen zu tauschen. Das ist in Berlin möglich, wo eine schwarz-rote Koalition regiert. Ich bin dort vor einem Monat selber gewesen. Das ist in Deutschland in mehreren Städten möglich, die auch von konservativen Mehrheiten regiert werden.

Der zweite Punkt: Ich habe den Eindruck, Edi Hamedl, du hast vorher den Stil, den ich von dir kenne und den ich sehr schätze, ein bisschen überstrapaziert. Ich habe den Eindruck, dass es in der Steiermark derzeit keine aktuelle Trendanalyse gibt, was den Umgang von Jugendlichen mit illegalen und legalen Drogen betrifft.

Und ich komme jetzt zum dritten Punkt: Ich halte es für sehr problematisch, dass wir hier eine Drogen-debatte abführen und mit einem aus meiner Sicht sehr konservativen Drogenbegriff arbeiten. Für mich wesentlich aktueller ist die Bezeichnung „Abhängigkeitserkrankungen“. Sie wissen, dass es in der Steiermark verdammt schwer ist eine Therapie zu finden bei einem Therapeuten, der zum Beispiel auf Spielsucht spezialisiert ist. Da gibt es kaum Leute, die das können. Es gibt dazu kaum wissenschaftliche Literatur. Und die Familien, die einen Spieler in der Familie oder im Freundeskreis haben, wissen, dass es dann sehr schnell zu Delinquenz bis hin zu massiven Beeinträchtigungen des Zusammenlebens kommt. Dass das ein Resultat ist, das ist auch ein Teil der Realität. Das heißt, ich wünsche mir eine Erweiterung von dieser Drogen-debatte in Richtung Abhängigkeitserkrankungen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass diese so genannten nicht substanzgebundenen Süchte, wie zum Beispiel Essstörungen, Essbrechstörungen bei jungen Frauen und teilweise jungen Männern einfach auch ein gesellschaftliches Phänomen sind, über das man sich nicht drüber hinwegschwindeln sollte, indem man auf den spektakuläreren Bereich der so genannten illegalen Drogen hinschaut.

Insgesamt, um das Thema aufzugreifen, wie es vorher angezogen worden ist, ich sehe den Bereich Umgehen mit Abhängigkeitserkrankungen in der Steiermark nur dann erfolgreich, wenn die ÖVP und die SPÖ bereit sind, da tatsächlich zusammenzuarbeiten. Und das heißt, dass man eben bereit sein muss, das derzeitige Spiel der Kräfte, wo wir in der Proporzregierung de facto eine schwarz-blaue Koalition haben und die SPÖ da immer wieder gegen eine Mauer anrennt, dass man zumindest einmal bei diesem Themenbereich, aber auch bei anderen Themenbereichen, diese sehr seltsame Art des politischen Miteinanderumgehens aufmacht.

Und da braucht es eine Kooperation zwischen dem Jugend- und Personallandesrat und dem Gesundheitslandesrat und ich halte es für absolut bedenklich, wenn man diese Debatte zu einer sicherheitspolitischen Debatte macht, wo man eigentlich nur mehr über Exekutiveinsätze redet beziehungsweise zu einer Sozialhilfedebatte, was absolut absurd ist, weil Sie – ich spreche jetzt die Freiheitliche Partei an – sehr genau wissen, dass man als Nicht-EU-Bürger und -Bürgerin in der Steiermark kaum Zugang zu Sozialhilfemitteln hat und dass die Personen, die Zugang haben, ohnehin meistens nur die Hälfte vom Richtsatz kriegen und die Spekulationen, die Sie da anstellen, die halte ich für aus der Luft gegriffen und für einfach aus einer populistischen Haltung kommend, die dem Thema sicher nichts Gutes tun.

Insgesamt jetzt der Zugang der Grünen zur Frage Sucht- und Abhängigkeitserkrankungen. Ich halte die Überlegung einer drogenfreien Steiermark für realitätsblind und aus dieser Realitätsblindheit heraus leider Gottes so gestaltet, dass sie eine echte Auseinandersetzung mit Sucht- und mit Abhängigkeitserkrankungen, mit den legalen und mit den illegalen Drogen de facto verhindert.

Was jetzt die Drogentoten betrifft auch noch einige Zahlen. Ich muss sie einfach nennen, weil sie immer wieder kolportiert werden, aber meistens in sehr falschen populistischen Zusammenhängen gebracht werden, in der Steiermark im letzten Jahr 1500 Tote auf Grund von Alkoholkonsum, 2000 Tote auf Grund von Nikotinkonsum und zwölf Tote auf Grund von Konsum von so genannten illegalen Drogen.

Ein Thema, das mir auch noch wichtig ist zu sagen, im Drogenkonzept des Landes, das dieser Landtag vor einem Jahr beschlossen hat, steht ein toller Satz drinnen, nämlich, dass die Stigmatisierung und Diskriminierung von Leuten, die Drogen verwenden, genau genommen auch eine – der Drogenbeauftragte schreibt – eine Noxe, also ein Gift ist. Ich glaube, aus dieser Haltung heraus kann man sehr gut einen Schwenk zur Bundesebene hin machen. Herr Landesrat Dörflinger, da teile ich Ihre Meinung. Der Bund investiert finanziell sehr, sehr wenig in

diesen Bereich, aber er hat über das Suchtmittelgesetz die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen für die Länder zu definieren. Und das, was ich als absolut problematisch sehe, ist, dass durch Novelle des Suchtmittelgesetzes die Grenzmenge reduziert wird von 5 Gramm auf 3 Gramm und mir kann keiner erzählen, gerade auch von der Freiheitlichen Partei, dass man dadurch wirklich die Drogengroßkriminalität in den Griff bekommt. Die Leute, die man da erwischt, das sind Leute, die ganz wenig von dieser Substanz an sich tragen, das sind Leute, die ganz unten in diesem Räderwerk sind. Die wirkliche Kriminalität, auch die Wirtschaftskriminalität, die in diesem Bereich sehr wohl vorhanden ist und das sage ich auch als Grüne, die wird man durch eine Einschränkung im Suchtmittelgesetz in diese Richtung nicht in den Griff bekommen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie der Justizminister und der Gesundheitsminister da eine Art von Abhängigkeitserkrankungspolitik machen, die auch entgegen der Meinung von Experten und Expertinnen aus allen möglichen parteipolitischen Lagern ist.

Ein Punkt noch, es wird jetzt ein Entschließungsantrag von der Freiheitlichen Partei eingebracht, da steht ein kleiner Hinweis zur Novelle zur Straßenverkehrsordnung drinnen. Das heißt konkret, wenn jemand von Ihnen Auto fährt und Sie werden von der Polizei aufgehalten unter dem Verdacht, dass Sie ein Suchtmittel, ein Suchtgift verwendet haben. Das sind laut Suchtmittelgesetz 250 Substanzen. Dieser Polizist kann Sie zwingen, eine Harn- oder Urinprobe abzugeben und sich dort, ohne dass Sie vorher irgend etwas gemacht haben, körperlich überprüfen zu lassen. Dieses Vorgehen wird von der Ärztekammer massiv beansprucht, weil es einfach gegen das Berufsethos von etwas überlegteren Medizinern und Medizinerinnen verstößt und dieses Vorgehen, das ja entgegen die Beweislastumkehr ist, wird auch vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, sprich von Minister Schüssel, beansprucht. Das ist leider derzeit der Stil der Debatte, wie in Österreich Abhängigkeitserkrankungs- und Suchtpolitik definiert wird, nämlich dass man über die Straßenverkehrsordnung probiert einen Bereich in den Griff zu kriegen, der ganz massiv gesellschaftspolitisch geprägt ist.

Ich möchte noch etwas zur Situation von Jugendlichen bezogen auf Suchtmittel sagen. Es stimmt tatsächlich, dass derzeit – und da möchte ich dem Herrn Kollegen Hamedl zustimmen – sehr junge Leute auch zu harten Drogen greifen und da gibt es eine Einzelfallevidenz, aber keine systematischen Untersuchungen, dass für sehr junge Leute Heroin oder Kokain auch bereits die Einstiegsdroge ist. Es gibt eine Einzelfallevidenz und die soll man nicht ignorieren. Das, was ich aber für absolut problematisch halte, ist, wenn ich sehe, wenn der öffentliche Raum für junge Leute eingeschränkt wird und wie schnell man kriminalisiert wird, wenn man als junger tätowierter Punk im Stadtpark sitzt und dort überhaupt nichts tut, wie schnell die Polizei kommt und da interveniert und sagt: „Zieh dich gefälligst an und was machst du eigentlich da?“ Ich glaube, genau dieses Einschränken von Freiräumen und von öffentlichem Raum für junge Leute und die Unterstellung, dass die grenzwertig unterwegs sind und delinquent unterwegs sind, das fordert einfach uns als Politiker und Politikerinnen auf, da sehr klar dagegen anzutreten. (Abg. Wiedner: „Jeder kann tun was er will!“)

Der Herr Abgeordnete Wiedner sagt gerade, jeder kann tun was er will. Wenn Sie glauben, dass man Repressionen und Stigmatisierungen in dem Bereich intervenieren kann, ist das eine sehr kostenintensive Sache und Sie werden aber dadurch den betroffenen Leuten sicher in keiner Weise behilflich sein.

Noch ein Punkt. Sie wissen, es gibt zum Glück seit längerem gesetzlich die Möglichkeit Therapie statt Strafe. Das ist ein Angebot der Resozialisierung, das ist ein Begriff, der bis jetzt noch nicht gefallen ist. Es ist ein Angebot, wo man ziemlich geeichte Therapeuten und Therapeutinnen braucht und es ist ein Angebot, das in der Steiermark Leute, die Drogenerfahrung machen, annehmen wollen, aber nicht annehmen können, weil es dafür einfach nicht ausreichend Therapieplätze gibt. Diese Leute stehen dann in der Warteschleife, kommen dann möglicherweise wieder in Richtung Drogenkonsum über Bekannte und den Freundeskreis in eine Spirale hinein, die man problemlos unterbinden könnte, wenn man in diesen Bereich ausreichend investieren würde.

Was jetzt die Situation in der Steiermark betrifft, ich möchte noch etwas zu den Profis sagen, die in diesem Bereich arbeiten. Die haben über weite Strecken unzumutbare Arbeitsbedingungen. Sie wissen, dass in einigen Projekten bereits Kündigungen ausgesprochen wurden und Sie können sich vorstellen, wie toll das ist, dort für die Sozialarbeiterinnen, für die Ärzte und Ärztinnen, für die Mediatorinnen in einem Milieu zu arbeiten, wo man ohnehin ziemlich geeicht sein muss, um das längere Zeit hindurch professionell zu machen und nicht genau zu wissen, ob man in ein, zwei Monaten noch einen Job hat oder nicht. Und gleichzeitig aber einen massiven politischen Druck haben, weil diese paar Einrichtungen in der Steiermark, die sollen ja alles Mögliche auf die Reihe bringen. Die sollen Elternarbeit machen, sie sollen Primär- und Sekundärprävention in guter Qualität machen. Sie werden aber gleichzeitig von politischer Seite durch eine sehr emotionelle und populistische Art der Debatte überhaupt nicht unterstützt, sondern massiv unter Druck gesetzt.

Sie wissen auch, dass es in der Steiermark üblich ist, dass Leute einen kalten Entzug machen. Das heißt, die Leute sind im Gefängnis, haben dort keine medizinische Betreuung, sitzen ihre Haftstrafe ab, kommen natürlich an die Substanzen nicht heran, also apropos Substitutionsprogramm und Sie können sich vorstellen, unter welchen unglaublichen körperlichen und seelischen Bedingungen die Leute dort die Haft hinter sich bringen müssen, weil es in der Steiermark einfach keine adäquate Therapie, also keine Entzugsmöglichkeit gibt, außer die zehn Tage, die man auf der Abteilung von Primarius Berthold in der Landesnervenklinik Sigmund Freud verbringen kann. Haftarbeit ist in der Steiermark absolut unüblich, obwohl es gefordert wird und die Arbeit in bestimmten Betrieben ist auch unüblich, obwohl das international einfach ein Standard ist. Das heißt, aus unserer Sicht wäre das notwendig, was wir im vorletzten Gesundheits-Ausschuss gefordert haben, nämlich dass sofort ein Unterausschuss zur Frage Abhängigkeitserkrankungen in der Steiermark eingesetzt wird. Wir haben damals Unterstützung von der SPÖ bekommen, damals leider nicht von der ÖVP und von den Freiheitlichen, mit dem Ziel, dass sich alle vier Landtagsfraktionen zusammen mit Fachleuten einmal überlegen, wie man das Drogenkonzept raschest umsetzen kann. Ich möchte dann dazu auch einen Entschließungsantrag einbringen.

Der zweite Punkt ist, was den Antrag der Freiheitlichen Partei betrifft, dem werden wir in einigen Punkten zustimmen, in den Punkten, die das Sozialhilfegesetz betreffen, ganz sicher nicht. Und Ihre Anmerkung, dass man ausländische Drogendealer raschest abschieben soll, wenn Sie sich vielleicht einmal Gefängnisse in Österreich anschauen würden, würden Sie sehen, dass es dort kaum ausländische Drogendealer gibt, weil man die ohnehin raschest abschiebt. Und ich halte es für absolut problematisch, diese Debatte mit so rassistischen Untertönen zu führen, wie das die Freiheitliche Partei in diesem Fall immer wieder macht. (Abg. Wiedner: „Ihr verschließt die Augen vor der Tatsache!“)

Der dritte Punkt, was die Drogenkoordinationsperson betrifft: Wir haben erstens einmal in Graz ein sehr gutes Beispiel. In Graz gibt es einen Drogenkoordinator, der auch auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung eingesetzt worden ist. Auf der Landesebene erwarten wir eine öffentliche Ausschreibung, wo sich natürlich auch Beamte und Beamtinnen aus dem Haus bewerben können. Der Herr Landesrat Schützenhöfer ist leider noch nicht da, wir erwarten vom Jugend- und Personallandesrat, dass er bereit ist, der Fachabteilung für das Gesundheitswesen für dieses Thema, das der ÖVP ein wichtiges Thema ist, weil sonst würde sie diese Dringliche Anfrage nicht einbringen, dass für diesen Drogenkoordinator ein zusätzlicher Dienstposten ins Leben gerufen wird. Es ist für mich nicht stimmig zu sagen, das soll eine Person aus der jetzigen bestehenden Fachabteilung machen. Das muss jedenfalls jemand von außen sein, der einfach auch professionelle Erfahrung hat, weil das ein sehr heikles Terrain ist, wenn man sich die Art der Debatte und auch die Berichterstattung anschaut.

Der letzte Punkt, was die Drogentherapiestation betrifft: Herr Landesrat Dörflinger, ich möchte darauf hinweisen, dass bei dieser Bürgerversammlung in Eggenberg auch unsere Gudrun Haberl, unsere grüne Gemeinderätin, dort gewesen ist und – als Oppositionspartei hat man es nicht immer leicht – sich sehr wohl bemüht hat da auch ein Klima aufzubereiten. Mein Zugang zu diesem Thema Drogentherapiestation in Graz-Umgebung oder in der Nähe von Graz wäre einfach, dass es wichtig wäre, von vornherein da mit allen Fraktionen Kontakt aufzunehmen und gleichzeitig diesen Bereich auch per Landtagsbeschluss finanziell abzusichern. Ich gehe davon aus, dass das ja auch die Intention von dem SPÖ-Antrag ist.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen, dass es in der Steiermark etliche Defizite gibt, auch wenn einige der Anträge heute mehrheitsfähig sein sollten. Und das, was für mich dringend notwendig wäre, wäre die Umsetzung und die Budgetierung des steirischen Drogenkonzeptes. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das ein Thema ist, das bereits im Konzept für die psychosoziale Versorgung in der Steiermark – das ist im Juni 1998 beschlossen worden – vorgekommen ist.

Ich möchte deswegen im Namen der Grünen den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Procedere für die Umsetzung des steirischen Drogenkonzeptes bis längstens Ende 2001 festzulegen, die erforderliche Budgetierung sicherzustellen sowie Fachleute und die Landtagsklubs dabei einzubeziehen.

Wir haben sehr bewusst einen eher organisationspolitischen oder strukturellen Zugang zu diesem Thema gewählt. Ich hoffe, dass wir Unterstützung von allen Landtagsfraktionen bekommen und die einzelnen Anträge, die von anderen Fraktionen kommen, da ist bei jedem Antrag etwas dabei, das wir von grüner Seite unterstützen können.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ich stark hoffe, dass diese Debatte zum Thema Abhängigkeits-erkrankungen im Landtag bei weitem nicht die letzte gewesen ist und dass man die konkrete Umsetzung, sprich öffentliche Ausschreibung eines Drogenkoordinators plus eine weitere Dienststelle, sprich die Umsetzung der Vorgaben im Drogenkonzept und als dritter Bereich diese Defizite, die ich angeführt habe, etwa Ausbau von Drogenstreetwork, Kontaktladen in Graz beziehungsweise Haftarbeit und Betriebsarbeit, dass das jetzt nicht Eintagsfliegen sind, die man auf Grund der politischen Berichterstattung jetzt einmal anzieht und die dann irgendwo wieder hinausflattern, sondern dass an diesen Themen wirklich kontinuierlich gearbeitet wird, und zwar wenn möglich parteienübergreifend. Ich denke, wie gesagt, das wäre eine wunderschöne Möglichkeit, dass die drei Regierungsparteien da einmal schauen, ob es nicht doch Formen der Kooperation gibt, auch wenn im letzten halben Jahr, speziell auch seit dem Budgetlandtag, da die Fronten zwischen Rot und Schwarz ziemlich verhärtet sind. Ich glaube auch, dass diese Debatte von Außenstehenden sehr, sehr kritisch beobachtet wird, von betroffenen Personen, von den Profis, die in diesem Bereich arbeiten, wie gesagt, unter teilweise unzumutbaren Rahmenbedingungen und nicht zuletzt auch von den Leuten, die sich da nicht zu Wort melden können, die aber in irgendeiner Form früher oder später auch persönlich mit dem Thema Drogen zu tun haben. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.43 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Nächste Wortmeldung dann Herr Abgeordneter Erlitz.

Abg. Lafer (16.43 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir haben in den letzten Tagen aus den Zeitungen entnehmen können, was sich im Bereich der Drogen abspielt und vor allem hier in Graz und das ist ja auch Grund und Anlass genug, einmal darüber im Landtag zu diskutieren und diese Thematik auch einmal politisch zu betrachten.

Herr Landesrat, ich habe deinen Ausführungen wirklich aufmerksam zugehört und muss feststellen, dass Teilbereiche mich auch etwas nachdenklich gestimmt haben.

Wenn es darum geht – ich möchte es ein bisschen zweiteilen jetzt – zum einen was die Drogentherapie-station betrifft, so glaube ich tatsächlich, dass es schwierig ist, genau in jenem Bereich eine entsprechende Station einzurichten, wo auch immer jetzt, sage ich einmal bewusst, weil das im Denken der Menschen einfach vermutlich eine gewisse Gefahr bedeutet und dass es hier gemeinsame Unternehmungen oder Feststellungen geben muss, damit sich das leichter umsetzen lässt. Davon bin ich überzeugt.

Aber ich glaube, dass es mit Nachdruck gemacht werden muss. Und da kann man politisch ohne weiters auch die Forderungen an den Tag legen und sagen, hier würde mehr Dampf nötig sein, damit man hier auch weiterkommt, um das einmal nicht polemisch zu betrachten.

Das Zweite, das mit dem Drogenkoordinator, würde ich einmal ein bisschen anders betrachten, und zwar insofern: Natürlich wird ein Drogenkoordinator gefordert. Ich hätte ja vor der Dringlichen Anfrage deine zwei Antworten auch schon geben können, die ja tatsächlich dann auch so gekommen sind, wie du sie gesagt hast. Zum einen, ich brauche eine Planstelle, damit ich einen Drogenkoordinator einsetzen kann, denn eine Lebensmittelberaterin oder wen auch sonst immer du da genannt hast, kann ich für diese Funktion nicht brauchen. Da sage ich ja, das stimmt. Allerdings müsste man auch damit rechnen, dass man in seinem personellen Bereich, den man politisch zu verantworten hat, auch einen natürlichen Abgang hat und sehr wohl die Möglichkeit besteht, hier einen einzigen für einen Drogenkoordinator, das heißt einen Fachmann dazu zu bestimmen und einzustellen. Also daran kann es bei Gott nicht scheitern. Da würde ich eher sagen, das ist politisch ein bisschen stümperhaft argumentiert, aber bitte.

Die zweite Geschichte, die Millionen Schilling, die hier verlangt werden. Es ist ja keine Frage, wenn ich heute zwar in der Regierung sitze, aber trotz alledem eine Oppositionspolitik betreibe und bei jeder Gelegenheit dann auch trachte Geld zu verlangen oder immer wieder zu sagen, na selbstverständlich, der Antrag ist wirklich gut, aber ihr müsst mich mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten, dann kennen wir das auch schon. Ich gehe einmal davon aus, dass wir das auch bis zum Ende der Legislaturperiode hören werden.

An dieser Sachlage wird sich nichts ändern, denn wir haben uns dazu verschworen, eine Budgetpolitik zu betreiben, die ehrlich ist und die vor allem auf ein Nulldefizit aus ist.

Die zweite Seite, die natürlich hier auch zu betrachten ist, ist jene, dass es im Bereich der Exekutive tatsächlich zu Einschränkungen gekommen ist, zu Einsparungen im personellen Bereich. Und das ist die Tragik, die damit verbunden ist. Wenn hier angeführt worden ist vom Herrn Landesrat, es gibt in der Steiermark oder es sollten 140 Kriminalbeamte zur Verfügung stehen, so mag das schon stimmen. Das ist der Wunsch, dass dort so viele Leute kommen sollten. Allerdings gibt es keinen einzigen Bewertungsschlüssel dafür, dass es 140 sein müssen, weil in Wahrheit sind es um 30 weniger, wurde richtig ausgeführt.

Das sind aber nicht die einzigen beim Landesgendarmeriekommando, die sich mit der Drogenproblematik befassen, Herr Landesrat, sondern man muss davon ausgehen, dass es in den Bezirken draußen auch Beamte gibt, die voll ausgebildet sind in Bezug auf die Drogenproblematik und Suchtgiftproblematik und die hier auch eingesetzt werden können. In den Bezirken der Steiermark wird hervorragend von den Ermittlungsgruppen die entsprechende Arbeit geleistet, damit Straftaten aufgeklärt werden können. Eines, was sie nicht können – und da muss ich wieder zustimmen –, ist die Prävention. Prävention ist unter der Voraussetzung oder von der Tatsache ausgehend, dass einfach das nötige Personal nicht vorhanden ist, nicht mehr möglich.

Ich habe heute schon in einem Tagesordnungspunkt angesprochen, dass die Prävention für mich eine der wichtigsten Dinge überhaupt ist. Zum einen, um dem Sicherheitsgefühl gerecht zu werden. Zum zweiten aber auch, um strafbare Handlungen zu verhindern, so wie es die Aufgabe der Exekutive ist. Von dem ausgehend müssen wir oder sind wir auch aufgefordert, die Bundesregierung und vor allem den Herrn Innenminister aufzufordern, für dieses Problem, das von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr größer wird, einfach mehr Leute zur Verfügung zu stellen.

Es kann nicht sein, dass man jenen Weg weiter beschreitet, der im Jahre 1994/1995 seinen Ausgang hatte, indem der rote Innenminister Planstellen und Überstunden eingespart hat, sondern man muss sich einmal auch auf die Daten und Statistiken, die es hier von Seiten des Innenministeriums gibt, beziehen und auch dementsprechend darauf reagieren. Wenn die Frau Abgeordnete Zitz hier Dinge angeführt hat, dann würde ich ihr einmal empfehlen, einen solchen Sicherheitsbericht zu lesen und dessen Inhalt auch ernst zu nehmen, denn der sagt eindeutig, dass die Kriminalität von Ausländern vor allem im Drogenbereich im starken Steigen begriffen ist und wenn Sie einmal schriftliche Anfragen des Parlaments durchlesen, dann werden Sie darauf kommen, dass die ausländische Täteranzahl, vor allem im Suchtgift- und Drogenbereich im ständigen Steigen ist. Das ist in Wahrheit ja auch das Problem, das wir in Graz haben, denn hier ist festzustellen, dass die Drogenhändler vorwiegend aus dem Bereich, wo die Schwarzafrikaner herkommen, im Steigen begriffen ist. Im Steigen deshalb, weil Wien in dieser Hinsicht wirklich besser überwacht und überprüft werden kann als Graz und dadurch der Auszug der Drogendealer von Wien nach Graz möglich war und möglich geworden ist. Das ist nämlich die Geschichte dabei, dass in Graz die so genannten Streetrunner, die so genannten harmlosen Straßenverkäufer ausgeschickt werden und ihr Geschäft, den todsicheren Drogennachschub, wirklich hervorragend organisieren. Das einzige, was dabei bedenklich ist, dass Drogenkonsum immer mehr auf jüngere Menschen, auf Jugendliche und Kinder zurückgeht und dahin gehend muss man sich zum einen gesellschaftspolitisch Gedanken machen und zum anderen auch Gedanken machen, wie wir diese Kriminalität beziehungsweise Sucht in den Griff bekommen können. Gesellschaftspolitisch deswegen, und hier kann ich mit Sicherheit aus meiner Vergangenheit, aus meiner Tätigkeit meines Berufes sprechen, dass bei einer Drogenrazzia einmal 64 Jugendliche ausgeforscht werden konnten, die Suchtmittel genommen hatten. Nicht nur, dass das strafbar ist und dass man diese jungen

Menschen vor den Richter gezerrt und angezeigt hat, weil sie einfach nach den Bestimmungen des Gesetzes straffällig geworden sind, sondern auch die Tatsache der Hinterfragung, wieso junge Menschen das machen. Und es ist ein sehr erschreckendes Bild, das sich hier familien- und gesellschaftspolitisch geboten hat, wenn junge Schüler dann zur Antwort geben, wenn sie mit ihren Eltern sprechen wollten, haben sie von ihren Eltern Geld in die Hand gedrückt bekommen und es wurde gesagt: „Liebe Kinder, kauft euch etwas damit, aber ich habe keine Zeit.“ Dies ist auf den Umstand zurückzuführen, dass meistens beide Elternteile berufstätig sind und genau in jenem Alter, wo Kinder des besonderen Schutzes der Familie bedürfen, keine Hilfe aus der Familie erhalten. Dahin gehend ist auch das Abgleiten in die Drogenkriminalität, in die Drogensucht wesentlich größer geworden, weil wenn sich niemand um unsere Jugend, um unsere Kinder kümmert, dann werden sie natürlich dazu verleitet, auch in den so genannten kriminellen Bereich abzuwandern. Das sind nämlich die tatsächlichen Dinge, die man hier auch einmal darlegen muss und es geht, wenn einer als Exekutivbeamter tätig ist, nicht darum, dass man jetzt strafbare Taten immer aufklären muss, damit dem Gesetze Genüge getan wird, sondern man sollte auch die Hintergründe beleuchten, wieso es tatsächlich dazu gekommen ist. Und hier gilt vor allem der Begriff der Prävention als einer, wo ich glaube, dass die Politik auch den Auftrag hat, diesem Begriff wirklich mehr Beachtung zu schenken und dem auch nachzukommen. Prävention fängt für mich nicht nur im Kindergarten an, wie der Herr Landesrat das vorhin gesagt hat, sondern müsste in der Schule ständig durchgeführt werden und begleitend bis ins Berufsleben sein. (Abg. Gross: „Herr Kollege Lafer, mit einem Geld jederzeit!“) Ja, man muss auch einmal mit diesen finanziellen Mitteln, die man zur Verfügung hat, auskommen und nicht immer nur nach mehr Geld schreiben. So kann es nicht sein.

Frau Kollegin, ich akzeptiere und respektiere das, was Sie machen, das ist eine hervorragende Tätigkeit, aber Sie können sich nicht darauf beschränken und schreien, ich will mehr Geld. Das wird im Leben nicht funktionieren und das wissen Sie ganz genau. Es muss auch andere Möglichkeiten geben, damit man diesen Bedürfnissen nachkommt und hier einmal die erforderlichen Taten setzt.

Wir haben das auch im Zuge eines Entschließungsantrages eingeschlossen, den der Kollege Wiedner dann vorbringen wird und ich bin überzeugt davon, dass Sie genau jener Argumentation, die ich Ihnen jetzt gesagt habe, zustimmen können, auch wenn die Frau Zitz gesagt hat, sie kann dem einen oder anderen Bereich nicht zustimmen, ob es um die Sozialgesetzgebung geht, aber das haben wir von Haus aus gewusst, dass wir in diesem Bereich die Zustimmung von Ihnen nicht bekommen. Aber ich sage trotzdem mit aller Deutlichkeit noch einmal, gerade in jenem Bereich, wo es die ungerechtesten Ansätze überhaupt gibt, sind wir bemüht und müssen wir bemüht sein, damit es wirklich einmal zu einer Gleichstellung und zu einer Gerechtigkeit für jeden, der davon betroffen ist, kommt. Ihre Aussage, dass Ausländer entweder gar nichts oder nur die Hälfte von dem bekommen, was an sozialen Mitteln zur Verfügung steht, das finde ich ein bisschen übertrieben, weil ich glaube, dass die Ausländer genau diejenigen sind, die sich in Österreich sehr wohl und ganz gut bei den österreichischen Gesetzen auskennen und genau wissen, wo jeder Schilling zu lukrieren ist. Das kann ich Ihnen beweisen, die kennen das Recht besser als jeder Österreicher, das muss man einmal feststellen.

Das andere ist, um eben gerade in diesem Bereich wirklich hervorragend tätig zu werden, möchte ich sagen, dass unter dieser schwarz-blauen Koalition schon einiges passiert ist und ich möchte darauf hinweisen, dass es gerade dank unseres Justizministers Böhmendorfer einiges gegeben hat, was er zustande gebracht hat, und zwar dass zumindest einmal die Strafmaßnahmen gegen die Drogendealer verschärft worden sind. Das habe ich als ausgesprochen wichtig empfunden und ich stehe voll hinter dieser Maßnahme. Lebenslang für Drogenbosse kann nur eines sein, es kann hier keine Liberalisierung, keine Aufweichung stattfinden und es kann ja nicht sein, dass sich jene, die sich an unseren Kindern, unseren Jugendlichen vergreifen, dafür nur für kurze Zeit bestraft werden, sondern die gehören hinter Schloss und Riegel, so wie es vorgesehen ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Weitere ist auch, dass man im Bereich der Grenzmengeverordnung der Suchtgifte hier die entsprechenden Schritte gesetzt hat, damit dieses freizügige Herumtragen und Handeln des Suchtgiftes nicht unter den strafbaren Begriff fällt, dass man hier wieder eine notwendige Novellierung vorgenommen hat, das kann man mehr als nur begrüßen. Ich bin auch informiert worden, dass es im Gesundheits- und Sozialbereich einiges in nächster Zeit geben wird, das sich mit der Problematik der Drogen befasst und dass hier die entsprechenden rechtlichen Schritte eingeleitet werden, damit es im österreichischen Parlament, was ja auch Angelegenheit des Bundes oder Bundessache ist, beschlossen werden kann. Was aber noch wichtig ist und das möchte ich zum Abschluss schon anführen, dass wir gerade in jenem Bereich, der die Drogenproblematik, die Drogensucht, die Drogenkriminalität betrifft, eine besonders starke offensiv auftretende Exekutive an den offenen Plätzen und in den kritischen Zonen in der Steiermark, aber vorwiegend in der Stadt Graz brauchen und kein freies Revier für die Drogendealer. Ich bin 100-prozentig davon überzeugt, die besten Konzepte, die schönsten Beschlüsse, das schärfste Strafrecht hilft wenig, wenn es nicht vor Ort tatsächlich exekutiert werden kann.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, glaube ich, dass wir alles unternehmen müssen, damit wir unserer Jugend eine Zukunft bieten können, denn die Jugend ist die Zukunft auch für uns selbst. Für das treten wir Freiheitlichen in erster Linie ein und ich bin absolut davon überzeugt, wenn Sie sich unseren Entschließungsantrag, den der Kollege Wiedner dann einbringen wird, genauer anschauen, werden Sie keine andere Möglichkeit haben, als unserem Antrag zuzustimmen und um das bitte ich Sie auch. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erlitz. Ich erteile ihm das Wort, danach Herrn Abg. Forenbacher.

Abg. Mag. Erlitz (16.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auf Grund der umfassenden und substanziellen und ich würde vor allem sagen Betroffenheit erzeugenden Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Dörflinger verzichte ich auf meinen Beitrag und möchte nur zwei Unselbstständige Entschließungsanträge einbringen. Ich möchte aber schon festhalten, dass diese komplexe Problematik der Drogenprävention, der Drogentherapie, der Drogenkriminalität tatsächlich nur gemeinsam zu lösen ist. Gegenseitige Schuldzuweisungen oder Absichten, daraus politisches Kleingeld schlagen zu wollen, bringen vor allem den Betroffenen überhaupt nichts. Daher appelliere ich noch einmal im Sinne der Wortmeldung von Landesrat Dörflinger an alle Fraktionen, das Gemeinsame in diesem Fall vor das Trennende zu stellen und im Sinne der Menschen, die rasch Hilfe brauchen, hier die fehlenden Voraussetzungen zu treffen, um die notwendigen Einrichtungen zu schaffen.

In diesem Sinne darf ich zwei Entschließungsanträge hier einbringen. Den ersten betreffend Drogentherapiestation.

Bis zum heutigen Tag werden Drogenpatienten in der Einrichtung des Alkohol- und Suchtprimariats des Landesnervenkrankenhauses behandelt. Die ständig steigende Zahl der Konsumenten, Konsumentinnen illegaler Drogen, vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, hat in der derzeitigen stationären Behandlung im LNKH zu einer kritischen Situation geführt. Infolge der hohen Absolutzahlen kann derzeit nur eine fünf bis zehn Tage dauernde Entgiftung als Notmaßnahme angeboten werden.

Für Abhängige, die eine Therapie auf sich nehmen möchten, besteht derzeit für steirische Patienten, Patientinnen ausschließlich die Möglichkeit in Niederösterreich beim „Grünen Kreis“ eine mindestens einjährige Therapie zu erhalten. Therapiewillige müssen häufig eine Wartezeit bis zu einem Jahr in Kauf nehmen.

Das Steirische Drogenkonzept unterstreicht die Wichtigkeit der Gleichbeachtung der vier Säulen der Drogenpolitik: Prävention, Therapie, soziale Maßnahmen und Sicherheit. Die steirische Drogenpolitik verfolgt seit Jahren die im Konzept definierten Ziele. Der auf Basis dieser Ziele erstellte Suchtgiftbericht 2000 stellt fest, dass die Schaffung einer stationären Drogenbehandlungsmöglichkeit durch das Projekt „Walk about“ eine dringend notwendige Maßnahme ist.

Nach umfangreichen Vorarbeiten und nach einer mit großen Schwierigkeiten verbundenen Standortsuche wurden die vor einem Jahr begonnenen Vorgespräche mit einem privaten Träger abgeschlossen. Die Realisierung ist an der Finanzierung – zumindest bisher – gescheitert.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Errichtung einer Drogentherapiestation Mittel in Höhe von 40 Millionen Schilling bereitzustellen oder dieses Projekt im Rahmen des Programms „Förderung von Investitionen mit Fremdfinanzierung“, kurz „PFIFF“ bezeichnet, zu finanzieren.

Das ist der eine Antrag und der zweite, den ich hier anschließen darf, betrifft den Drogenkoordinator.

Seit Jahren übt Herr Primarius Dr. Joachim Berthold für das Land Steiermark die Funktion eines Suchtbeauftragten aus. Aufgabe eines Suchtbeauftragten ist es, die Drogenpolitik gemeinsam mit dem zuständigen politischen Referenten zu gestalten, Drogenkonzepte zu entwickeln, Ansprechperson für die Medien zu sein und die Steiermark bei Experten-, Expertintentreffen zu vertreten.

Das Land Steiermark gibt beinahe die Hälfte des zur Verfügung stehenden Gesundheitsvorsorgebudgets für Aufgaben der Primärprävention, für Beratungs- und Behandlungsangebote sowie für psychosoziale Maßnahmen im Bereich der Suchtarbeit aus. Dies ist auch absolut notwendig, da Abhängigkeitserkrankungen im „legalen Bereich“ (2000 Steirer, Steirerinnen sterben jährlich an den Folgen von Nikotin und ebenso zirka 1500 an den Folgen von Alkohol) als auch im Bereich der illegalen Drogen enorm angestiegen sind. 13 Prozent der Bevölkerung pflegt risikohaften Umgang mit Alkohol, 30 bis 40 Prozent sind nikotinabhängig. Weiters gab es im Jahre 2000 zwölf Drogentote, wie wir schon leider vernehmen mussten, auf Grund illegaler Suchtmittel. Gegenstrategien des Landes müssen koordiniert verlaufen.

Aufgabe eines Drogenkoordinators ist es, die Koordination von stationären, halbstationären und ambulanten Behandlungsmöglichkeiten in der Steiermark sicherzustellen sowohl für legale als auch für illegale Drogen. Die Umsetzung des Drogenkonzepts, das von allen Parteien im Landtag mit beschlossen wurde, erfordert dringend die Installierung eines Koordinators, einer Koordinatorin für diesen Bereich.

Die Steiermark ist das einzige Bundesland in Österreich, das über keinen Drogenkoordinator verfügt. In anderen Bundesländern haben die Drogenkoordinatoren oder -koordinatorinnen eigene Büros mit mehreren Mitarbeitern. In Wien zum Beispiel neun, in Oberösterreich fünf.

Für diese Tätigkeit bedarf es einer qualifizierten Person, die dem von der Fachabteilung für das Gesundheitswesen ausgearbeiteten Anforderungsprofil entspricht.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, anhand des der Rechtsabteilung 1 vorliegenden Anforderungsprofils den Dienstposten eines Drogenkoordinators für das Land Steiermark vorzusehen sowie öffentlich auszuschreiben oder intern zu besetzen. Ich bitte um Annahme dieser Anträge. (Beifall bei der SPÖ. – 17.02 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Dr. Forenbacher.

Ich darf aber jetzt zuerst, bevor Herr Abgeordneter Forenbacher zu Wort kommt, eine Gruppe von 14 Kindern aus Tschernobyl, begleitet von Betreuern aus Weißrußland und vom Herrn Helmut Mitterlehner sehr herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Abgeordneter Forenbacher ist am Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (17.03 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, meine Damen und Herren!

Wir haben in den vorhergehenden Wortmeldungen gehört, die Steiermark ist keine Insel der Seligen mehr. Das Problem der Suchtkrankheit ist sicherlich ein gesellschaftspolitisches Problem. Es spielen vielfältige Faktoren hinein. Das Zerbrechen der Familie, Angstzustände, Stressfaktoren. Diese Umstände führen dazu, dass sich der Mensch schlecht fühlt und er sucht einen Ausweg und er greift zu Substanzen. Das können Beruhigungstabletten, Opiate, Alkohol, Halluzinogene, Aufputzmittel sein. Diese Substanzen schaffen kurzfristig eine Verbesserung, führen aber dazu, dass der Mensch immer wieder zu diesen Drogen greift und schließlich kommt es zur Toleranzentwicklung, er braucht immer mehr, um diesen Zustand zu erreichen.

Sammeln von Grenzerfahrungen ist in der Adoleszenz ein durchaus normaler Vorgang, aber je jünger und unerfahrener der Kontakt mit diesen Substanzen erfolgt, umso größer ist die Gefahr. Nachdem Suchtprozesse chronische Prozesse sind, begleiten sie den Menschen ein Leben lang.

Durch dieses multifaktorelle Entstehen der Suchtkrankheit kann es kein allein wirksames Therapiekonzept geben. Die Therapie muss sowohl im körperlichen, im seelischen Bereich und im sozialen Umfeld stattfinden.

Primäres Therapieziel dabei ist das Leben zu erhalten. Dazu zählen bei schlechter Motivierten Wärmestuben, Schlupfhäuser, Spritzenaustauschprogramme. Für besser Motivierte brauchen wir stationäre Therapieformen. Für Grenzgänger, die von sich aus keine Angebote nutzen, ist der aufsuchende Sozialarbeiter, die aufsuchende Sozialarbeiterin, Stichwort Streetworker, notwendig.

Am leichtesten fallen die Änderungen im sozialen Umfeld. Es gibt gute Erfahrung mit der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess – AMS, Caritas, BFI. Die soziale Reintegration bringt auch eine bessere Prognose für die Entwöhnung. Als Übergangslösung, aber nur als Übergangslösung stehen Substitutionsprogramme zur Verfügung. Damit können Drogentote reduziert werden, in Einzelfällen sogar Drogenfreiheit erreicht werden.

Das Ziel sollte ja überhaupt Drogenfreiheit sein. Dazu benötigen wir die schon mehrfach angesprochene Therapiestation. Meine Damen und Herren, die Situation ist ernst. Aber aus den vergangenen Wortmeldungen habe ich einen breiten Konsens aller Fraktionen hier im Hohen Haus gehört. Ich bin einigermaßen optimistisch, dass wir gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen. Es ist ja oft so gewesen, dass ich am Abend diesen Landtag verlassen habe und mir gedacht habe, was haben die vergangenen Stunden an Fortschritt gebracht? Heute habe ich dieses Gefühl nicht. Ich glaube, wir kommen ein gutes Stück in dieser schwierigen Materie weiter.

Ich möchte namens meiner Fraktion einen Entschließungsantrag vorbringen, der von den Abgeordneten Hamedl, Bacher, Mag. Drexler und Dr. Forenbacher eingebracht wurde.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens das steirische Drogenkonzept, welches am 20. Juni 2000 vom Landtag beschlossen wurde, endlich umzusetzen und dazu einen Drogenkoordinator auf Landesebene aus dem Bereich der Fachabteilung für Gesundheitswesen einzusetzen – als Voraussetzung ist natürlich eine entsprechende Stellenbeschreibung und ein Anforderungsprofil zu erstellen, zweitens das Drogensubstitutionsprogramm raschestmöglich zu evaluieren, drittens den Arbeitskreis Suchtprävention als zentrale Koordinierungsstelle des Landes Steiermark dahin gehend zu erweitern, dass diesem auch der zu besetzende Drogenkoordinator angehören soll – wir haben schon gehört Kinder- und Jugendanwalt sind bereits integriert, viertens baldigst einen allgemein akzeptierten Standort für eine Drogentherapiestation vorzuschlagen sowie fünftens dem Landtag jährlich einen umfassenden Drogenbericht, wie in anderen Bundesländern, vorzulegen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.09 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (17.09 Uhr): Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung!

Zu dieser Dringlichen Anfrage und zu diesem Thema Drogen habe ich bereits am Vormittag meine Ausführungen gebracht und ich brauche dem eigentlich nichts mehr Wesentliches hinzuzufügen. Es war unsere Stoßrichtung eine vollkommen andere, es geht uns hier darum, den Verkauf und das Dealen in den Griff zu bekommen und später die Reparatur, wobei die Reparatur eine ganz wichtige und entscheidende Maßnahme ist und ich darf dir, Herr Landesrat Dörflinger, wirklich auch für die sachliche Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage danken. Sie hat sehr, sehr wichtige Inhalte gehabt.

Ich bin aber einer Sache nachgegangen, Herr Kollege Grabner, weil du gesagt hast, ich erzähle hier etwas, was der Herr Justizminister macht und auf EU-Ebene wird das dann nicht umgesetzt. Wir haben extra in Wien angerufen und haben nachrecherchiert, es war nicht recherchierbar, dass es diese Aussage in dieser Form gegeben hat. Ich würde bitten, dass du mir das vielleicht einmal bringst. Aber jedenfalls war es in dieser Form nicht und wenn er auf Bundesebene die Maßnahmen einleitet und macht, wird er doch nicht hergehen und auf

Europaebene das ändern. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Sollte man meinen!“) Sollte man meinen, du hast Recht. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „So ist es!“) Man muss einmal genau die Inhalte anschauen, die Schlagzeilen und Überschriften sind zu wenig. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Nein, nein, das war keine Schlagzeile! Vorige Woche war in der ‚Kleinen Zeitung‘ ein Bericht über seine Aussage!“) Ja, schauen wir uns dann an.

Herr Kollege Hamedl, du hast gesagt, ich bin nicht objektiv. Ich weiß nicht, was du damit gemeint hast, dass ich nicht objektiv bin. Ich habe die Zahlen, wie sie da sind, dargelegt und für mich war halt der eine Bereich der bedrohlichere als der andere. Wenn wir jetzt von objektiv reden, ich habe mir alle Anträge unserer Fraktion im Grazer Gemeinderat kommen lassen. Gescheite, notwendige, wichtige Sachen. Weißt du, wer immer gegen diese notwendigen Sachen gestimmt hat? Die ÖVP auch im Grazer Gemeinderat, neben allen anderen. Also, wenn wir schon objektiv sind, dann müssen wir das auch sehen.

Für uns das große Problem sind die Händler, die Dealer und ich vermisse – Frau Kollegin Zitz, ich weiß nicht, ob sie noch da ist (Abg. Mag. Zitz: „Da bin ich, da bin ich!“) – ah, Entschuldigung. Frau Kollegin Zitz, ich habe vermisst – und ich habe wirklich aufgepasst bei Ihnen – irgendeinen Lösungsansatz. Sie haben eigentlich keinen Lösungsansatz gebracht. Sie haben innerhalb Ihrer 20 Minuten, die Sie ausgenützt haben, eine Meisterleistung insofern hingelegt, als Sie alles entschuldigt haben, als Sie eigentlich Wegschauen propagiert haben und keine Lösungen angeboten haben. Ich glaube, das ist kein Thema zum Wegschauen, sondern das ist ein Thema zum Anpacken und zum Lösen und für mich ist es kein Problem zu sagen, es gibt zu viele Grenzen, es gibt zu viele Einschränkungen. Ich glaube, bei diesem Thema muss es Grenzen, muss es Einschränkung geben und das Problem muss in den Griff zu bekommen sein. Ich bin dafür, dass man das Ganze bei der Wurzel anpackt, weil sonst ist es zu spät. Pflaster verteilen ist zu spät, ich muss schauen, dass ich den Unfall verhindere.

Zu diesem Zweck haben wir einen sehr breit gefächerten Unselbstständigen Entschließungsantrag vorbereitet, den ich jetzt einbringen möchte. Der Entschließungsantrag wird getragen von allen Abgeordneten der Freiheitlichen Partei.

Im ersten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration unter dem Punkt „Drogenbekämpfung durch Strafverfolgung“ ist eine Aussage von Innenminister Strasser über aktuelle österreichische Erfahrungen im Bereich Drogenhandel beziehungsweise Drogenkriminalität zu finden, wonach die sichergestellte Menge von Heroin um 300 Prozent, jene von Ecstasy um mehr als 400 Prozent angestiegen ist. Diese Entwicklung sollte für die Politiker sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene ein Zeichen sein, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen.

In Österreich wurde diesem Umstand dadurch Rechnung getragen, dass die Strafen für Drogendealer empfindlich erhöht und die erlaubten Grenz mengen gesenkt wurden. Justizminister Böhmendorfer hat somit auf die aktuelle Entwicklung völlig richtig reagiert. Auch Verkehrsministerin Forstinger ist gerade dabei eine Initiative bezüglich der Drogenproblematik im Straßenverkehr umzusetzen.

Ich verstehe Ihre Bedenken nicht, Frau Kollegin Zitz, auch bei Alkohol wird kontrolliert, wieso soll man bei Drogen dann nicht kontrollieren?

Von Seiten des Innenministeriums besteht hier noch massiver Handlungsbedarf, was die Anzahl der Drogenfahnder sowie deren Ausbildung und Ausrüstung betrifft. Und auch zum Innenministerium eine kurze Anmerkung. Jahrzehntlang war die SPÖ für das Innenministerium verantwortlich. Bereits in dieser Zeit hat man begonnen, die Gendarmerie und die Polizei systematisch auszuhungern und Dienstposten einzusparen. Also bitte nicht auf irgend jemand die Schuld zu schieben, man hat das jahrzehntlang verabsäumt, hier durch Maßnahmen bessere Zugriffsmöglichkeiten zu schaffen.

Auch im Bereich der Sozialhilfe wären entsprechende Maßnahmen dadurch zu setzen, dass Sozialhilfeempfänger, deren Lebensstandard in einem auffälligen Missverhältnis zum Einkommen steht, verstärkt im Hinblick auf illegale Einkünfte überprüft werden.

In einigen anderen Städten, zum Beispiel Wien, wurden bereits afrikanische Asylwerber, die Sozialhilfe bezogen, auf Grund ihres aufwändigen Lebensstandards als Drogendealer enttarnt.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Anzahl der Drogenfahnder zu erhöhen, diese besser zu schulen sowie für ihre schwierigen Aufgaben technisch und materiell bestmöglich auszurüsten, zweitens verstärkt für präventive Maßnahmen zu sorgen um zu verhindern, dass Personen, vor allem Kinder und Jugendliche, überhaupt zu Drogen jeglicher Art greifen sowie bei Jugendlichen ein Problem- beziehungsweise Unrechtsbewusstsein zu schaffen, was den Drogenkonsum betrifft. Hierbei sollen bei Jugendlichen akzeptierte Persönlichkeiten, zum Beispiel unserer Sportszene, ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und vor dem Missbrauch von Drogen warnen, drittens sicherzustellen, dass mit den Mitteln, die Land und Gemeinden für Sozialhilfe aufwenden, kein Missbrauch erfolgt und insbesondere Asylwerber aus Afrika, die durch aufwändigen Lebensstil auffallen und/oder einschlägig vorbestraft beziehungsweise der Polizei bereits bekannt sind, verstärkt überprüft werden, viertens dem Landtag eine Regierungsvorlage zum Steiermärkischen Sozialhilfegesetz vorzulegen, wonach für den Bezug der Sozialhilfe der tatsächliche Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde Grundvoraussetzung ist, um auch hier Missbrauchsmöglichkeiten einzudämmen und fünftens an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, ausländische Drogenhändler konsequent abzuschieben.

Ich glaube, das ist ein umfangreicher Antrag, der einiges an Lösungsmöglichkeiten bietet.

Eine weitere Lösungsmöglichkeit oder zumindest eine Diskussionsmöglichkeit über dieses entscheidende Thema möchte ich mit einem zweiten Entschließungsantrag bringen, der auch getragen ist von allen Abgeordneten der Freiheitlichen Partei.

Hier wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den vier im Landtag vertretenen Parteien eine Enquete zum Thema „Drogenproblematik in der Steiermark“ im Steiermärkischen Landtag abzuhalten.

Ich glaube, das Thema ist sehr wichtig und eine Enquete wäre auch eine Diskussionsform oder eine Diskussionsplattform dafür. (Beifall bei der FPÖ. – 17.19 Uhr.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl gemeldet. Kurz bitte.

Abg. Hamedl (17.19 Uhr): Herr Kollege Wiedner, weil du gesagt hast, was ich mit Objektivität gemeint habe. Du hast beim EU-Bericht gesagt, Schwarzafrikaner, du hast auch Zahlen genannt. Ich habe gemeint, um das objektiv darzustellen, muss man sagen, dass im Zeitraum 1997 bis 2000 in Graz 105 Schwarzafrikaner verhaftet wurden, 131 Österreicher und 79 Personen von verschiedenen anderen Ländern.

Das habe ich mit Objektivität gemeint. (17.19 Uhr.)

Präsident: So, die nächste Wortmeldung kommt jetzt vom Herrn Abgeordneten Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (17.19 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie sich zum Teil auf Ihren Plätzen und zum Teil in einer Reihe von lauschigen Diskussionsrunden befinden. (Präsident: „Darf ich die Damen und Herren bitten, die Plätze einzunehmen und nicht dieses Plenum als Konferenzraum für stehende Gespräche zu verwenden. Bitte fortzusetzen!“)

Herzlichen Dank. Herr Kollege Gennaro, bitte hinsetzen, dann geht das gleich viel besser.

Ich will an sich die Diskussion freilich nicht unnötig in die Länge ziehen. Es ist ja von einer Reihe von Rednern schon auf die Wichtigkeit des Themas hingewiesen worden. Nicht zuletzt auch von Landesrat Dörflinger, der ja versucht hat in einer sehr verbindlichen, ruhigen und auf Seriosität bedachten Art und Weise hier die einzelnen Fragen zu beantworten, sekundiert von seinem zum Hang zur trockenen Sachlichkeit ja bekannten Landesrat Flecker, der ja festgestellt hat, ein ernstes Thema für billige Parteipolitik würde hier durch uns missbraucht werden. Im Gegensatz dazu war natürlich die getragene Antwortrunde des Gesundheitslandesrates frei jeder derartiger parteipolitischer Polemik.

Ich möchte zu einigen Themen jetzt hier schon kurz noch etwas sagen. Erstens glaube ich, dass die Argumentationslinie, dass alles, was irgendwie nicht gelingt, dass alles, was nicht so zur Zufriedenheit gelöst werden kann, wie sich das manche vorstellen würden, darin begründet ist, dass es eine schwarz-blaue Bundesregierung gibt, die irgendwelche grauslichen Sachen macht, mit dieser Argumentation kann man nicht auf alle Ewigkeit hin sozusagen Untätigkeiten in eigenen Bereichen kaschieren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Ganz genau könnt ihr aber nicht zugehört haben, wirklich, auch wenn er sagt, dass das sachlich war!“) Wieso dieses nicht?

Der Punkt, es ist natürlich die ganze Zeit davon geredet worden, dass der Sicherheitsteil durch die schlimme Bundesregierung jetzt unsicherer ist, dass die Dienstposten nicht ausgeschöpft werden und dergleichen mehr. Das ist eben auch ein wichtiger Teil, gar keine Frage. Aber es ist nicht darauf eingegangen worden, warum es nun wirklich nicht den Drogenkoordinator gibt, warum es nun wirklich nicht diese Drogentherapiestation bereits gibt. (Abg. Gross: „Weil es der Landesrat Hirschmann nicht bewilligt hat!“) Das ist auch eine zu billige Argumentation. Wenn ich mir jetzt bei jedem Thema, das mir im Lande nicht passt, irgendeinen Koordinator, Anwalt oder sonst jemanden einfallen lasse oder ihn in einem Konzept vorfinde, dann brauche ich ja nicht jedesmal deswegen den Personalstand des Landes Steiermark aufstocken. Wir haben doch im Rahmen der Budgetdebatte gehört, wie viele Landesbedienstete es gibt. Wir wissen, wie viele KAGES-Bedienstete es gibt. Es wird doch wohl möglich sein unter diesen qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen des bestehenden Personalstandes sozusagen innerhalb von einigen Jahren jemanden zu finden, der die Funktion dieses Drogenkoordinators ausüben kann. Denn was steht denn in dem Konzept drinnen, was der tun soll? Da steht drinnen, die konkrete Umsetzung der Drogenpolitik ist die Aufgabe des Drogenkoordinators, dem auch die entsprechenden Möglichkeiten dazu geboten werden müssen.

Wir haben ja auch den Suchtbeauftragten, der sozusagen sich von der wissenschaftlichen Seite der ganzen Sache nähert. Der Drogenkoordinator, so wie ich das verstanden habe, ist ja offensichtlich mehr der Manager dieser Landesdrogenpolitik, wenn man so will. Und da wird es doch wohl möglich sein, jemanden in diesem Bereich zu finden, denn ganz kann man das sozusagen nicht gelten lassen, das ist jetzt seit etlichen Jahren Gegenstand von einem dicken Briefverkehr mit dem Personalreferenten und mehr fällt uns zu diesem Thema nicht ein.

Gleich ein zweiter Satz zu diesem hinlänglich besprochenen Thema mit dieser Drogentherapiestation. Nachdem ich selbst auch sieben Jahre lang in Eggenberg gewohnt habe, allerdings noch vor der Zeit dieser unseligen Diskussion – damit ich da nicht gleich in Verdacht gerate –, ist mir eines schon relativ klar in Erinnerung. Also bitte, dass jetzt die ÖVP des Bezirks Eggenberg in Graz daran schuld ist, dass das wichtige Projekt der Drogentherapiestation für die ganze Steiermark nicht funktioniert, also da wird die Rolle, glaube ich, bei aller

Wertschätzung für die Kollegen der Eggenberger ÖVP auch ein wenig überhöht. Denn soweit ich mich erinnere, ist Eggenberg nicht für eine eklatante ÖVP-Mehrheit im Übrigen bekannt und waren es ja nicht nur Funktionäre der ÖVP, die sich hier dagegen ausgesprochen haben. Denn bitte schön, wenn man schon diese Rolle so überbetont, dann ist eben schon auf den Brief des Bürgermeisters Stingl auch hinzuweisen, wo drinnen steht: „Bezugnehmend auf die auf verschiedenen Ebenen geführten Gespräche sowie unter Bezugnahme auf dein Schreiben“ – und so weiter – „betreffend die Errichtung einer Drogentherapiestation in Graz darf ich dich nunmehr auch auf diesem Wege“ – also es muss vorher andere Wege gegeben haben – „im Auftrag der Mitglieder der Grazer Stadtregierung“ – also nicht nur der ÖVP – „sowie der Klubvorsitzenden“ – also das sind auch mehrere – „der in der Stadtregierung vertretenen Fraktionen informieren, dass seitens der Stadt Graz dem beabsichtigten Standort in Graz-Eggenberg nicht zugestimmt werden kann!“

So, ist im Grunde vergessene Milch, über die diskutiert wird. Leider müssen wir feststellen, dass es noch immer keine derartige Therapiestation gibt.

Nur, bitte, das ist nun einmal ein Problem, dem sich politisch Verantwortliche in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder ausgesetzt gesehen haben, dass es gegen die Umsetzung auch von sinnvollen Projekten gelegentlich Widerstand gibt. Und der Auftrag ist dann natürlich der, auch trotz Widerstand und trotz der Tatsache, dass das niemand in seiner Nachbarschaft möglicherweise haben will, ein solches Projekt umzusetzen.

So ist natürlich auch die Anfrage des Kollegen Hamedl heute zu verstehen gewesen, nicht als bössartiger Untergriff, sondern als eine besorgte Frage, wann denn nun endlich sozusagen mit der Umsetzung in dem Zusammenhang zu rechnen ist.

Es ist ja einiges in dieser Debatte gesagt worden. Daher gäbe es natürlich auch aus meiner Sicht noch einiges zu sagen.

Ich darf vielleicht nur, weil die Kollegin Zitz auch das Zusammenspiel von Jugend- und Gesundheitslandesrat in dem Zusammenhang angesprochen hat respektive hat sie vielleicht in dieser Wortmeldung eher den Personallandesrat gemeint, in Zusammenhang mit der Personalzurverfügungstellung für diesen Drogenkoordinator. Nur, eines muss man schon auch feststellen, der Bereich der Drogenprävention, der Bereich VIVID ist in der Zeit, als Dörflinger Gesundheit- und Jugendlandesrat war, ebenso zwischen den beiden Ressorts irgendwie nicht geschwebt, aber er war eben einerseits zwar im Jugendbereich, aber war im Grunde auch dem Gesundheitsbereich zuzurechnen, alles klar. Nachdem das Jugendressort zu Landesrat Schützenhöfer gekommen ist, war die Frage, wo gehört das jetzt hin? Ist auf Wunsch von Landesrat Dörflinger so vereinbart worden, dass jetzt auch wieder dieser Bereich der Drogenprävention bei ihm ist. Insofern ist man hier auch, entgegen dem sonst oft behaupteten Machtrausch und anderer Dinge, den Wünschen entgegengekommen und kann nun natürlich auch zu Recht eine entsprechend effiziente und schlagkräftige Politik in dem Bereich der Drogenprävention einfordern.

Das umso mehr, als in den Bereich der Gesundheit ja auch die übliche Masche, dass sozusagen das Geld im Budget weniger geworden ist, auch wenn man den Voranschlag 2000 und den Voranschlag 2001 vergleicht, man dieses Argument nicht gelten lassen kann, weil hier in jedem Fall insgesamt mehr Geld zur Verfügung steht. Daher abschließend appelliere ich an alle und es hat sich ja jetzt hier schon einiges an möglicherweise vorhandener Konsensbereitschaft in der Debatte entwickelt, dass wir nun im Interesse der Betroffenen und im Interesse einer raschen Problemlösung und ich weiß auch so wie alle Kollegen meiner Fraktion, dass ein Gesundheitslandesrat allein das Problem da nicht lösen kann. Ich meine, das ist ja überhaupt gar keine Frage, dass man aber dennoch zumindest rasch Schritte in die Richtung setzt, dass man hier etwas zustande bringt. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt habe ich leider etwas vergessen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt da nämlich noch eine Änderung bei dem vom Kollegen Forenbacher eingebrachten Entschließungsantrag.

Und zwar im Punkt 4 des Antrages, da soll es jetzt heißen: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ... viertens baldigst einen allgemein akzeptierten Standort für eine Drogentherapiestation vorzuschlagen sowie die Finanzierung im Rahmen des „PFIFF“ sicherzustellen“, um hier auch den Argumenten, die hier gebracht worden sind, entgegenzukommen. Danke! (17.30 Uhr.)

Präsident: Die Frau Abgeordnete Zitz hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Mag. Zitz (17.30 Uhr): Ich ersuche bei den Anträgen von der ÖVP und von den Freiheitlichen um eine Abstimmung Punkt für Punkt. Danke schön! (17.30 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, es wurde hier bei den Anträgen der ÖVP und der Freiheitlichen eine punktuelle Abstimmung verlangt. Wenn Sie, meine Damen und Herren, damit einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist einstimmig angenommen.

Damit zur punktuellen Abstimmung dieser beiden Anträge. Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Drogenproblematik in der Steiermark, und zwar zu Punkt eins. Wer mit dem Punkt eins des ÖVP-Entschließungsantrages einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe.

Das war die mehrheitliche Annahme.

ÖVP-Antrag, Punkt zwei. Wenn Sie dem jetzt Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Einstimmige Annahme.

Punkt drei des ÖVP-Antrages. Bitte, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben ein Handzeichen zu geben.

Ebenfalls einstimmige Annahme.

Wir kommen damit zu Punkt vier des ÖVP-Antrages. Wenn Sie dem Punkt vier zustimmen, bitte ich Sie, ein Handzeichen zu geben.

Ebenfalls einstimmige Annahme.

Wir kommen damit zu Punkt fünf des ÖVP-Antrages. Wenn Sie dem die Zustimmung geben, bitte um ein Handzeichen.

Auch Punkt fünf wurde somit einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Drogen-therapiestation ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Drogenkoordinator ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung der FPÖ-Anträge betreffend Drogenproblematik.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Abhaltung einer Enquete zur Drogenproblematik in der Steiermark zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, jetzt geht es um den Entschließungsantrag der Freiheitlichen, betreffend Drogenproblematik, der punktuell abzustimmen ist.

Und zwar Punkt eins Entschließungsantrag der Freiheitlichen, Drogenproblematik. Wer dem die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Handzeichen. Bitte noch einmal, darf ich das sehen bitte?

Bitte? (Abg. Gross: „Ist das dieser Antrag, der früher vom Kollegen Wiedner beim Tagesordnungspunkt 3 eingebracht wurde?“)

Jawohl, das ist er. Damit bitte nochmals. Ich wiederhole jetzt. Es geht hier um den Entschließungsantrag der FPÖ, Drogenproblematik. Punktuelle Abstimmung. Wer dem Punkt eins zustimmt, bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Hat nicht die erforderliche ...

Entschuldigen Sie, das war jetzt eine Irritation meinerseits. Es war eine Zustimmung der Fraktion der ÖVP und FPÖ. (Abg. Wiedner: „Und teilweise SPÖ!“) Hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zum Punkt zwei des Antrages der FPÖ. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Punktes zwei.

Punkt drei, FPÖ-Antrag. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Punkt vier des FPÖ-Antrages. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Auch das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen damit zum Punkt fünf des FPÖ-Antrages. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Auch das ist die mehrheitliche Annahme.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich jetzt zum Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Umsetzung und Budgetierung des steirischen Drogenkonzeptes. Wenn Sie diesem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Nunmehr kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ, betreffend die Sicherung des Qualitätsstandards an steirischen Pflichtschulen an Landesrat Hermann Schützenhöfer. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kröpfl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Kröpfl.

Abg. Kröpfl (17.37 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, liebe Gäste im Zuschauerraum!

Bevor ich starte, möchte ich hier ein kleines Plakat aufhängen, das die ÖVP ungefähr vor einem Jahr in den Regionen gebracht hat. Zur Erinnerung hänge ich das da vorne her.

Auf diesem Plakat, meine Damen und Herren, ist genau das, was uns jetzt betrifft. Sie schreiben darauf: „Gruselpropaganda der SPÖ ist falsch. Kein Spital wird zugesperrt“ (Abg. Dr. Lopatka: „Wird eines zugesperrt?“) Und jetzt kommt es: „Kein Arbeitsplatz“ – höre zu – „geht verloren. Waltraud Klasnic. Deshalb Volkspartei, Liste 1!“

Stellen Sie sich nun vor, Sie hätten damals zu dieser Bevölkerungsgruppe gehört, die jährlich ab 1. Juli zittern muss, ob sie im Herbst wieder eine Anstellung bekommt oder nicht. (Abg. Bittmann: „Kein Arbeitsplatz im Spital geht verloren!“)

Wie würden Sie sich wohl bei einer bevorstehenden Wahl verhalten haben, wenn Ihnen der Landeshauptmann verspricht, dass Sie sich keine Sorgen machen müssen (Abg. Dr. Lopatka: „Du hast das Thema verfehlt. Es ist kein Spitalsthema!“), weil zumindest laut ÖVP-Plakat „Kein Arbeitsplatz geht verloren. Waltraud Klasnic!“ Natürlich würden Sie dieser Person, die Ihnen solch ein Versprechen gibt, das Vertrauen in Form Ihrer Stimme geschenkt haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir waren erfolgreich!“) Ich weiß schon, das regt dich auf, aber da kann man nichts machen. Das habt ihr plakatiert, und nicht wir. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir reden von den Lehrern!“) Warte, ich komme schon dazu. Warte ein bisschen, ich komme schon dazu.

Aber acht Monate später stellt sich heraus, dass dieses Versprechen für einen ganz anderen Arbeitsplatz gegolten hat, nicht für den meinen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr habt eine Obmann Diskussion!“) Acht Monate später stellt sich heraus, dass mein Arbeitsplatz im Herbst weggespart wird. (Glockenzeichen des Präsidenten! Präsident: „Am Wort ist bitte der Abgeordnete Kröpfl!“) Danke, Herr Präsident. Man sieht, wie aufgeregt man ist, wenn man mit der Wahrheit konfrontiert wird.

Bei mir und wahrscheinlich bei vielen der in diesem Saal Anwesenden würden sich natürlich Frustration, Enttäuschung, aber auch Ernüchterung breit machen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr seid frustriert!“)

Genauso wie Sie, verehrte Damen und Herren, und ich diese Situation empfinden würden, wenn Sie davon betroffen wären, empfinden es mehr als 380 Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer in der Steiermark.

Sehr geehrte Frau Präsidentin des Landesschulrates, Sie haben mindestens bei 380 jungen engagierten Menschen Enttäuschung ausgelöst. Sie haben, obwohl Ihnen schon bekannt war, dass die von Ihnen gewünschte Bundesregierung im Bildungsbereich einen Kahlschlag vornehmen wird, sehr einsatzbereiten Lehrerinnen und Lehrern Hoffnungen gemacht auf eine Weiterverwendung. Sie haben mit Ihren Versprechungen zwar – und da bin ich jetzt bei dem, was du gesagt hast – Landtagswahlen gewonnen, Sie haben aber mit Ihren jetzigen Haltungen, indem Sie sich in keiner Weise gegen die Maßnahmen der Bundesregierung wehren, jegliches Vertrauen verloren. (Abg. Dr. Lopatka: „Das werdet ihr nicht entscheiden!“)

Mit dem Herausdrängen von wahrscheinlich mehr als 380 Kolleginnen und Kollegen wird aber ganz entscheidend die Situation in unseren Pflichtschulen verschlechtert. Die Sorge um die Qualität der steirischen Schulen hat uns daher zu dieser Dringlichen Anfrage veranlasst. Wir Sozialdemokraten blicken mit großen Bedenken auf die Entwicklungen im Bildungsbereich. Seitdem diese FPÖ-ÖVP-Regierung am Werk ist, wird im Bildungsbereich auf Kosten unserer Kinder und unserer Jugend gewaltig eingespart. Es ist zu befürchten, dass auch bei den Schulen der Slogan „weniger Staat, mehr privat“ umgesetzt werden soll.

Als ersten Schritt zur Umsetzung dieses Zieles setzte diese Regierung eine so genannte Aufgabenreformkommission unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer ein. Ihre Vorschläge für eine Reform des öffentlichen Schulwesens sind erschreckend. Gleichzeitig entlarven sie auch diese Bundesregierung.

Nach der Auffassung dieser Kommission sollten im Sinne des – und da kommt ein ganz besonderes neues Wort – „New Public Management“ die Schulen aus der staatlichen Verwaltung entlassen und jeweils zu einem Einzelbetrieb umfunktioniert werden, die allesamt in eine Schulholding eingebracht werden. Zudem soll dieser ein Globalbudget zugewiesen werden. Außerdem soll nach Vorstellung der Kommission die Schulaufsicht durch Qualitätssysteme – was immer das auch sein möge – und Wirtschaftlichkeitsprüfungen ersetzt werden.

Meine Damen und Herren, anscheinend dienen die Schulsysteme in England und USA als große Vorbilder. Dort hat man auch sukzessive das öffentliche Schulwesen ausgehungert und kaputt gemacht und immer mehr Gelder in das private Schulwesen gesteckt. Damit wurde in diesen Ländern ein Zweiklassenschulsystem eingeführt. Eliteschulen für die Reichen und öffentliche Schulen ohne notwendige Ausstattungen und mit wenig Personal für die Armen. Diesen Weg darf Österreich nicht beschreiten! Wir dürfen nur wegen des Nulldefizitwahn unser international anerkanntes Schulsystem nicht aufgeben! Und wir müssen uns auch einem Bericht einer Aufgabenreformkommission, der eine Zerschlagung unseres Schulsystems beinhaltet, entgegenstellen! Bildung darf zu keinem Privileg für einige wenige werden! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialdemokraten fordern von dieser Bundesregierung ein klares und eindeutiges Bekenntnis zur Erhaltung des öffentlichen Schulwesens! Einen entsprechenden Entschließungsantrag, dem hoffentlich alle Parteien beitreten werden, werden wir noch einbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, um diese Sanktionen gegen die Jugend und gegen die österreichischen Lehrerinnen und Lehrer leichter durchzusetzen, hat diese Regierung wieder einmal ein bewährtes System eingesetzt. Von verschiedenen Seiten wurden die Kolleginnen und Kollegen schlecht gemacht, die österreichische Schule wurde in Misskredit gebracht, Lehrer wurden als notorische Nichtsteuer hingestellt und so weiter.

Aus den Äußerungen und Handlungen einiger Politiker ist die Richtung, die diese Regierung geht, ganz klar erkennbar. Allen jenen, die sich kritisch gegen die Sanktionen dieser Regierung gegen die Jugend wenden, macht man Angst. Man will sogar das Recht auf Streiks versagen und leitet, wie zum Beispiel in Kärnten, gegen aufmüpfige Lehrer und Lehrerinnen und Direktorinnen und Direktoren, die die Eltern informiert haben, Disziplinarverfahren ein.

In der Steiermark wählt man eine andere Methode. In der Steiermark setzt man auf Zeit. Wichtige Personalentscheidungen, die längst schon durch alle Gremien gegangen sind, werden nicht getroffen, nur weil sich bei den Ausscheidungsverfahren rote Bewerber durchgesetzt haben. So ist die Besetzung des Bezirksschulinspektorpostens von Graz-Umgebung II schon seit mehr als eineinhalb Jahren ausständig, obwohl es einen einstimmigen Kollegiumsbeschluss gibt. Auch der Bezirksschulinspektorposten von Fürstenfeld wird schon seit mehr als einem Jahr nicht ausgeschrieben. Ein interessantes Detail am Rande: Dort, wo die Farbe der Kandidaten passt, erfolgt eine Besetzung innerhalb von vier Monaten – geschehen bei der Besetzung des Bezirksschulinspektors Graz-Umgebung I. Wo die Farbe nicht ganz mitspielt, wie bei den erwähnten Beispielen, werden Anfragen und Briefe zwischen Wien und Graz hin- und hergeschickt – für mich eine reine Verzögerungstaktik.

Es stellen sich aber auch die Fragen, wollen die Präsidentin des Landesschulrates und der zuständige Landesrat diese Besetzungen nicht oder können sie sich, wie bei anderen Dingen auch, gegen Wien nicht durchsetzen? Auf jeden Fall erwarten wir, dass die Besetzungen der genannten Bezirksschulinspektorenposten möglichst bald erfolgen mögen und fordern die Frau Präsidentin des Landesschulrates und den zuständigen Landesrat auf alles zu unternehmen, damit die beim Auswahlverfahren als Beste hervorgegangenen Kandidaten Direktor Schnelzer und Direktor Wagner bald ihre Aufgaben als Bezirksschulinspektoren wahrnehmen können, wahrnehmen können zum Wohle der Kinder, zum Wohle der Lehrer, die dort beschäftigt sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Vom Personalbereich nun aber wieder zurück zur Bildung, zum Budget. Ein paar Fakten: Im Budget 2001 sind nur noch 77,4 Milliarden Schilling, das sind 2,63 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, für die Bildung vorgesehen. Bereits im Budget 2002 reduziert sich dieser Betrag um 1,51 Milliarden Schilling und beträgt nur mehr 75,89 Milliarden. Das sind nur noch 2,49 Prozent – und daran kann man es ja messen – am Bruttoinlandsprodukt. Diese Regierung plant eine Einsparung von rund 3700 Lehrerdienstposten. Die Haltung der ÖVP-dominierten Gewerkschaft dazu verstehe ich nicht.

Weiters, man kürzt die Gehälter der Landeslehrer um 1,1 Milliarden Schilling und erhöht gleichzeitig die Ausgaben für das Ministerium um 198 Millionen.

Auch das muss man den Lehrern, Lehrerinnen und den Eltern einmal ganz genau sagen. Kein Geld für die Bildung, aber Geld für das Aufblähen eines Ministeriums. Und was bedeuten denn diese Einsparungen? Jetzt kommen wir zu dem, was uns besonders schmerzt. Durch das Wegfallen von 380 Dienstposten wird die pädagogische Situation in den Schulen ungeheuer schwierig. Durch größere Klassenschülerzahlen und weniger Zweitlehrerinnen ist ganz besonders der Schuleingangsbereich gefährdet. Dass die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer sinkt, wenn ständig Verschlechterungen kommen, ist, glaube ich, jedem klar. Weniger Dienstposten werden durch den Wegfall von Stunden für die einzelnen Schulen verursacht. Das bedeutet natürlich das Aus für Freigegegenstände und Unverbindliche Übungen. Die Einsparungen treffen vor allem jene Schülerinnen und Schüler, die einer besonderen Zuwendung durch die Lehrer bedürfen, das sind verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler. Das sind Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, das sind Schüler mit nicht deutscher Muttersprache. Notwendige Stunden für die Sprachheillehrerinnen fehlen, dadurch können Schüler/innen nicht ausreichend betreut werden und es kommt zu einer starken Beeinträchtigung des Lernerfolges bei diesen Schülern, ja sogar zu Schulversagen. Stütz- und Beratungslehrer stehen nicht ausreichend zur Verfügung, so dass bei Problemen mit verhaltensauffälligen Schülern nicht rechtzeitig unterstützend eingegriffen werden kann. Ich könnte jetzt diesen Katalog noch weiter fortsetzen. Aber ich weiß, auch wenn ich noch ein paar Punkte anhängen kann, kann ich es nicht vollständig machen.

Ich darf Ihnen, damit Sie sehen, dass diese Beispiele nicht von mir erfunden worden sind, ein Beispiel einer Hauptschule in der Weststeiermark zeigen. Elf Klassen, 240 Schüler/innen, das sind um zwei weniger als im vergangenen Schuljahr, das Stundenkontingent für 2001/2002 beträgt 478 Stunden. Im vergangenen beziehungsweise in dem laufenden Schuljahr waren es immerhin 533 Stunden, das ist ein Minus von 55 Stunden. Und was fällt diesen Sparmaßnahmen alles zum Opfer? In der Schule wird es nicht mehr möglich sein, Maschinschreiben, Chorgesang, Volleyball, Fußball, Italienisch, Darstellendes Spiel und noch ein paar andere Dinge anzubieten.

Und zu diesen eklatanten Verschlechterungen schweigen Sie, Herr Landesrat Schützenhöfer, und auch Sie, Frau Landeshauptmann Klasnic als Präsidentin des steirischen Landesschulrates. Sie schweigen zu Maßnahmen, die an den Schulen all das nicht mehr ermöglichen, das in den letzten Jahren zur Hebung der Schulqualität wesentlich beigetragen hat und vor allem etwas, was den Kindern immer wieder Spaß gemacht hat und wo für die Kinder eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gegeben war.

Sehr geehrte Damen und Herren, vor den Landtagswahlen wurden nicht nur diese schönen Plakate affiziert, nein, es gab auch Post für die Lehrer von allen politischen Parteien. So haben auch die Frau Landesrat Rieder als damals zuständige Referentin und Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner an die Pädagoginnen und Pädagogen geschrieben. Beide haben in ihren Schreiben auf die zu erwartende Situation im heurigen Schuljahr hingewiesen. Das mussten sie in ihrer politischen Verantwortung tun, da ihnen bekannt war, welche Einsparungsmaßnahmen diese Bundesregierung im Schulbereich bereits durchgeführt hat und welche Sparmaßnahmen noch in der Schublade liegen. Dazu kam noch, dass sich einige Politiker aus einem ganz bestimmten Lager ganz besonders ereiferten, die Lehrerinnen und Lehrer zu diffamieren und sie als Parasiten, als Nichtstuer, als Privilegienritter und so weiter hinzustellen. Die Schreiben von Landeshauptmannstellvertreter Schachner und Frau Landesrätin Dr. Rieder, meine Damen und Herren, waren keine Gruselpropaganda, das waren Hinweise auf Tatsachen, das war politisch verantwortungsvolles Handeln in dieser Situation. (Beifall bei der SPÖ.)

Und zum Unterschied dazu hat Frau Landeshauptmann Klasnic an alle Kolleginnen und Kollegen ein Schreiben geschickt, in dem sie auf den angeblich fast jeden Staatsbürger erdrückenden Schuldenberg hinwies, in dem sie andere politische Mitbewerber der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigte und in dem sie – und das ist besonders bemerkenswert – Folgendes verspricht, ich zitiere wörtlich:

„Als Landeshauptmann und Präsident des Landesschulrates für die Steiermark versichere ich Ihnen, dass es weder eine massive Verschlechterung der Bildungsqualität noch Kündigungen bei Vertragslehrern und -lehrerinnen geben wird. Der Amtsführende Präsident und ich haben der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur mitgeteilt, dass die Steiermark nur insoweit bereit ist, Sparmaßnahmen umzusetzen, als diese die hohe Qualität des steirischen Bildungswesens nicht gefährden und den Lehrerinnen keine unzumutbaren Belastungen aufbürden.“ Das haben Sie geschrieben im September des Vorjahres.

Frau Landeshauptmann, Sie haben versichert, dass es zu keinen Kündigungen von Vertragslehrern/-lehrerinnen kommen wird. Wie dürfen diese Betroffenen Ihre Versicherung verstehen? Ich verstehe sie so, wahrscheinlich waren sie unterversichert.

Frau Landeshauptmann, Sie sind für Zusammenlegung von Klassen und Schulen? Glauben Sie nicht, dass das die Schulqualität wesentlich verschlechtert? Ist für Sie das Nicht-mehr-durchführen-Können der Integration keine massive Verschlechterung? Entspricht es Ihrer Auffassung von einer hohen Qualität im Bildungsbereich, wenn Unverbindliche Übungen, Freigegegenstände und Schwerpunkte in den steirischen Schulen nicht mehr durchgeführt werden können? Ist es für Sie eine zumutbare Belastung für Lehrerinnen und Lehrer, wenn diese im Herbst Schüler/innen mit nicht deutscher Muttersprache, verhaltensauffällige Schüler/innen und das bei einem Klassenverband von 25 und mehr gleichzeitig unterrichten dürfen? Das sind alles massive Verschlechterungen und gegen diese Verschlechterungen wehren wir uns.

Sehr geehrter Herr Landesrat, im Finanzausgleich und im Stabilitätspakt hat sich die Steiermark verpflichtet, rund 3,5 Milliarden Schilling nach Wien abzuliefern. Damit soll angeblich ein wesentlicher Beitrag zum Erreichen des Nulldefizits geleistet werden. Nulldefizit bedeutet aber auch null Investition, null Investitionen in die Bildung bedeutet einen gewaltigen Rückschritt, null Investitionen im Bildungsbereich bedeutet, der Jugend, die Ihnen angeblich so am Herzen liegt, die Zukunftschancen nehmen. In einer Zeit, in der nur jene im Leben bestehen können, die gut ausgebildet sind und rasch auf Veränderungen reagieren können, nehmen Sie, verehrte Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ, den jungen Menschen die Grundausbildung, auf der jede weitere Ausbildung und Fortbildung aufbauen kann. Diese Bundesregierung spart am falschen Platz. Kinder brauchen nicht nur während der ersten sechs Jahre die Unterstützung des Staates, sie brauchen diese Unterstützung auch für den Abschluss einer guten und zukunftsorientierten Ausbildung.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zur Einbringung unserer Dringlichen Anfrage. (Abg. Bittmann: „Gott sei Dank!“) Das glaube ich schon, dass ihr das nicht mehr hören könnt bei all diesen Verschlechterungen, da muss man Kopfweh kriegen, wenn man da dabei ist und mittut bei dieser Partie.

Die Unterfertigenden stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Schützenhöfer, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Wie viele Dienstposten werden für das kommende Schuljahr 2001/2002 im Pflichtschulbereich tatsächlich eingespart werden?

Zweitens: a) Wie viele pragmatisierte Lehrer/innen und I-L-Lehrer werden Ihres Wissens nach im Schuljahr 2001/2002 von ihrem Schulstandort versetzt werden?

b) Wie viele II-L-Lehrer, die derzeit auf Grund ihrer Ausbildung fachunterrichtsgemäß eingesetzt sind, werden im nächsten Schuljahr Ihrer Information nach durch Nichtverlängerung ihres Dienstvertrages diesen Fachunterricht nicht mehr erteilen können?

Drittens: Die ins Leben gerufene Arbeitsstiftung für Pflichtschullehrer/innen hat zur Aufgabe, Junglehrer/innen bei der beruflichen Neuorientierung zu unterstützen.

a) Halten Sie es für sinnvoll, sehr geehrter Herr Landesrat Schützenhöfer, wenn junge und engagierte Lehrer/innen aus ihrem angestammten Beruf gedrängt und umgeschult werden?

b) Befürchten Sie nicht auch mittelfristig eine Überalterung des Lehrerstandes?

c) Sehen Sie nicht auch die Gefahr, dass durch diese Einsparungsmaßnahmen zunehmend ungeprüfte Lehrer zum Zug kommen werden und dies die Qualität des Unterrichts senken wird?

Viertens: Was halten Sie von einer Quotenregelung zugunsten von männlichen Pflichtschullehrern?

a) Besteht die Absicht, damit bewusst Frauen aus dem Lehrberuf beziehungsweise einer Berufstätigkeit an sich zu drängen?

b) Welche Gründe sind dafür verantwortlich, dass Männer vor allem eine Ausbildung zum Volksschullehrer, aber auch zum Hauptschullehrer als nicht besonders attraktiv ansehen?

Fünftens: Die Aufrechterhaltung von Schulstandorten in den Regionen ist zweifelsfrei ein sinnvolles Ziel. Die Umsetzung dieser Einsparungsmaßnahmen führen jedoch konsequenterweise zu einer Benachteiligung des städtischen Bereiches.

Was werden Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, seitens des Landes unternehmen, damit einer solchen Benachteiligung des städtischen Bereiches, insbesondere der Landeshauptstadt Graz, nicht erfolgen wird?

Sechstens: Bis wann rechnen Sie, werter Herr Landesrat, dass den Beschlüssen des Landesschulrates betreffend die Bezirksschulinspektoren für Graz-Umgebung und Fürstenfeld seitens des Ministeriums Rechnung getragen wird?

Siebentes: Frau Landeshauptmann Klasnic hat am 26. September 2000 ein Schreiben an steirische PädagogInnen versandt, dem folgender Satz zu entnehmen ist (Glockenzeichen des Präsidenten!): Ja, ich komme schon zum Ende, noch drei Fragen, dann bin ich schon so weit.

„Als Landeshauptmann und Präsidentin des Landesschulrates für Steiermark versichere ich Ihnen, dass es weder eine massive Verschlechterung der Bildungsqualität noch Kündigungen bei den VertragslehrerInnen geben wird. Der Amtsführende Präsident und ich haben der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur mitgeteilt, dass die Steiermark nur insoweit bereit ist Sparmaßnahmen umzusetzen, als diese die hohe Qualität des steirischen Bildungswesens nicht gefährden und den LehrerInnen keine unzumutbaren Belastungen aufbürden.“

Fühlen Sie sich, sehr geehrter Herr Landesrat, diesem Brief von Frau Landeshauptmann Klasnic inhaltlich verpflichtet? Wenn ja, wie interpretieren Sie diese oben angeführten Aussagen? Ich habe auch diesen Brief vorbereitet und darf ihn Ihnen überreichen. Er ist in größeren Buchstaben geschrieben, damit man das sehr genau sieht.

Achtens: Was glauben Sie, wie sich diese Sparmaßnahmen auf die Schulen im Konkreten, insbesondere im Hinblick auf die Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern, auf das interkulturelle Lernen, für die Unverbindlichen Übungen und für Schwerpunktschulen auswirken wird?

Neuntens: Welche Maßnahmen des Landes Steiermark sind geplant, um negativen Spareffekten bei der Integration, beim interkulturellen Lernen, bei Unverbindlichen Übungen sowie Schwerpunktschulen wirksam entgegenzutreten?

Zehntens: Größere Klassen bedeuten weniger individuelle Betreuung der SchülerInnen, führen auch häufig zu Problemen hinsichtlich der Disziplin.

Setzen Sie sich, sehr geehrter Herr Landesrat, daher für eine entsprechende Senkung der Klassenschülerhöchstzahl sowie der Teilungszahl ein?

Gleichzeitig stellen die unterfertigten Abgeordneten nach Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen.

Bevor ich zum Schluss komme, darf ich Ihnen, Herr Landesrat Paierl, einen Brief, eine Resolution der Lehrerinnen und Lehrer, die heute in Graz demonstriert haben, überreichen. Es waren immerhin mehr als 600, die auf diese Schulsituation hingewiesen haben. (Beifall bei der SPÖ. – 18.01 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Hermann Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Schützenhöfer (18.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich beantworte die Fragen der Sozialdemokratischen Abgeordneten wie folgt:

Zur Frage eins, betreffend die Dienstposten, die tatsächlich eingespart werden:

Für das Schuljahr 2000/01 wurden 9433 Planstellen genehmigt. Der vorläufige Stellenplan für die Lehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen für das Schuljahr 2001/02, der am 14. Mai 2001 von der Steiermärkischen Landesregierung beschlossen wurde, weist 9051 Planstellen, somit also um 382 Planstellen weniger, aus. Ich betone ausdrücklich, das ist eine vorläufige Zahl.

Der Verlust an Planstellen resultiert einerseits aus den neuen Stellenplanrichtlinien des Bundes und andererseits aus dem Rückgang von insgesamt rund 1500 Schülern. Der Schülerrückgang und die Tatsache, dass in den Ballungsräumen immer mehr Volksschulabgänger in die AHS und nicht in die Hauptschulen wechseln, verursachen allein einen Stellenplanverlust von rund 100 Dienstposten. Die derzeitigen Ziffern beziehen sich lediglich auf den vorläufigen Stellenplan. Ich sage das all jenen, die ununterbrochen mit Zahlen hausieren gehen, die im Regelfall noch nie gestimmt haben. Tatsächlich ausschlaggebend ist die Schülerzahl am 1. Oktober 2001. Daher kann ich Ihnen alle Fragen, die Sie hier stellen und auf Zahlen abzielen, am 1. Oktober 2001 beantworten, seriöserweise nicht vorher, denn es kann sich manches ändern – in die eine wie auch in die andere Richtung. Ich bin sieben Monate im Amt. Ich erlebe täglich großartige Experten in diesem Bereich, die mir versichern, wie viele Zahlen es sein werden. Sie sind wöchentlich anders.

Zur Frage zwei a: Zurzeit wird von Seiten des Landesschulrates die routinemäßige Personalstandserhebung in den einzelnen Schulbezirken durchgeführt. Die Bezirksschulräte haben zu melden – das war bis gestern der Fall und sie haben morgen eine Beratung –, in welchem Umfang Personalmaßnahmen zu setzen sind.

Dabei ist die Aufrechterhaltung der schulischen Erfordernisse vor Ort und die Weiterverwendung von pragmatischen Lehrern sowie von unbefristeten Vertragslehrern zu gewährleisten sowie auf das soziale und familiäre Umfeld der Pädagoginnen und Pädagogen bestmöglich Rücksicht zu nehmen.

Die Auswertung dieser Meldungen ist derzeit im Landesschulrat im Gange, konkrete Aussagen werden mit Schulschluss vorbehaltlich der tatsächlichen Schülerzahlenentwicklung im Herbst möglich sein. Ich sage nochmals, es gibt jetzt keine verbindlichen Zahlen und ich nenne auch keine, weil sie reine Spekulation wären und nur zur weiteren Verunsicherung beitragen würden.

Zur Frage zwei b: Die Kompetenz zu Anstellungen und Weiterverwendungen fällt in die Zuständigkeit des Landesschulrates. Die erforderlichen Daten stehen dem Landesschulrat noch nicht zur Verfügung, weil die Meldungen von Seiten der Bezirksschulräte noch nicht vorliegen.

Die Frage, ob und in welchem Umfang Pädagogen nötigenfalls nicht fächerkonform im Unterricht eingesetzt werden, hängt, wie vorhin ausgeführt, vom Ergebnis der Personalstandserhebung ab. Die Weiterverwendung von II-L-Lehrern erfolgt nach Maßgabe des Stellenplanes. Kommt es zu einer Vertragsverlängerung, gehe ich selbstverständlich davon aus, dass die betroffenen Pädagogen ihren Fähigkeiten entsprechend vor Ort eingesetzt werden können.

Zur Frage drei: In Bezug auf die Arbeitsstiftung fragen Sie mich, ob ich es für sinnvoll halte, wenn junge und engagierte LehrerInnen aus ihrem angestammten Beruf gedrängt und „umgeschult“ werden.

Die vom Land Steiermark gemeinsam mit dem AMS in Vorbereitung befindliche Arbeitsstiftung für Pflichtschullehrerinnen und -lehrer soll ein Angebot für jene Lehrerinnen und Lehrer sein, die im nächsten Schuljahr nicht weiterverwendet werden können. Keine Lehrerin und kein Lehrer wird durch die Schaffung der Arbeitsstiftung aus seinem angestammten Beruf gedrängt oder zu einer Umschulung gezwungen. Ausgebildete Pflichtschullehrer und -Lehrerinnen verfügen über Qualifikationen, die in der modernen Arbeitswelt stark nachgefragt sind. Es wird immer vom IT-Bereich gesprochen, wo angeblich hunderte von Möglichkeiten in der Wirtschaft bestehen. Neben ihrem hohen Wissensstand besitzen sie pädagogisch-didaktische Kenntnisse und haben eine hohe Kommunikationskompetenz. Aus diesen Gründen haben Lehrer in Zeiten einer positiven Arbeitsmarktsituation durchaus Berufschancen auch außerhalb des schulischen Bereiches. Jeder Lehrer kann seine persönlichen Prioritäten für sich selbst setzen – das ist ja wohl klar –, sei es die Bereitschaft zum Wechsel in die Privatwirtschaft oder das Verbleiben auf der Warteliste für Pflichtschullehrer. Und viele, viele Lehrerinnen und Lehrer verbleiben, wie Sie wissen, auf der Warteliste.

Zur Frage drei b, ob ich eine Überalterung des Lehrerstandes mittelfristig befürchte:

Meine Damen und Herren, ich habe von Fakten und nicht von Befürchtungen auszugehen. Auf Grund der demografischen Entwicklung ist es eine Tatsache, dass schon derzeit überwiegend Pädagogen im Alter von 40 bis 55 Jahren an den Schulen tätig sind. Rückläufige Geburtenzahlen verhinderten in den letzten Jahren die Neuanstellung von Junglehrern.

Durch dienstrechtliche Maßnahmen – ich nenne das Vorruhestandsmodell, die Möglichkeit eines sechsmonatigen Sonderurlaubes vor der Pensionierung – wurde versucht, dieser Altersentwicklung entgegenzuwirken. Schon in absehbarer Zeit wird sich diese Entwicklung umkehren und auf Grund der zu erwartenden großen Zahl von Pensionierungen eine massive Verjüngung des Lehrkörpers eintreten. Wir werden in etlichen Jahren trotz auch dann noch sinkender Schülerzahlen hunderte Lehrer neu anstellen können.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, gehe ich davon aus, dass gerade die langjährige Erfahrung von Lehrern mittleren Alters eine hohe pädagogische Qualität sichert.

Drittens c fragt mich: Sehen Sie nicht auch die Gefahr, dass durch diese Einsparungsmaßnahmen zunehmend ungeprüfte Lehrer zum Zug kommen werden und dies die Qualität des Unterrichtes senken wird?

In den steirischen Schulen werden keine ungeprüften Lehrer beschäftigt, da die Lehramtsprüfung Grundvoraussetzung für ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Land ist. Wie schon bisher können aber selbstverständlich Lehrer innerhalb ihrer Stundenverpflichtung auch nicht fächerkonform eingesetzt werden. (Abg. Kröpf: „Hauptschullehrer an Volksschulen!“) Ja, selbstverständlich.

Viertens a: Was halten Sie von einer Quotenregelung zugunsten von männlichen Pflichtschullehrern und besteht die Absicht, damit bewusst Frauen aus dem Lehrberuf beziehungsweise einer Berufstätigkeit zu drängen?

In Zeiten des Verlustes von Planstellen, in denen Neuanstellungen praktisch nicht möglich sind, stellt sich die Frage einer Quotenregelung überhaupt nicht. Es kann daher auch keine Absicht bestehen, Frauen aus dem Beruf zu drängen, die aber auch sonst nicht bestehen würde.

b: Welche Gründe verantwortlich sind, dass Männer vor allem eine Ausbildung zum Volksschullehrer, aber auch zum Hauptschullehrer als nicht besonders attraktiv anzusehen.

Es liegen mir diesbezüglich keine Untersuchungsergebnisse vor, spekulieren will ich nicht, ich verweise aber darauf, dass es die Freiheit der Berufswahl gibt.

Fünftens: Da geht es um die Aufrechterhaltung von Schulstandorten in den Regionen und um die Frage, ob das zum Nachteil für den städtischen Bereich wird, insbesondere was Graz anlangt. Meine Damen und Herren, grundsätzlich glaube ich nicht, dass Schüler in den Städten benachteiligt sind, im Gegenteil, wir müssen bei allen Sparmaßnahmen aufpassen, dass nicht der ländliche Raum benachteiligt wird. (Beifall bei der ÖVP.) Das Kontingentierungsmodell nimmt auch auf die geografische Situation der Steiermark Rücksicht und ermöglicht den Bestand von Kleinschulen.

Ich bekenne mich, meine Damen und Herren, zu diesem System, da Kleinschulen unnötigen Schülertransport verhindern und gleichzeitig für die Landgemeinden die zentralen kulturellen Träger sind. Meine Damen und Herren, und das lassen Sie mich bitte sehr deutlich sagen, ich bekenne mich ganz ausdrücklich dazu, dass ich in den bisherigen Gesprächen mit der eigenen Rechtsabteilung und dem Landesschulrat darauf gedrängt habe, landesweit alles zu tun, damit Kleinschulen nicht geschlossen werden müssen. Eine Benachteiligung des städtischen Bereiches lässt sich aber daraus nicht ableiten und ich verwehre mich auch dagegen, Stadt gegen Land auszuspielen und bekenne mich zum Prinzip der bestmöglichen schulischen Versorgung aller Gebiete. (Beifall bei der ÖVP.)

Und was speziell Graz betrifft, meine Damen und Herren, weil ich sehe das ja auch in den Briefen, die ich von diesem Raum bekomme, darf ich doch einmal Folgendes sagen: Mehr als 70 Prozent der Volksschulabgänger der Landeshauptstadt Graz wollen in die AHS. Ich füge dazu, ob sie die Voraussetzung besitzen oder nicht. Das ist doch das große Problem der Hauptschule in Graz, und nicht der Stellenplan und die böse Bundesregierung und auch das Problem annähernd für andere große Städte.

Sechste Frage: Bis wann rechnen Sie, dass diese angesprochenen Personalentscheidungen getroffen werden?

Also, Herr Abgeordneter Kröpfl, ich versage es mir, in Zusammenhang mit Personalentscheidungen und dem, was in den letzten Monaten da auch geschrieben wird im Zusammenhang mit dem Personalressort auch nur einen Kommentar abzugeben. Ich gifte mich ordentlich darüber. Ich sage Ihnen nur, in den 30 Jahren meiner politischen Tätigkeit – und so lange bin ich in der Politik, denn ich habe mit 18 Jahren begonnen in der Jungen ÖVP und ich bin das, was man den klassischen Berufspolitiker mit allen Vor- und Nachteilen nennt – gibt es eine Personalentscheidung, die ich bis ans Ende meiner Zeit nicht verstehen werde, das ist eine, die eine wild gewordene Koalition im Schulbereich vor einigen Jahren getroffen hat, wo man den einzig qualifizierten Kandidaten geradezu in menschenrechtsverletzender Weise aus dem Feld geschlagen hat. Sie wissen, wer das war. Und was die Bezirksschulinspektoren anlangt, sage ich, dass die Bestellung von Mitarbeitern bei Bundesbehörden nicht in meine Zuständigkeit als Pflichtschulreferent fällt. Ich bitte Sie überhaupt, wenn ich das so sagen darf, mir dann etwas vorzuwerfen, wenn es in meine Entscheidungskompetenz fällt. Ich beantworte hier seitenweise Fragen, die mit mir nichts zu tun haben, aber ich will nicht sagen, es geht mich gar nichts an. Das lange Warten wird aber natürlich unzumutbar, das weiß ich und ich habe das in Gesprächen mit den Ministerien auch immer wieder gesagt und um eine Entscheidung ersucht. Von dort wird mir zuletzt – ich habe mich montags erkundigt auf Grund dieser Anfrage – per Fax mitgeteilt, dass auf Grund von neuen Entscheidungen der Höchstgerichte erhebliche Veränderungen in der Judikatur eingetreten sind, die eine Klärung von grundsätzlichen Rechtsfragen erforderlich machten. Aus diesem Grund verzögern sich Bestellungen des Bundes in allen Bundesländern erheblich und ich sage noch einmal, es ist unzumutbar, dass ein Bezirksschulinspektor eines Bezirkes jetzt schon ein- einhalb Jahre die Arbeit für einen anderen Bezirk mitmachen muss und ich habe gesagt, das muss ein Ende haben, jedenfalls mit Beginn des neuen Schuljahres, aber es liegt nicht in meiner Hand.

Zum siebenten Punkt, den Brief und den Inhalt des Briefes, den die Frau Landeshauptmann geschrieben hat: Selbstverständlich fühle ich mich Landeshauptmann Waltraud Klasnic verpflichtet und wie bereits erwähnt wird es voraussichtlich auch nicht zu Kündigungen von I-L-Vertragslehrern kommen, doch laufen befristete Verträge, nämlich die der II-L-Lehrer aus, wie das seit Jahrzehnten der Fall ist. Tun Sie doch bitte nicht so, als hätte es dieser neuen Bundesregierung bedurft, dass ein II-L-Vertrag nicht weiter verlängert wird. Das gibt es seit Jahrzehnten, dass es befristete Verträge gibt, nur – und da gibt es auch nichts um den Brei herumzureden – es werden diesmal mehr sein, die nicht weiter verlängert werden. Und weil das so ist, ist auch klar, meine Damen und Herren – und da sind wir uns ja hoffentlich parteienübergreifend einig –, ob das Kündigung oder Nichtweiterverwenden heißt, ist doch für den Betroffenen vollkommen egal. Jedes einzelne Schicksal liegt mir am Herzen, weshalb wir ja zumindest diesen Versuch mit der Arbeitsstiftung – und es ist ein Versuch – ins Leben gerufen haben. Was die Qualität anlangt, so bin ich überzeugt, dass wir sie aufrechterhalten können, das ist doch überhaupt keine Frage. Ich bitte Sie, die Schule nicht krankzujammern. Bei einem rechnerischen Verlust von rund 3 Prozent an Planstellen kann man nicht von massiven, an den Grundpfeilern der steirischen Schule rüttelnden Verschlechterungen sprechen. Was die unzumutbaren Belastungen für die einzelnen Lehrer im Dienst anlangt, ja, so haben eben auf Bundesebene und damit in der gesamten Republik die Lehrer der Neuordnung des Lehrerdienstrechtes zugestimmt, das in einer Urabstimmung, wie gesagt, angenommen wurde.

Achte Frage: Sparmaßnahmen in den Schulen, im Konkreten insbesondere im Hinblick auf die Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern.

Meine Damen und Herren, darf ich hier etwas Grundsätzliches sagen und es wurde mir vorgeworfen, dass ich bei der Debatte im Zusammenhang mit den Drogen zum Teil nicht anwesend war. Ich habe das heute in einem mehr als einstündigen Gespräch mit der Delegation jener Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere aus dem Bereich der sozialistischen Lehrervereinigung, die heute hier in Graz anwesend waren, mit einer Delegation bei mir sehr intensiv besprochen, ohne dass wir uns am Schluss jetzt in allen Punkten logischerweise – sie konnten ja auch nur angerissen werden – einig waren. Aber gerade in diesem Zusammenhang haben wir geredet.

Mir ist der hohe Stellenwert der schulischen Aufgaben im Bereich der Integration, des interkulturellen Lernens sowie der Schwerpunktschulen selbstverständlich bewusst. Nachdem die Zuteilung der Lehrerwochenstunden im Wege der Bezirksschulräte erfolgt und jeder Schulbezirk ein Gesamtkontingent erhält, gehe ich davon aus, dass die Schulbezirke die vorgenannten Bereiche vorrangig und bestmöglich bei ihrer Detailkontingentierung berücksichtigen.

Zur Vermeidung von negativen Auswirkungen im Behindertenbereich wurde in Absprache mit Experten der Sonderpädagogik – damit Sie sehen, dass wir da sehr wohl sehr intensiv tätig sind – ein Verteilungsmodell erarbeitet, das abfedernd wirkt. Bezirke, die Dienstposten verlieren würden, erhalten rechnerische Überschüsse aus anderen Bezirken, so dass ein sanfter Ausgleich möglich ist.

Ich nenne ein Beispiel: So hätte Graz auf Grund der Schülerzahl in diesem Bereich im kommenden Schuljahr 65 Dienstposten zu viel, tatsächlich werden mit Hilfe dieses Modells nur acht Dienstposten eingespart. Und selbst diesbezüglich kann noch von anderen Schultypen zugunsten behinderter Kinder umgeschichtet werden. Seien wir froh, dass es trotz zu setzender Maßnahmen möglich ist, gerade in diesem Bereich sehr, sehr ausgleichend zu wirken.

Für das interkulturelle Lernen stehen den Schulbezirken entsprechende Dienstposten nach Anforderung zur Verfügung. Bei den Schwerpunktschulen Musik und Sport gibt es in Wahrheit keinerlei Kürzungen.

Aber weil wir gerade, meine Damen und Herren, von der Behindertenintegration reden und ich sage das der SPÖ gar nicht mit Schaum vor dem Mund. Aber Sie werden gestatten, dass ich es Ihnen sage: Vorwoche Nationalrat. Da haben Sie, die Vertreter der SPÖ, die Übernahme der Behindertenintegration ins Regelschulwesen in den Polytechnischen Schulen verhindert, weil es eine Zweidrittelmaterie ist. Daher bitte ich Sie – (Abg. Kröpfl: „Weil es nur für die Polytechnischen Schulen gegolten hätte!“)

Nein, Herr Abgeordneter Kröpfl, weil der Herr Cap und weil der Herr Gusenbauer nicht den Ratschlägen des Herrn Antoni gefolgt sind, schulpolitischer Natur, sondern weil Parteipolitik gemacht wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sitzen, damit Sie das wissen, stundenlang zusammen um zu sagen und zu beraten, was wir machen können, damit im Behindertenbereich nichts geschieht. Sie stehen hier und werfen uns etwas vor, was wir gar nicht gemacht haben (Abg. Gross: „Herr Landesrat, unsere Forderung ist für alle Schulen!“) und im Parlament agieren Sie parteipolitisch. Das ist Agieren mit zweierlei Maß! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Herr Landesrat, das ist eine Interpretation. Unsere Forderung ist für alle Schulen!“)

Neunte Frage: Welche Maßnahmen des Landes Steiermark sind geplant, um negativen Spareffekten bei der Integration, beim interkulturellen Lernen und so weiter entgegenzuwirken?

Ich sage noch einmal, die Kontingentvergabe an die Schulbezirke hat auf diese Bereiche Rücksicht genommen. Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortungen zum Punkt acht.

Punkt zehn: Größere Klassen bedeuten weniger individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler, führen auch häufig zu Problemen hinsichtlich der Disziplin. Setzen Sie sich für eine entsprechende Senkung der Klassenschülerhöchstzahl sowie der Teilungszahl ein?

Meine Damen und Herren, die Zuwendung eines Lehrers oder einer Lehrerin an einzelne verhaltensauffällige Kinder hängt doch in allererster Linie und insbesondere vom Engagement des jeweiligen Lehrers ab. (Abg. Kröpfl: „Sie sind noch nie in einer Klasse gestanden!“) Natürlich, wenn Sie mich ausreden lassen, ist eine hohe Gesamtschülerzahl einer Klasse dabei ein Erschwernis.

Die gesetzliche Klassenschülerhöchstzahl beträgt für Volksschulen, Hauptschulen und Polytechnische Schulen 30 und im Sonderschulbereich zwischen 8 und 15 und wird im Durchschnitt erheblich unterschritten.

Im Vergleich dazu beträgt die durchschnittliche Klassenschülerzahl an den steirischen AHS-Unterstufen 26,9 Schüler.

Dennoch sage ich, die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl im Pflichtschulbereich ist zurzeit nicht finanzierbar. Ich stelle mich nicht her und stelle eine Forderung auf, die mir niemand zahlt. Aber es bleibt ein Ziel, das ich unterstützen möchte.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend ein paar Punkte zusammenfassend aus meiner Sicht der Dinge sagen:

Erstens: Wir haben eine schwierige Situation zu bewältigen, aber es gibt keinen Grund die Dinge zu dramatisieren. Ich appelliere an alle im Landtag vertretenen Parteien, die steirische Schule nicht krankzureden. Wir haben ein hervorragendes steirisches Pflichtschulwesen mit höchster Qualität! Diese Qualität können und werden wir halten! Aber wir müssen Herausforderungen annehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens, meine Damen und Herren: Wir haben hervorragende, ja begnadete Lehrerinnen und Lehrer, die weit über das Maß hinaus für unser kostbarstes Gut, unsere Kinder, pädagogisch tätig sind und damit die Voraussetzungen für eine gute Zukunft unseres Landes schaffen.

Das ist doppelt zu unterstreichen und dankbar anzuerkennen, denn die Anforderungen für Lehrerinnen und Lehrer sind größer und aufreibender geworden, weil sich das familiäre Umfeld geändert hat und die gesellschaftspolitischen Entwicklungen den ganzen Einsatz verlangen. Ein Einsatz, den die Lehrerschaft des Landes mit großer Hingabe erfüllt! Das möchte ich in aller Form gesagt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Und drittens, meine Damen und Herren, und da komme ich jetzt darauf zurück, was der Kollege Kröpfl schon gesagt hat und was wir heute noch ein paarmal hören werden. Ich sage es aber. Kaum ein Land gibt so viel für Bildung aus wie Österreich. 75 Milliarden haben Sie genannt, 110 Milliarden sind es zusammen Bildung und Wissenschaft für das Jahr 2002.

Gerade im letzten „Spiegel“ können Sie die neue OECD-Studie, nachlesen. Österreich liegt an der zweiten Stelle, was die öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen anlangt. (Abg. Prattes: „Noch!“) Noch immer und auch im nächsten Jahr auf Grund der neuen Zahl. Wir liegen ebenso an zweiter Stelle, was die jährlichen Ausgaben pro Schüler an weiter führenden Schulen anlangt und, meine Damen und Herren, weil wir heute über die Pflichtschulen reden, wir liegen gar an der Spitze bei den Grundschulen.

Die gleiche OECD-Studie gibt Auskunft über das Schüler-Lehrer-Verhältnis. Im OECD-Schnitt sind es 15,7 Schüler je Lehrer, in Österreich sind es 9,5. Das sind doch die Fakten und die Fakten sprechen für uns. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil das so ist, meine Damen und Herren, möchte ich viertens sagen, dass ich mich zu den neuen Verhältniszahlen, die die Stellenplanrichtlinie des Bundes vorgibt, bekenne. Bleiben wir doch bei der Wahrheit, das auf Sicht schwerwiegendere Problem – und ich diskutiere die Stellenplanrichtlinie nicht hinweg –, aber das auf Sicht schwerwiegendere Problem sind doch die sinkenden Schülerzahlen, denn die haben mit der Zukunft

unserer Gesellschaft weit über den Schulbereich hinaus zu tun. Vor genau 30 Jahren, im Schuljahr 1970/71 hatten wir 109.000 Volksschüler, jetzt sind es 54.602 – mehr als halbiert. Wir hatten vor genau 20 Jahren im Schuljahr 1980/81 141.708 Pflichtschüler und 10.954 Pflichtschullehrer. Im laufenden Schuljahr sind es 98.339 Pflichtschüler und 10.545 Pflichtschullehrer. Ein Drittel weniger Schüler, die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer hat sich nur unerheblich verändert. Und es gibt ausreichend Gründe dafür, aber nicht so viele, dass sich fast nichts geändert hat.

Fünftens: Ich sage daher unumwunden, wir haben ein bisschen über unsere Verhältnisse gelebt. Wir können aber auch in diesem Bereich nicht weiter unter dem Motto „uns Geld der anderen ist uns nichts zu teuer“ handeln. Oder die Augen vor der Realität verschließen und uns irgendwie weiterwurschteln.

Meine Damen und Herren, ich beschäftige mich – und Sie können mir das glauben oder auch nicht – mit keinem Ressort so wie mit dem, weil es für mich relativ neu ist.

Ich schaue mir täglich die Zahlen ganz genau an und was da vor sich geht. Ich sage Ihnen, ich bin nicht bereit, irgendwie weiterwurschteln, irgendwie kommen wir über das Jahr schon noch drüber, irgendwie werden wir das schon berechnen, dass das noch einmal geht. Und ich sage Ihnen auch, ich war zum Beispiel in der Vorwoche in Linz beim dortigen Pflichtschulreferenten und ich fahre zu den meisten, ob rot oder schwarz, um mit denen zu reden, wie die das machen. Oberösterreich verliert 433 Planstellen, bei uns sind es 382 vorläufig. Das kostet dort keinen einzigen Lehrer, weil man in den letzten Jahren vorgesorgt und nicht alle Dienstposten ausgeschöpft hat. Wir, meine Damen und Herren, und das ist jetzt keine Schuldzuweisung, da waren wir uns ja alle einig, dass wir es so machen, wir haben das Gegenteil gemacht und alle Möglichkeiten maximal ausgenützt. Das war bildungspolitisch nicht notwendig, daher gibt es jetzt auch keinen bildungspolitischen Rückschritt, aber es war höchst erfreulich im Bezug auf die soziale Frage.

Sechstens: Wir müssen daher zur Kenntnis nehmen, dass sich der Bund die Zahlen nun genauer anschaut, ob das Schwarz-Blau oder Rot-Schwarz ist, ist in der Debatte hier von Belang, ansonsten nicht, denn es gibt keine Bundesregierung, die sich des Problems nicht endlich annehmen muss. Das Budget 2001 für den steirischen Pflichtschulbereich, weil Sie immer sagen, wie viel wir da hinaustragen, sage ich Ihnen einmal, wie viel wir da hereinholen oder die für uns hereinbringen, das Budget 2001 für den steirischen Pflichtschulbereich beträgt 8,09 Milliarden Schilling. Allein für die Aktiven sind es 5 Milliarden 758 Millionen. Das ist gegenüber 2000 eine Steigerung und es wird im nächsten Jahr wieder eine Steigerung sein und keine Kürzung und, meine Damen und Herren, ganze 39 Millionen dieser 8 Milliarden kommen vom Land, der große Rest wird vom Bund bezahlt. Stellenplan hin und Stellenplan her. Wir müssen doch einsehen, dass der Bund sich die schlichte Frage stellt, warum bei dramatisch weniger Schülern die Kosten immer höher werden und deswegen sind wir gefordert, maßvoll und möglichst verkraftbar zu sparen, jedenfalls wenigstens den Willen dafür aufzubringen, damit die Zukunft finanzierbar ist und wir unseren Kindern und Kindeskindern nicht Hypotheken hinterlassen, sondern Chancen eröffnen, denn genau darum, meine Damen und Herren, geht es. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.31 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Landtages hin, dass kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Sollte er weniger Minuten in Anspruch nehmen, wird es wahrscheinlich nicht auf Widerspruch stoßen.

Erste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort. Die nächste Wortmeldung wird von Frau Abgeordneter Beutl kommen.

Abg. Lechner-Sonnek (18.32 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Landesrat hat gesagt, wir haben ein hervorragendes steirisches Pflichtschulwesen mit höchster Qualität. Da kann ich mit, sage ich ja, so ist es, wunderbar, aber seine zweite Satzhälfte kann ich nicht mittragen. Er hat gemeint, man soll das nicht krankjammern. Und das ist jetzt eine Situation, die mir sehr vertraut ist hier aus dem Landtag, dass immer dann, wenn etwas an einer Entscheidung der ÖVP kritisiert wird, gesagt wird, dass man das ganze System krankjammert. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, ja, wir haben jetzt noch ein gutes steirisches Pflichtschulwesen, aber wenn wir diese massiven Einsparungen tätigen oder Sie sie tätigen und wenn diese Entwicklung weitergeht, wird es vorbei sein mit der hohen Qualität in diesem Bereich. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Es wurde heute schon erwähnt, heute hat eine große Gruppe von Menschen eine Kundgebung gemacht hier in Graz, um auf diese Situation hinzuweisen, und zwar hat es sich um die steirische Plattform zur Sicherung der Qualität an Pflichtschulen gehandelt. Diese Plattform hat eine Resolution verfasst. Diese Resolution wurde uns mitgegeben, dem Herrn Kröpfl und mir, als Vertreter des Landtages. Ich habe den Auftrag gehabt und den auch gerne erfüllt, diese Resolution an die Frau Landeshauptfrau weiterzugeben. Aber ich finde, es ist auch wichtig, sie Ihnen zu Gehör zu bringen, denn ich denke, dass hier sehr klar eine Stellungnahme derer vorgeliegt, die wirklich wissen, worum es geht und die wirklich wissen, was es heißen kann, wenn so drastisch reduziert wird.

Ich zitiere: Trotz des Versprechens im Zuge der Landtagswahl 2000, keine Lehrer/innen zu entlassen und keine Verschlechterung der Qualität an den steirischen Pflichtschulen hinzunehmen, ist für das nächste Schuljahr geplant 382 junge Vertragslehrer/innen nicht mehr weiterzuverwenden. Und jetzt: Der Schüllerrückgang erklärt höchstens ein Drittel des Verlustes an Planstellen. Der weitaus größere Teil der verlorenen Dienstposten hat seine Ursache in einer politischen Entscheidung, dem Finanzausgleich und seinem erhöhten Verhältnis

Schüler zu Lehrer. Die steirische Plattform zur Sicherung der Qualität an Pflichtschulen fordert daher: „Eine Neuverhandlung des Finanzausgleiches, eine Festlegung eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses, die den Qualitätsansprüchen der steirischen Pflichtschulen gerecht wird und die unseren Kindern die beste Ausbildung gewährleistet, die Weiterverwendung der jungen Vertragslehrer/innen nötigenfalls auch mit Budgetmitteln des Landes zur Vermeidung eines Qualitätsverlustes durch nicht fächer- beziehungsweise schultypenkonformen Lehrer/innen-Einsatz, die Verbesserung der schulischen Betreuung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache im Sinne einer verantwortungsvollen Integrationspolitik, die Gewährleistung einer optimalen Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Sinne des gesellschaftlichen Auftrages der gemeinsamen schulischen Ausbildung behinderter und nicht behinderter Kinder und die Sicherstellung eines breiten schulischen Angebots im sportlichen, musisch-kreativen und informationstechnologischen Bereich, das allen Kindern zugute kommen soll.“ Ende des Zitates.

Das ist die Resolution, die heute hier vorliegt. Ich möchte gleich etwas sagen zu einer Äußerung, die Herr Landesrat Schützenhöfer im Zuge seiner Stellungnahme getan hat, und zwar hat er gesagt, es haben ohnehin die Lehrervertretungen diesen Kürzungen zugestimmt. Ich möchte behaupten und damit stehe ich nicht allein, das habe ich nicht erfunden, sondern das weiß ich von den Lehrervertretern und -vertreterinnen, dass die Frage war, wollt ihr so oder so einsparen? Es war nicht möglich zu sagen und zurückzuweisen, darauf hinzuweisen, dass diese Einsparungen große Gefahren für das Bildungswesen in Österreich und auch in der Steiermark bedeuten. Das wurde nicht gefragt, das wollte man nicht wissen. Und ich denke, auch jetzt haben wir eine ähnliche Situation, wenn es heißt, na, es kann eh an den Schulen überlegt werden, was es für Möglichkeiten gibt. Na, es kann eh von dem einen Schultyp zum anderen umgeschichtet werden. Es können ohnehin die Direktoren und die Bezirksschulinspektoren gestalten. Das ist die gleiche Situation, die den Blick davon abwendet, dass in Wirklichkeit eine Reduktion der Qualität vorgenommen wird. Exekutieren dürfen und müssen es dann leider andere. Aber dass die Qualität sinkt ist ein Tatbestand.

Die Grünen halten diese Entwicklung der Kürzung im Bereich der Bildungsmittel für wenig weitblickend und in keiner Weise zukunftsorientiert. Es ist völlig klar, dass die Auswirkungen dieser Entscheidungen und der Umsetzung dieser Entscheidungen nicht heute sichtbar werden, auch nicht im Herbst, wahrscheinlich noch nicht einmal in einem halben Jahr. Wenn diese Auswirkungen sichtbar werden, ist es unter Umständen für eine Schülergeneration bereits zu spät.

Diese Generation, ich hoffe, es wird nur eine sein, wenn es überhaupt dazu kommt, wenn es sich nicht abwenden lässt, wird eine weniger gute Bildung haben und das ist Tatbestand, mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind. Ob es sich jetzt handelt um Bildung als Grundlage für Berufstätigkeit, ob es sich um Allgemeinbildung handelt, um die Voraussetzung für Weltoffenheit und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilnahme und selbstbestimmtes Leben.

Ein weiterer Aspekt mangelnder Zukunftsorientierung, ja, wir werden mit Sicherheit – (Abnahme eines Plakates eines Vorredners vom Rednerpult.)

Ja danke, ich spreche selten vor ÖVP-Plakaten, das stimmt. (Abg. Majcen: „Wir wollen eines hinaufhängen: ‚Wir wollen die Wahrheit sagen, auch wenn es weh tut!‘“)

Hängen Sie hinauf was Sie gerne hinaufhängen. Aber mir ist es lieber, wenn ich spreche, dass Sie das nicht tun.

Die Lehrerüberalterung: Wir wissen, rund 75 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer sind pragmatisiert. Und nachdem das mit dem Dienstalder zu tun hat, wird es auch mit dem Lebensalter zu tun haben. Das heißt, junge Lehrerinnen und Lehrer werden keine Chance haben. Wenn ich dem Herrn Landesrat auch insofern zustimme, als er sagt, da ist eine hohe Kompetenz, da hat man sich etwas aufgebaut, muss ich doch sagen, wir alle wissen das, da brauchen wir die Situation nicht schönreden. Üblicherweise sind es Berufsanfänger und besonders im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer sind es junge Lehrerinnen und Lehrer, die frisch aus der Ausbildung kommen, die vielleicht auch Erfahrungen aus anderen Ländern mitbringen, die innovativ sind und neue Impulse für das Bildungssystem mitbringen. Darauf wollen wir Grüne mit Sicherheit nicht verzichten!

Diese Entwicklungen halten wir nicht nur für nicht zukunftsorientiert, sondern auch für dezidiert ausgrenzend. Kinder mit nicht deutscher Muttersprache werden mit Sicherheit benachteiligt sein, mehr als bisher. Das ist ganz klar, auch das liegt auf der Hand. Wenn weniger Unterrichtskapazität da ist, dann wird man nicht auf diese Kinder eingehen können, sondern man wird schauen, dass man das alles schnell durchpusht. Kinder, die eine spezielle Unterstützung brauchen, werden nicht diese Unterstützung bekommen, die sie bisher bekommen haben. Und das wird ein Nachteil sein, nämlich nicht nur für diese Kinder. Ich denke, in Zeiten wie diesen, wo wir uns um gute Kontakte zu anderen Ländern bemühen, wo wir uns darum auch bemühen sollten zu akzeptieren und nicht nur zu akzeptieren, sondern die positiven Seiten dessen zu sehen, dass hier Menschen leben in diesem Land, die nicht hier geboren sind oder nicht Österreicherinnen und Österreicher sind, in so einer Zeit ist es ein kontraproduktiver Schritt, ein Rückschritt, hier die Unterstützung wegzunehmen.

Das Gleiche gilt auch für behinderte Kinder. Die wird es proportional mehr und intensiver treffen als nicht behinderte Kinder.

Gerade in dieser Frage finde ich es besonders wichtig, einmal genauer hinzuschauen. Man spart ein, man spart an einer Schule vielleicht einen oder zwei Lehrer oder Lehrerinnen ein, und was passiert? Bei Kindern, die nicht behindert sind, die Deutsch als Muttersprache haben, wird es einfach Qualitätsgebühren geben, also es wird Qualität wegfallen und sie werden nicht die Unterstützung bekommen. Bei behinderten Kindern wird das nicht abpuffern sein. Diese Kinder werden zu einem Teil in die Sonderschulen zurückkommen. Und wenn Sie,

meine Damen und Herren, die der Wirtschaftlichkeit manchmal so sehr das Wort reden, das Gefühl haben, dass das eine Einsparung ist, dann kann ich Ihnen nur sagen, das ist ein ganz gravierender Irrtum. Ganz abgesehen davon, dass wir nach der Verfassung die Pflicht haben, behinderte Menschen in unsere Gesellschaft aktiv aufzunehmen und alle Maßnahmen der Diskriminierung aktiv zu bekämpfen beziehungsweise wegzukriegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil wir schon bei den behinderten Menschen sind – ich gestehe es offen ein, ein Lieblingsthema von mir –, ich finde die ganze Geschichte auch sehr inkonsistent.

Auf der einen Seite wird im Bildungsbereich für behinderte Kinder reduziert, auf der anderen Seite wird investiert in die Behindertenmilliarde. Die Behindertenmilliarde wäre jetzt ein großes Thema, ich will es nicht ganz aufrollen, ich will Ihnen nur eines sagen. In erster Linie richtet sich die Behindertenmilliarde an Personen, an behinderte Menschen, die in die Berufswelt integriert werden sollen. Eine gute Sache! Glauben Sie wirklich, dass, wenn man behinderten Kindern den Schulbesuch, zum Beispiel in Regelvolksschulen, verwehrt, weil man sie dort nicht mehr betreut, dass die Integration im beruflichen Bereich leichter wird? Ich kann diese Inkonsistenz absolut nicht nachvollziehen.

Diese Form der Restriktion im Bildungswesen ist auch nicht zeitgemäß. Sie alle wissen, meine Damen und Herren, dass unsere Welt immer komplexer wird, dass die Anforderungen immer größer werden. Genau in einer solchen Zeit ist es wichtig, dass jemand in sehr frühen Jahren eine gute Grundlage für all das bekommt, was nachher an ihn oder an sie herangetragen wird oder herankommt. Das heißt im Klartext, eine gute Bildung, eine gute Ausbildung, um die eigenen Qualitäten kennen zu lernen, zu entwickeln und dann umzusetzen in eine gute berufliche Laufbahn, die ja noch immer die Grundlage in unserer Gesellschaft dafür ist, dass man sich selber erhalten kann. Und das sollte uns ja doch auch ein Anliegen sein. Ich höre ja gerade aus den Reihen der ÖVP und FPÖ oft, dass es viel zu viele Sozialhilfeempfänger gibt. Ich wäre auch froh, wenn es viele Unterstützungsmaßnahmen gäbe dafür, dass Menschen nicht Sozialhilfeempfänger werden. Hier tun wir aber oder tun Sie gerade etwas, was in diese Richtung weist und das halte ich nicht für richtig.

Nicht zeitgemäß heißt für mich allerdings in dem Zusammenhang auch, dass es pädagogisch nicht zeitgemäß ist. Sie alle wissen, dass heute Frontalunterricht nicht mehr das Gelbe vom Ei ist. So unterrichtet man heute nur mehr – ich hoffe es – in Ausnahmefällen. Das, was unsere Kinder lernen müssen, um in dieser Welt gut bestehen zu können und sich wohl zu fühlen und ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, das lernt man nicht im Frontalunterricht, das lernt man nicht in übergroßen Klassen, sondern das lernt man in kleinen Gruppen, in Projektarbeiten. Das lernt man dann, wenn jemand Zeit hat zuzuhören was man braucht um weiterzukommen. Und das ist sicher nicht gegeben, wenn in Hinkunft weniger Lehrer mehr Kinder in einer Klasse unterrichten werden müssen.

Ein Begriff, der in diesem Haus sehr grassiert und sehr hoch geschätzt, sehr wertgeschätzt wird – von mir übrigens auch, aber es ist immer eine Frage der Prioritätensetzung –, die Wirtschaftlichkeit.

Ich halte diese Restriktion im Bildungsbereich auch für unwirtschaftlich. Wir haben hier gerade in der Budgetdebatte, aber auch an anderer Stelle, schon über den Wert von Qualifikation gesprochen. Ich würde auch behaupten, es hat noch nie so eine Diskussion zum Thema „Menschen müssen besser qualifiziert werden, damit die Wirtschaft gut floriert“ gegeben. Und ich glaube, dass es auch noch nie so einen Boom und so einen Bedarf an Erwachsenenbildung, an Weiterbildung, an beruflicher Weiterqualifizierung gegeben hat. Es gibt das Stichwort – das kennen Sie alle – „lebenslanges Lernen“. Und wo fängt es an? In der Pflichtschule! Und dort sparen wir, dort drehen wir den Hahn zu. Das ist für mich unwirtschaftlich. Denn das heißt, dass wir in der Fort- und Weiterbildung mehr brauchen werden und das heißt, dass wir sicher nicht mehr Facharbeiter bekommen, wenn wir derzeit unter einem diesbezüglichen Mangel leiden.

Und da bin ich beim nächsten Thema: Qualifikation ist die Basis für Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren. Wenn das stimmt, und ich glaube nicht, dass das irgendjemand bestreiten kann, dann muss man zugeben, dass diese Maßnahme keine kluge Maßnahme ist. Und weil ich beim Begriff „klug“ bin, ich glaube, der Herr Wirtschaftslandesrat und Finanzlandesrat war vorhin noch im Raum, er hat so einen Lieblingsbegriff, er sagt immer, die Steiermark ist das Land oder die Region der klugen Köpfe. (Abg. Majcen: „Der hellen Köpfe!“) Oder der hellen Köpfe. Meine Damen und Herren, das wird nicht gut ausgehen. So kann man kluge, helle, findige Köpfe nicht fördern. (Abg. Majcen: „Das hat nichts mit der Zahl der Lehrer zu tun!“)

Die fördert man, wenn sie beginnen zu lernen, wenn sie lernen wie man lernt und wenn sie Freude am Lernen gewinnen. Und das wird nicht funktionieren in großen Klassen ohne Begleitung und ohne Betreuung.

Das, was wir hier haben, ist eine Situation, die wir den Finanzausgleichsverhandlungen zuzuschreiben haben. Das heißt also, dass das ein Produkt einer schwarz-blauen Regierung ist – das verwundert weiter nicht. Aber ich muss Ihnen auch sagen – und deswegen ist es auch sehr legitim das hier zu diskutieren –, natürlich ist der Finanzausgleich auch ein Produkt der Landeshauptleute. Da, das muss ich allerdings anmerken, gibt es auch zwei sozialdemokratische Landeshauptleute, nämlich den Herrn Häupl und den Herrn Stix, die kein Problem damit gehabt haben, diesen Finanzausgleich mit abzusegnen, obwohl der gerade im Bereich Wien und Burgenland sehr große Einschnitte nach sich ziehen wird. Wir haben es hier also mit einem Verhandlungsergebnis zu tun, auch der Landeshauptfrau der Steiermark, das diese Wirkung zeitigt. Das müssen Sie sich bewusst machen.

Nach Meinung der Grünen sind jetzt völlig andere Schritte zu setzen. Der Bildungsbereich – und ich denke, das ist aus den Gedanken, die ich geäußert habe, hervorgegangen – kann nicht ein Bereich sein, den man krank macht, indem man ihn krankspart, meine Damen und Herren, sondern der Bildungsbereich muss ein Bereich sein, in den wir intensiv investieren, und zwar sowohl Grips als auch Finanzen.

Wir müssen aktive Schritte setzen, dass die Menschen, die bei uns in die Schule gehen, soziale Kompetenz erwerben, dass sie lernen, wie man miteinander umgeht, dass sie lernen, wie sie zu Wissen kommen, das nennt man Wissensmanagement, persönliches Wissensmanagement und dass sie teamfähig sind. Lauter Tugenden, die man in jeder Stellenbeschreibung lesen kann und es geht nicht nur um Arbeit, sondern das sind Tugenden und Qualitäten, die wir auch brauchen im gesellschaftlichen und im politischen Leben. Und ich finde, es ist Zeit, mehr Wertschätzung aufzubringen für Bildung, für unseren Bildungsbereich so wie es der Herr Landesrat am Anfang gesagt hat, nur, wie gesagt, zieht er andere Schlüsse daraus, er meint, es ist ja dann auch noch gut genug. Ich glaube, wir müssen diesem Bereich mehr Wertschätzung und Aufmerksamkeit entgegenbringen und sicherstellen, dass die Entwicklungs- und Bildungsbedürfnisse unserer Kinder zufrieden gestellt werden, dass wir dafür Angebote haben.

Und wir brauchen auch und das ist mir ein besonderes Anliegen, eine Politik, auf die Verlass ist. Es wurde vorhin schon genannt, die Frau Landeshauptmann hat vor einem halben Jahr einen Brief geschrieben und gesagt, sie wird nicht zulassen, dass die Qualität im Bildungsbereich sinkt. Natürlich ist damit die Argumentationsschiene vom Herrn Landesrat klar, er sagt, die Bildung sinkt eh nicht, wir reduzieren zwar das Ausmaß dessen, was wir zur Verfügung stellen, aber das wird der Qualität nicht schaden. Ich glaube und das ist auch der Resolution zu entnehmen, dass das natürlich eine falsche Argumentation ist. Aber das Wichtige ist das, dass die Frau Landeshauptfrau ein Versprechen abgibt, das ihre Partei und die Regierung, der sie vorsteht, überhaupt nicht einhält und das sie in ihren eigenen Verhandlungen schon ignoriert und nicht wertgeschätzt und wichtig genommen hat und das sollten wir ihr in keinem Fall tolerieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Wort noch zur Bundesebene. Frau Bundesministerin Gehrler hat auf die Frage im Rahmen dieser Verhandlungen, wie sich diese Maßnahmen auswirken werden, gesagt: „Das weiß ich nicht!“ Das hat die Bundesministerin gesagt, die für Bildung zuständig ist, meine Damen und Herren. Ich glaube, man muss nicht mehr sagen, um zu sehen, nach welchen Kriterien und mit welchen Werten in Hintergrund hier gearbeitet wird.

Wir brauchen also eine Politik, auf die Verlass ist, und zwar nicht nur auf Landesebene, auch auf Bundesebene, wir brauchen eine Politik, die erkennt, was die Grundlagen der Gesellschaft sind und dass Bildung zu diesen Grundlagen gehört und die dafür sorgt, dass diese Grundlagen gestärkt werden und nicht angegriffen und reduziert. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 18.51 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Beutl (18.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist vom Antragsteller der Dringlichen Anfrage von Sanktionen gegen Jugendliche gesprochen worden. Ich glaube, dass die schlimmsten Sanktionen, die wir gegen Jugendliche vornehmen, die sind, dass wir Ihnen einen Schuldenberg hinterlassen von 2200 Milliarden Schilling. Das ist ein Betrag, den sich kaum jemand vorstellen kann und das nimmt unserer Jugend, unseren Kindern die Zukunftschancen und das ist letztlich der Hintergrund, warum es nun zu diesen neuen Strukturmaßnahmen kommen muss, weil es unzulässig ist und weil wir unserer Jugend wirklich die Zukunft verbauen, wenn wir sie mit einem solchen Schuldenberg belasten.

Ich möchte ein wenig eingehen auf die Fragen, die gestellt wurden beziehungsweise möchte ich eingangs festhalten, dass diese sehr umfassende und sehr sachliche Beantwortung der Anfrage durch Herrn Landesrat Hermann Schützenhöfer aufgezeigt hat, dass wir uns in einer schwierigen Situation befinden, keine Frage, aber dass es bei weitem nicht jene Bildungskatastrophe ist und jener Kahlschlag ist, von dem da ununterbrochen gesprochen wird. Und ich möchte noch etwas sagen, diese Situation der Lehrerstellen, des Lehrstellenplanes ist ja nicht von heute auf morgen über uns hereingebrochen oder ausschließlich auf die neuen Strukturmaßnahmen zurückzuführen. Die Gründe dafür sind vielfältig, sind komplex und sie sind bereits gesagt worden und ich möchte sie nur verstärken und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es einfach eine Tatsache ist, dass wir in der Steiermark auch ohne diese neuen Maßzahlen das Problem hätten, im Herbst nicht alle befristeten II-L-Verträge von Kolleginnen und Kollegen verlängern zu können. Denn es ist eine Tatsache, dass die Schülerzahlen massiv rückläufig sind, die Zahlen sind mehrfach genannt worden. Und wenn wir heuer im Herbst in den Volksschulen 1500 Kinder weniger in den Klassen sitzen haben werden, dann muss das Auswirkungen haben, denn die Rechnung immer weniger Schüler und gleich viele Lehrer kann nicht aufgehen. Ich möchte diesbezüglich noch einmal, weil ich glaube, dass das so gerne ignoriert wird, was Tatsache ist und was Faktum ist, auf die besondere steirische Situation hinweisen. Ich möchte sie ansprechen, denn wir haben in der Steiermark zwei Standorte von Pädagogischen Akademien. Seit 20 Jahren bilden beide Akademien 100, 200 Pflichtschullehrer jährlich aus. Und obwohl wir seit vielen Jahren den Maturantinnen und Maturanten sagen, dass die Aussichten für den Lehrberuf schlecht sind, hat der Zustrom zu den Akademien angehalten. Wir haben auch den Hinweis gegeben und die Maturantinnen und Maturanten bekommen das schriftlich in einem Brief von der Frau Ministerin, dass es keinen Anspruch auf eine Anstellung gibt, aber wir haben die freie Studienwahl und der Wunsch der jungen Menschen, Lehrer zu werden, war eben so groß. Daraus hat sich die Situation der Steiermark entwickelt, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, dass wir 700, 800 und noch mehr junge Lehrer auf den Wartelisten hatten und immer noch haben und diese Lehrer schauen mit Argusaugen darauf, wer angestellt wird und dass sie nicht benachteiligt werden bei den Anstellungen und dass sie sehr wohl im Beruf unterkommen.

In anderen Bundesländern, wie gesagt, war die Lage weniger dramatisch und dort hat man sogar Lehrer gesucht und nicht wenige steirische Lehrer sind nach Salzburg, nach Tirol, nach Vorarlberg und nach Wien gegangen. Aber nach wenigen Jahren wollten sie wieder zurück in die Steiermark und stehen bei uns wieder auf der Warteliste. Damals hat sich angesichts dieser Situation in der Steiermark eine Anstellungspolitik ergeben, die auch sozial motivierte Hintergründe hatte, wo wir einfach nicht so sehr Rücksicht genommen haben auf weit reichende Bildungsökonomie, wie das andere Bundesländer gemacht haben. Die Entscheidung hat bei uns gelaftet, schauen wir, möglichst vielen jungen Lehrern eine Anstellung, eine Stelle an einer Schule zu verschaffen und wandeln wir Mehrdienstleistungen, Dauermehrdienstleistungen in Dienstposten um. Das haben wir sehr konsequent durchgeführt und es gibt im Pflichtschulbereich kaum Dauermehrdienstleistungen. Damit haben wir uns allerdings in der Steiermark keinerlei Spielraum gelassen, keinen Polster gelassen. Und wenn uns Herr Landesrat berichtet hat, er war in Oberösterreich und dort wird es zwar auch das Problem geben, dass Dienstposten eingespart werden müssen, aber es werden alle Lehrer weiterverwendet werden können, dann hat das einfach damit zu tun, dass genauso wie in Tirol, in Salzburg und in Vorarlberg dieser Polster einfach jetzt verwendet wird um das abzufedern. Wir haben das seinerzeit natürlich gewusst und das haben auch die jungen Leute gewusst, dass sie einen befristeten Vertrag bekommen und das Dienstrecht das eben so vorsieht.

Obwohl wir uns damals sehr großzügig Gruppen- und Klassenteilungen geleistet haben, sehr viele pädagogische Pilotprojekte umgesetzt haben, Personalreserven eingeführt haben, um möglichst vielen jungen Menschen eine Chance zu geben in ihrem Beruf unterzukommen, so stellt sich das aus heutiger Sicht vielleicht als Fehler dar. (Abg. Schrittwieser: „Frau Kollegin Beutl, warum hat die Frau Landeshauptmann diesen Brief geschrieben, wenn sie alles gewusst hat?“) Da möchte ich Ihnen eines dazusagen, Herr Klubobmann, diesen Weg, den wir in den letzten zehn Jahren gegangen sind, haben alle politischen Parteien in unserem Land mitgetragen. (Abg. Schrittwieser: „Dieser Brief war eine Wählertäuschung!“) Ich möchte Sie daran erinnern, dass die politischen Referenten für das Schulwesen aus der Sozialdemokratie gekommen sind. Und niemand hat in all diesen Jahren auch nur ein Wort gesagt, dass wir diesen Weg so nicht gehen sollen. (Abg. Schrittwieser: „Frau Kollegin, warum schreibt die Frau Landeshauptmann im September einen Brief, dass kein einziger Dienstposten freigesetzt wird? Erklären Sie mir das!“)

Die Personalvertretung, die Gewerkschaft, die Rechtsabteilung 13, der Landesschulrat, sie waren auf diesem Weg, den wir als soziale Anstellungspolitik gesehen haben zum Wohle der Schüler, aber auch der Lehrer. (Abg. Schrittwieser: „Kein Sozialdemokrat hat diesen Brief geschrieben, sondern die Frau Landeshauptmann. Sie hat Schmach geführt und Stimmen gefangen!“) Ich rede von der Entstehungssituation, von der Entwicklung, und die ist von den Sozialdemokraten genauso mitgetragen worden.

Jetzt, wo uns die Schüler fehlen, damit fehlen uns natürlich auch die Dienstposten, jetzt, wo die Altersstruktur so ist, dass eben nicht sehr rasch allzu viele Lehrer in Pension gehen werden, müssen wir versuchen, mit dieser neuen Situation möglichst so umzugehen, dass sie zu bewältigen ist und dass die Bildungsqualität erhalten bleibt. Ich hätte mir eher konstruktive Vorschläge zur Bewältigung dieser Situation erwartet und nicht die Polemisierung und Emotionalisierung.

Ich möchte nun zum Vorwurf des Qualitätsverlustes ein Wort sagen. Weil immer wieder angesprochen wird, wie ist das, und das wird einen gewaltigen Qualitätsverlust bringen, wenn nicht geprüfte Lehrer unterrichten werden.

Jetzt sage ich Ihnen: Tatsache und Realität ist, dass heute schon in Einzelfällen es gar nicht anders geht, als dass ein Hauptschullehrer zum Beispiel mit zwei Fächern – ich nehme Mathematik und Leibesübungen –, der mit 50 Jahren einen Bandscheibenvorfall hat und nicht mehr in Leibesübungen unterrichten kann, unmöglich alle seine Stunden, sein Pflichtausmaß nur mit Mathematik erfüllen kann. Er muss in anderen Gegenständen unterrichten. Dasselbe gilt auch für Bezirkspersonalreserven. Die wurden eingerichtet, damit für erkrankte Lehrer eine Reserve da ist. Aber wir können doch auch dort feststellen, dass Lehrer das unterrichten müssen, was die erkrankten Lehrer und Lehrerinnen als Stundenverpflichtung hatten, ob geprüft oder nicht.

Und ich erinnere mich zurück: Als ich begonnen habe, in den ersten Dienstjahren, da hatten wir einen Lehrermangel. Alle mussten wir, um den Unterricht zum Beispiel in Hauptschulen aufrechtzuerhalten, als Volksschullehrer auch in Hauptschulen unterrichten. Wir haben nebenbei unsere Fortbildung gemacht, an Wochenenden und haben dann erst die Fachprüfungen abgelegt. Es war damals überhaupt nicht anders möglich. Aber trotzdem ist die Bildungsqualität und die Qualität unserer Schulen in diesen letzten 30 Jahren, 25 Jahren eine hervorragende gewesen. Und so wird es auch in Zukunft sein. Wenn in Einzelfällen Kollegen an einer anderen Schule, an einer anderen Schularart und einem anderen Gegenstand nicht geprüft unterrichten müssen, wird das nicht die Katastrophe auslösen.

Im Übrigen ist jeder Lehrer dazu verpflichtet, sich sorgfältig vorzubereiten und sich fortzubilden. Ich vertraue hier sehr auch auf das methodisch-didaktische Geschick unserer Kolleginnen und Kollegen, das zu bewältigen und zu schaffen.

Ein Wort zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, weil damit im Zusammenhang auch gesagt wurde, in Klassen mit vielen oder hohen Schülerzahlen gibt es natürlich verstärkte Disziplinschwierigkeiten. Dann wundere ich mich aber schon sehr, warum etwa in der vorigen Woche im Parlament die Verhaltensvereinbarung, die ursprünglich sehr wohl von sozialdemokratischen Lehrern gefordert wurde, nicht mitgetragen wurde. Das nur nebenbei.

Die Forderung und den Wunsch nach kleineren Klassen und nach einer Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen haben wir seit langem immer wieder unterstützt. Ich kann mich sehr gut erinnern, dass es sozialdemokratische Finanzminister waren und sozialdemokratische Unterrichtsminister, die uns dabei nicht wirklich unterstützt haben und es wurde ständig abgelehnt. Nun haben wir die Situation, dass in einem Sechstel aller Klassen an den Pflichtschulen 25 oder mehr Schüler zu finden sind, in einem Sechstel.

Ich möchte Ihnen nun auch die voraussichtlichen Durchschnittszahlen der Schüler pro Klasse zur Kenntnis bringen, wie sie heuer sind und wie sie nächstes Jahr sein werden. Dann werden Sie draufkommen, dass das nicht so gewaltig ist, wie Sie es darstellen. Zurzeit ist die Durchschnittsschülerzahl in Volksschulen 19,38 Schüler. Im kommenden Jahr wird sie heißen 19,31. In Hauptschulen 22,73, im nächsten Jahr 22,77. In Polytechnischen Schulen 23,02 und im nächsten Jahr 22,14. In Sonderschulen 8,82 und im nächsten Jahr 8,25.

Also, so dramatisch wie Sie das darstellen, wird sich das auch in dem Bereich nicht zeigen, obwohl ich zugebe, dass es Einzelfälle geben wird, wo genau der eine Schüler zur Teilung fehlt und wo dann tatsächlich größere Klassen mit 29 oder 30 Schülern unterrichtet werden müssen. Aber wenn wir uns den Besorgnis erregenden Rückgang der Schülerzahlen anschauen, so werden auch die Klassen kleiner werden.

Ich möchte mit dem Appell schließen, dass wir nicht dazu beitragen, immer noch mehr und weiter Kolleginnen und Kollegen zu verunsichern, sondern dass wir uns alle gemeinsam bemühen zu schauen, wie wir diese Situation möglichst gut in den Griff bekommen.

Im Übrigen möchte ich Sie daran erinnern, dass auch der sozialdemokratische Stadtschulratspräsident Scholz – er hat es allerdings politisch nicht überlebt – gemeint hat, weil ja auch in Wien vor der Wiener Landtagswahl massiv dieses Thema gespielt wurde, „die vorgesehenen bildungspolitischen Strukturmaßnahmen sind keine Bildungskatastrophe und ich habe die Wahrheit gesagt und damit ein Tabu gebrochen.“ Damit war auch seine politische Karriere beendet.

Ich denke, wir sollten sehr gut aufpassen, dass wir nicht nur polemisieren und nicht nur emotionalisieren, sondern dass wir den Kolleginnen und Kollegen und vor allem unseren Kindern und Schülern helfen, diese Situation vor allem in den nächsten Jahren – diesen Übergang wird es geben – möglichst gut zu bewältigen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (19.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte mich in weiten Teilen bedanken für die sehr, sehr sachliche Beantwortung, Herr Landesrat, trotzdem in vielen Bereichen aber auch eine sehr unverbindliche Beantwortung. Das ergibt sich natürlich – das weiß ich schon – aus dem Datum, aus den teilweise noch nicht zur Verfügung stehenden Zahlen, die Sie wahrscheinlich gebraucht hätten.

Trotzdem aber, versuchen Sie sich bitte in die Lage zu versetzen, dass Sie am 7. Juli Ihren Schülern das Jahreszeugnis in die Hand drücken und sich dann mehr oder weniger emotional von Ihren Kindern verabschieden und nicht wissen, ob Sie im Herbst überhaupt wieder an dieser Stelle Ihre Tätigkeit aufnehmen können. Vor dieser Situation stehen viele Lehrer im heurigen Jahr.

Man sollte sich darüber Gedanken machen. Ich teile durchaus Ihre Meinung, wenn Sie sagen, wir müssen den ländlichen Raum schützen. Ich habe jahrelang an einer wohnortnahen Kleinschule unterrichtet. Es war für mich überhaupt nie ein Problem, Abteilungsunterricht zu erteilen. Ich kenne das, ich habe auch die Chancen dieses Unterrichts nützen können. Trotzdem stimmt der Vergleich aus meiner Sicht nicht ganz, den Sie gebracht haben, dass es eher die ländlichen Regionen sind, die zu schützen sind und die städtischen Bereiche nicht. Denn allein die Situation, dass Zusammenlegungen an Standorten, wo es mehrere Schulen im städtischen Bereich gibt, bewirken, dass drei Schulen im städtischen Bereich als eine Schule gesehen werden, bewirkt natürlich eine Erhöhung der Klassenschülerzahl, einen Wegfall von Dienstposten. Es kann nicht anders sein. Und zur näheren Erklärung, das ist damit gemeint, wenn man sagt, es gilt auch, den städtischen Bereich zu schützen. Das hat noch einen weiteren für mich sehr, sehr wichtigen Aspekt, nämlich den, dass das soziale Umfeld im ländlichen Bereich – und ich unterrichte zurzeit ja noch immer in einem ländlichen Bereich – ein wesentlich besseres ist, es stellt sich wesentlich besser dar, man könnte auf steirisch sagen, es ist leichter und jetzt englisch weiter im „Handling“. Das stimmt sicherlich. Im städtischen Bereich haben wir aber diese Voraussetzungen weitgehend nicht.

Die Frage, ob man eine Kündigung ausspricht oder ob nur ein Dienstvertrag nicht verlängert wird, stellt sich meiner Meinung nach nur dann, wenn damit nicht versucht wird, politisches Kleingeld zu lukrieren. Wenn ich das so zur Kenntnis nehme, kann ich damit leben. Nur, wenn gesagt wird, wir haben ohnedies niemanden gekündigt, um ein Versprechen wie in dem schon vielfach zitierten Brief der Frau Landeshauptmann nicht einlösen zu müssen, dann wäre das fehl am Platz. Mit großer Hingabe ihren Auftrag erfüllt, haben Sie unter anderem gesagt. Ich kann das nur bezeugen. Und wir müssen uns dazu bekennen, dass in unseren steirischen Pflichtschulen großartige Leistungen vollbracht werden, aber diese Leistungen in Zukunft immer weniger möglich sein werden. Wenn die Frau Kollegin Beutl sagt, ein Kahlschlag ist es nicht, dann stimme ich Ihnen heute noch zu, aber der Kahlschlag ist vorbereitet. Wir haben heute einen ähnlichen Vergleich gehabt, ich habe es mir da irgendwo aufgeschrieben, gestatten Sie mir, dass ich das suche, ja da ist es schon. Der Vergleich mit der Bahn fällt mir da ein. Es wurde heute schon in der Debatte gesagt, man lässt sie verkommen, um sie dann zuzusperren. Manchmal

habe ich das Gefühl, bei der Bildung passiert uns jetzt etwas Ähnliches. Man nimmt immer mehr zurück, öffentliche Bildungseinrichtungen werden ausgehungert, um ihnen dann vorzuwerfen, nach geraumer Zeit natürlich, ihr seid eigentlich nicht das, wofür ihr bezahlt werdet und wir stellen sie vielleicht in Frage. Ich hoffe, dass das keine schlimme Vision für unsere Bildung in der Steiermark ist. Und die Bildung in der Steiermark, und dazu kann ich mit voller Überzeugung stehen, hat noch einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Viele Modelle sind aus der Steiermark in die anderen Bundesländer übertragen worden. Im Bereich der Lehrerfortbildung genauso wie im Bereich von innovativen Einrichtungen, Schulversuchen und dergleichen. Viele Wurzeln sind in der Steiermark und andere Bundesländer sind dankbar, dass wir so kreative und innovative Lehrer und Schulleiter, aber auch Leute in den Schulaufsichtsbehörden haben.

Wenn ich mir aber anschau, was im Herbst alles an vielen Schulen nicht mehr möglich sein wird, dann haben wir den Kahlschlag zwar noch nicht vollzogen, aber wir sind auf dem besten Weg dazu. Der Holztransporter steht schon bereit. Wenn ich keine oder zu wenige Stunden für den Förderunterricht habe, aber in unserem Bildungssystem ein Frühwarnsystem verbindlich vorgeschrieben habe, damit es nicht zu Wiederholungen kommen kann und ich habe keine Stunden für den Förderunterricht mehr, ja dann verletzt der Lehrer in der jeweiligen Klasse seine Pflicht. Er kann ja gar nicht das Frühwarnsystem durchführen. Ich gebe das zu bedenken. Das, was Spaß macht, was die Kreativität fördert, wird in Zukunft nicht mehr angeboten. Auf der anderen Seite haben wir uns in der Drogendiskussion darüber Gedanken gemacht, was alles so fürchterlich und so schlimm ist und da gebe ich natürlich all jenen Recht, die hier wirklich ein düsteres Bild gezeichnet haben, aber in die Schule können wir diese Inhalte, dass sie Freude, Spaß bereiten, dass man alternative Betätigungen hat, nicht mehr hineintransportieren, weil Unverbindliche Übungen nicht mehr stattfinden können. Sagen Sie mir, Frau Kollegin Beutl, wie drastisch der Rückgang der Unverbindlichen Übungen in den letzten Jahren war, zum Beispiel im Chorgesang?

Ja, da bleiben die Töne im Hals stecken, die Kehle belegt sich. Wenn im Herbst die Sprachheilbetreuungsstunden gekürzt werden und an vielen Schulen nicht mehr angeboten werden können, dann ist das keine Qualitätsverschlechterung, keine Beeinträchtigung? Ich kann mir das nicht vorstellen. Wenn allein für den Bezirk Leibnitz es für Integrations- und Stützstunden 13 Dienstposten weniger gibt, aber wir den Auftrag der Integration erfüllen, wer leidet denn da darunter? Wenn die signifikante Überalterung, die schon angesprochen wurde in diesem Haus, weiter so fortschreitet, stehen wir vor dem Problem – und ich habe es da vielleicht ein bisschen besser, weil ich mich jetzt in der Schule ein wenig zurücknehmen kann –, dass unsere Kinder und das betrifft vor allem die jüngsten, die Grundstufe eins, die Elementarklässler, von Großeltern unterrichtet werden. Ist das unser Ziel einer steirischen Bildung?. Nichts gegen Großeltern, ich habe vieles von ihnen gelernt und bin in vielen Bereichen sehr dankbar. Aber in vielen Bereichen werden sie den modernen Anforderungen nicht gerecht, die wir für eine gescheite, gesunde, für eine effiziente Bildung brauchen.

Die fehlende Durchmischung der Lehrkräfte von erfahrenen, routinierten und jungen, dynamischen ist ein großes Problem für unsere Schulen und führt zu einer sehr, sehr bedenklichen Situation, vor allem im musischen, aber auch in den sportlichen Bereichen. Und über den Wert, glaube ich, muss man keine Diskussion führen. Wenn die Frau Kollegin Beutl wiederum angesprochen hat, dass Bezirkspersonalreserven vielleicht nicht ganz fachkonform in den Schulen unterrichten, dann ist das für mich sicherlich nicht das Problem. Das Problem ist, dass es keine Bezirkspersonalreserven mehr gibt, dass wir überhaupt niemanden haben, der jetzt die Stunden im Falle einer längeren Erkrankung übernehmen kann und dass wir auf der anderen Seite aber erhöhte Klassenschülerzahlen haben und diese erhöhte Klassenschülerzahl bewirkt wieder, dass ich keine Zusammenlegung, ohne grob fahrlässig zu sein, machen kann. Seien Sie sich bitte dieser Situation bewusst. Sie haben zwei Klassen mit 26 Schülern oder mit 25 und eine Person, keine Bezirkspersonalreserve, 50 Kinder von einer Person unterrichtet. Schön, oder ich schicke sie nach Hause, auch schön.

Vorrangig haben die Kinder Freude, wenn sie einen oder mehrere zusätzliche freie Tage kriegen. In ihrer Ausbildung wird es ihnen fehlen.

Die fehlenden Bezirkspersonalreserven bewirken natürlich auch, dass Lehrer die für sie so wichtigen Fortbildungsveranstaltungen nicht besuchen können. Viele werden in der unterrichtsfreien Zeit besucht, viele sogar auch schon am Wochenende. Aber nicht alles lässt sich dort hinein verpacken. Es ist ein Opfer, das die Lehrer ohnehin schon seit Jahren auf sich nehmen. Wir haben viele landesweite oder bundesweite Fortbildungsveranstaltungen, die sich ausschließlich über das Wochenende erstrecken – das gehört auch einmal gesagt –, wo die Leute in ihrer Freizeit hingehen, um sich an den Tankstellen – und so bezeichne ich Fortbildungsveranstaltungen – wieder aufzuladen, um ihr Bestes in der Schule geben zu können.

Wem wird denn Schaden zugefügt bei all diesen Maßnahmen? Natürlich den Kindern. Die Lehrer haben keine Lobby, die dahinter steht. Die sagen, die sollen schön still sein. Aber der Schaden betrifft unsere Kinder und der Schaden betrifft somit auch die Zukunft unserer Kinder und letztlich natürlich auch unsere Zukunft. Und dessen sollte man sich bewusst sein.

Meine Damen und Herren, Bildung muss ein Recht sein und bleiben, Bildung darf kein Privileg sein! Der Staat und auch die Landesregierung haben sich zur Bildung als Wert zu bekennen (Beifall bei der SPÖ.) und nicht als Einsparungspotenzial.

Daher möchte ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Kröpfel, Böhmer und meiner Wenigkeit.

Die geplante Einsparung von über 380 Planstellen an steirischen Pflichtschulen für das Schuljahr 2001/2002 wirkt sich nicht nur negativ auf die betroffenen Junglehrer und Junglehrerinnen aus, sondern birgt die Gefahr eines massiven Einbruchs im Hinblick auf den Qualitätsstandard der steirischen Pflichtschulen.

Das Land Steiermark hat daher alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, insbesondere die nötigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit es zu keinen Verschlechterungen in diesem Bereich kommt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit folgenden Anliegen heranzutreten: a) Die Republik Österreich bekennt sich zum öffentlichen Pflichtschulwesen und wird die nötigen finanziellen Mittel für eine qualitativ hochstehende Grundausbildung auch in Zukunft sicherstellen. b) Die Klassenschülerhöchstzahl an Pflichtschulen ist raschestmöglich zu senken. c) Der Bund hat dafür Sorge zu tragen, dass die Bestellungen der Bezirksschulinspektoren sowohl ordnungsgemäß als auch zeitgerecht erfolgen können.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit der Qualitätsstandard an steirischen Pflichtschulen sowohl sichergestellt als auch ausgebaut werden kann. Dies bedeutet insbesondere a) die Sicherung des Angebotes an Sprachheilbetreuung, b) keine Reduktion des Angebotes an unverbindlichen Übungen, c) die Absicherung und den Ausbau des interkulturellen Lernens, d) keinen Abbau an Dienstposten für Integrations- und Stützklassen.

Drittens: Die Steiermärkische Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, bis spätestens 7. September 2001 dem Landtag einen Bericht über die tatsächlichen Auswirkungen der Sparmaßnahmen an steirischen Pflichtschulen zu erstatten. Dieser Bericht hat darzulegen, wie viele Lehrer und Lehrerinnen arbeitslos geworden sind, wie viele Personen von der Arbeitsstiftung aufgefangen worden sind und welche Bildungsangebote zukünftig an Pflichtschulen nicht mehr geleistet werden können. Des Weiteren sind die vom Land gesetzten Gegenmaßnahmen einschließlich einer Bewertung derselben transparent offen zu legen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (19.22 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Wenn man auf der Basis, wie der Herr Kollege Gruber jetzt gesprochen hat, sich einmal hier zusammensetzen könnte und Probleme des Schulsystems und der Schule an sich, losgelöst von aktuellen parteipolitischen Überlegungen, diskutieren könnte, dann wäre das gut und würde uns allen gut tun.

Ich stelle aber Folgendes fest. Ich komme heute hier herein. (Abg. Detlef Gruber: „Waren meine Aussagen parteipolitisch?“) Das habe ich nicht gesagt.

Ich komme heute in der Früh hier herein, gehe da bei den ersten Reihen vorbei, sitzt dort der Herr Landes- schulratsvizepräsident außer Dienst Hofrat, wie hat er geheißt? (Unverständlicher Zwischenruf.)

Nein, der vorherige, wegen anhaltender politischer Erfolglosigkeit in Pension gegangen.

Dann sitzt dort ein zweiter Hofrat, nämlich der Herr Landesschulinspektor in Ruhe Regierungsrat Egon Bößner und dann sitzt dort der Vizepräsident des Landesschulrates, Hofrat Direktor Mag. Dietmar Dragaric. Plötzlich ziehen diese Leute ein Plakat heraus, genau abgesprochen mit dem ORF, der wartet nämlich schon darauf, wunderbar.

Derselbe Herr Vizepräsident des Landesschulrates, der nach dem Gesetz angelobt ist, die Gesetze der Republik Österreich in unverbrüchlicher und so weiter, und so weiter als amtierender Vizepräsident zu befolgen hat, der gelobt hat, dass die Mitglieder des Kollegiums, die Amtsverschwiegenheit und die unparteiische Erfüllung der Amtspflicht, setzt sich da her und begehrt eine Handlung, für die theoretisch jemand anderer – vielleicht auch er – bestraft werden könnte. Er müsste es nämlich wissen, dass es nicht zulässig ist, als Zuhörer oder als Gast in dieser Landtagssitzung Transparente zu entrollen, Beifalls- oder Missfallskundgebungen zu äußern. Das ist der Vizepräsident des Landesschulrates (Beifall bei der ÖVP.), der in Staatsbürgerkunde eigentlich wissen müsste, was in Zusammenhang mit gesetzgebenden Körperschaften und so weiter zu tun ist. Ich sage das nur deswegen, damit das einmal klargestellt wird. Ich sage das nur deswegen (Abg. Kröpfel: „Absetzen, Streik verbieten – das ist genau die Verunsicherung!“), weil ich aufzeigen möchte, dass diese Dringliche Anfrage in erster Linie der Verunsicherung, in zweiter Linie der Panikmacherei dient und nur so nebenbei (Abg. Kröpfel: „Bei 400 Dienstposten brauchst du von Panikmache nicht mehr reden!“) einen Hintergrund hat, den man als sachlichen Hintergrund bezeichnen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal zurück zu den Eckdaten, die ich Ihnen zeigen möchte und das wissen alle. Es waren ja bei der Dringlichen Anfrage bemerkenswerterweise von 19 SPÖ-Abgeordneten glaube ich nur sechs im Raum, bei der Beantwortung der Anfrage, die sie selber gestellt haben, weil sie das Problem so dringend interessiert und sie die Antwort des Herrn Landesrates hören mussten.

Ich komme zu folgenden Punkten:

Tatsache eins: Schülerzahlenentwicklung 1970 bis heute. Zeigen Sie dieses Bild der Öffentlichkeit und dann zeigen Sie als nächstes Bild (Abg. Kröpfel: „Zeige es den Lehrern in der Schule!“) die Entwicklung der Lehrer. Ich sage es nur als Argumentation, weil wir über – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Das habe ich in der Konferenz schon gesagt. Habe ich in der Konferenz gesagt. Und ich erwarte von Lehrern, dass sie Tatsachen, die man aussprechen muss, auch hören können. Das gibt es nämlich nicht anders. Und die Lehrer verlangen das von jedem Schüler, dass er Tatsachen, die in irgendeiner Sache wichtig sind, zur Kenntnis nimmt und sie nicht verschweigt. (Beifall bei der ÖVP.)

Hier die Verhältnisse Schülerzahlenentwicklung zu Lehrerstand, auch kein Argument, aber nur eine Tatsache, Schüler je Lehrer. 1970/71, 1990/91, 1995/96, 2000/01. Nur zur Information, damit wir wissen, wovon wir reden, weil manchmal das Gefühl herrscht, es ist nicht da. Und das ist die berühmte Verteilung der Altersgruppen, für die auch niemand etwas kann. Sie ist eben so entstanden und vor der Basis dieser Tatsachen haben wir ein Problem zu diskutieren, das ein ernstes Problem ist und wo wir auf jeden Einzelnen, der davon betroffen ist, natürlich Rücksicht nehmen müssen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein befristeter Vertrag auf der Welt ist für jeden Menschen ein befristeter Vertrag. Natürlich mit der Absicht, dass dieser befristete Vertrag in einer beruflichen Ausbildung, die ich habe, verlängert wird. Aber er ist deswegen befristet abgeschlossen, weil der Dienstgeber noch nicht weiß, ob ich dann wieder einen brauche. Das ist in der Wirtschaft immer wieder festzustellen, weil man ansonsten keine Ausgleiche treffen kann. Das gibt es auch woanders.

Und es geht nicht, wir müssen, wir können nicht bei 10.500 Lehrern stehen bleiben und die Schülerzahlen noch weiter absinken lassen. Das ist das Problem. Ich bin seit 30 Jahren im Schuldienst und ich habe den Aufstieg der österreichischen Schule miterlebt und dankbar mitgemacht. (Abg. Kröpfl: „Du wirst jetzt den Niedergang miterleben!“) Ich werde keinen Niedergang miterleben. Wir werden miterleben, dass wir die Schule mit Qualität aufrechterhalten können, weil wir sie mit Qualität aufrechterhalten werden müssen und um diese Qualität werden wir uns alle gemeinsam bemühen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe miterlebt, dass wir Überstunden abgebaut und in Dienstposten umgewandelt haben, was andere Länder nicht getan haben, was die AHS nicht getan hat und daher gibt es dort das Problem nicht. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wenn wir es anders gemacht hätten, würde heute kein einziger Lehrer vor diesem Problem stehen, sondern man müsste nur die Überstunden zurücknehmen und hätte das Problem geregelt. Nur, es hätten zwischendurch viele, viele Leute keine Anstellung gehabt. Ich sehe ein, dass jeder Mensch, der sich in einem Beruf ausbilden lässt, diesen Beruf ausüben möchte. Aber ich erinnere daran und das hat jetzt gar nichts mit den Lehrern zu tun, das ist ja das Dilemma, dass die Vertragslehrer sehr genau wissen, worum es geht. Ich nehme an, dass jeder, der in der Schule von der Flexibilität unterrichtet, vom lebenslangen Lernen, jeder Lehrer, der den Schülern zum Teil sagt, sie werden in ihrem Beruf in Zukunft, die Schüler nämlich, zwei, drei Ausbildungen brauchen, diese Problematik jetzt da oder dort zutrifft. Und ich sehe auf uns die Sorge zukommen, dass wir eines Tages nicht mehr wissen werden und das wird gar nicht so lange dauern, wo wir die Lehrer für die Schüler hernehmen. Dann werden wir sie nämlich wieder brauchen. Und es würde keinem Lehrer da oder dort schlecht anstehen, zwischendurch zwei, drei Jahre vielleicht in einem anderen Beruf zu verbringen. Die Zeiten sind anscheinend auch in übrigen Berufsgruppen vorbei, wo man mit 17, 19, 20 und 21 einen Beruf lernt und dann 40 Jahre lang in diesem Beruf tätig ist, weil gleichzeitig, meine Damen und Herren, sagt da draußen ein Redner der anfragestellenden Partei, es ist furchtbar, wenn die Kinder von Großvätern unterrichtet werden. Na, was heißt denn das? Heißt das jetzt mit anderen Worten, dass man jung in den Beruf gehen soll und mit 45 oder 50 aufhören soll? Es ist nun einmal so, dass ein Berufsleben mit 20, 21, 22 beginnt und mit 60, 61, 62 endet. Man kann die Lehrer dann nicht wegschieben und sagen, wir brauchen dich nicht mehr, weil du bist ein Großvater, ich möchte haben, dass das Kind einen 28-jährigen Lehrer hat. Wir müssen uns gemeinsam bemühen um diese Struktur und vielleicht haben wir die Chance, wenn es uns gelingt, einmal parteienübergreifend dieses Problem zu diskutieren.

Wie wir das Problem der Alterspyramide lösen, wie wir dem Problem entgehen, das heute in Hessen und in Bayern und in anderen Bundesstaaten in Deutschland herrscht, dass man sagt, Gold für Lehrer und in Hessen mehr und höhere Gehälter zahlt, dass man aus anderen Bundesländern die Lehrer kriegt, weil man keine Lehrer mehr hat und kriegt, weil dort die Pensionierungswelle früher eingesetzt hat, die bei uns erst in drei, vier, fünf, sechs, sieben Jahren kommt. Als ich im Jahre 1969 angefangen habe, sind 13 Lehrer gemeinsam in den Dienst gestellt worden. Im nächsten Jahr wieder 15 und dann wieder 15. Heute ist die Gruppe an meiner Schule der 40-bis 55-Jährigen die Gruppe, die nach oben und nach unten geschlossen ist. Keiner unter 40, keiner über 55. Und das ist das Dilemma und das kann man nicht lösen mit Beharrung. Das kann man nicht lösen mit Beharrung, das kann man nicht lösen mit Nichteingehen auf das Problem. Dieses Problem muss angepackt werden und darum sollten wir uns gemeinsam kümmern und nicht der Verunsicherung das Wort reden und nicht zusätzlich Verunsicherung erzeugen, wobei ich zugebe, dass es zu Maßnahmen kommen wird. Es wäre nur gescheiter, dann darüber zu reden, wenn sie tatsächlich in den genauen zahlenmäßigen Auswirkungen bekannt sind. Ich bin neugierig, ob wir das tun. Und weil ich es als einen mutigen Schritt auch des Landesrates sozusagen finde, dass er, bevor irgendetwas passiert und nicht erst im Nachhinein ein Modell konstruiert, neue Chancen für Pflichtschullehrer, nämlich diese Arbeitsstiftung. Wobei sich ganz wenige für dort gemeldet haben, weil natürlich jeder hofft, dass er im Herbst bei denen dabei sein kann, die bleiben können. Wir werden die genauen Zahlen sehen und ich prophezeie Ihnen heute, die Qualität wird prinzipiell aufrecht bleiben, weil es bleiben 10.200 Lehrer übrig, die an der Schule unterrichten und es sind inzwischen weniger Schüler geworden. Das muss man auch sagen. (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter Majcen, ich darf bitten, zum Schluss zu kommen!“)

Ich bin ja schon beim Schluss. Eine Minute Geduld und ich wäre fertig gewesen. Ich wollte nur ausdrücklich sagen, das Problem betrifft uns alle gemeinsam. Das ist kein Problem einer Partei, das sind die steirischen Lehrer, das ist die steirische Schule. Und gemeinsam könnten wir vieles erreichen, wenn wir nicht den einen und den anderen ins Eck treiben wollen, weil manchmal das Gefühl besteht, dass der heutige Tag und die heutige Anfrage in erster Linie dazu dient, die sozialistische, die sozialdemokratische Strategie, denen werden wir es

schon zeigen, was sie jetzt haben mit ihrer Regierung im Bund und mit dieser neuen Zusammensetzung im Land, wir werden den Steirern schon beweisen, dass das nicht gut war. Das ist das, was ich mir manchmal denke. Ich hoffe sehr, dass das nicht so ist und biete Gespräche unsererseits an. Ich danke herzlich! (Beifall bei der ÖVP. – 19.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (19.36 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren, werte Zuseher!

Des Lehrers Buch ist das Schulunterrichtsgesetz und dieses sagt nicht nur aus, was der Lehrer in seiner Unterrichtszeit zu tun hat, nämlich dem jungen Schüler Wissensvermittlung angedeihen zu lassen, sondern auch den jungen Schüler in seiner Entwicklung zu begleiten. So gesehen haben wir in der Schule in den letzten 20 Jahren und vermehrt – ich bin nicht 30, sondern nur 28 Jahre in der Schulstube – Erziehungsaufgaben zu tätigen, weil die Eltern immer weniger Zeit haben, immer mehr Kinder auch von Tagesmüttern miterzogen werden und diese neue Generation, diese „new kids“ oder Computergeneration, auch andere Anforderungen an den Lehrer als Miterzieher stellt. Ein kleines Begleitproblem, das diese jungen Kinder haben, ist, dass sie neben einem erhöhten sozialen Bedürfnis auch ein erhöhtes Bedürfnis an Beweglichkeit haben.

Dafür gibt es eine Menge von so genannten unverbindlichen Übungen. Dafür haben wir im Rahmen der Schulautonomie eine Menge von neuen Gegenständen eingeführt.

Ich habe mir die Mühe genommen, in den letzten zwei Wochen an unseren Hauptschulen im Bezirk Hartberg ein bisschen so durchzufragen. Frau Bezirksschulinspektor Beutl oder Frau Abgeordnete Beutl – sie hört nicht –, ich habe nur so geschaut, was in unserer Schullandschaft zusätzlich passiert. Gestatten Sie mir einen kleinen Leistungskatalog nur im Groben, es sind über 50 Tätigkeiten wie EDV-Wettbewerbe und Projekte auf dieser Ebene, Fremdsprachenoffensive, Zeichenwettbewerbe, EU-Projekte, Präventionsprojekte, Kampagnen gegen verschiedene Umweltmissgriffe, Wettbewerbe, Schülerliga, Fußball, Schwimmkurse, Schwimmwettkämpfe, Erste-Hilfe-Kurse, besondere Feiern, Training in Rhetorik und Kommunikation, Landschaftspflege und Umweltschutz, Sammlungen, gewisse andere soziale Aktionen. Ich könnte meinen Zettel noch fortsetzen. All diese Aktionen wird es zu einem großen Teil nicht mehr geben. Diese fallen der neuen Maßzahl für das Lehrer- und Schülerverhältnis zum Opfer. Ich möchte hier schon einmal eine Zahl sagen. Sie, Frau Abgeordnete Beutl, haben gesagt, 1500 Schüler in der Volksschule wird es im kommenden Jahr weniger geben. Meiner Information nach sind es 1300 in der Volksschule und nur – sage ich betont jetzt – 200 Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen unseres Bundeslandes Steiermark.

Wie schaut die Realität aus? Diese schaut so aus, dass in den Hauptschulen der von meinem Kollegen Gruber zitierte Kahlschlag, wo er schon den Lkw-Zug bestellen lässt, stattfindet. Wir haben, Frau Abgeordnete Beutl, in unserem Bezirk eine Schule, die hat im kommenden Jahr eine Klasse mehr (Abg. Beutl: „Kollege Schwarz hat mir das schon berichtet!“), aber das gleiche Stundenkontingent. Wir haben einen Bezirk in der Weststeiermark, da haben nur die Hauptschulen und die Polytechnischen Lehrgänge durch diese Lehrer-Schüler-Maßnahmen und durch das Zusammenlegen von Hauptschulen nahezu 260 Stunden weniger zur Verfügung. Wenn Sie sagen, dass dieses Minus bei nahezu gleicher Schülerzahl oder sogar vermehrter Schülerzahl kein Verlust an Qualität ist, dann muss ich Ihnen schon sagen, wann waren Sie das letzte Mal in einer Schulklasse? (Abg. Beutl: „Das ist noch nicht lange her!“) Ja, aber in welcher.

Ich habe Sie, Frau Kollegin Beutl, bei der Budgetdebatte in den Bezirk Hartberg eingeladen. Ich mache gerne mit Ihnen am Schulanfang so einen kleinen Rundgang, wenn es der Herr Inspektor Poglitsch erlaubt.

Ich möchte als Zweites sagen, wir haben heute von einer Arbeitsstiftung gesprochen. Ich habe dieses Papier dieser Arbeitsstiftung da. In diesem Papier dieser Arbeitsstiftung – da komme ich zum Thema – Unruhe in der Schullandschaft, Unruhe in den Lehrkörpern, in den Konferenzzimmern, Unruhe in den Direktionszimmern, Unruhe auf den Gängen. In dieser Arbeitsstiftung für Pflichtschullehrer und -lehrerinnen steht unter anderem, wer in diese gehen kann, und zwar II-L-Lehrer, I-L-Lehrer, aber auch pragmatisierte Lehrer.

Ich frage den Kollegen Majcen. Du bist in einem Bezirk mit vier Hauptschulen und ihr habt, jetzt weiß ich nicht soll ich sagen das Glück oder das Pech, nur mehr pragmatisierte Hauptschullehrer. Was macht ihr denn im kommenden Schuljahr? Was macht denn euer Inspektor? Wie wird denn dann dieses so genannte Rotations-system funktionieren? Wie ruhig wird es da sein? Oder stimmt es nicht, dass man generell in der Schullandschaft einfach so, wenn ich wieder beim Thema des Qualitätsverlustes bin, sagt, na ja, du bist ein guter Mathematiker, lieber Kollege oder liebe Kollegin, aber Englisch in der dritten Gruppe kannst schon mitnehmen. Ich weiß, dass es das LDG zulässt, nur, ich frage nach der Qualität.

Ich gebe es hier am Pult offen und ehrlich zu, mir den Gegenstand Physik, Chemie oder Musik zu geben, wäre für die Schüler und für mich eine Zumutung als geprüfter Hauptschullehrer.

Es ist aber auch eine Zumutung, an einer Hauptschule mit musikischem Schwerpunkt – ich denke an die Musikhauptschule in Hartberg oder an eine andere – einem Musiklehrer zwischen 40 und 50, 16 und 18 Musikstunden zuzutrauen. Zuzutrauen, nur damit der Schulbetrieb aufrecht bleibt, weil man ja keinen geprüften Lehrer mehr hat, weil der geprüfte voriges Jahr oder vorvoriges Jahr in Pension gegangen ist und die geeigneten Lehrerinnen und Lehrer dafür II-L-Lehrer, I-L-Lehrer sind. Sie haben sich in Spielmusik ausbilden lassen, im Dirigieren, im Jazzdance und, und, und, um dieser Schule oder diesen Schulen mit dem Schwerpunkt ein Profil zu geben. Nicht anders ist es bei den Sporthauptschulen.

Ich muss schon betonen, wer dann noch immer behauptet, es gibt keinen Bildungsverlust, der geht mit blinden Augen durch unsere Schullandschaft.

Ich bringe noch etwas aufs Tapet. Die Qualität des Unterrichts an Schulen ist nicht nur aber doch wesentlich von den finanziellen Mitteln anhängig. Das sind in diesem Fall die zugeteilten Lehrer- und Lehrerinnenstunden. Bereits heute ist die Ausstattung der einzelnen Schulen mit Lehrer- und Lehrerinnenstunden angespannt und zum Teil nicht ausreichend gegeben. Eine weitere Reduktion, und die findet statt, das brauchen wir nicht vom Tisch wischen, kann nur noch zu größeren Schwierigkeiten in der Organisation des Unterrichts und somit in der Betreuung unserer Kinder führen.

„Wir begrüßen einen effizienten Einsatz von Mitteln, aber durch das Ausmaß der angekündigten Einsparungsmaßnahmen sehen wir die Qualität des Unterrichts in vielen Bereichen gefährdet!“ Das sagt kein sozialdemokratischer Lehrer oder kein Lehrer von irgendeiner anderen politischen Seite, sondern das sagt der steirische Landesverband der Elternvereine der öffentlichen Pflichtschulen. Und das, bitte, muss uns viel sagen.

Wenn du sagst, Kollege Majcen, wenn du mir bitte zuhörst, „wir müssen uns zusammensetzen, wir müssen darüber reden“, dann muss ich sagen, auch bei uns im Bezirk hat der SLÖ, ich habe des Öfteren die Zusammenarbeit gesucht. Nur, in der letzten Zeit haben sich die ÖLB-Lehrer und auch deren Gewerkschafter in den Untergrund begeben. Die spielen ein Dasein wie die Christen zur Römerzeit. Man hört keine Meinung von irgendeinem ÖLB-Lehrer oder einem ÖLB-Personalvertreter. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, traurig, traurig. Ich möchte vielleicht einmal deine Meinung dazu hören.

Ich komme zu einigen Ausführungen des Herrn Landesrates. Herr Landesrat, ich schätze Sie sehr, weil Sie sehr sachlich einiges dargestellt haben. Nur kleine Verbesserungen, gestatten Sie mir, sind schon anzubringen. Sie haben behauptet, die SPÖ hat blockiert und die SPÖ hat jüngst bei all diesen so genannten Verhaltensvereinbarungen und bei den anderen Dingen blockiert. Ich sage Ihnen, die SPÖ ist für intelligente Erziehungsmittel. Und ich bin auch dafür, wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich muss Sie ersuchen zum Ende zu kommen, die Redezeit ist überschritten!“) Ja, danke, ich werde es versuchen.

Wir sind bereit, intelligente Erziehungsmittel einzusetzen. Wer die Paragraphen 43, 44 und 45 des SCHUG ernst nimmt und diese vor Ort in der so genannten Schulgemeinschaft durcharbeitet, der wird auch in der Erziehung mit Kindern kein Problem haben.

Zur Korrektur, die FPÖ und ÖVP waren lediglich für die Schulversuche zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Polytechnischen Schule. Der SPÖ – und dort ist einer dieser Reibungspunkte gewesen – ging es auch um die Integration in den berufsbildenden mittleren Schulen und in den Berufsschulen. Dort gilt es, diese fortzusetzen.

Es gäbe noch etwas dazu zu sagen. Wenn immer wieder vom Sparen und vom Schuldenmachen gesprochen wird. Frau Abgeordnete Beutl, Sie haben von einer Verschuldung von 2000 Milliarden gesprochen, genau sind es 1680. Wissen Sie, dass die Wirtschaft nur in Österreich gewissen Kreditgebern unter anderem 1700 Milliarden schuldet und dass die einzelnen Österreicherinnen und Österreicher 2700 Milliarden schulden? Ich habe bewusst dreimal schulden gesagt. Ich traue nicht der Wirtschaft, ich traue nicht der ehemaligen ÖVP- und SPÖ-Regierung und ich traue auch nicht jedem einzelnen Österreicher zu, dass er Schulden macht, sondern dass er investiert. Und investieren, dieses Wort müsste einmal auch in eurer Diskussion Platz finden. Und wenn Sie sagen, es wurden in der Schulpolitik Schulden gemacht, dann muss ich ganz ehrlich sagen, bin ich froh, dass wir wirklich 30 Jahre und alsbald dann vielleicht wieder Schulpolitik in verantwortungsvoller Weise führen können. (Beifall bei der SPÖ. – Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, ich darf nochmals ersuchen, zum Ende zu kommen. Die Redezeit ist schon überschritten!“)

Danke. Der Frau Landeshauptmann Klasnic möchte ich nur eines sagen – (Abg. Schrittwieser: „Die ist nicht da, Herr Kollege!“) Ja, ich weiß, ich sehe es. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie sucht den Landeshauptmannstellvertreter Schachner!“) Frau Landeshauptmann Klasnic hat vielen Lehrerinnen und Lehrern viel versprochen, aber keine 400 Kündigungen. Diese 400 LehrerInnen werden es ihr zu „danken“ wissen! Ich hoffe, es sind zu Schulbeginn wesentlich weniger. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Prof. Rauch. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Dr. Rauch (19.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Herren Landesräte, Hohes Haus!

Ich möchte diese Debatte jetzt nicht sehr verlängern, ich möchte nur noch zwei Punkte unterstreichen, die erwähnt worden sind, die meiner Meinung nach verstärkt werden sollten. Das Problem Alterspyramide und das Problem Mobilität. Die eigentliche Wurzel des Problems ist der ungünstige Altersaufbau der Lehrerinnen und Lehrer, der eben keine Pyramide mehr ist. Grob vereinfacht ist es ja so: Wenn wir von einer etwa 40-jährigen Dienstzeit ausgehen, dann heißt das, dass in jeder Zehnjahresaltersgruppe etwa ein Viertel der Lehrerinnen und Lehrer vertreten sein sollten. Das ist aber eben genau nicht der Fall. Zurzeit ist nur jeder achte Lehrer oder jede achte Lehrerin älter als 50 Jahre. In der danach folgenden Altersgruppe der 41- bis 50-Jährigen sind hingegen fast die Hälfte der Lehrkräfte vertreten. Das ist der Grund, warum wir die Anpassung der Zahl der Lehrkräfte an die sinkende Schülerzahl eben nicht über Pensionierungen lösen können. Wenn die Alterspyramide einigermaßen gerade wäre, wäre das überhaupt kein Problem. Das ist der Grund, warum wir auch nicht mit irgendwelchen geschickten Sozialmaßnahmen bis zur großen Pensionierungswelle warten können, der Zeitraum ist zu lang. Es würde sich dadurch das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülern bei weiterhin sinkender Schüler-

zahl noch weiter zuungunsten verschieben. Und dieses Verhältnis, das wir derzeit in Österreich haben, ist ja bitte so schlecht nicht. Es ist erwähnt worden, die öffentlichen Ausgaben im Bildungsbereich sind so, dass wir in Österreich hier einen Spitzenplatz einnehmen. Nur einige Zahlen hiezu: Wir geben 10.000 D-Mark pro Jahr und Schüler, schreibt der „Spiegel“, in Österreich aus und haben damit den Spitzenplatz. Deutschland, das ja in vielen bildungspolitischen Angelegenheiten sehr ähnlich wie Österreich ist, liegt bei etwa 6000 D-Mark. 10.000 Österreich, 6000 Deutschland. Der Anteil der Ausgaben im Bildungswesen am Bruttoinlandsprodukt liegt in Österreich bei 6 Prozent. Wir werden nur noch von Schweden übertroffen. Deutschland 4,5 Prozent, die USA 5,2 Prozent. In dieser Situation bleibt gar keine andere Möglichkeit, als die Nichtweiterverwendung befristeter Lehrverträge. Dazu sind diese Stellen ja befristet, damit man bedarfsgerecht reagieren kann.

Und hier hat unser Landesrat Schützenhöfer sehr besonnen und vor allem sehr sozial reagiert, wenn er gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice die „Arbeitsstiftung für Pflichtschullehrerinnen und -lehrer“ ins Leben gerufen hat. Ich finde das gerade bei dieser Berufsgruppe ein sehr sinnvolles und konstruktives Vorgehen, denn Lehrkräfte sind Kommunikationsfachleute allererster Güte. Menschen, die auf Grund ihrer fachlichen Kompetenz geradezu ideal im Informations- im Kommunikationsbereich mitarbeiten können. Ein Bereich, von dem wir alle wissen, dass wir dringend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen. Natürlich ist das nicht das erste Berufsziel der jungen Pädagoginnen und Pädagogen gewesen, aber vor diesem Problem, dass man sich beruflich umorientieren muss, stehen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und übrigens die Unternehmer genauso. Wir können nicht mehr Karrieren für das ganze Leben planen, die Zeiten sind vorbei, wo man eine vorgezeichnete Laufbahn von der Schule bis zur Pensionierung vorfindet. Und da kommt jetzt noch etwas dazu. Man kann diesen Wechsel, den uns die veränderten Wirtschaftssituationen aufzwingen, beklagen. Ich glaube aber, wir müssen uns bewusst sein, dass wir gerade im Schulbereich bei jungen Lehrerinnen und Lehrern das nicht nur negativ sehen dürfen. Erstens sollten wir – und ich rechne mich da selbstverständlich auch zu den Lehrern, wenn auch nicht im Pflichtschulbereich – den Schülerinnen und Schülern, den Studentinnen und Studenten nicht ständig erzählen, wie wichtig die Mobilität ist und wenn es an unsere eigenen Posten geht, so tun, als würde das für uns überhaupt nicht gelten. Und noch etwas. Im Schulbereich ist Mobilität, der Austausch mit Wirtschaft und Praxis, der Wechsel ins Ausland, nicht nur eine negative Begleiterscheinung, sondern ein sehr positiver Wert. Die Verbindung von Lehre und Praxis, die Welt gesehen haben und das an die jungen Menschen weitergeben ist etwas, was für die Pädagoginnen und Pädagogen immer wieder als Ziel angegeben wird. Im Universitätsbereich – das sei nur ergänzt – wird das vom Gesetz ausdrücklich verlangt. Dort werden solche Karriereschritte bewusst eingeplant und nicht nur jetzt, sondern immer schon und dort wird der Wechsel in die Praxis, der Wechsel in die Wirtschaft und der Wechsel ins Ausland sehr, sehr positiv bewertet.

Und damit komme ich schließlich zu einer Anregung. Ich glaube, wir sollten dafür Sorge tragen, dass die Altersverteilung der Lehrerschaft in Zukunft nicht weiterhin so ungleichmäßig bleibt oder noch ungleichmäßiger wird. Es wäre wichtig, dass in zehn bis 15 Jahren – und das ist mehrmals angesprochen worden –, wenn viele Lehrerinnen und Lehrer in die Pensionierung wechseln, nicht nur wieder junge Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen kommen. Weil dann perpetuieren wir diese ungünstige Altersverteilung. Ich glaube, wir sollten uns jetzt Maßnahmen überlegen, wie wir dann auch erfahrene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wiederum an den Schulbereich zurückbekommen können. Dazu wären gerade jene Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt gezwungen werden, in die Wirtschaft zu wechseln, ganz besonders ideale Kandidatinnen und Kandidaten. Es wäre vom Personalaufbau her sinnvoll, es wäre pädagogisch zu begrüßen und es gäbe den Damen und Herren, die jetzt ihre beruflichen Vorstellungen ändern müssen, auch eine positive Perspektive.

Meine Damen und Herren, Sie kennen sicher alle das Zitat: „Wenn der Wind des Fortschritts weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“ Ich wünsche mir, dass unsere Kinder von Menschen unterrichtet werden, die gelernt haben Windmühlen zu bauen und nicht Mauern. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 19.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Sicherung des Qualitätsstandards an steirischen Pflichtschulen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Damit schließe ich die heutige Sitzung. (Ende der Sitzung: 19.58 Uhr.)